

# *Transit*

EUROPÄISCHE REVUE

## **Vereintes Europa – geteilte Geschichte**

<b>Timothy Snyder</b>	Der Holocaust: die ausgeblendete Realität
<b>Kuromiya / Peplonski</b>	Stalin und die Spionage
<b>Lynne Viola</b>	Selbstkolonisierung der Sowjetunion
<b>Alex J. Kay</b>	Deutsche Wirtschaftsplanung für die Sowjetunion 1941-1944
<b>Mark Kramer</b>	Konsolidierung des Ostblocks
<b>Wolfgang Mueller</b>	Stalinismus und europäisches Gedächtnis

## **Zwanzig Jahre 1989**

<b>Claus Offe</b>	Die neuen Wohlfahrtsstaaten
<b>Ralf Dahrendorf</b>	Freiheit und soziale Bindungen
<b>Chris Niedenthal</b>	1989. Photographien
<b>Steve Sem-Sandberg</b>	Die Ausstellung
<b>Ulrich Schlie</b>	Gräfin Dönhoff und C. J. Burckhardt in ihren frühen Briefen
<b>Robert Silvers</b>	Dilemmas eines Herausgebers

**Transit** wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main

**Herausgeber:** Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

**Mitherausgeber des ersten Schwerpunkts:** Timothy D. Snyder (Yale/Wien)

**Redaktion:** Klaus Nellen (Wien)

**Redaktionsassistentz:** Miriam Schmitthenner

**Redaktionskomitee:** Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Photographie)

**Beirat:** Lord Dahrendorf †, Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

**Redaktionsanschrift:** Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, mail: [transit@iwm.at](mailto:transit@iwm.at)/Website: [www.iwm.at](http://www.iwm.at)

**Verlagsanschrift:** Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, mail: [verlag@neuekritik.de](mailto:verlag@neuekritik.de)

Wir danken der Kunstsektion des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur für die Förderung des photographischen Beitrags in diesem Heft.



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0558-5

*Transit* ist Partner von *Eurozine – the netmagazine* ([www.eurozine.com](http://www.eurozine.com)), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet, sowie von *La République des Idées* ([www.repid.com](http://www.repid.com)). *Transit* is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences*.

Bildnachweis Seite 184: LIFE-Titel vom 29. März 1943 (Photographie: Margaret Bourke-White. © Time & Life Pictures / Getty Images)

© 2009 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen *Transit* / IWM.

*Transit* 38 (Winter 2009)

<i>Editorial</i>	3
Vereintes Europa – geteilte Geschichte	
Timothy Snyder <i>Der Holocaust: die ausgeblendete Realität</i> Zur Einführung	6
Hiroaki Kuromiya und Andrzej Peplowski <i>Stalin und die Spionage</i>	20
Lynne Viola <i>Die Selbstkolonisierung der Sowjetunion und der Gulag der 1930er Jahre</i>	34
Alex J. Kay <i>»Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern«</i> Die deutsche Wirtschaftsplanung für die besetzte Sowjetunion und ihre Umsetzung 1941-1944	57
Mark Kramer <i>Die Konsolidierung des kommunistischen Blocks in Osteuropa 1944-1953</i>	78
Wolfgang Mueller <i>Stalinismus und gesamteuropäisches Gedächtnis</i> Überlegungen am Beispiel Österreichs	96
*	
Steve Sem-Sandberg <i>Die Ausstellung</i>	110

Ulrich Schlie

*»Es gibt ein Nachher, und in diesem ›Nachher‹  
wird Ihnen eine grosse Aufgabe zufallen.«*

Marion Gräfin Dönhoff und Carl Jacob Burckhardt  
in ihren frühen Briefen 1937-1946

123

## 20 Jahre 1989

Chris Niedenthal

1989. Photographien

nach Seite 144

Claus Offe

*Postkommunistische Wohlfahrtsstaaten in der EU*

Bilanz und Perspektiven

145

Ralf Dahrendorf

*Freiheit und soziale Bindungen*

162

\*

Robert Silvers

*Dilemmas eines Herausgebers*

172

*Zu den Autorinnen und Autoren*

189



## Editorial

Im Jahr der EU-Osterweiterung schrieb der amerikanische Historiker Timothy Snyder in dieser Zeitschrift: »Die Europäer müssen ihre Geschichte neu schreiben. Wenn diese neue Version Gültigkeit für den Osten wie den Westen besitzen soll, muss sie zwei Dingen Rechnung tragen: der Tatsache, dass das Zentrum des Leidens im Zweiten Weltkrieg im Osten lag und dass die Osteuropäer vier Jahrzehnte kommunistischer Unterjochung ertragen mussten, während deren die Westeuropäer sich der Früchte der europäischen Integration erfreuen durften. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, das ganze Gewicht von Nazi- und Sowjetterror anzuerkennen.«<sup>1</sup> Dass wir nach wie vor noch weit davon entfernt sind, zeigen Snyders Essay, der das vorliegende Heft eröffnet, sowie die anschließenden Beiträge. Bis heute identifizieren wir das Grauen jener Zeiten mit Auschwitz und dem Gulag und übersehen daher, dass es Osteuropa war, das in dem Zeitraum zwischen 1933 und 1944 den Schauplatz für die nationalsozialistische und sowjetische Politik des Terrors abgab, dem an die zwölf Millionen Menschen zum Opfer fielen. Osteuropa bildete, so Snyder, »das geographische, moralische und politische Zentrum des Massenmordens«.

Snyders Neukartographierung der von den Regimen Hitlers und Stalins begangenen Verbrechen resümiert den Ansatz seines Forschungsprojekts *Vereintes Europa – geteilte Geschichte*, das er in Wien am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) verfolgt, dessen Mitglied er seit 2008 ist. Aus diesem Projekt sind auch die übrigen Beiträge des gleichnamigen Schwerpunkts dieses Heftes hervorgegangen.<sup>2</sup>

Der Text von Steve Sem-Sandberg ist ein Auszug aus seinem neuen Roman *Die Armen von Łódź*, einer literarischen Verarbeitung der Geschichte des »Gettos Litzmannstadt« (1940-1944). Ulrich Schlie stellt in seinem Beitrag den Briefwechsel zwischen Marion Gräfin Dönhoff und Carl Jacob Burckhardt aus den Jahren 1937 bis 1946 vor. Diese frühen Briefe sind, schreibt Schlie, »das Zeugnis einer untergegangenen Epoche und

doch zugleich ein unverzichtbarer Beitrag zum Verständnis des politischen Wirkens, das das Zusammenwachsen Europas ermöglicht hat«.

2009 markiert ein doppeltes Jubiläum: Vor zwanzig Jahren brach der Ostblock zusammen, und vor fünf Jahren erfolgte der erste große Schritt der Osterweiterung der Europäischen Union. Claus Offe konstatiert einen blinden Fleck in den bisherigen Analysen der postkommunistischen Transformation. Sie konzentrierten sich auf den Übergang zu Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft, doch der Um-/Neubau des Wohlfahrtsstaats finde kaum Interesse. Dies korrespondiere mit der überraschenden Tatsache, dass die »soziale Frage« in Politik und Öffentlichkeit der neuen Demokratien eher unten auf der Agenda rangiert. Erstaunlich sei dies umso mehr, als die wirtschaftliche Transformation für weite Teile der Bevölkerung über Nacht neuartige und oft harte Belastungen mit sich gebracht hat. Offes vergleichende Bilanz kommt zu dem Schluss, dass die mittel- und osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten noch einen weiten Weg zurücklegen müssen, bevor sie das Niveau ihrer Nachbarn in Westeuropa erreichen. Überdies sei dies eine Voraussetzung für die Konsolidierung der Demokratie in diesen Ländern und für deren Integration in das institutionelle Gefüge der EU.

Seit einigen Jahren veröffentlicht *Transit* ergänzende Beiträge in verschiedenen Sprachen sowie Themenschwerpunkte auch online. Im Juni 2009 fand am IWM eine Konferenz statt zum Thema *Die schöne neue Welt nach dem Kommunismus. 1989: Erwartungen im Vergleich*. Die Ergebnisse werden in Kürze in *Tr@nsit\_online* auf [www.iwm.at](http://www.iwm.at) publiziert.

»Die tiefgefrorenen Konfrontationen des Kalten Krieges liegen nun hinter uns. Die Geschichte ist wieder in Bewegung. Jetzt wird liberales Handeln und Nachdenken durch eine Frage beherrscht: Wie können wir zugleich die Verfassung der Freiheit und die sozialen Bindungen der Zugehörigkeit sichern?« Diese Frage stellte Ralf Dahrendorf rückblickend auf 1989 in einem Essay, den wir hier als Hommage an den im Juni diesen Jahres verstorbenen Ratgeber, Freund und Förderer des IWM wieder abdrucken. Seine Antworten haben nichts von ihrer Aktualität verloren.

Das erste Heft von *Transit – Europäische Revue* erschien kurz nach der Wende. Damals lebte der britisch-polnische Photograph Chris Niedenthal in Wien und gestaltete über die ersten Jahre die photographischen Essays der Zeitschrift. International bekannt ist er als Pressephotograph,

insbesondere für seine Dokumentation des Lebens hinter dem Eisernen Vorhang und der Umbrüche von 1989. Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages hat er für dieses Heft eine Auswahl von Bildern zusammengestellt, in denen sich die dramatischen Ereignisse von damals spiegeln.

Der abschließende Beitrag zur vorliegenden Nummer stellt eine kleine Sensation dar: Der Mitbegründer und Herausgeber des *New York Review of Books*, Robert Silvers, hat selbst zur Feder gegriffen. Sein Essay gibt einen Einblick in die Geschichte des Zentralorgans der amerikanischen liberalen Intelligenzija und setzt sich mit den Herausforderungen auseinander, denen sich ein Zeitschriftenmacher gegenüber sieht, wenn er seine redaktionelle Unabhängigkeit unter dem Druck äußerer – politischer, ökonomischer und neuerdings auch technischer – Zwänge wahren will. Interessant, besonders im Rückblick auf die diesjährige Buchmesse in Frankfurt, ist auch Silvers' Kritik der journalistischen Kleinmütigkeit gegenüber China.

Wien, im November 2009

#### Anmerkungen

- 1 In: *Transit* 28 (2004/2005), S. 168-71. Dieser Beitrag initiierte eine breite internationale Diskussion, die unter dem Titel *European Histories* bis heute auf der Website des Netzmagazins *Eurozine* läuft (<http://www.eurozine.com/comp/focalpoints/eurohistories.html>).
- 2 Im Rahmen dieses Projekts fanden 2008 und 2009 vier Konferenzen statt, deren Ergebnisse hier und in der Zeitschrift *EEPS – East European Politics and Societies* sowie in dem von Timothy Snyder und Ray Brandon herausgegebene Band *Stalinism and Europe: Terror, War, Domination, 1937-1947* erscheinen. Mehr Informationen zu dem Projekt auf der Website des IWM [www.iwm.at](http://www.iwm.at). Wir danken der Allianz Kulturstiftung für die Förderung der ersten beiden Konferenzen.

*Timothy Snyder*  
DER HOLOCAUST:  
DIE AUSGEBLENDETE REALITÄT\*

Obwohl Europa lebt und gedeiht, beschäftigen sich seine Intellektuellen und Politiker obsessiv mit dem Tod. Die Massenmorde an der europäischen Zivilbevölkerung in den dreißiger und vierziger Jahren bilden den Bezugspunkt der gegenwärtigen verworrenen Diskussionen um die Erinnerung und sie gelten als der Prüfstein für ein gemeinsames europäisches Moralbewusstsein. Die Staatsbürokratien des nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion verwandelten individuelles Leben in massenhaften Tod, summierten einzelne Menschen zu Todeskontingenten. Die Sowjetunion führte ihre Massenerschießungen im Verborgenen dunkler Wälder durch und fälschte die Statistiken der Regionen, in denen sie die Menschen dem Hungertod preisgegeben hatte. Die Deutschen ließen Zwangsarbeiter die Leichen jüdischer Opfer ausgraben und auf riesigen Rosten verbrennen. Als Historiker müssen wir, so gut wir es können, dieses Dunkel erhellen und Rechenschaft darüber ablegen, was geschehen ist. Das haben wir noch nicht getan. Auschwitz, das gemeinhin als angemessenes oder sogar letztgültiges Symbol für die Massenmorde des 20. Jahrhunderts gilt, stellt in Wahrheit nur den Anfang unserer Erkenntnis dar, einen Vorgriff auf eine echte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die noch aussteht.

Eben dass wir etwas über Auschwitz wissen, verzerrt unser Verständnis des Holocaust: Wir wissen von Auschwitz, weil es Überlebende gab, und es gab Überlebende, weil Auschwitz nicht nur eine Todesfabrik, sondern auch ein Arbeitslager war. Diese Überlebenden waren in der überwiegenden Mehrzahl westeuropäische Juden, denn diese wurden in der Regel nach Auschwitz geschickt. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand es den jüdischen Überlebenden aus Westeuropa frei zu schreiben und zu publizieren, wohingegen die jüdischen Überlebenden aus Osteuropa hinter dem

\* Diesem Artikel liegt ein Vortrag zugrunde, gehalten auf der Eurozine-Konferenz »European histories«, die vom 8. bis 11. Mai 2009 in Vilnius stattfand ([www.eurozine.com](http://www.eurozine.com)). Er erschien erstmals am 16. Juli 2009 im New York Review of Books.

Eisernen Vorhang nicht die Möglichkeit dazu hatten. Im Westen fanden die Erinnerungen an den Holocaust (wenn auch sehr langsam) Eingang in die Geschichtsschreibung und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Diese Form der Überlebenden-Geschichte, für die als berühmtestes Beispiel Primo Levis Schriften stehen, gibt die Realität des Massenmords nur unzulänglich wieder. *Das Tagebuch der Anne Frank* handelt von assimilierten europäischen jüdischen Gemeinschaften, holländischen und deutschen, deren Tragödie zwar schrecklich war, aber doch nur einen sehr kleinen Teil des Holocaust ausmachte. Als der größte Teil der Morde an den westeuropäischen Juden stattfand, 1943 und 1944, war der Holocaust bereits zu einem beträchtlichen Maße vollzogen. Zwei Drittel der Juden, die während des Krieges umgebracht wurden, waren Ende 1942 bereits tot. Die Hauptopfer, polnische und sowjetische Juden, starben durch Kugeln am Rande von Todesgruben oder in Treblinka, Belzec und Sobibor durch Kohlenmonoxid aus Dieselmotoren, das in Gaskammern geleitet wurde.

Auschwitz als Symbol des Holocaust schließt diejenigen aus, die im Zentrum des historischen Geschehens standen. Die größte Gruppe der Holocaust-Opfer – orthodoxe und Jiddisch sprechende Juden Polens, *Ostjuden* im leicht abschätzigen deutschen Sprachgebrauch – standen den Westeuropäern, auch den westeuropäischen Juden, kulturell fern. Bis zu einem gewissen Grad spielen sie bis heute im Gedächtnis an den Holocaust eine marginale Rolle. Die Vernichtungsanlage Auschwitz-Birkenau wurde in einem Gebiet errichtet, das heute polnisch ist, damals aber noch Teil des Deutschen Reiches war. Jeder Besucher von Auschwitz verbindet das Lager deshalb mit Polen, obwohl dort nur relativ wenige polnische und fast keine sowjetischen Juden umkamen. Die zwei größten Opfergruppen des Holocaust werden daher von Auschwitz als Symbol so gut wie nicht repräsentiert.

Eine angemessene Sicht auf den Holocaust müsste die Operation Reinhard, den Mord an den polnischen Juden im Jahre 1942, in den Mittelpunkt der Geschichte rücken. Die polnischen Juden bildeten die weltweit größte jüdische Gemeinschaft, und Warschau war die wichtigste jüdische Stadt. Diese Gemeinschaft wurde in Treblinka, Belzec und Sobibor vernichtet. Rund anderthalb Millionen Menschen wurden in diesen drei Lagern ermordet, allein in Treblinka nach dem Stand der heutigen Kenntnisse 780 863 Personen. Nur ein paar Dutzend überlebten eines dieser drei Todeslager. Obwohl nach Auschwitz und Treblinka der dritt wichtigste

Ort des Holocaust, ist Belzec kaum bekannt. Nicht weniger als 434 508 Menschen kamen in dieser Todesfabrik um, und nur zwei oder drei überlebten. Ungefähr eine weitere Million polnischer Juden wurde auf andere Weise ermordet, manche in Chełmno, Majdanek oder Auschwitz, viele andere bei Erschießungsaktionen in der östlichen Hälfte des Landes.

Insgesamt kamen nicht weniger Juden durch Kugeln um als durch Gas, aber erschossen wurden sie an Orten im Osten, an die das Leid und der Schmerz nurmehr eine verschwommene Erinnerung bewahrt haben. Die Massenerschießungen in Ostpolen und der Sowjetunion machen den zweitgrößten Anteil des Holocaust aus. Einsatzgruppen der SS begannen dort im Juni 1941, jüdische Männer zu erschießen, dehnten ihr Morden im Juli auf jüdische Frauen und Kinder aus und gingen im August und September dazu über, ganze jüdische Gemeinden auszulöschen. Bis Ende 1941 hatten die Deutschen (zusammen mit lokalen Helfern und rumänischen Truppen) in der Sowjetunion und im Baltikum bereits eine Million Juden umgebracht. Das entspricht der Gesamtzahl der Juden, die während des Krieges in Auschwitz ermordet wurden. Weitere 700 000 Juden hatten die Deutschen (auch hier wieder mit beträchtlicher lokaler Unterstützung) bis Ende 1942 erschossen. Die jüdische Bevölkerung in den Gebieten der Sowjetunion, die von deutschen Truppen kontrolliert wurden, hatte aufgehört zu existieren.

Es gab wortmächtige sowjetisch-jüdische Zeitzeugen und Chronisten wie zum Beispiel Wassili Grossman. Den Holocaust als einen die Juden betreffenden Vorgang darzustellen, war freilich ihm und anderen untersagt. Grossman stieß im September 1944 als Kriegsreporter mit der Roten Armee auf Treblinka. Vielleicht weil er wusste, was die Deutschen in seiner Heimat Ukraine den Juden angetan hatten, konnte er sich vorstellen, was in Treblinka geschehen war, und schrieb ein kurzes Buch darüber. Er bezeichnete das Lager als »Hölle« und rückte es ins Zentrum des Krieges und des Jahrhunderts. Stalin indes verlangte, dass der Massenmord an den Juden als Leidensgeschichte sowjetischer »Bürger« betrachtet wurde. Grossman half mit, ein *Schwarzbuch* der deutschen Verbrechen gegen die sowjetischen Juden zusammenzustellen, dessen Publikation die sowjetischen Behörden dann unterbanden. Wenn irgendjemand ganz besonders unter den Deutschen gelitten habe, dann waren das, so Stalins irreführende Behauptung, die Russen. Der Stalinismus hat uns somit daran gehindert, Hitlers Massenmorde in ihren wirklichen Dimensionen wahrzunehmen.

Kurz gefasst sieht also die Abfolge beim Holocaust folgendermaßen aus: Operation Reinhard, Schoah in Form von Erschießungen, Auschwitz; Polen, Sowjetunion, der Rest. Von den etwa 5,7 Millionen Juden, die umgebracht wurden, waren rund drei Millionen vor dem Krieg polnische und eine weitere Million sowjetische Staatsbürger; zusammengenommen sind das 70 Prozent der Gesamtzahl. (Bei den zahlenmäßig auf die polnischen und sowjetischen Juden folgenden Opfergruppen handelte es sich um rumänische, ungarische und tschechoslowakische Juden. Nimmt man diese hinzu, wird der Holocaust als osteuropäisches Ereignis noch deutlicher.)

Aber selbst dieses zurechtgerückte Bild vermittelt uns nur eine unvollständige Vorstellung vom Ausmaß der deutschen Politik des Massenmords in Europa. Die »Endlösung«, wie die Nationalsozialisten es nannten, war ursprünglich nur eines in einer Reihe von Ausrottungsprojekten, die nach einem siegreichen Krieg gegen die Sowjetunion zur Anwendung kommen sollten. Hätten sich die Dinge so entwickelt, wie Hitler, Himmler und Göring erwartet hatten, dann hätten die deutschen Streitkräfte im Winter 1941/42 in der Sowjetunion einen Hungerplan in die Tat umgesetzt. Landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ukraine und aus Südrussland sollten dann nach Deutschland geschafft und damit rund 30 Millionen Menschen in Weißrussland, in Nordrussland und in sowjetischen Großstädten dem Hungertod preisgegeben werden. Der »Hungerplan« wiederum war nur als Vorspiel zum »Generalplan Ost« gedacht, einem Plan zur Kolonisierung der westlichen Sowjetunion, der rund 50 Millionen Menschen zu seiner Dispositionsmasse machte.

Die Deutschen führten tatsächlich Maßnahmen durch, die mit diesen Plänen korrespondierten. Sie vertrieben eine halbe Million nichtjüdische Polen aus Gebieten, die man dem Reich einverleibt hatte. Ungeduldig befahl Himmler, eine erste Stufe des Generalplans Ost in Ostpolen in die Tat umzusetzen: Viele polnische Kinder wurden ermordet, und Tausende, die für »rassisch akzeptabel« erachtet wurden, wurden deutschen Familien zur Adoption übergeben; hunderttausend Erwachsene wurden vertrieben. Bei der Belagerung von Leningrad ließ die Wehrmacht gezielt eine Million Menschen verhungern und ungefähr weitere hunderttausend bei geplanten Hungersnöten in ukrainischen Städten. Fast drei Millionen sowjetische Soldaten starben in deutschen Kriegsgefangenenlagern an Hunger oder Krankheiten. Diese Menschen wurden gezielt umgebracht, oder es lag die bewusste Absicht vor, sie den Hungertod sterben zu lassen.

Hätte es den Holocaust nicht gegeben, man würde dies als das schlimmste Kriegsverbrechen der Neuzeit erinnern.

Unter dem Deckmantel von Aktionen zur Partisanenbekämpfung dürften die Deutschen eine Dreiviertelmillion Menschen getötet haben, allein in Weißrussland etwa 350 000, und in Polen und Jugoslawien nicht viel weniger. Bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands von 1944 brachten sie hunderttausend Polen um. Hätte der Holocaust nicht stattgefunden, würden auch diese »Vergeltungsmaßnahmen« als Kriegsverbrechen wahrgenommen, die in der Menschheitsgeschichte ihresgleichen suchen. Tatsächlich aber leben sie, wie etwa der Hungertod der sowjetischen Kriegsgefangenen, fast nur noch im Gedächtnis der direkt betroffenen Länder fort. Die deutsche Besatzungspolitik löschte auch noch auf andere Weise nichtjüdische Gruppen der Zivilbevölkerung aus, zum Beispiel durch Schwerstarbeit in den Gefangenenlagern. Auch hier handelte es sich hauptsächlich um Menschen aus Polen oder der Sowjetunion.

Im Zuge der großen Massenmordaktionen brachten die Deutschen mehr als zehn Millionen Zivilisten um, etwa die Hälfte davon Juden. Juden und Nichtjuden stammten zumeist aus demselben Teil Europas. Der Plan zur Ausrottung der Juden wurde weitgehend erfüllt, während der Plan, die slawische Bevölkerung zu vernichten, nur in sehr begrenztem Maße in die Tat umgesetzt wurde.

Auschwitz ist nur eine Einführung in den Holocaust, der Holocaust nur eine Andeutung der endgültigen Ziele Hitlers. Grossmans *Romane Alles fließt* und *Leben und Schicksal* sind mutige Berichte über den nationalsozialistischen wie den sowjetischen Terror und erinnern uns daran, dass selbst eine umfassende Darstellung der deutschen Massenvernichtungspolitik nur eine unvollständige Geschichte der Gräueltaten bietet, die Europa um die Mitte des letzten Jahrhunderts erlebte. In ihr fehlt der Staat, um dessen Vernichtung es Hitler hauptsächlich ging, der andere Staat, der Mitte des Jahrhunderts massenhaft Menschen umbrachte – die Sowjetunion. In der gesamten stalinistischen Ära, zwischen 1928 und 1953, wurden einer vorsichtigen Schätzung zufolge gut über fünf Millionen Europäer ermordet. Wenn wir uns also die Gesamtzahl der Menschen aus der europäischen Zivilbevölkerung anschauen, die Mitte des 20. Jahrhunderts durch totalitäre Regime ums Leben kamen, dann sehen wir drei Gruppen von ungefähr gleicher Größe vor uns: von den Deutschen ermordete Juden, von den Deutschen ermordete Nichtjuden und vom sowjetischen



Staat ermordete sowjetische Bürger. Grob gesprochen, lässt sich sagen, dass die nationalsozialistische Herrschaft Zivilisten umbrachte, die keine deutschen Staatsbürger waren, wohingegen das sowjetische Regime hauptsächlich Zivilisten umbrachte, die sowjetische Staatsbürger waren.

Ganz ähnlich wie die nationalsozialistischen Verfolgungen mit Auschwitz identifiziert werden, setzt man die sowjetischen Verfolgungen mit dem Gulag gleich. Aller mit Sklavenarbeit verknüpften Schrecken ungeachtet, war der Gulag kein System des Massenmords. Nimmt man den Massenmord an Zivilisten als Mittelpunkt unserer politischen, moralischen und rechtlichen Überlegungen, gilt für den Gulag das Gleiche wie für Auschwitz. Über den Gulag wissen wir Bescheid, weil er ein System von Arbeitslagern, nicht aber von Vernichtungslagern war. Der Gulag hielt ungefähr 30 Millionen Menschen gefangen und verkürzte das Leben von etwa drei Millionen. Aber die meisten von denen, die in die Lager geschickt wurden, kehrten lebend zurück. Nur deshalb, weil wir Schriftzeugnisse über den Gulag besitzen, von denen das berühmteste Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* sein dürfte, können wir versuchen, uns das Grauen der Arbeitslager vorzustellen – geradeso, wie wir versuchen können, uns das Grauen von Auschwitz vorzustellen.

Wie indes Auschwitz die Aufmerksamkeit von den noch größeren Gräueln Treblinkas abzieht, so lenkt uns der Gulag von den Maßnahmen ab, durch die der sowjetische Staat Menschen direkt und gezielt, durch Hunger und Erschießungen, ums Leben brachte. Darunter stechen zwei besonders hervor: die Hungersnöte im Zuge der Kollektivierung von 1930-1933 und der Große Terror der Jahre 1937/38. Bis heute ist unklar, ob die Hungersnot in Kasachstan 1930-1932 absichtlich herbeigeführt wurde, wobei feststeht, dass damals über eine Million Kasachen Hungers starben. Dass Stalin im Winter 1932/33 die Bevölkerung der sowjetischen Ukraine absichtlich dem Hungertod preisgab, ist heute praktisch zweifelsfrei belegt. In den sowjetischen Akten findet sich eine Reihe von Anweisungen aus den letzten drei Monaten des Jahres 1932, die klar die entsprechende böswillige Absicht bezeugen. Am Ende hatten mehr als drei Millionen Bewohner der sowjetischen Ukraine ihr Leben verloren.

Was wir über den Großen Terror lesen können, lenkt uns zugleich von dessen eigentlicher Beschaffenheit ab. Die beiden großen Werke über die Zeit des Terrors, Arthur Koestlers *Sonnenfinsternis* und Alexander Weissbergs Erinnerungen *Im Verhör*, konzentrieren unser Augenmerk auf eine

kleine Gruppe von Opfern Stalins, führende Kommunisten aus den Städten, gebildete Leute, manche von ihnen auch im Westen bekannt. Diese Vorstellung beherrscht unsere Sicht vom stalinistischen Terror, aber sie ist irreführend. Insgesamt forderten die »Säuberungen« in den Führungsriege der Partei, der Sicherheitspolizei und des Militärs nicht mehr als 47737 Opfer.

Die größte Terroraktion, die Operation 00447, richtete sich in der Hauptsache gegen die »Kulaken«, das heißt, gegen Bauern, die bereits während der Kollektivierung verfolgt worden waren. Dieser Aktion fielen 386798 Menschenleben zum Opfer. Mehr als ein Drittel der Terroropfer gehörten nationalen Minderheiten an, die weniger als zwei Prozent der sowjetischen Gesamtbevölkerung ausmachten. Bei einer Operation zum Beispiel, die sich gegen sowjetische Bürger polnischer Volkszugehörigkeit richtete, wurden 111091 Personen erschossen. Von den 681692 Hinrichtungen wegen angeblicher politischer Verbrechen, zu denen es in den Jahren 1937 und 1938 kam, betrafen 633955, über 90 Prozent also, die Kulaken und nationale Minderheiten. All diese Menschen wurden heimlich erschossen, in Gruben verscharrt und vergessen.

Die Auschwitz und dem Gulag zugewiesene Sonderstellung führt dazu, dass die Anzahl der ermordeten Europäer zu niedrig veranschlagt und die geographischen Schwerpunkte der Morde ins Deutsche Reich und den Osten Russlands verschoben werden. Wie Auschwitz, das unseren Blick auf die westeuropäischen Opfer des NS-Regimes konzentriert, lenkt uns auch der Gulag mit seinen berüchtigten sibirischen Lagern vom geographischen Zentrum der sowjetischen Mordpolitik ab. Auf Auschwitz und den Gulag fixiert, übersehen wir, dass in einem Zeitraum von zwölf Jahren, zwischen 1933 und 1944, rund zwölf Millionen Menschen der nationalsozialistischen und der sowjetischen Politik des Massenmords zum Opfer fielen, und zwar in einer Region Europas, die mehr oder weniger deckungsgleich mit den heutigen Territorien Weißrusslands, der Ukraine, Polens, Litauens und Lettlands ist. Allgemeiner gesprochen, stellen wir uns, wenn wir an Auschwitz und den Gulag denken, die Staaten, die beides schufen, gern als Systeme, als moderne Despotien oder totalitäre Staaten vor. Doch mit einer solchen Zentrierung auf Berlin und Moskau laufen wir Gefahr, die Tatsache zu übersehen, dass sich die Massenmorde vorwiegend in den zwischen Deutschland und Russland gelegenen Gebieten, nicht in Deutschland und Russland selbst ereigneten.

Osteuropa, vor allem Weißrussland, die Ukraine, Polen und das Baltikum, bildete das geographische, moralische und politische Zentrum des Massenmordens; diese Gebiete waren den anhaltenden Gräueltaten beider Regime ausgesetzt. Die Bevölkerungen der Ukraine und Weißrusslands, vor allem – aber nicht nur – die Juden, litten am meisten, da diese Gebiete in den dreißiger Jahren, also in der Zeit des Großen Terrors, zur Sowjetunion gehörten und in den vierziger Jahren den schlimmsten deutschen Repressionen ausgesetzt waren. Wenn das damalige Europa, mit Mark Mazower zu sprechen, ein dunkler Kontinent war, dann stellten die Ukraine und Weißrussland das Herz der Finsternis dar.

Historische Schätzungen, die Anspruch darauf erheben können, einen objektiven Maßstab zu bieten, wie etwa die Opferzahlen der Massenvernichtungsaktionen, können uns dabei helfen, verloren gegangene historische Proportionen zurückzugewinnen. Das Leid und die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung unter Hitler und während des Krieges haben zwar furchtbare Ausmaße, stellen aber in der Gesamtbilanz der Massenmorde eher eine Marginalie dar. Selbst wenn man die auf der Flucht vor der Roten Armee umgekommenen Volksdeutschen, die von 1945 bis 1947 aus Polen und der Tschechoslowakei Vertriebenen und die durch die Luftangriffe in Deutschland Getöteten zusammennimmt, bleibt die Gesamtzahl deutscher Zivilopfer vergleichsweise gering.<sup>1</sup>

Die Hauptgruppen deutscher Bürger, die einer direkten Mordpolitik zum Opfer fielen, waren die 70 000 »Euthanasie«-Patienten und die 165 000 deutschen Juden. Die Hauptgruppen deutscher Opfer der Stalinherrschaft waren die von Soldaten der Roten Armee vergewaltigten Frauen und die in die Sowjetunion deportierten Kriegsgefangenen. Etwa 363 000 deutsche Kriegsgefangene starben in sowjetischer Gefangenschaft an Hunger und Krankheit, was auch für rund 200 000 Ungarn gelten dürfte. Heute, da der deutsche Widerstand gegen Hitler fester Bestandteil der bundesdeutschen Erinnerungskultur ist, sollte man vielleicht daran erinnern, dass einige Männer des 20. Juli 1944 in zentraler Position an den Massenmorden beteiligt waren: Arthur Nebe zum Beispiel, der während der ersten Phase des Holocaust im Jahr 1941 die Einsatzgruppe B in den Kampfgebieten Weißrusslands befehligte, oder Eduard Wagner, Generalquartiermeister der Wehrmacht, der seiner Frau schrieb, man müsse »Petersburg schmoren lassen«, damit es sich nicht »auf unser Verpflegungsportemonnaie legt«.

Anna Achmatowas Satz »Blut liebt sie und immer Blut / Unsere russische Erde« geht einem nur schwer aus dem Kopf. Und doch müssen das Martyrium und der heldenhafte Kampf der Russen, wie sie heute in Putins Russland so laut beschworen werden, vor einem breiteren historischen Hintergrund gesehen werden. Wie andere Bürger der Sowjetunion waren ohne Frage auch viele Russen Opfer der stalinistischen Politik, aber sie waren weit weniger gefährdet als sowjetische Ukrainer oder Polen oder Angehörige anderer nationaler Minoritäten. Während des Zweiten Weltkriegs wurden mehrere Terroraktionen auf das östliche Polen und ins Baltikum ausgedehnt, auf Gebiete also, die sich die Sowjetunion einverleibt hatte. Im bekanntesten Fall wurden 1940 bei Katyn und an vier anderen Orten 22 000 Polen erschossen; Zehntausende weiterer Polen und Balten starben während ihrer Deportation nach Kasachstan und Sibirien oder kurz danach. Im Krieg töteten die Deutschen auch viele russische Sowjetbürger, aber im Verhältnis weit weniger als Weißrussen und Ukrainer, von Juden ganz zu schweigen. Die Zahl der Opfer in der sowjetischen Zivilbevölkerung schätzt man auf etwa 15 Millionen. Im Zweiten Weltkrieg kam in Russland ungefähr jeder Fünfundzwanzigste durch deutsche Hand um, wohingegen es in der Ukraine (oder in Polen) etwa jeder Zehnte und in Weißrussland jeder Fünfte war.

Den Großteil des Krieges hindurch standen Weißrussland und die Ukraine unter Besetzung, wobei die deutsche und die sowjetische Armee das gesamte Gebiet je zweimal, beim Vormarsch und beim Rückzug, durchquerten. Mehr als einen kleinen Teil Russlands hielten die deutschen Truppen nie besetzt, und das auch nur jeweils für kürzere Zeit. Selbst wenn man die Belagerung von Leningrad und die Zerstörung von Stalingrad hinzunimmt, musste die russische Zivilbevölkerung einen viel geringeren Blutzoll zahlen als die Weißrussen, Ukrainer und Juden. Aufgeblähte russische Angaben über russische Todesopfer kommen dadurch zustande, dass Weißrussland und die Ukraine als Teil Russlands behandelt und Juden, Weißrussen und Ukrainer als Russen gezählt werden: Das läuft auf einen Imperialismus mittels Märtyrertum hinaus, bei dem durch die Vereinnahmung von Opfern stillschweigend auch deren Gebiete vereinnahmt werden. Vermutlich wird dies die Strategie der neuen Historischen Kommission sein, die Präsident Dmitri Medwedjew berufen hat, um »Verfälschungen« der russischen Vergangenheit vorzubeugen. Nach der gegenwärtig in Russland diskutierten Gesetzgebung würden Feststel-

lungen, wie sie der vorliegende Abschnitt enthält, strafrechtlich verfolgt werden können.

Ukrainische Politiker verwahren sich gegen die russische Monopolisierung der gemeinsamen Leidensgeschichte und setzen dem westeuropäischen Stereotyp von den Ukrainern als Holocaust-Kollaborateuren eine eigene Version ihrer Leidensgeschichte entgegen, in deren Mittelpunkt die Millionen von Ukrainern stehen, die Stalin absichtlich habe verhungern lassen. Zwar leistet Präsident Viktor Juschtschenko seinem Land einen Bärendienst, wenn er von zehn Millionen Opfern spricht und damit die tatsächliche Zahl verdreifacht, aber Tatsache bleibt, dass die Hungersnot der Jahre 1932/33 Ergebnis gezielter politischer Entscheidungen war und etwa drei Millionen Menschen das Leben kostete. Nehmen wir den Holocaust aus, stellen die mit der Kollektivierung einhergehenden Hungersnöte die größte politische Katastrophe dar, die Europa im 20. Jahrhundert erlebt hat. Ungeachtet dessen blieb die Kollektivierung das zentrale Element des sowjetischen Modells wirtschaftlicher Entwicklung und wurde später, mit vorhersehbaren Folgen, vom kommunistischen Regime Chinas übernommen: Maos »Großer Sprung nach vorn« ließ mehrere zehn Millionen Menschen den Hungertod sterben.

Hitler und Stalin teilten die Vorstellung von der Ukraine als einer Kornkammer für ihre Länder. Beide wollten den ukrainischen Brotkorb kontrollieren und ausbeuten. Und beide lösten damit Hungersnöte aus: Stalin im gesamten Land, Hitler in den Großstädten und in den Kriegsgefangenenlagern. Unter den ukrainischen Gefangenen, die 1941 in den Lagern hungerten, befanden sich Überlebende der Hungersnot von 1933. Die Strategie der Deutschen, die Bevölkerung auszuhungern, ist übrigens mitverantwortlich dafür, dass die Ukrainer als bereitwillige Kollaborateure beim Holocaust erscheinen konnten. Die berüchtigtsten ukrainischen Kollaborateure stellten das Wachpersonal in den Todeslagern von Treblinka, Belzec und Sobibor. Dass die Deutschen die ersten dieser Mannschaftskader, bei denen es sich um sowjetische Soldaten handelte, aus den eigenen Kriegsgefangenenlagern rekrutierten, wird nur selten berücksichtigt. Vor ihrer Politik des massenhaften Hungertods, dem einen großen Verbrechen im Osten, bewahrten sie diese Männer nur, um sie zu Kollaborateuren bei dem anderen großen Verbrechen zu machen, dem Holocaust.

Die polnische Geschichte ist eine unerschöpfliche Quelle von Konfusion. Zwischen 1931 und 1933 wurde Polen nicht nur von *einem* tota-

litären Staat, sondern von *zweien* angegriffen und besetzt, da Deutschland und die Sowjetunion, die damals Verbündete waren, die Gebiete des Landes ausbeuteten und seine Eliten zu einem großen Teil vernichteten. Die polnische Hauptstadt war Schauplatz zweier großer Aufstände gegen die deutsche Besatzungsmacht, zu denen es im Zweiten Weltkrieg kam: dem Getto-Aufstand der Warschauer Juden im Jahr 1943, nach welchem das Getto dem Erdboden gleichgemacht wurde, und dem Warschauer Aufstand im Jahr 1944, nach dem der Rest der Stadt zerstört wurde. In den deutschen Massenmedien geschieht es immer wieder, dass anlässlich des Jahrestages des Warschauer Aufstands diese beiden zentralen Beispiele für Widerstand und Massenmord in einen Topf geworfen werden.

Wenn irgendein europäisches Land im heutigen Europa fehl am Platze wirkt, wie gestrandet in einer anderen historischen Zeit, dann ist das Weißrussland unter der diktatorischen Herrschaft von Alexander Lukaschenko. Aber während Lukaschenko es vorzieht, die Schauplätze des sowjetischen Mordens in seinem Land nicht zur Kenntnis zu nehmen und eine Autobahntrasse über die Todesgruben bei Kuropaty bauen lassen will, erinnert er sich in anderer Hinsicht besser an die europäische Geschichte als seine Kritiker. Indem sie sowjetische Kriegsgefangene verhungern ließen, Juden erschossen und vergasteten und bei Aktionen gegen Partisanen Zivilisten hinrichteten, machten deutsche Streitkräfte Weißrussland zwischen 1941 und 1944 zum weltweit tödlichsten Ort. Die Hälfte der Bevölkerung des sowjetischen Weißrussland wurde im Zweiten Weltkrieg entweder umgebracht oder gewaltsam verschleppt. Von keinem anderen europäischen Land lässt sich Vergleichbares sagen.

Dass die Erinnerung an diese Erfahrung vom derzeitigen Regime gepflegt wird, kann vielleicht helfen zu verstehen, warum das Land Initiativen aus dem Westen so misstrauisch begegnet. Doch sind die Westeuropäer bis heute durchweg überrascht, wenn sie hören, dass Weißrussland gleichermaßen das Epizentrum des Massenmordens in Europa und die Basis für den Partisanenkampf gegen die Nationalsozialisten bildete, der einen wesentlichen Beitrag zum Sieg der Alliierten leistete. Dass ein solches Land so völlig aus dem europäischen Gedächtnis verbannt werden konnte, ist bemerkenswert. Nichts kann die Differenz zwischen Gedächtnis und Geschichte so deutlich machen wie diese Nichtexistenz Weißrusslands in den Diskussionen über die Vergangenheit.

Genauso beunruhigend ist das Fehlen ökonomischer Gesichtspunkte. Obwohl die Geschichte des Massenmords viel mit wirtschaftlichem Kalkül zu tun hat, scheut die Erinnerung alles, was das Morden rational erscheinen lassen könnte. Sowohl das nationalsozialistische Deutschland als auch die Sowjetunion verfolgten einen auf ökonomische Autarkie zielenden Kurs, wobei Deutschland mit einem agrarischen Utopia im Osten ein Komplement zu seiner Industrie schaffen wollte, während die UdSSR ihre agrarwirtschaftliche Rückständigkeit durch eine rasche Industrialisierung und Urbanisierung zu überwinden hoffte. Beide Regime strebten ökonomische Autarkie in einem Großreich an, für das die Kontrolle über Osteuropa zentral war. Beide sahen im polnischen Staat einen historischen Irrweg, beiden galt die Ukraine mit ihren fruchtbaren Böden als unverzichtbar. Verschiedene Gruppen wurden von ihnen im Blick auf ihre Pläne zu Feinden erklärt, wenngleich der deutsche Plan, die Juden auszurotten, in der Radikalität seiner Zielsetzung alles übertrifft, was die sowjetische Politik in diesem Punkt zu bieten hatte. Entscheidend ist, dass die Ideologie, die den Massenmord rechtfertigte, auch einer Vision wirtschaftlicher Entwicklung entsprang. In einer Welt des Mangels, vor allem der Knappheit an Lebensmitteln, verschmolzen beide Regime den Massenmord mit ihrer ökonomischen Planung.

Die daraus resultierende Politik erscheint uns heute entsetzlich und obszön, besaß damals jedoch genügend Plausibilität, um große Scharen von Anhängern zu begeistern. Lebensmittel sind nicht mehr knapp, jedenfalls nicht im Westen; andere Ressourcen aber sind es oder werden es bald sein. Im 21. Jahrhundert werden Trinkwasser, saubere Luft und erschwingliche Energie knapp werden. Der Klimawandel bringt vielleicht die Gefahr neuerlicher Hungersnöte mit sich.

Wenn sich eine allgemeine politische Lehre aus der Geschichte des Massenmords ziehen lässt, dann die, dass wir uns vor dem hüten müssen, was man als privilegierte Entwicklung bezeichnen könnte – vor staatlichen Versuchen, eine Methode wirtschaftlicher Expansion zu betreiben, die andere zum Status von Opfern verurteilt und Wohlstand durch Tod erkaufte. Die Möglichkeit, dass die Ermordung einer Gruppe einer anderen zum Vorteil ausschlagen oder ihr zumindest als vorteilhaft erscheinen kann, lässt sich nicht ausschließen. Dies ist eine Form von Politik, die Europa erlebt hat und wieder erleben kann. Die einzige Antwort darauf ist das moralische Engagement für den einzelnen Menschen, damit dessen

Leben und nicht sein Tod zählt und Kalküle wie die hier beschriebenen undenkbar werden.

Es ist bemerkenswert, wie das heutige Europa Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten verbindet. Wahrscheinlich mehr als jeder andere Teil der Welt ist es, zumindest derzeit, immun gegen eine solch herzlos zweckrationale Verfolgung wirtschaftlichen Wachstums. Was ihre Geschichte betrifft, so leistet sich die Erinnerung der Europäer freilich einige merkwürdige blinde Flecken, und das in einer Zeit, in der Geschichte mehr denn je gebraucht wird. In der Zukunft könnte der Rest der Welt einer noch nicht so lange zurückliegenden europäischen Vergangenheit ähneln. Das ist ein Grund mehr, sich über diese Vergangenheit Rechenschaft abzulegen.

*Aus dem Englischen von Ulrich Enderwitz*

#### Anmerkung

1 Von den rund zwölf Millionen Deutschen, die zum Ende des Krieges aus Osteuropa flohen oder vertrieben wurden, kam die weit überwiegende Mehrzahl aus der Tschechoslowakei (3,5 Millionen) und Polen (7,8 Millionen). Bei der zweiten Gruppe stammten die meisten aus Gebieten, die dem Deutschen Reich nach der Niederlage von den Alliierten weggenommen und Polen zugewiesen wurden. Etwa die Hälfte der zwölf Millionen floh aus eigenem Antrieb, während die andere Hälfte deportiert wurde – wobei eine klare Unterscheidung unmöglich ist, weil etliche von denen, die flohen, später zurückkehrten und dann deportiert wurden. Ende 1944 / Anfang 1945 ergriffen an die sechs Millionen Deutsche vor der Roten Armee die Flucht; die meisten der rund 600 000 Todesopfer unter den deutschen Flüchtlingen kamen in dieser Zeit ums Leben. Bei vielen von ihnen handelte es sich einfach um Menschen, die zwischen die militärischen Fronten geraten waren; einige wurden von sowjetischen Soldaten gezielt umgebracht oder starben in sowjetischen Lagern. Auch Tschechen und Polen verübten Morde an den Flüchtlingen. An diesen Todesopfern trägt Hitler eine Mitschuld, weil es die deutschen Behörden versäumten, für rechtzeitige Evakuierungen zu sorgen.

Die Deportationen von Deutschen nach der Kapitulation des Deutschen Reichs, ein unmittelbares Resultat von Hitlers Krieg, waren ein gemeinsames Projekt von Tschechen, Polen, Sowjets, Briten und Amerikanern. Während des Krieges äußerten die polnischen und tschechoslowakischen Exilpolitiker den Wunsch, die deutschen Bevölkerungsgruppen auf ihren künftigen Territorien zu minimieren, und die Alliierten willigten ein, die deutschen Volksgruppen nach dem Sieg zu deportieren. Winston Churchill empfahl, »reinen Tisch zu machen«, und der Alliierte Kontrollrat verkündete den offiziellen Plan für die Umsiedlung von sechs Millionen Deutschen.

Die (nichtkommunistische) Regierung der Tschechoslowakei hatte für die Ausweisung der Deutschen das Plazet Stalins, Churchills und Roosevelts. Polen un-



terstand sowjetischer Kontrolle, wobei auch jede andere polnische Regierung die Deutschen vertrieben hätte. Die polnischen Kommunisten akzeptierten Stalins Vorschlag, Polen weit nach Westen vorzuschieben, was darauf hinauslief, dass mehr Deutsche vertrieben wurden, als dem Wunsch demokratischer polnischer Politiker entsprochen hätte. (Außerdem beinhaltete der Vorschlag die Deportation von Polen aus der östlichen Hälfte des polnischen Vorkriegsterritoriums, das die Sowjets annektierten. Ungefähr eine Million dieser Ausgesiedelten ließen sich in den Gebieten nieder, aus denen Deutsche vertrieben worden waren.)

Von Mai bis Dezember 1945 schafften die polnischen und tschechoslowakischen Behörden ungefähr zwei Millionen Deutsche über ihre Grenzen. Auch 1946 führen sie damit fort, die Deutschen zum Verlassen des Landes zu zwingen, während die britischen, sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte für ihre Aufnahme in den deutschen Besatzungszonen sorgten. In den Jahren 1946 und 1947 nahmen die Sowjets etwa zwei Millionen, die Briten rund 1,2 Millionen und die Amerikaner rund 1,4 Millionen Deutsche in ihren Zonen auf. Danach verlangsamte sich das Tempo der Deportationen.

Obwohl die Vertreibungen einen Fall kollektiver Verantwortung darstellen und zu grausamen Übergriffen führten, blieb die Todesrate in der betroffenen deutschen Zivilbevölkerung doch relativ gering – 600 000 von zwölf Millionen –, wenn man zum Vergleich die anderen hier erörterten Ereignisse heranzieht. Von einem schrecklichen Krieg eingeholt, der in ihrem Namen geführt worden war, und dann aufgrund alliierter Übereinkunft zum Grenzwechsel und zum Verlassen ihrer Heimat genötigt, stellten diese Deutschen keine Opfer eines kalkulierten Mordplans von der Art des Großen Terrors oder der Hungerpolitik dar.

*Hiroaki Kuromiya und Andrzej Peptoński*  
STALIN UND DIE SPIONAGE

Josef Stalin war ein mächtiger Diktator. Seine Macht verbreitete vor allem deshalb so viel Furcht und Schrecken, weil sie sich in hohem Maße auf Geheimdienste und die Anwendung von Gewalt stützte. Für Stalin war, wie für andere Politiker auch, die strategische Nutzung von geheimdienstlichen Informationen und Spionage ein unverzichtbarer Teil des politischen Lebens – nur dass sie bei ihm schier unerhörte Ausmaße annahm. Ohne Zweifel trug die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung maßgeblich zu Stalins Machtsicherung im Inneren und zur Abwehr äußerer Bedrohungen bei: Ohne Geheimpolizei und die zahlreichen Auslandsagenten wäre seine Herrschaft undenkbar gewesen. Tatsächlich stellte sein Regime unter Beweis, welche machtvollen Instrumente Bespitzelung und Spionage sein können – und führte zugleich ihre enorme Zerstörungskraft vor Augen.

Stalins Geheimdienstoperationen waren, nach allen Maßstäben, außerordentlich erfolgreich. In den 1930er Jahren zum Beispiel infiltrierten die Sowjets mit den »Cambridge Five« in England und dem Spionagering des deutschen Kommunisten Richard Sorge in Japan die Spitzen der Regierung. Vermutlich unterlagen weitere Länder wie Polen und die Vereinigten Staaten einem ähnlichen Ausmaß sowjetischer Infiltration. Der russische Geheimdienstforscher S. V. Leonov dürfte kaum fehlgehen in seiner Annahme, dass Ende der dreißiger Jahre »kein anderes Land auf der Welt über einen so mächtigen und ausgedehnten Geheimdienst verfügte wie die Sowjetunion«<sup>1</sup>. Im Juni 1937 beklagte Stalin sich jedoch bitterlich, kapitalistische Länder hätten der Sowjetunion auf dem Feld der Spionage eine schwere Niederlage zugefügt, und prangerte Marschall Michail Tuchatschewski und andere hochrangige sowjetische Militärbefehlshaber (die er gerade als Spione hatte verhaften lassen) als Schuldige an. Das Wort Informant sei, so wettete er verächtlich, ein heuchlerischer Euphemismus der ach so »zivilisierten westeuropäischen Länder«, während »wir in der russischen Sprache doch wissen, dass damit schlicht ein Spion gemeint ist«. Seinen einstigen politischen Rivalen Leo Trotzki, damals im mexika-

nischen Exil, bezeichnete Stalin als »Oberspion«. Trotzki, der Marschall der Roten Armee Tuchatschewski und andere seien »Agenten« und »Sk-laven« der deutschen Wehrmacht, die aus der Sowjetunion nur ein weiteres Spanien mit einem von faschistischen Kräften angezettelten Bürgerkrieg machen wollten. Die sowjetischen Geheimdienstoperationen seien, so behauptete Stalin, von deutschen, japanischen und polnischen Spionen unterwandert. Dies sei dem sowjetischen Volk unbegreiflich. Auf dem Feld der Geheimdienstarbeit »haben wir zum ersten Mal in 20 Jahren die harscheste Niederlage erlitten«. Es sei notwendig, verkündete der Diktator, die Arbeit des Nachrichtendienstes, »unsere Augen und Ohren«, wieder in eine angemessene Verfassung zu bringen. Selbst eine fünfprozentige Chance auf Wahrheit sei, so fügte er hinzu, noch eine höchst lohnende Aussicht.<sup>2</sup>

Stalins Behauptungen dienten als Vorwand für Terror. Einen Großteil seines politischen Lebens über agierte er zwar vorsichtig, war sich seiner Handlungen jedoch zumeist sicher. Allerdings trieb sein Argwohn ihn dazu, von einer fünfprozentigen Wahrscheinlichkeit auszugehen, dass seine Geheimdienste von ausländischen Agenten unterwandert waren. In der Innen- und Außenpolitik versuchte Stalin, alle anderen Akteure auszu-manövrieren, um daraus politischen Vorteil zu schlagen. Tatsächlich war er ein ausgefuchster Täuscher. Von Natur aus war Stalin außerordentlich (manche sagen krankhaft) misstrauisch. Daher sein Einsatz von Terror, um diese letzten fünf Prozent Unsicherheit auszuräumen.

Wie alle Staatsmänner nahm Stalin Spionage ernst. Im März 1937 erklärte er: »Um im Krieg eine Schlacht zu gewinnen, benötigt man vielleicht einige Kompanien der Roten Armee, um aber den Sieg an der Front zu ruinieren, reichen ein paar Spione irgendwo im Armee- oder gar im Divisionshauptquartier, die den Einsatzplan stehlen und an den Feind verraten.«<sup>3</sup> Mahnungen vor der Gefahr ausländischer Spionage waren in Stalins Sowjetunion nichts Neues. Doch ab 1936 gewannen sie eine dramatische Intensität. Man weiß, dass viele Faktoren, vor allem externe, zur Eskalation der sowjetischen Propaganda gegen ausländische Spione beitrugen. Ein wichtiger Faktor ist jedoch von den Historikern, die sich mit Stalins Spionage- und Terrorsystem befasst haben, bisher vernachlässigt worden: der »Antikominternpakt« von 1936 und die sich daran anschließenden Abkommen.

Obwohl der zwischen Deutschland und Japan geschlossene Antikominternpakt über Spionage gegen die Sowjetunion wohlbekannt ist, gilt

dies nicht von seinem Inhalt. In einem ebenfalls am 11. November 1936 unterzeichneten Zusatzprotokoll wurde vereinbart:

Die zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten werden in Bezug auf den Nachrichtenaustausch über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale sowie auf die Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen gegen die Kommunistische Internationale eng zusammenarbeiten.

Die zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten werden im Rahmen der bestehenden Gesetze strenge Maßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die sich im Inland oder Ausland direkt oder indirekt im Dienste der Kommunistischen Internationale betätigen oder deren Zersetzungsarbeit Vorschub leisten.<sup>4</sup>

Obwohl der Pakt ausdrücklich nur auf die Kommunistische Internationale (Komintern) Bezug nahm, die ihren Sitz in Moskau hatte, war beiden Seiten klar, dass sich das Protokoll gegen die Sowjetunion richtete. Der Pakt wurde ein Jahr später auf Italien ausgeweitet angesichts der Überzeugung, dass »die Kommunistische Internationale die zivilisierte Welt im Westen und im Osten weiterhin gefährdet, ihren Frieden und ihre Ordnung stört und vernichtet« und »nur eine enge Zusammenarbeit aller an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung interessierten Staaten diese Gefahr vermindern und beseitigen kann«.<sup>5</sup>

Praktisch unbekannt sind jedoch deutsch-japanische Vereinbarungen, die nach dem Pakt vom November 1936 geschlossen wurden:

[N]achdem der Antikominternpakt unterzeichnet war, strebte [der japanische Militärattaché in Berlin Hiroshi] Ōshima ein weiteres Abkommen mit Deutschland an, das eine viel engere Zusammenarbeit bei der militärischen Aufklärung gegen die Sowjetunion vorsah. Trotz Skepsis in Berlin und Tokio überzeugte Ōshima den Chef der deutschen Abwehr Wilhelm Canaris von der Nützlichkeit eines solchen Abkommens und unterzeichnete am 11. März 1937 in Berlin mit diesem eine entsprechende Übereinkunft, die »Deutsch-japanischen Zusatzvereinbarungen betreffend Austausch der Nachrichten über Sowjetrußland [UdSSR]«. Darin vereinbarten die beiden Länder, in ihren Hauptstädten nachrichtendienstliche Erkenntnisse auszutauschen und umgehend in ihre Heimatländer weiterzuleiten. Die Vereinbarung betraf alle wichtigen Erkenntnisse und noch unausgewerteten Rohdaten über die Armee, die Luftwaffe und die Rüstungsindustrie der Sowjetunion ebenso wie alle Informationen der »reinen Gegenaufklärung«, an die jede Seite gelangte. Neben dem Austausch von Rohinformationen vereinbarten die beiden Länder zudem, sich gegenseitig über deren Einschätzungen in Kenntnis zu setzen. Diese Vereinbarung wurde am 7. Oktober 1937 offiziell von der japanischen Armee

und der deutschen Wehrmacht genehmigt und um Paragraphen über gemeinsame antisowjetische Gegenspionage und ein jährliches Treffen zur Auswertung der ausgetauschten nachrichtendienstlichen Erkenntnisse ergänzt.<sup>6</sup>

Wie beim Antikominternpakt enthielt auch das Ōshima-Canaris-Abkommen ein Zusatzprotokoll über »antisowjetische Zersetzungsarbeit« (bōryaku). Darin vereinbarten Deutschland und Japan eine Zusammenarbeit bei

a) der Aktivierung sämtlicher Minderheitsbewegungen, b) der Förderung antibolschewistischer Propaganda und c) den Vorbereitungen zum Einsatz von revolutionären Handlungen, Terrorakten und Sabotage bei Kriegsausbruch. Weiter spezifizierte das Protokoll eine Aufteilung der Hauptaktionssphären zwischen den beiden Ländern. Danach sollten (1.) die westlichen Anrainerländer (von Finnland bis Bulgarien) hauptsächlich Deutschland zugeordnet werden, (2.) die südwestlichen Grenzgebiete (Türkei und Iran) beiden Ländern und (3.) die östliche asiatische Front hauptsächlich Japan.

Der Aktionsplan umfasste fünf Jahre, von 1937 bis 1941. Absatz 7 des Protokolls hält fest, dass, falls eine Partei in einen Krieg mit der Sowjetunion gezogen würde, die andere Partei in ihrer jeweiligen Hauptsphäre sowie in den Gebieten beiderseitigen Interesses zu Diversionsakten mit allen verfügbaren Mitteln verpflichtet ist.

Ergänzt wurde das Ōshima-Canaris-Abkommen durch einen erstaunlichen Fünfjahresplan für gemeinsame Operationen im Kaukasus. 1937 zum Beispiel gehörte zur Planung für die Türkei, dort wichtige Politiker zu bestechen, Verbindungen zu »militärischen Stellen« (dem Generalstab) aufzunehmen und, unter dem Deckmantel kommerzieller Unternehmen, an mehreren Stellen in der Nähe der türkisch-sowjetischen Grenze geheime Stützpunkte zu errichten. Der Plan für Europa für dasselbe Jahr sah unter anderem die Ausbildung von Kaukasiern vor, die in ihren Heimatländern ausgewählt und als »Fünfte Kolonnen« auf sowjetischem Territorium eingesetzt werden sollten. Der Plan für die Türkei für das Jahr 1938 sah »die Stärkung und Vermehrung von Grenzstationen« vor, »die Herstellung von Nachrichtenverbindungen durch Schiffe auf dem Schwarzen Meer, die Einrichtung von Kurierwegen, die Ausbildung und Einstellung von Grenzgängern sowie die Gründung von Zellen im Kaukasusgebiet und die Herstellung der Verbindungen zu ihnen«. Ein ähnlicher Plan für dasselbe Jahr wurde für den Iran entworfen. Zum Plan für 1939 für die Türkei gehörten die »Einrichtung von Funkverbindungen, eine Studie über den Bau

von Flughäfen und die Ausbildung von Kadern der Kaukasischen Armee (sowohl in der Türkei als auch in Europa)«, während für den Iran »die Einrichtung von Schiffsverbindungen über das Kaspische Meer und von Funkstationen« geplant war. Der Plan für den Kaukasus für dasselbe Jahr sah »die Bildung von Zellen in Baku, Grosny, Tbilissi, Wladikawkas und Batumi sowie entlang der Öltransportlinien« vor. Für 1940 waren »eine detaillierte Studie über militärische Objekte für Luftangriffe«, der Import von Waffen in die Türkei und den Iran sowie »die Vorbereitung eines allgemeinen Aufstandes in der Kaukasusregion« geplant. Schließlich strebte man für 1941 den »Abschluss der militärischen Vorbereitungen und die Bildung von Kadern der Kaukasischen Armee für die Türkei« an. Diese Operationen sollten von der in Europa und der Türkei stationierten, von Deutschland und Japan finanzierten »Kaukasusgruppe« unter Führung des dagestanischen Emigranten Haidar Bammam ausgeführt werden.<sup>7</sup>

1937, also zu Beginn der deutsch-japanischen Kooperation, vereinbarte Japan auch mit Polen eine Zusammenarbeit bei der antisowjetischen Aufklärung. Beide Länder, geeint durch ein gemeinsames Interesse, hatten schon lange inoffiziell, aber eng kooperiert. Sie vermieden es jedoch, Dritte an ihren Beziehungen zu beteiligen: Japan fürchtete Frankreich und Großbritannien, von denen es zu Recht annahm, dass sie hinter Polen stünden; Polen fürchtete, in den Ruch eines engen Verbündeten des militaristischen Japans zu kommen. 1937 begann Japan, wenn auch zögerlich, mit der von Polen geförderten Prometheus-Bewegung zusammenzuarbeiten, einer »antikommunistischen Internationalen, die gegründet worden war, um die Sowjetunion zu zerstören und ihre Republiken in unabhängige Staaten zu verwandeln«.<sup>8</sup> Aus Stalins Sicht bedeutete dies beinahe sicher, dass Deutschland, Japan und Polen eine große Spionageallianz gebildet hatten.

Japans antisowjetische Geheimoperationen in Europa wurden größtenteils von einer Spezialeinheit für Spionage und Subversion geführt, die 1933 in Berlin gebildet worden war. Dieses von der diplomatischen Mission Japans vollkommen abgeschottete Geheimorgan arbeitete verdeckt mit Emigrantengruppen zusammen, um subversive Operationen in der Ukraine, Weißrussland und im Kaukasus zu steuern.<sup>9</sup> »Spione« wurden über die polnisch-sowjetische, die türkisch-sowjetische und die iranisch-sowjetische Grenze auf feindliches Territorium ausgesandt. Zu Japans Unglück wurde seine Spezialeinheit, wie viele andere Emigrantenorganisati-

onen, von sowjetischen Agenten infiltriert. Der Mann, der die Einheit von 1937 bis 1939 in Berlin führte, Oberst Takanobu Manaki, lernte in Tokio den sowjetischen Spion Richard Sorge kennen. Als Sorge später als sowjetischer Spion verhaftet wurde, war Manaki überrascht, wie gut dieser über seine Aktivitäten unterrichtet war. Darüber hinaus war Manakis russische Geliebte in Paris offenbar ebenfalls eine Agentin der Sowjets.

Elf Tage nach Unterzeichnung des Ōshima-Canaris-Abkommens wurde der sowjetische Marschall Michail Tuchatschewski verhaftet. Er und viele andere sowjetische Militärführer wurden vor Gericht gestellt und als deutsche, japanische oder polnische Spione hingerichtet. Das Oberkommando der Roten Armee wurde beträchtlich dezimiert. Tuchatschewskis Hinrichtung fiel mit dem Besuch des deutschen Abwehrchefs bei Generalmajor Makoto Onodera zusammen, dem japanischen Militärattaché in Lettland, Estland und Litauen. Als die Nachricht von der Hinrichtung im Rigaer Büro des Attachés eintraf, feierten die Mitarbeiter sie als Anzeichen für schwere innere Turbulenzen in der Sowjetunion. An jenem Tag waren Ōshima, Major Shigeki Usui, Manakis Vorgänger in der Spionage- und Subversionseinheit in Berlin, und Major Yoshihide Katō, Militärattaché in Finnland, »rein zufällig zu Besuch in Onoderas Büro«.

Es ist schwer, eine eindeutige Verbindung zwischen dem kaum bekannten Abkommen und der Tuchatschewski-Affäre herzustellen. Angesichts der Tatsache, dass die Sowjetregierung Maulwürfe in das politische Establishment Japans und die japanischen Geheimdienstorgane im Ausland eingeschleust hatte, kann man beinahe mit Gewissheit annehmen, dass die Details des Abkommens und der Verhandlungen zwischen Deutschland und Japan dem Kreml spätestens seit 1936 bekannt waren. Am Ende schafften es Japan und Deutschland nicht, ihr wechselseitiges Misstrauen zu überwinden, und so kam es zwischen beiden nur zu einer halbherzigen Zusammenarbeit, während Japan und Polen weiterhin eine enge Kollaboration in der antisowjetischen Aufklärung pflegten.

\*

Die internationale Spionage war ein hart umkämpftes Feld. Wie wir gesehen haben, arbeiteten einige kapitalistische Mächte, insbesondere Deutschland, Polen und Japan, zusammen, um die Sowjetunion zu infiltrieren. Die sowjetische Infiltration ausländischer Staaten und Organisationen übertraf jedoch bei Weitem deren Anstrengungen zur Gegen-

aufklärung. Dem sowjetischen Agenten Mark Zborowski (der die Codenamen »B-187«, »Mak«, »Kant« und »Tiul'pan« führte) gelang es, sich in Leo Trotzki's engster Umgebung höchstes Vertrauen zu erschleichen, und zwar im Kreis um Trotzki's in Paris lebenden Sohn Sedow. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) wurde ebenfalls tief von Sowjetagenten infiltriert: Ihr Führer, Jewhen Konowalez, wurde 1938 im niederländischen Rotterdam von seinem Vertrauten Pawel Sudoplatow, einem sowjetischen Meisterspion, ermordet.<sup>10</sup> Der Chef der finnischen OUN-Sektion war in den dreißiger Jahren ein sowjetischer Agent namens Poluwedko. Während die Polen der brillanten sowjetischen Gegenspionageoperation »Trest«<sup>11</sup> in die Falle tappten, gingen die Japaner mehreren ähnlichen sowjetischen Operationen mit getürkten antisowjetischen Organisationen (wie etwa Shōgun) auf den Leim.

Die Verbindungen, die die kaukasischen Gruppen zu ihren Unterstützern herstellen und aufrechterhalten konnten, blieben schwach und begrenzt. Die Japaner heckten grandiose Pläne und Komplote gegen die Sowjetunion aus, doch es gibt keine Belege dafür, dass diese jemals auch nur in die Nähe ihrer Realisierung kamen. So eindrucksvoll der polnische Nachrichtendienst war, gibt es wenige Anhaltspunkte dafür, dass er für die Sowjetunion tatsächlich eine echte und unmittelbare Bedrohung darstellte.

Vieles weist darauf hin, dass Stalin 1937, als er die angebliche Niederlage des sowjetischen Geheimdienstes durch die Hand der kapitalistischen Feinde beklagte, in Wirklichkeit zuversichtlich war. Auf sein Geheiß erschien im Frühjahr und Sommer des Jahres in zentralen Zeitungen eine Reihe von Artikeln über die Gefahr ausländischer Spionage. Hauptziele der Angriffe waren Japan und Deutschland. (Polen wurde nur gelegentlich erwähnt.) Diese Artikel liefern interessante Einsichten in Stalins Denken. Ein Artikel zum Beispiel beginnt wie folgt: »Die Imperialisten finden besonderen Geschmack an Spionage und Sabotage. In allen Fällen sind sie daran gewöhnt, »Geheimkräfte« einzusetzen und sind seit langem von der Allmacht der Spionage überzeugt.«<sup>12</sup> Im Lichte ihrer damaligen Praxis ist in dieser Aussage wohl eher eine Selbsteinschätzung der Sowjets zu sehen.

Die gravierendste Bedrohung sah Stalin 1937 wahrscheinlich in Deutschland. Im Mai desselben Jahres erklärte er Kliment Woroschilow und Nikolai Iwanowitsch Jeschow, dass der Hauptfeind der deutsche Geheimdienst sei: Der sowjetische Militärgeheimdienst sei in deutsche Hände gefallen.<sup>13</sup> Doch merkwürdigerweise überstieg die Zahl jener, die in der



Zeit des Großen Terrors (1937-38) als polnische und japanische Spione verfolgt wurden, bei Weitem die Zahl der angeblichen deutschen Spione und Agenten. Laut Statistiken der sowjetischen Geheimpolizei wurden 1937-38 101 965 Menschen als polnische Spione verhaftet, 52 906 als japanische und 39 300 als deutsche Spione, gefolgt von lettischen, finnischen, estnischen, rumänischen, griechischen und sonstigen »Spionen«.<sup>14</sup> Unterdessen hatte Stalin die Zerschlagung Polens beschlossen und entsprechend gehandelt. Er wusste, dass er Deutschland, ein weit mächtigeres Land, nicht vernichten konnte. Stattdessen erkannte er die Chance einer zeitweiligen Annäherung an jenen Mann, der den Bolschewismus zu seinem Erzfeind erklärt hatte. Während er zahlreiche Menschen als deutsche Spione umbringen ließ, streckte er über persönliche Kanäle seine Führer aus, um bei Hitler die Möglichkeit eines Abkommens zu sondieren. Natürlich musste Stalins Versuch scheitern: Deutschland wies die sowjetischen Vorschläge aufgrund der subversiven Aktivitäten der Komintern zurück. Ungeachtet dessen hielt sich Stalin die Möglichkeit eines Arrangements mit Hitler weiter offen und behandelte Deutschland mit Vorsicht. Die folgende Statistik ist aufschlussreich: In den ersten drei Monaten des Jahres 1941 wurden von den 2387 Personen, die in der Sowjetunion unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet wurden, nur 294 der Spionage für Deutschland angeklagt.<sup>15</sup>

Gegenüber Japan, das anders als Deutschland und die Sowjetunion nicht von einem einzelnen Mann, sondern einer instabilen und unberechenbaren, unter häufigen Machtwechseln leidenden Führung beherrscht wurde, trat Stalin weitaus energischer auf. Ein Umgang wie mit Deutschland verbat sich mit Japan. So setzte er stattdessen auf Gewalt. 1937 befahl er die Deportation aller ethnischen Koreaner im fernen Osten der Sowjetunion als potentielle japanische Spione, blieb aber im Hinblick auf die ethnischen Chinesen vorsichtiger (da China als Puffer gegen Japan diente).

Ein *Prawda*-Artikel vom 9. Juli 1937 lässt vermuten, dass Stalin in Bezug auf Japan zuversichtlich war. Der Artikel beginnt mit der Behauptung, dass der »japanische Geheimdienst im Vergleich zur Spionage anderer imperialistischer Länder eine größere Rolle bei der Vorbereitung des Krieges und seiner Ausrichtung auf die Ziele des japanischen Imperialismus spielt. (...) Das relative Gewicht des japanischen Geheimdienstes ist außerordentlich hoch.« Weiter heißt es: »Die japanischen Imperialisten streben danach, Krieg gegen einen Feind mit weit stärkeren Kräften zu

führen (die Sowjetunion, Großbritannien und die USA). Deshalb gründen sie ihre militärischen Pläne auf eine Kombination von reinen Militäroperationen mit Sabotage- und Terrorakten zur Zersetzung und Demoralisierung der Heimatfront.«<sup>16</sup> Dieser Artikel erschien zwei Tage nach dem Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke am 7. Juli, der die Japaner an den chinesischen Kriegsschauplatz fesselte und von ihrem Hauptziel, der Sowjetunion, ablenkte. Obwohl es keine Beweise dafür gibt, dass Stalin hinter dem Zwischenfall steckte, kam dieser der Sowjetunion enorm zupass. Stalin konnte auf diese Weise jede Rücksicht gegenüber Japan fallen lassen. Die sowjetische Überwachung war so eng, dass die Mitarbeiter des japanischen Nachrichtendienstes nicht einmal mit gewöhnlichen Sowjetbürgern sprechen konnten. Reisten sie mit dem Zug, wurden sie keine Sekunde aus den Augen gelassen: Selbst noch auf der Toilette wurden sie durch das Schlüsselloch oder Fenster observiert.<sup>17</sup>

Stalin glaubte an die Allmacht der Spionage. 1940 erklärte er, dass »die nachrichtendienstliche Arbeit damit beginnt, halboffizielle Schriften zu beschaffen«; »geheimdienstliche Arbeit«, so betonte er, »besteht nicht nur darin, einen Geheimagenten irgendwo in Frankreich oder England einzusetzen«, sondern auch in so banalen Aufgaben wie dem Ausschneiden von Zeitungsmeldungen. In Bezug auf die eigentliche Spiongearbeit meinte Stalin, dass »ein Spion notwendigerweise mit Gift und Galle gewappnet sein muss und niemandem Glauben schenken sollte«.<sup>18</sup> Angesichts der Tatsache, dass er

einen Spionagering in der britischen Regierung betrieb, erschien Stalin im August 1942 ebenso doppelzünftig wie ehrlich, als er Churchill und den amerikanischen Gesandten W. Averell Harriman im Kreml empfing: Stalin lobte Militärspione als »gute Leute«, die dem Dienst an ihrem Land verpflichtet seien. Es sei »falsche Scham«, nicht von ihnen zu sprechen. Sie sollten die »Augen und Ohren« ihres Staates sein. Stalin hielt sogar einen Vortrag über die Schwächen der britischen Spionage während des Ersten Weltkriegs.<sup>19</sup>

Er war sich der schmutzigen Tricks der »Imperialisten« gegen die Sowjetunion bewusst und alles andere als abgeneigt, sie seinerseits gegen den Feind einzusetzen.

Stalin hielt sich an seinen eigenen Rat und traute niemandem. Im Mai 1937 sagte er: »Aus geheimdienstlicher Sicht können wir keine Freunde haben:

Es gibt unmittelbare Feinde und potentielle Feinde. Daher können wir niemandem geheime Informationen offenbaren.« Stalin, so erinnerte sich ein ehemaliger sowjetischer Geheimdienstler, sei »sein eigener Geheimdienstchef« gewesen und habe »gerne eine persönliche Rolle im Mantel- und Degengeschäft« gespielt, während er die Führungskader seines Geheimdienstes immer wieder ermahnte,

sich von Hypothesen und »Gleichungen mit vielen Unbekannten« fern zu halten. (...) Er sagte gerne: »Eine geheimdienstliche Vermutung kann zu deinem Steckenpferd werden, auf dem du geradewegs in eine selbstgestellte Falle galoppiert.« Stalin wollte rohes Nachrichtenmaterial: In seinen Sitzungen mit den Geheimdienstchefs warf er häufig ein: »Erzählen Sie mir nicht, was Sie glauben, nennen Sie mir die Fakten und die Quellen!«<sup>20</sup>

So groß Stalins Zuversicht auch gewesen sein mag, war er doch nicht frei von Argwohn. Er vertraute seinen eigenen Leuten nicht. Er wollte auf Nummer sicher gehen und die fünfprozentige Unsicherheit, dass sich unter seinen Leuten Doppelagenten verstecken könnten, eliminieren. In einer Ansprache zur erweiterten Sitzung des Militärrats beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR im Juni 1937 erinnerte Stalin die geladenen Militärs daran, dass sich von den 18 Teilnehmern der Prager Konferenz der Bolschewistischen Partei später allein sechs als Agents Provocateurs der Polizei erwiesen hatten.<sup>21</sup> Das waren 33 Prozent, weit mehr als fünf. Niemand war über Verdacht erhaben. So argwöhnte Stalin zum Beispiel, dass sein Spion Richard Sorge in Tokio ein Doppelagent sei. Sorge weigerte sich, seiner Abberufung nach Moskau Folge zu leisten, und blieb in Tokio. Stalin traute ihm nicht über den Weg und verhängte gegen fast alle seine Führungsagenten in der Sowjetunion Repressionen, während Sorge getreulich unschätzbare Informationen aus Tokio nach Moskau schickte.

Während des Großen Terrors fielen 275 (oder 68 Prozent) von 450 sowjetischen Agenten des Auslandsgeheimdienstes in Moskau und im Ausland den Repressionen zum Opfer. 1938 erhielt Stalin an 127 Tagen in Folge auf dem Dienstweg keinerlei geheimes Nachrichtenmaterial mehr aus dem Ausland, weil die sowjetischen Offiziere Angst hatten, Berichte zu unterzeichnen. Stalin errichtete den mächtigsten Geheimdienstapparat der Welt, aber er zerstörte ihn schließlich auch.

Die Geschichte endet hier jedoch nicht. Es gibt noch immer keinen unbeschränkten Zugang zu den Geheimdienstberichten, die an Stalin weitergeleitet wurden. Selbst viele von jenen, die im ehemaligen Archiv

der Kommunistischen Partei aufbewahrt werden, bleiben Forschern verschlossen. Es ist jedoch bekannt, dass sich Stalin stets auch persönlicher Informationskanäle bediente und sich seiner vertrauten Gesandten und Spione gewöhnlich ohne Zögern entledigte, sobald sie nicht mehr von Nutzen waren. Unter Einsatz solcher Agenten und Spione betrieb Stalin Japan und Deutschland gegenüber weiterhin eine geschickte Politik. Im August 1939 gelang es ihm, Deutschland zum Bruch seines Antikominternpakts mit Japan zu bewegen und einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion zu schließen. Das japanische Kabinett war zum Rücktritt gezwungen; es befand den neuen Anti-Antikominternpakt für so grotesk, dass er jedem Verständnis spottete. Der Pakt verschaffte Stalin Zeit, um den Krieg gegen Deutschland vorzubereiten und Polen zu zerschlagen. Darüber hinaus konnte er durch seine Spionage den gewundenen Wegen folgen, auf denen Japan und Deutschland zusammen mit Italien schließlich im September 1940 zu einer trilateralen Militärallianz gelangten. Dann erreichte Stalin im April 1941 ein Neutralitätsabkommen mit Japan. Als Sorges Spionagering in der deutschen Botschaft in Tokio im Oktober 1941 zerschlagen wurde, vertiefte dies vor allem das Misstrauen zwischen Japan und Deutschland.

Seiner Neigung folgend, selbst Verbündete als potentielle Feinde zu betrachten, teilte Stalin seinen Alliierten im Zweiten Weltkrieg seine gewonnenen Geheiminformationen im Allgemeinen nicht mit, während es ihm umgekehrt gelang, von diesen viele nachrichtendienstliche Erkenntnisse zu bekommen. Dem Zweiten Weltkrieg folgte der Kalte Krieg auf dem Fuße. Stalin hatte inzwischen die Kunst der Spionage perfektioniert. Ende 1952, nur wenige Monate vor seinem Tod im März 1953, machte er erhellende Bemerkungen über die nachrichtendienstliche Arbeit und Spionage:

- Man darf die Geheimdienstarbeit nie als Frontalangriff organisieren. Sie muss unfasslich bleiben, andernfalls wird sie scheitern, und zwar gründlich. Ein Frontalangriff ist eine kurzsichtige Taktik.
- Bei der Rekrutierung von Ausländern ist darauf zu achten, ihre patriotischen Gefühle nicht zu verletzen. Man darf einen Ausländer nicht gegen sein Vaterland anwerben. Rekrutiert man einen Agenten, indem man seinen Patriotismus kränkt, wird er unzuverlässig.
- Aus der Geheimdienstarbeit sind alle Routinemuster sorgfältig zu tilgen, Taktiken und Methoden sind beständig zu ändern. Man muss sich der Weltlage anpassen und

sie sich zunutze machen. Angriffe müssen durchführbar und besonnen sein. Nutze, was Gott Dir gegeben hat.

- Vor allem muss man lernen, in der Geheimdienstarbeit Fehler zuzugeben. Erkenne Deine Fehler und Misserfolge und korrigiere dann Deine Arbeit. Kenne Deine Schwachstellen. Die Geheimdienstarbeit ist vor allem durch die Vermeidung von Frontalangriffen zu verbessern.
- Unser Hauptfeind sind die Vereinigten Staaten, aber unser Hauptaugenmerk sollte nicht auf Amerika selbst gerichtet sein.
- Es müssen zuerst in allen angrenzenden Ländern Zellen geschaffen werden.
- Die wichtigste Basis dafür ist Westdeutschland.
- Man darf in der Politik nicht naiv sein, insbesondere nicht in der Geheimdienstarbeit.
- Einem Agenten dürfen keine Aufgaben übertragen werden, für die er nicht ausgebildet ist, da er dadurch demoralisiert würde.
- Für die Geheimdienstarbeit sind Agenten mit einer großen Bandbreite kultureller Interessen anzuwerben, zum Beispiel Professoren (in der [vorrevolutionären] Zeit schickten wir einen nach Frankreich, um die [mit den Bolschewiken rivalisierenden] Menschewiki auszuforschen, und auf sich gestellt schaffte er viel mehr, als Dutzende Agenten es vermocht hätten). Geheimdienstarbeit ist für uns eine heilige und hehre Sache. Man muss Autorität erwerben. Man muss Hunderte von Freunden (nicht nur Agenten) haben, an die man sich wenden kann, um für uns jedwede Aufgabe zu erfüllen.
- Kommunisten, die über Geheimdienstarbeit die Stirn runzeln, die Angst davor haben, sich die Hände schmutzig zu machen, sollten in der Versenkung verschwinden.<sup>22</sup>

So heiligte der atheistische Stalin das zweitälteste Gewerbe der Welt im Interesse der Sowjetunion und rief dabei noch den Beistand des Herrgotts an. Gleichzeitig konzedierte er, dass die heilige Sache ein schmutziges Geschäft sei, in dem man nicht naiv sein dürfe.

Obwohl er von Zeit zu Zeit alarmistische Reden schwang, wähnte sich Stalin tatsächlich während eines Großteils seiner Herrschaft sicher. Zumindest einmal bereitete ihm seine von tiefem Argwohn durchzogene Zuversicht jedoch eine furchtbare Niederlage: Stalin misstraute seinen eigenen Spionen und ignorierte alle Warnungen, dass Hitler einen Angriff auf die Sowjetunion plante. Er beherzigte seinen eigenen Rat nicht: »Eine geheimdienstliche Vermutung kann zu deinem Steckenpferd werden, auf

dem du geradewegs in eine selbstgestellte Falle galoppierst.« Im Juni 1941 fand sich Stalin in einer solchen Falle wieder, nachdem er auf dem Weg dorthin ungezählte »Feinde der Sowjetunion« enttarnt und vernichtet hatte. Spionage und Gegenspionage, die so vielen Menschen das Leben kosteten, dienten Stalin letzten Endes zur Stärkung und zum Erhalt seiner Macht.

*Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos*

#### Anmerkungen

- 1 S. V. Leonov, »Istoriia sovetskikh spetssluzhb 1917-1938 gg. v noveishei istoriografii (1991-2006)«, in: *Trudy Obshchestva izucheniia istorii otechestvennykh spetssluzhb*, Bd. 3, Moskau 2007, S. 23. Einer Studie zufolge hatte allerdings China unter Tschiang Kai-schek mit 500 000 Spitzeln und Informanten die größte inländische Geheimpolizei, »damals der weltgrößte Geheimdienstapparat«, vgl. Frederic Wakeman Jr., *Spymaster. Dai Li and the Chinese Secret Service*, Berkeley 2003, S. 487.
- 2 *Voennyi sovet pri Narodnoi komissare oborony SSSR. 1-4 iunija 1937 g. Dokumenty i materialy*, Moskau 2008, S. 130-136.
- 3 I. V. Stalin, *Sochineniia*, Bd. 1 (14), hg. von Robert H. McNeal, Stanford 1967, S. 219.
- 4 Zitiert nach Theo Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten*, Tübingen 1962, S. 493.
- 5 Zitiert nach *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, [http://www.zaoerv.de/08\\_1938/8\\_1938\\_1\\_b\\_200\\_2\\_200\\_3.pdf](http://www.zaoerv.de/08_1938/8_1938_1_b_200_2_200_3.pdf).
- 6 Eine Urschrift dieses Abkommens befindet sich im Archiv der Nationalen Japanischen Verteidigungsagentur in Tokio (Bōeichō Bōei Kenkyūjo Toshokan). Vgl. den Artikel von Hiroaki Kuromiya und Georges Mamoulia, »Anti-Soviet Subversion: The Caucasian-Japanese Nexus«, in: *Europe-Asia Studies*, 61/8 (Oktober 2009), S. 1415-1448, dem diese und die folgenden Passagen entnommen sind.
- 7 Vgl. zur Kaukasusgruppe Georges Mamoulia, »L'histoire du groupe Caucase (1934-1939)«, in: *Cahiers du monde Russe*, Januar-März 2007.
- 8 Timothy Snyder, *Sketches from a Secret War. A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine*, New Haven 2005, S. 40. Vgl. auch ders., »Der vergessene Geheimkrieg. Der polnisch-sowjetische Kampf der Geheimdienste um die Ukraine und wie das Europa von heute zustande kam«, in: *Transit* 31 (2006), S. 153-173.
- 9 Vgl. Yuriko Onodera, »Onodera Makoto Rikugun shōshō no jōhō katsudō 1935-1946« (Die Geheimdiensttätigkeit von Generalmajor Makoto Onodera), S. 33, Manuskript im Tokyo University Historiographical Institute, Tokio.
- 10 Vgl. Pawel und Anatolij Sudoplatow, *Die Handlanger der Macht. Die Enthüllungen eines KGB-Generals*, Düsseldorf u.a. 1994, S. 34ff., 53ff.
- 11 Zur Operation »Trest« vgl. Snyder, »Der vergessene Geheimkrieg«, a.a.O., S. 156f.

- 12 K. Kirilovich, »Shpiony za rabotoi«, in: *Izvestiia*, 26. April 1937, S. 3.
- 13 Nikita Petrov / Mark Jansen, »*Stalinskii pitomets*« – Nikolai Ezhov, Moskau 2008, S. 291.
- 14 *Lubianka. Stalin i Glavnoe upravlenie gosbezopasnosti NKVD 1937-1938*, Moskau 2004, S. 660.
- 15 Leonov, »Istoriia«, a.a.O., S. 39.
- 16 »Podryvnaia rabota iaponskoi razvedki«, in: *Prawda*, 9. Juli 1937, S. 4.
- 17 Einen Erfahrungsbericht liefert Saburō Hayashi, »Wareware ha donoyōni taiso jōhō kinmu o yattaka« (Unser Dienst in der antisowjetischen Geheimdienstarbeit), verfügbar in der Nationalen Japanischen Verteidigungsagentur in Tokio (Bōeichō Bōei Kenkyūjo Toshokan).
- 18 Hiroaki Kuromiya, *The Voices of the Dead. Stalin's Great Terror in the 1930s*, New Haven/London 2007, S. 28f.
- 19 Ders., *Stalin*, Harlow 2005, S. 160.
- 20 Alexander Orlov, *Handbook of Intelligence and Guerrilla Warfare*, Ann Arbor 1963, S. 10.
- 21 Vgl. *Voennyi sovet*, a.a.O., S. 308.
- 22 Zitiert in Leonid V. Sherbashin, *Ruka Moskvu. Zapiski nachal'nika sovetskoi razvedki*, Moskau 1996, S. 151f.

*Lynne Viola*

## DIE SELBSTKOLONISIERUNG DER SOWJETUNION UND DER GULAG DER 1930ER JAHRE<sup>1</sup>

»Die Geschichte Russlands ist die Geschichte  
eines Landes, das sich selbst kolonisiert.«

W. O. Kljutschewski

Die Sowjetunion entwickelte sich vor dem Hintergrund einer Konstellation, die als »kapitalistische Einkreisung« beschrieben worden ist. Die Angst vor einem Krieg – real oder eingebildet, von innen oder von außen – wurde zu einem Werkzeug der Mobilmachung, die das auf dem Weg in die Moderne befindliche Land in einen permanenten Belagerungszustand versetzte und ein mörderisches Tempo der Wirtschaftsentwicklung diktierte – im wahrsten Sinne des Wortes, denn der Preis für die Modernisierung der Sowjetunion wurde in Form von Menschenleben entrichtet. Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft basierte auf dem beständigen Transfer von Ressourcen aus der ländlichen in die städtische Wirtschaft – auf dem Rücken der Bauernschaft, die die Bevölkerungsmehrheit bildete. Die Erschließung neuer Territorien, die Gewinnung von Bodenschätzen in den Weiten des sowjetischen Nordens und Ostens und der Aufbau einer industrialisierten Wirtschaft, all das stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem als Gulag bekannten Lager- und Repressionssystem.

Der erste Fünfjahresplan (1928-32) schuf die Voraussetzungen sowohl für den stalinistischen Wirtschaftsaufbau als auch für den Gulag. Die beiden Schienen, auf denen der Plan rollte, waren die Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft. Eine schnelle Industrialisierung sollte die notwendigen sozioökonomischen Voraussetzungen für den »Sozialismus in einem Lande« schaffen und gleichzeitig den Aufbau eines mächtigen Militärapparats ermöglichen, der die wirklich oder vermeintlich von kapitalistischen Feinden umzingelte Sowjetunion schützen sollte. Hinter der Kollektivierung stand die Absicht, für die Industrialisierung Ressourcen freizusetzen – Getreide für den Export und Arbeitskräfte



für die Industriebetriebe. Die Kollektivierung ging einher mit der Liquidierung der Kulaken – eine Politik, die auf eine brutale massenhafte Repression der Landbevölkerung hinauslief. Die Kulaken waren in der Theorie und nach der Sprachregelung des Regimes kapitalistische Landwirte; in der Praxis gab es in der verarmten und rückständigen Landwirtschaft der Sowjetunion allerdings nur sehr wenige Bauern, die diesem Kriterium genügten. Unter dem Vorwand der »Entkulakisierung« wurden nicht weniger als fünf Millionen Menschen allein in den frühen 1930er Jahren enteignet und umgesiedelt. 40 Prozent davon wurden in den Gulag geschickt.

Der Terror war ein wesentliches Element des Stalinismus. Er kam im Verlauf der 1930er Jahre in kontinuierlich aufeinanderfolgenden Wellen. Allein in den Jahren 1930 und 1931 wurden im Zuge der »Entkulakisierung« rund 30 000 Menschen hingerichtet und an die zwei Millionen Bauern samt Familie zwangsdeportiert.<sup>2</sup> In den Jahren 1932/33 nahm der Terror die Form einer Massenhungersnot an – eine unmittelbare Konsequenz der Kollektivierung – und kostete bis zu sieben Millionen Menschen, überwiegend Bauern, das Leben.<sup>3</sup> Die durch den ersten Fünfjahresplan und die Kollektivierung ausgelösten demographischen Verwerfungen führten in der ersten Hälfte der 1930er Jahre zu massiven Polizeieinsätzen gegen »Konterrevolutionäre« und »sozialgefährliche Elemente« in Ballungsgebieten und grenznahen Zonen.<sup>4</sup> Zwischen 1930 und 1936 wurden nach – vermutlich unvollständigen – Statistiken insgesamt 1 391 093 Personen verbannt, ins Gefängnis geworfen, zum Tode verurteilt oder mit anderen Strafen belegt. In dieser Zahl sind die Massen der Kolonisten, die per Verwaltungsakt umgesiedelt (will sagen deportiert) wurden, nicht enthalten.<sup>5</sup>

Die große Mehrheit derer, die dieser Politik bis 1933 zum Opfer fielen, wurde nicht in Arbeitslager eingewiesen, sondern »verbannt«, d.h. einem im Aufbau begriffenen System von Sondersiedlungen bzw. später Arbeitssiedlungen überantwortet, das ab 1931 dem Gulag-Verwaltungsapparat unterstand. Dagegen lag die Zahl der Insassen von Arbeitslagern am 1. Januar 1933 bei »nur« 334 000. Sie stieg freilich unmittelbar danach kräftig an und erreichte schon im Mai 1933 die Marke von 777 000.<sup>6</sup> Im weiteren Verlauf des Jahrzehnts wuchs die Lagerbevölkerung weiter an, auf 1,5 Millionen am 1. Januar 1941, was ungefähr der Größenordnung der Bewohnerschaft der Arbeitssiedlungen entsprach.<sup>7</sup> Die Terrorwelle von

1937 bis 1938 resultierte in 1 575 259 Verurteilungen allein durch die Sicherheitspolizei; darunter waren über 680 000 Todesurteile.<sup>8</sup> Gegen Ende der Stalinzeit war die Zahl der zu Zwangsarbeit verurteilten Arbeitslager-Insassen etwa gleich groß wie die der Verbannten in den Sondersiedlungen.<sup>9</sup>

Detaillierte empirische Unterlagen über die stalinistische Repression und den Gulag wurden erst nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 zugänglich. Bis zu diesem Zeitpunkt unterlagen sämtliche in sowjetischen Archiven befindlichen Akten zu diesem Thema der höchsten Geheimhaltungsstufe. Man konnte bis dahin die Opferzahlen nur schätzen und wusste wenig über die verschiedenen Spielarten des stalinistischen Terrors. So nahmen die Historiker beispielsweise lange an, der »Große Terror« der Jahre 1937/38 sei eine Säuberung im Bereich der Elite gewesen, die sich hauptsächlich gegen die Kader der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung richtete. Heute wissen wir, dass neben dieser Gruppe auch zahlreiche Kulaken, »rückfällige Kriminelle«, »sozialgefährliche Elemente« und Mitglieder etlicher nationaler Minderheiten Opfer von »Massenoperationen« wurden. Es waren diese Maßnahmen, welche damals die meisten Opfer forderten.<sup>10</sup> Wir wissen inzwischen auch, dass der Terror nicht in Gestalt diskreter polizeilicher Zugriffe erfolgte, sondern dass es eine Abfolge offener Kampfansagen an definierte Gruppen von »Feinden des Sozialismus« gab,<sup>11</sup> und dass der Gulag nicht nur ein System von Arbeitslagern war, sondern dass er eine Anzahl unterschiedlicher Strafeinrichtungen umfasste – Kolonien, Lager, Siedlungen.<sup>12</sup> Und wir wissen heute mehr darüber, wie die Terroroperationen in der Praxis funktionierten,<sup>13</sup> und ebenso, dass Stalin persönlich regen Anteil am Terror nahm, dass er eine führende Rolle bei der Gestaltung der entsprechenden politischen Maßnahmen und der Gesetzgebung spielte und sich häufig in die administrativen Prozesse einschaltete.<sup>14</sup>

Es besteht noch kein eindeutiger Konsens in der Beurteilung des Terrors, aber die meisten Historiker haben den Erklärungsansatz des »Totalitarismus« mit seiner Fixierung auf die Ideologie als der einzig treibenden Kraft stalinistischer Repression hinter sich gelassen. Neuere Studien verfolgen multikausale Erklärungen. Dabei kreisen die Deutungen – nach wie vor – um Ideologie sowie um zeit- und situationsbedingte Faktoren und die Rolle der Persönlichkeit (insbesondere Stalins), fassen aber auch den Staatsbildungsprozess und ökonomische Faktoren ins Auge; weitver-

breitet ist ebenfalls die Hypothese, Stalin sei es um die Vernichtung einer »Fünften Kolonne« im Vorfeld des Krieges gegangen.<sup>15</sup>

Der vorliegende Beitrag will den sowjetischen Terror aus einer etwas anderen Perspektive betrachten, welche die Aspekte der Geographie und der Ausbeutung von Ressourcen beleuchtet und den Fokus auf die innere Kolonisierung unter maßgeblicher Führung der Geheimpolizei richtet. Im sowjetischen Kontext hatte »Kolonisierung« weniger mit der Unterwerfung indigener Volksgruppen zu tun – sie wurden sogar häufig schlicht ignoriert – als mit der Ausweitung der zentralen staatlichen Macht und Kontrolle über das Binnenland auf der Suche nach Rohstoffen, dessen Erschließung durch die Errichtung einer Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Wasserkraftwerke etc.) und der Ansiedlung von Menschen. Die Bauernschaft wurde inner- wie außerhalb des Gulag zu einer ausbeutbaren Ressource, die man im Interesse des Staatsaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung einsetzte. Auch als die Kollektivierungskampagnen schon abgeebbt waren, setzte die Geheimpolizei die Kolonisierung mittels des Gulag fort.

Das System, das sich dabei entwickelte, stellte eine bemerkenswerte Inversion von »Hitlers Reich« dar. Die historische Forschung über das nationalsozialistische Deutschland hat den Drang des Dritten Reichs nach äußerer Expansion dokumentiert und herausgearbeitet, wie die Suche nach ausbeutbaren Ressourcen mit der »Endlösung der Judenfrage«, also der Vernichtung des europäischen Judentums, einherging.<sup>16</sup> Im Unterschied zu den anderen europäischen Großmächten konnten sich weder Deutschland noch die Sowjetunion auf überseeische Kolonien stützen, um ein kontinuierliches Wachstum ihrer Wirtschaft zu gewährleisten. Um seine mörderischen Ziele zu erreichen, suchte das nationalsozialistische Deutschland seine »Kolonien« im Inneren Europas, jenseits seiner eigenen Grenzen. Die Sowjetunion dagegen ging im eigenen Land auf die Suche nach Ressourcen und verfolgte eine Politik der inneren Kolonisierung, die sich weitgehend auf den Gulag stützte.

### *Staatlich betriebener Raubbau*

Die Sowjetunion entwickelte sich als ein auf seine Ressourcen setzender Staat, ein Umstand, der eine extreme, aber auch durchweg ineffiziente Zentralisierung erzwang. Dieser Prozess unterlag dabei restriktiven Be-

dingungen, die aus der Struktur, der Geographie und den Entwicklungsmustern des vorrevolutionären Russland resultierten.

Das Moskowiter Reich und das Russische Zarenreich bauten den Staat weitgehend vom Zentrum aus auf. Die Moskauer Großfürsten betrieben die »*Sammlung der russischen Erde*«; die Zaren weiteten ihren Herrschaftsbereich in einem fast kontinuierlichen Prozess von geographischer Expansion und nicht immer geglückten Verwaltungsreformen aus. Verteidigungspolitische Sachzwänge und das Fehlen natürlicher geographischer Grenzen trieben sowohl den Aufbau des Staates als auch die Ausdehnung seines Machtbereichs voran. In einem fortwährenden Prozess der freiwilligen und unfreiwilligen Migration, Kolonisierung und Russifizierung wurden neue Territorien besiedelt; die Grenzen wurden dabei durch die strategische Platzierung des durch Landschenkungen belohnten Dienstadels in den neu besiedelten Regionen gesichert.<sup>17</sup>

In der zaristischen Periode waren Staatsaufbau und Expansion eine Antwort auf den Westen – England, Frankreich, Österreich und Preußen. Das Problem der russischen »Rückständigkeit« war einerseits real, andererseits aber auch ein Konstrukt. Real hinsichtlich der Stellung Russlands in Bezug auf den Westen: Russland versuchte ständig wirtschaftlich aufzuholen, um auf der Weltbühne militärisch mit den westlichen Mächten mithalten zu können. Konstruiert, insofern die Problematisierung der Rückständigkeit und ihr Verhältnis zur militärischen Stärke des Landes zu einem Schlüsselement der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands und der Vorstellungen der russischen Intelligentsia über die Zukunft ihres Landes wurde.

Der Staat fungierte in den Zeiten der größten Umschwünge als Hauptmotor der wirtschaftlichen Modernisierung. Umgekehrt beschleunigte die Entwicklung der Wirtschaft die Staatswerdung in dem Maße, wie der Staat Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Fortschritt seine Macht und seine militärische Stärke ausbauen konnte. Die wirtschaftliche Entwicklung trieb auch die Expansion voran, insbesondere die Suche nach Zugang zu Seehäfen und zu Bodenschätzen; und die innere Kolonisierung folgte der Expansion auf dem Fuße.

Der Staatsaufbau, die wirtschaftliche Modernisierung und die räumliche Expansion beruhten in Russland auf einer extremen Zentralisierung der Ressourcen. Russland hatte eine agrarische Grundstruktur, und die Urbanisierung machte nur langsame Fortschritte. Daher waren die Ein-

künfte des russischen Staates, der von der Ausbeutung seiner Ressourcen lebte, in hohem Maße abhängig vom Land. Sowohl der Staat als auch die Städte entwickelten sich in einer ausbeuterischen Symbiose mit dem Land, aus dem Steuern, Getreide, Arbeitskräfte und Soldaten extrahiert wurden.

Die sowjetischen Planer sahen sich mit wirtschaftlichen und geographischen Herausforderungen konfrontiert, wie schon ihre zaristischen Vorgänger sie kannten. Auch sie standen vor der gewaltigen Aufgabe, eine rückständige Volkswirtschaft zu modernisieren, um eine internationale Macht bleiben zu können. Auch sie verbanden eine extreme Zentralisierung mit der Mobilisierung aller Ressourcen – menschlicher wie materieller – im Dienst einer beschleunigten Wirtschaftsentwicklung. Ganz oben rangierte für sie die Aufgabe, die reichen Bodenschätze, über die der Osten und der Norden Russlands verfügten, für die Industrialisierung nutzbar zu machen. Das große Problem war die Menschenleere des Landes: Viele der wichtigsten Bodenschätze Russlands lagen in geographisch und klimatisch extrem unwirtlichen Regionen, in denen nicht einmal eine elementare Infrastruktur bestand, die die Entsendung und den Aufenthalt von Arbeitskräften erlaubt hätte.<sup>18</sup> Kolonisierung, Verbannung und Zwangsarbeit (von Leibeigenen, später von Strafgefangenen) waren seit Peter dem Großen gängige Lösungen für das Problem des Arbeitskräftemangels in diesen Gebieten.<sup>19</sup> In den 1920er Jahren kamen die sowjetischen Wirtschaftsplaner auf der Suche nach Mitteln und Wegen für die Erschließung der enormen Naturressourcen der Sowjetunion auf diese Lösungen zurück.

1925 verfasste Georgi L. Pjatakow, damals stellvertretender Vorsitzender des Obersten Rats für Volkswirtschaft, für den Vorsitzenden Felix E. Dserschinski (der in Personalunion auch Chef der sowjetischen Geheimpolizei war) eine geheime Denkschrift, in der er einen Plan für den Einsatz von Zwangsarbeitern in einer Reihe abgelegener und unwirtlicher Regionen nördlich des Polarkreises skizzierte, in denen Bodenschätze gefördert werden sollten. Pjatakow stützte sich auf bestehendes Recht, unter anderem die routinemäßig praktizierte Verurteilung von Kriminellen zur Zwangsarbeit in Lagern (seit 1918) oder die behördlich angeordnete Verbannung (seit 1922).<sup>20</sup> Dserschinski hatte in der Tat schon 1923 erklärt: »Wir werden für die Kolonisierung unterentwickelter Gebiete Zwangsarbeit in Lagern organisieren müssen, die wir mit eiserner Disziplin lei-

ten werden. Standorte und Platz haben wir dafür genug.« Die Republik könne, so sagte er an anderer Stelle, »keine Gnade gegenüber Kriminellen walten lassen und keine Ressourcen für sie verschwenden; sie müssen die für ihre Versorgung anfallenden Kosten mit ihrer eigenen Arbeitskraft abdecken.«<sup>21</sup>

1928 griff der Volkskommissar für Justiz, N. M. Janson, diese Ideen auf und empfahl den Einsatz von Sträflingen als Zwangsarbeiter, um die wichtige, weil Devisen eintragende Holzexportwirtschaft zu intensivieren. Seine Empfehlungen waren eine Antwort auf die mangelnde Verfügbarkeit bäuerlicher Arbeitskräfte in den entlegenen Regionen einerseits und die Überfüllung der Gefängnisse andererseits, deren Unterhalt sich zu einem erheblichen Kostenfaktor entwickelt hatte. Schließlich wurden schon seit 1927 Zwangsarbeiter bei der Goldgewinnung eingesetzt, eine Initiative, die als Erfolg gewertet wurde.<sup>22</sup>

Der erste Fünfjahresplan maß der Frage des Arbeitseinsatzes von Strafgefangenen eine zentrale Bedeutung zu. Genrich Jagoda, zu diesem Zeitpunkt de facto Chef der GPU, der sowjetischen Geheimpolizei, trieb diese Entwicklung maßgeblich voran. Im April 1929 legten die Kommissariate für Justiz und Inneres sowie die GPU gemeinsam eine Denkschrift vor, die den Aufbau eines Systems von Lagern forderte, in denen Sträflinge nicht nur verwahrt und isoliert, sondern zu nützlicher Arbeit gezwungen werden sollten, und die wirtschaftlich autark sein würden. Vorgeschlagen wurde, alle Häftlinge, die Freiheitsstrafen von drei Jahren oder länger verbüßen mussten, in solche Lager zu verlegen.<sup>23</sup> Das Politbüro stimmte einen Monat später den meisten Empfehlungen zu und gab Ende Juni 1929 einen zentralen Erlass heraus, der den Ausbau des bestehenden Lagersystems, die Einrichtung zusätzlicher Lager und die Überstellung aller zu mehr als drei Jahren Strafe verurteilten Häftlinge an die GPU vorsah, damit diese die Kolonisierung und die Ausbeutung der nördlichen und östlichen Territorien vorantreiben konnte.<sup>24</sup> Die GPU übernahm damit die Kontrolle über ein in der Folge rasant anwachsendes Sträflingsheer und Zwangsarbeitssystem.

Der industriellen Entwicklung und der Ausbeutung der Bodenschätze kam im ersten Fünfjahresplan höchste Priorität zu. Er zielte darauf ab, ein autarkes wirtschaftliches System zu schaffen, basierend auf Isolation, geschlossenen Grenzen und innerer Kolonisierung und gespeist von einer Kombination aus Angst, Ideologie und militärischem Kalkül. Die Ent-

wicklung neuer Industrien sollte ganz bewusst vor allem im Inneren der Sowjetunion stattfinden, weit weg von den Grenzen und potentiellen Invasionen. Der Aufbau der Industrie ging Hand in Hand mit der territorialen Kolonisierung. Die Sicherheitspolizei übernahm in diesem Prozess wesentliche Aufgaben.

### *Innere Kolonisierung*

Unter Stalin fungierte die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit als Drehpunkt einer Modernisierung, die eine der radikalsten sozialen Transformationen der neueren Geschichte darstellt. Die Bauernschaft war während der Stalin-Ära – wenn nicht gar während der gesamten sowjetischen Epoche – eine Binnenressource für Kapital und Arbeitskraft, die beide als Treibstoff für die sowjetische Entwicklung benötigt wurden. 1928 rief Stalin die Bauernschaft auf, einen »Tribut« zur Finanzierung des industriellen Aufbaus zu leisten und zog dabei eine Parallele zwischen den russischen Bauern und den überseeischen Kolonien, denen nach seiner Überzeugung Großbritannien seinen wirtschaftlichen Aufstieg verdankte.<sup>25</sup> In einem fortdauernden ungleichen und repressiven Austausch zwischen städtischer und ländlicher Wirtschaft musste der ländliche Raum sich einen wachsenden Teil seines Getreides und weiterer Agrarprodukte abzapfen lassen. Große Teile des ländlichen Arbeitskräftereservoirs wurden für den industriellen Aufbau der Sowjetunion eingespannt: Bauern wurden in die Großstädte zu den gigantischen Bauprojekten des ersten Fünfjahresplans gekarrt, beim Roden von Wäldern und beim Straßenbau eingesetzt und für die Kolonisierung des sowjetischen Hinterlandes mobilisiert. Auch wurden sie zu den Streitkräften eingezogen, um der Roten Armee Soldaten zuzuführen. Die Bauernschaft fungierte als die »innere Kolonie« der Sowjetunion, die im Interesse Moskaus ausgebeutet wurde.<sup>26</sup>

Das Regime beutete diese »innere Kolonie« darüber hinaus insofern aus, als es aus ihr Legionen unfreier Arbeiter rekrutierte. In der ersten Hälfte der 1930er Jahre bevölkerten Kulaken die »Sondersiedlungen«, abgelegene winzige Dörfer, die sie und ihre Angehörigen aus dem Nichts heraus aufbauen mussten. Die Kulaken waren die ersten Bewohner des Gulag und die erste Ressource für die massenhafte Rekrutierung von Zwangsarbeitern. Zwangsarbeit bildete das Fundament des Gulag, sie war die Voraussetzung für den Aufbau eines riesigen wirtschaftlichen

Imperiums unter der Kontrolle der Sicherheitspolizei. Eine Armee von Bauern, zusammen mit einer bunten Mischung aus anderen Teilen der Gesellschaft, vorwiegend sozial Deklassierte und politische Häftlinge, sollte das »Menschenmaterial« stellen für den großen Sprung der Sowjetunion nach vorn, für ihr pharaonisches Projekt, genannt »Aufbau des Sozialismus«. Die Bauern bildeten auch weiterhin – für die gesamte Dauer der Stalin-Zeit – die überwältigende Mehrheit der Gulag-Bewohner.

Die Sowjetunion war ein Imperium. Dies wird im Allgemeinen assoziiert mit ihrer Hegemonie über ihre »Satellitenstaaten« in Osteuropa oder ihrem Charakter als Vielvölkerreich. Die Sowjetunion war jedoch noch in einer anderen, ebenso wichtigen Hinsicht ein Imperium. Der Historiker Ronald Grigor Suny definiert Imperium als »eine zusammengesetzte Staatsstruktur, in der sich die Metropole in erkennbarer Weise von der Peripherie abhebt und in der das Verhältnis zwischen beiden von den Akteuren in der Metropole und in der Peripherie als eines der gerechtfertigten oder ungerechtfertigten Gleichheit, der Auflehnung und/oder der Ausbeutung verstanden oder wahrgenommen wird«. <sup>27</sup> Das Verhältnis Moskaus zu seiner Bauernschaft inner- wie außerhalb des Gulag fügt sich gut in diese Definition. Die Bauernschaft wurde eine ausbeutbare Ressource, die im Interesse des Staatsaufbaus und der Wirtschaftsentwicklung eingesetzt wurde. Sie hatte einen niedrigen sozialen Status und erhielt keine Inlands-Reisepässe (nachdem Stalin diese 1932 eingeführt hatte). Der »Kulak« blieb unter Stalin unassimilierbar und war »für immer und ewig« zu einem Leben in der Verbannung verurteilt.

In diesem Sinn legte das sowjetische Imperium Gemeinsamkeiten mit anderen Imperien an den Tag, vor allem mit europäischen Kolonialmächten. Ähnlich wie deren Kolonialreiche in Übersee zeichnete sich der »innere Kolonialismus« der Sowjetunion durch einen inhumanen Umgang mit der bäuerlichen Bevölkerung aus, ferner durch eine denkbar rücksichtslose Verwaltungspraxis im Dienst einer unbegrenzten Abschöpfung von Rohstoffen und Naturressourcen. Gleichzeitig unterschied sich die sowjetische Spielart der Kolonisierung von der ihrer europäischen Gegenspieler durch eine Reihe wesentlicher Substitutionen – eine inländische Bauernschaft ersetzte fremde Eingeborene, Klasse ersetzte Rasse, die »sozialistische Umerziehung« ersetzte die Bekehrung zum Christentum; dazu gesellte sich das merkwürdige Phänomen, dass die Kolonisierten in die Rolle von Siedlern gesteckt wurden, die die endlosen Weiten



des Nordens und Ostens erschlossen. Die Sowjetunion zeichnete sich durch einige weitere Besonderheiten aus: als ein Reich von Bauern und nichtrussischen Nationalitäten, durch ihren relativ unterentwickelten und agrarischen Charakter, ihre geographische Ausdehnung, die der inneren Expansion scheinbar unendliche Möglichkeiten eröffnet, und durch die dünne Präsenz des Staates auf dem Land und an der Peripherie.

Für die Bauernschaft sollte die Kolchose als eine Art Elementarschule der sozialistischen Umerziehung fungieren, die den Bauern ihre »individualistischen, kleinbürgerlichen Instinkte« austreiben und sie zu Kollektivlandwirten machen sollte. Die Sondersiedlungen sollten eine ähnliche Funktion für die Kulaken erfüllen, zumindest für diejenigen, die noch als belehrbar galten. In beiden Fällen war die kollektive oder »sozialistische« Arbeit als Grundlage für die Umerziehung gedacht. In Wirklichkeit sollten freilich andere, universellere Sozialisationsfaktoren eine wichtigere Rolle bei der Umwandlung von Kleinbauern in Kollektivfarmer und Sowjetbürger spielen als die »sozialistische Arbeit«: schulische Erziehung, militärische Ausbildung, Abwanderung in die Städte.

Die zivilisatorische Mission des Sowjetsystems blieb jedoch weitgehend auf eine oberflächliche Rhetorik beschränkt. Ohnehin überwog die Straffunktion der Sondersiedlungen allemal die Umerziehungsfunktion, denn zuallererst dienten die Sondersiedlungen der inneren Kolonisierung, der Isolierung und der unmenschlichsten, mit keinem Umerziehungsgedanken kompatiblen Ausbeutung von Arbeitskraft.

Dass die »Entkulakisierung« ein schier unerschöpfliches Arbeitskräfte-reservoir lieferte, ohne das die weitläufigen, entlegenen, an Bodenschätzen reichen Regionen der Sowjetunion kaum je in diesem Tempo hätten erschlossen und besiedelt werden können, war allerdings ein nicht intendierter Nebeneffekt. Es war der ideologische Imperativ, mit der »Entkulakisierung« den Rest der Bauernschaft einzuschüchtern und sie zum Beitritt in die Kolchosen zu bewegen, der 1930 den wichtigsten Impuls für die »Entkulakisierung« lieferte. Noch im Dezember 1929 ging die vom Politbüro eingesetzte Kollektivierungskommission davon aus, dass die Kulaken hauptsächlich als Arbeitskräfte-reservoir *innerhalb* des im Aufbau begriffenen Systems der kollektiven Landwirtschaft dienen würden.<sup>28</sup>

*Sondersiedlungen und Zwangsarbeit*

Am 11. Januar 1930 fragte Jagoda seine höheren Polizeifunktionäre, ob es denkbar sei, Sondersiedlungen zu errichten, in denen Kulaken ohne Bewachung arbeiten würden.<sup>29</sup> Drei Monate später, am 12. April, verfasste er ein Memorandum, in dem er anregte, die Lager umzufunktionieren. »Jetzt«, schrieb er, »sind die Lager nur Käfige für Häftlinge, deren Arbeit wir nur für den Augenblick nutzen. (...) Wir müssen aus den *Lagern Siedlungsdörfer* machen – ohne jede Festlegung auf eine bestimmte Haftdauer. Der philanthropische Anreiz, bei guter Führung Freiheitsstrafen abzukürzen, ist nicht nur unpassend, sondern sogar oft schädlich. Er erweckt den falschen Eindruck, die Häftlinge sollten »gebessert« werden, eine heuchlerische Art der Buße, die der bürgerlichen Gesellschaft ziemen mag, aber nicht uns.«

Jagoda fuhr fort: »Wir müssen den Norden in schnellstmöglichem Tempo kolonisieren.« Zu diesem Zweck schlug er vor, alle Strafgefangenen in Sondersiedlungen zu verlegen. »Wir müssen Folgendes tun: Wir werden Gruppen (je 1500 Personen) ausgewählter Häftlinge in verschiedenen Regionen Holz geben und sie Hütten bauen lassen, in denen sie wohnen können. Diejenigen, die wollen, können ihre Familie nachkommen lassen. Ein Kommandant wird [die Siedlungen] verwalten. Die Siedlungen werden 200 bis 300 Familien haben. Die [Insassen], namentlich die schwächeren, können in ihrer freien Zeit, wenn die Waldarbeit getan ist, Schweine züchten, Heu machen, Fische fangen. Am Anfang werden sie von Rationen leben, später auf eigene Rechnung. (...) Im Winter wird die gesamte Insassenschaft der Waldarbeit nachgehen oder anderen Arbeiten, die wir ihnen auftragen. (...) Anstelle der 10-15 Personen, die heute Tausende [Häftlinge] bewachen, wird es nur einen Kommandanten geben. (...) Wir müssen das jetzt machen, unverzüglich.«<sup>30</sup>

Jagoda stand mit seinem Memorandum vom April 1930 über die Sondersiedlungen nicht allein; es zirkulierten auch andere Pläne für eine Wiederansiedlung der Kulaken in großem Maßstab – zu einem Zeitpunkt, als Zehntausende Bauernfamilien bereits in Marsch gesetzt worden waren oder schon in provisorischen Unterkünften in ihren Verbannungsorten hausten. Am 11. Februar 1930 forderte E. G. Ewdokimow, Jagodas Adjutant, den Polizei-Oberbefehlshaber des Nordterritoriums, R. I. Austin, in einem Schreiben auf, einen »konkreten Plan« für die Beschäftigung der

Kulaken vorzulegen. Der Erste Parteisekretär des russischen Nordterritoriums, S. A. Bergawinow, hatte schon Mitte 1929 oder noch früher den Aufbau eines permanenten Kaders von Waldarbeitern als ein Mittel gegen die Unzuverlässigkeit der Saisonarbeiter gefordert.<sup>31</sup> I. D. Kabakow und R. I. Eiche, Bergawinows Amtskollegen für den Ural bzw. Sibirien, schlossen sich seiner Sicht der Dinge über regionale Entwicklung an, auch wenn keiner von beiden von der Aussicht begeistert war, innerhalb kurzer Zeit eine so große Zahl von Zwangsarbeitern zu »importieren«.<sup>32</sup> Im Übrigen herrschte ziemliche Verwirrung in der Frage, wie man dieses neue Reservoir an unfreien Arbeitern am besten und produktivsten einsetzen konnte. In den frühesten Planentwürfen war davon die Rede, sie im Norden und in Sibirien vorwiegend für landwirtschaftliche Arbeiten einzusetzen, etwa als Saisonarbeiter in der Forstwirtschaft. Im Ural und in Kasachstan sollten die Verbannten in erster Linie in der Forst- und Fischwirtschaft arbeiten, im Osten in den Goldbergwerken.<sup>33</sup> Im Ural waren die Verantwortlichen der Provinzregierung entschlossen, die »Kulaken-Mentalität« zu brechen und zugleich das größtmögliche Kapital aus der Arbeitskraft zu schlagen, indem man den Verbannten die Möglichkeit verwehrte, sich landwirtschaftlich zu betätigen, und so sicherstellte, dass sie materiell auf ihre industriellen Arbeitsplätze angewiesen waren.<sup>34</sup>

Mitte August 1930 entschied der Rat der Volkskommissare, dass nur die Umgesiedelten, die zu forstwirtschaftlicher Arbeit körperlich nicht in der Lage waren, in der Landwirtschaft tätig sein dürften.<sup>35</sup> Diese Weisung deckte sich offenbar weitgehend mit der von den meisten Bezirks-, Sowjet- und Forstbehörden geübten Praxis; sie hatten ohnehin dafür gesorgt, dass die Verbannten und ihre Familien auf landwirtschaftlich kaum nutzbare Böden gesetzt wurden, oft mitten in den ausgedehnten dichten Waldgebieten, die sie roden sollten.<sup>36</sup> Sondersiedlungen sollten in der Nähe bestehender oder geplanter forstwirtschaftlicher Betriebsstätten angelegt werden. Bergawinow fasste die Richtlinien treffend zusammen, als er seinen Untergebenen erklärte, die Kulaken könnten zu einem »enormen Arbeits- und Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung der Produktivkräfte der Region« werden. Mit ihrer Hilfe »werden wir die Kolonierungsfrage lösen und den großen Mangel an Arbeitskräften überwinden und neue Gebiete des Nordens erschließen«.<sup>37</sup>

1931 war entschieden, dass die in die Sondersiedlungen Verbannten als Zwangsarbeiter für Zwecke der Kolonisierung und der Erschließung

der Bodenschätze der Sowjetunion eingesetzt werden sollten. In einem 1932 erstellten Bericht über den Einsatz von Sondersiedlern in der Forstwirtschaft des Urals hieß es: »Das grundlegende und wichtigste Ziel der permanenten Ansiedlung verbannter Kulakenfamilien in Waldgebieten ist die Kolonisierung zu dünn besiedelter und unzureichend ausgebeuteter Wälder, indem man Sondersiedler für die Waldarbeit heranzieht und sie zu einer dauerhaft ansässigen Forstarbeiterschaft heranbildet.«<sup>38</sup> Obwohl für dieselben Arbeiten zunehmend auch Lagerinsassen herangezogen wurden, gingen die Behörden davon aus, dass die Errichtung von Sondersiedlungen die erheblich kostengünstigere Variante war, da bei ihnen nur geringe Verwaltungs- und Erhaltungskosten anfallen würden.<sup>39</sup> Außerdem bot die Verbannung ganzer Familien für unbestimmte Dauer eine Gewähr dafür, dass die Siedlergemeinden nicht nur für einen ausreichenden Arbeitskräftenachwuchs sorgen würden, sondern zugleich das »Übel des Kulakentums« mit der Wurzel ausgerottet würde.<sup>40</sup>

### *Der Gulag als Wirtschaftsimperium*

Die Politik der Liquidierung der Kulaken als Klasse wurde mit extremer Brutalität durchgeführt. Die Verhaftungen übertrafen alle geplanten Quoten, sie summierten sich allein zwischen Januar und Oktober 1930 auf über 280 000.<sup>41</sup> In den Jahren 1930 und 1931 wurden mindestens 30 000 Bauern, vorwiegend männliche Haushaltsvorstände, von der GPU hingerichtet.<sup>42</sup> Rund zwei Millionen Bauern wurden im selben Zeitraum in den hohen Norden und in den Osten deportiert.

1930 wurde das größte Einzelkontingent von Kulakenfamilien ins Nordterritorium zwangsumgesiedelt: 230 370 Personen, rund ein Drittel davon Kinder. Der Uralregion wurden 153 181 Personen zugeführt, in Sibirien (Ost und West) landeten 131 922 Personen. 1931 kam es zu einer geographischen Reorientierung, mit der Folge, dass das Gros der Verbannten (438 908 Personen) nunmehr in die Uralregion deportiert wurde. Sibirien folgte mit 314 424, Kasachstan mit 253 637 Personen. Insgesamt wurden in diesen beiden Jahren 1 803 392 Menschen als Kulaken zwangsumgesiedelt.<sup>43</sup>

Die »Sondersiedler« spielten eine tragende Rolle bei der Kolonisierung der entlegenen Gebiete. Sie machten zum Beispiel 1930 nicht weniger als 19 Prozent der Einwohnerschaft der Komi-Republik aus und stellten in

einigen Bezirken dieser Republik sogar die Mehrheit. Für dasselbe Jahr gehen Schätzungen davon aus, dass Sondersiedler 17 Prozent der Gesamtbevölkerung des russischen Nordterritoriums ausmachten. In dem Gebiet nördlich von Tomsk bestand die Bevölkerung zu mehr als 10 Prozent aus Sondersiedlern.<sup>44</sup> 1934 stellten Sondersiedler nach Erhebungen der russischen Historikerin Tatiana Slavko je nach Ort zwischen 40 und 80 Prozent der Industriearbeiterschaft des Uralgebiets und 50 bis 90 Prozent der Beschäftigten in der Forstwirtschaft der Region.<sup>45</sup> Die Sondersiedler waren in der ersten Hälfte der 1930er Jahre auch im Gulag die am stärksten vertretene Häftlingskategorie.

Im Juli 1931 wurden die Sondersiedlungen der Direktion des Gulag unterstellt und stellten das bei Weitem größte Zwangsarbeiterkontingent der Sowjetunion. 1935 wurden einzelne Siedler auf eine Liste von Kandidaten für eine vorzeitige »Rehabilitierung« und Wiedereinsetzung in ihre Bürgerrechte gesetzt, doch blieb ihre Bewegungsfreiheit vorläufig eingeschränkt und sie durften ihr Verbannungsgebiet nicht verlassen. In den Augen der Sicherheitspolizei war eine Rückkehr dieser Siedler in ihre angestammte Heimat »politisch unerwünscht«. Zu Recht fürchtete die Behörde, »rehabilitierte Kulaken« würden *en masse* fortziehen und der Sache der »Kolonisierung« irreparablen Schaden zufügen.<sup>46</sup> In der Zwischenzeit wuchs das Heer der umgesiedelten Kulaken-Zwangsarbeiter durch kontinuierliche Deportationen aus den Kolchosen und durch die mit der Kollektivierung einhergehenden Säuberungen in den Grenzregionen weiter an – im Zuge der letzteren wurden als »Klassenfeinde« geltende »Elemente« und Angehörige nichtrussischer Volksgruppen insbesondere aus den Gebieten entlang der sowjetischen Westgrenze »entfernt«.<sup>47</sup>

Durch den Aufbau des Gulag wurde die Sicherheitspolizei zu einem Wirtschaftsimperium, das über Ressourcen, Kapital und Arbeit in einem gewaltigen Ausmaß gebot. Ihre Mitarbeiterzahl wuchs rasant, und sie begann sich zu einem Staat im Staate zu entwickeln, der Stalin unmittelbar unterstand. Daneben hatte die Kollektivierung weitere Folgen, die ebenfalls in die Dynamik und Evolution des stalinistischen Terrors einfließen. Sie versetzte das Land in Bewegung – Millionen Menschen verließen ihre Dörfer, Zehntausende flohen aus ihren Verbannungsorten, und tief im unerschlossenen Landesinneren bildeten sich kriminelle Banden. Der Hunger und das Ende 1932 verabschiedete Passgesetz verstärkten diese Wanderbewegungen, etwa indem zu Waisen gewordene Kinder sich zu-

sammentaten und mit kriminellen Aktivitäten ihr Überleben zu sichern versuchten. Die Sicherheitspolizei veranstaltete Großrazzien in den Städten, um sie von »sozialgefährlichen Elementen« und Personen ohne Pass zu säubern. Diese Dynamik setzte sich in der Säuberungskampagne gegen die einflussreichen regionalen Parteisekretäre fort – die Pioniere des ersten Fünfjahresplans und des Systems der Zwangsarbeit wurden jetzt zur Verhaftung und Liquidierung freigegeben.

Die zweite Hälfte der 1930er Jahre brachte die Fortsetzung der Deportationen und die Zwangsumsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen. Dazu gehörten fortdauernde Säuberungen in den Grenzregionen ebenso wie die Deportation »verdächtiger« nationaler Gruppen. Ihren Höhepunkt erreichte die Entwicklung in den Massenoperationen der Jahre 1937/38. »Sozialgefährliche Elemente« blieben auch jetzt nicht unberücksichtigt – so richtete sich die Massenoperation 00447 speziell gegen dieselben Gruppen, die einige Jahre zuvor Zielscheibe der Säuberungen in den Städten gewesen waren – ehemalige Kulaken, rückfällige Kriminelle und andere »Asoziale«.<sup>48</sup> Die Arbeitslager-Population näherte sich in dieser Zeit der Bevölkerungszahl der Sondersiedlungen an. Der »Große Terror« und der fortdauernde Prozess der »Kolonisierung« im Rahmen des Gulag griffen ineinander und entwickelten sich im Kontext der angespannten internationalen Lage und der Furcht vor einer »Fünften Kolonne«. Diese Befürchtungen erklären womöglich die rasante Zunahme der Hinrichtungen in diesem Zeitraum.

Die Sowjetunion praktizierte auch eine Politik der »kompensatorischen Wiederansiedlung«, die das Ziel verfolgte, in Gebieten, aus denen die angestammten Bewohner vertrieben worden waren, politisch zuverlässige Gruppen anzusiedeln. Die Rote Armee lieferte ausgemusterte Soldaten, um die geforderten Kontingente, insbesondere in den Grenzgebieten, aufzufüllen. Es kam jedoch nicht selten vor, dass ganze Dörfer neu angesiedelter Soldaten mitsamt ihren Familie angesichts einer unvertrauten Landschaft, katastrophalen materiellen Bedingungen und mangelnden landwirtschaftlichen Fertigkeiten das Weite suchten.<sup>49</sup>

Unter diesen Umständen entwickelte sich etwas, das die Geographin Judith Pallott eine »geography of penalty« genannt hat.<sup>50</sup> 1935 verzeichnete der Nachfolger der GPU, der NKWD, das westliche und das östliche Sibirien, Zentralasien, den europäischen Norden Russlands und den Ural als seine wichtigsten Verbannungsräume.<sup>51</sup> 1937 wies das Politbüro das

Kommissariat für Forstwirtschaft an, ganze Landstriche und Wälder an den Gulag abzutreten, damit dieser dort Arbeitslager für die Waldwirtschaft anlegen konnte. Um die Industriebetriebe des Gulag herum entstanden kleinere und größere Städte, in denen sich freie Sowjetbürger und entlassene Sträflinge niederließen, ein Prozess, der der Kolonisierung zugutekam. Die Städte und Metropolen des Nordens und des fernen Ostens entwickelten sich in einer Symbiose mit dem Gulag, dessen Wirtschaftskraft ihren Bewohnern Arbeit und Existenz sicherte.<sup>52</sup>

Gegen Ende der 1930er Jahre verfügte die Sicherheitspolizei mit dem Gulag über ein weit ausgedehntes Wirtschaftsimperium, das für bis zu 15 Prozent der Kapitalinvestitionen der Sowjetunion verantwortlich war und die Förderung von Gold, Diamanten, Nickel und Zinn beherrschte.<sup>53</sup> Die »Bevölkerung« des Gulag wuchs im Verlauf der 1930er Jahre an und zählte im Jahr 1939 1 317 195 Personen.<sup>54</sup> Sowohl die Arbeitslager als auch die Sondersiedlungen des Gulag entwickelten sich Hand in Hand mit der fortschreitenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, und zwar hauptsächlich in Gebieten, die zuvor als unbewohnbar gegolten hatten.<sup>55</sup> Der für den Gulag geltende Grundsatz der Selbstversorgung führte zu einer kontinuierlichen Ausweitung der Lagerkomplexe in Gestalt von Ausgründungen zum Zwecke der internen Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern – Sonderlager, in denen diese Produkte erzeugt wurden.

Wie wir gesehen haben, wurde der Gulag, ursprünglich ein Instrument des Strafvollzugs und der Isolierung, in den 1930er Jahren zusätzlich zu einem Instrument der Kolonisierung. Die Imperative der Kolonisierung unter Polizeiaufsicht – Ähnlichkeiten zum vorrevolutionären Russland sind nicht zu übersehen – waren größtenteils militärisch-strategischer Natur, sie basierten auf der Notwendigkeit, die Grenzen zu festigen, die Industrie im Landesinneren aufzubauen und Rohstoffvorkommen zu erschließen. In diese Imperative flossen die Bedrohungen und die Instabilität ein, die von einem Europa unter dem wachsenden Schatten Nazideutschlands ausgingen, aber auch von den Ambitionen Japans. Die Sicherheitspolizei wurde zu einem Instrument der Repression in den unwirtlichen Weiten des russischen Nordens und Ostens und zugleich zur vordersten Verteidigungslinie gegen die Legionen innerer und äußerer Feinde der Sowjetunion.

*Fazit*

In den 1930er Jahren entwickelte sich die Sowjetunion zu einem Festungsstaat. Die chronische – und begründete – Angst vor einem neuen Krieg, ideologische Imperative und Stalins tyrannische Neigungen, ein »innerer Krieg« (Kollektivierung und »Entkulakisierung«) und die Paranoia vor einer kapitalistischen Einkreisung – all das verband sich zu einem Gemisch, das den Mechanismus des Terrors antrieb und dem Gulag unaufhörlich neue Wellen von Opfern in den Rachen warf. Der Gulag entwickelte sich als ein »Imperium«, das sich hauptsächlich auf die innere Zwangskolonisierung des Landes stützte. Der Terror wurde bis zu einem gewissen Grad instrumentalisiert: als Knüppel für die brachiale Durchsetzung einer neuen Ordnung, als Ersatz für die fehlende staatliche Administration vor allem in ländlichen Gebieten, als Mittel für die Mobilisierung von Arbeitskräften und Ressourcen für die Industrie und als Werkzeug für die Kolonisierung.

Die Sowjetunion Stalins wird oft mit dem Deutschland Hitlers verglichen. In beiden Ländern herrschte eine mörderische Diktatur, die Millionen unschuldiger Menschen das Leben raubte. Meist dient der repräsentative Charakter beider Regime als Basis für den Vergleich. Die vorliegende Untersuchung stellt die sowjetische Repression in den größeren Zusammenhang einer inneren Kolonisierung. Sie will aufzeigen, mit welchen Mitteln die stalinistische Sowjetunion der 1930er Jahre versuchte, durch eine Kombination aus wirtschaftlicher Autarkie, »kolonialer« Ausbeutung und Repression ein inneres Imperium aufzubauen. Einige Historiker verfolgen in jüngster Zeit einen ähnlichen Ansatz in Bezug auf die Politik Nazideutschlands und seiner Pläne für eine Expansion nach Osten, die sich ebenfalls als ein Kolonisierungsprojekt lesen lassen.

Es gibt unter diesem Blickwinkel eine ganze Reihe offenkundiger Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen Stalins Sowjetunion der 1930er Jahre und Hitlers Deutschland in den Kriegsjahren. Die Sowjetunion blieb weitgehend ein Agrarland und nutzte innere Ressourcen, um sich zu modernisieren; dagegen verfügte das nationalsozialistische Deutschland über eine viel entwickeltere Industrie, war aber für sein wirtschaftliches und militärisches Überleben auf äußere Ressourcen angewiesen. Die Sowjetunion war zukunftsorientiert und strebte die Schaffung eines urbanen, industrialisierten Utopia an, während sich beim nationalsozialis-



tischen Deutschland ein modernes Staatswesen mit dem Traum von einem agrarischen Utopia verband. Während in der Sowjetunion Zwangsumsiedlungen hauptsächlich dazu dienten, »Feinde« unschädlich zu machen, dienten sie in Nazideutschland dem Ziel, den eigenen »Lebensraum« zu vergrößern; im Verein mit einem mörderischen Antisemitismus trieb diese Vision die tödliche Dynamik des Holocaust und der Vertreibung einheimischer Bevölkerungen im Osten an. In der Sowjetunion fungierte der Gulag in allen seinen unterschiedlichen Manifestationen als Werkzeug der inneren Kolonisierung. In Nazideutschland hatten die Lager eine andere Funktion; sie dienten hier als Reservoir für ausbeutbare Arbeitskraft oder als Stätten der Vernichtung. Die in der Sowjetunion gepflegten Feindbilder stützten sich auf Klassen- und in zunehmendem Maß auch auf Volkszugehörigkeit, während sie in Nazideutschland rassistischen und sozialdarwinistischen Vorstellungen und der daraus resultierenden Angst um den Fortbestand des eigenen »Blutes« entsprangen. Während in der Sowjetunion die Kommunistische Partei zumindest im Prinzip an der Möglichkeit der Umerziehung von Klassenfeinden – im Sinne einer zivilisatorischen Mission, wenn man so will – festhielt, zeigten die Nazis hinsichtlich der europäischen Juden und der Völker Osteuropas kein derartiges Interesse. In der Sowjetunion sah man im Terror in der Regel ein prophylaktisches Mittel, während er in Nazideutschland offensiv und nach außen gerichtet war.

Trotz der großen Unterschiede im Führungsstil Stalins und Hitlers und trotz aller Gegensätze hinsichtlich Struktur und Ideologie der beiden Regime wurde die Entwicklung ihrer Terrorapparate von einem Faktor angetrieben, den sie teilten – die Suche nach Ressourcen: Nahrung, Arbeitskraft und Rohstoffe. In der Sowjetunion entfaltete sich diese Dynamik in den 1930er Jahren, in Nazideutschland hingegen offenbar erst im Zuge des Krieges und der Expansion nach Osten. In beiden Fällen wirkte der Krieg (oder die Angst vor ihm) radikalierend. Beide Regime verschrrieben sich dem Ideal einer wirtschaftlichen Autarkie. Beide stützten sich auf Zwangsarbeit: Während das nationalsozialistische Deutschland im Herbst 1944 7,9 Millionen »Fremdarbeiter« (Zivilisten und Kriegsgefangene) beschäftigte, verfügte der Gulag auf seinem Höhepunkt über rund fünf Millionen Häftlinge und Verbannte.<sup>56</sup> Sowohl in Deutschland als auch in der Sowjetunion spielte die Sicherheitspolizei eine maßgebliche Rolle im Prozess der Kolonisierung. Beide Regime instrumentalisieren

die Gewalt und setzten damit eine Dynamik in Gang, die den Terror forcierte. Alle zwei stützten sich auf wechselnde Formen der Improvisation. Beide strebten eine »Säuberung« ihrer Bevölkerung hinsichtlich ihrer sozialen bzw. ihrer rassistischen Zusammensetzung an. Beide knüpften an die Politik ihrer Vorgängerregierungen an, was ihre expansionistischen Ziele und Bestrebungen betraf.<sup>57</sup> Nicht zuletzt waren beide Regime in vielfacher Hinsicht »Spätstarter«, die bei den imperialistischen Landnahmen der europäischen Mächte im 19. und frühen 20. Jahrhundert das Nachsehen gehabt hatten.

Einige Historiker verwenden das Konzept der »developmental violence«, um die Wechselwirkungen zwischen Gewalt und Modernisierung sowohl in der Sowjetunion als auch in Nazideutschland zu erklären. Christian Gerlach und Nicolas Werth schreiben, die Sowjetunion habe sich im Verlauf ihrer Modernisierungsanstrengungen als »unfähig erwiesen, ihre nach Millionen zählenden Entwurzelten und Verarmten anders zu integrieren als mit extremer Gewalt«.<sup>58</sup> In diesem Kontext fungierte die Kollektivierung als Reaktor gesellschaftlicher Verwerfungen, die massive und weitgehend unkontrollierte Bevölkerungswanderungen nach sich zogen, namentlich in der ersten Hälfte der 1930er Jahre. Die neueren Arbeiten von Adam Tooze deuten darauf hin, dass das nationalsozialistische Deutschland womöglich wirtschaftlich weniger entwickelt war, als man bisher dachte.<sup>59</sup> Darüber hinaus kann man wohl annehmen, dass die reale und gefühlte Krise und der Krieg (gleich ob real oder antizipiert, gegen den inneren oder äußeren Feind, gegen den Klassen- oder Rassenfeind gerichtet) den Nährboden für die Gewaltexzesse jener Zeit bildeten.

Damit nicht der Eindruck entsteht, dass hier einem reduktionistischen Ansatz das Wort geredet werden soll, erscheint es mir wichtig hervorzuheben, dass Politik, Ideologie und Kontingenz das wirtschaftliche Handeln bestimmten und als primäre Kausalfaktoren für die Entwicklung des Terrors in der Sowjetunion und im nazistischen Deutschland fungierten. Im Fall Nazideutschlands muss die Rolle des Antisemitismus und des Rassenhasses im Mittelpunkt jeder Diskussion über Gewalt stehen. Im Fall der Sowjetunion bleiben Ideologie, Klassenhass und Stalin als Person im Brennpunkt der Diskussion. Gleichwohl scheint klar, dass wirtschaftliche Sachzwänge, welche Kolonisierung und Entwicklung miteinander verknüpften, eine Schlüsselrolle in der Herausbildung des Gulag in den 1930er Jahren spielten.

Auch wenn Faktoren wie die Ausbeutung von Ressourcen und die wirtschaftliche Entwicklung keine Erklärung für den Terror in seiner gesamten Ausprägung liefern können, sollten wir nicht vergessen, wie eng sie mit der Gewalt im 20. Jahrhundert zusammenhängen. Die Sowjetunion betrieb in den 1930er Jahren eine von Gewalt gezeichnete innere Kolonisierung. Erlebt dieses Erbe der sowjetischen Geschichte in den gegenwärtigen Anstrengungen, den Staatsapparat zu rezentralisieren und die Ressourcen des Landes neuerlich der Kontrolle Moskaus zu unterwerfen, eine Renaissance?

*Aus dem Englischen von Karl-Heinz Siber*

#### Anmerkungen

- 1 Ich danke Seth Bernstein, Anna Hajkova, Jennifer Jenkins, John Keep, David Shearer, Susan Solomon und Lilia Toupozova für ihre Kommentare. Ebenso bin ich Timothy Snyder und den Teilnehmern des Hitler-Stalin-Workshops an der Yale University im April 2009 verpflichtet.
- 2 Lynne Viola, *The Unknown Gulag: The Lost World of Stalin's Special Settlements*, New York 2007, S. 30-32.
- 3 Oleg V. Khlevniuk, *The History of the Gulag*, New Haven 2004, S. 54.
- 4 Viola, *Unknown Gulag*, a.a.O., S. 148; Pavel Polian, *Against Their Will: The History and Geography of Forced Migrations in the USSR*, Budapest 2004, S. 327-329.
- 5 Khlevniuk, *History of the Gulag*, a.a.O., S. 288.
- 6 Ebd., S. 62.
- 7 Viola, *Unknown Gulag*, a.a.O., S. 168.
- 8 Khlevniuk, *History of the Gulag*, a.a.O., S. 289, 304f.
- 9 Ebd., S. 273, 328.
- 10 Zur Anordnung 00447 siehe V. P. Danilov / R. T. Manning / L. Viola (eds.), *Tragediia Sovetskoi derevni: Kollektivizatsiia i raskulachivanie. Dokumenty i materialy, 1927-1939*, 5 Bde., Moskau 1999-2006, Bd. 5 (Buch 1), S. 330-337 (im Folgenden TSD). Zu den nationalen Anordnungen siehe *Istoriia Stalinskogo Gulaga: Konets 1920-kh pervaiia polovina 1950-kh godov*, 7 Bde., Moskau 2004/05, Bd. 1, S. 267-277.
- 11 Vgl. z.B. Paul Hagenloh, *Stalin's Police: Public Order and Mass Repression*, Baltimore 2009; David Shearer, *Policing Stalin's Socialism: Repression and Social Order in the Soviet Union, 1924-53*, New Haven 2009.
- 12 Zu den Sondersiedlungen für Kulaken siehe Viola, *Unknown Gulag*, a.a.O.; zu den Arbeitssiedlungen siehe Polian, *Against Their Will*, a.a.O.; *Stalinskie deportatsii, 1928-1953: Dokumenty*, Moskau 2005.
- 13 Am besten informiert *Istoriia Stalinskogo Gulaga* (siehe Anm. 10) über alle Typen von Polizeioperationen.
- 14 Zeugnisse zu Stalins Führungsstil finden sich in: Lynne Viola / V. P. Danilov / N. A. Ivnitkii / Denis Kozlov (Hg.), *The War Against the Peasantry, 1927-1930*, New Haven 2005, Kapitel 4; L. Kosheleva / V. Lel'chuk / V. Naumov / O. Naumov / L.

- Rogovaia / O. Khlevniuk (Hg.), *Pis'ma I. V. Stalina V. M. Molotovu, 1925-1936 gg.*, Moskau 1995; O. V. Khlevniuk / R. U. Devis (R. W. Davies) / L. P. Kosheleva / E. A. Ris (E. A. Rees) / L. A. Rogovaia (Hg.), *Stalin i Kaganovich. Perepiska, 1931-1936 gg.*, Moskau 2001.
- 15 Zu Untersuchungen, die Wirtschaft und Zwangsarbeit in den Mittelpunkt stellen, siehe James R. Harris, »The Growth of the Gulag: Forced Labor in the Urals Region, 1929-31«, in: *Russian Review*, Bd. 56 (April 1997); Galina Mikhailovna Ivanova, *Labor Camp Socialism*, Armonk/NY 2000. Zu Untersuchungen zur Rolle der Polizei in städtischen »law and order campaigns« siehe Paul M. Hagenloh, »Socially Harmful Elements« and the Great Terror«, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), *Stalinism: New Directions*, London 2000; David Shearer, »Crime and Social Disorder in Stalin's Russia: A Reassessment of the Great Retreat and the Origins of Mass Repression«, in: *Cahiers du Monde Russe*, Bd. 39, Nr. 1-2 (January-June 1998). Oleg Khlevniuk ist der energischste Vertreter der »Fünften Kolonne«-Interpretation und argumentiert gegen reduktionistische ökonomische Interpretationen. Vgl. seinen Artikel »The Economy of the Gulag«, in: *Behind the Facade of Stalin's Command Economy*, hg. von Paul R. Gregory, Stanford 2001. Den Zusammenhang von Staatsbildung und Instrumentalisierung des Terrors diskutiere ich in verschiedenen Artikeln und in *Unknown Gulag*.
- 16 Als Ausgangspunkt für einen Vergleich stütze ich mich auf neuere Untersuchungen, welche die Begriffe des Imperiums und der Kolonisierung in die Interpretation des Nazi-Terrors einbringen. Siehe z.B. Ulrich Herbert (Hg.), *National Socialist Extermination Policies*, New York 2000, S. vii; Wendy Lower, *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005; Mark Mazower, *Hitler's Empire*, New York 2008; Adam Tooze, *The Wages of Destruction*, London 2006. Siehe auch Michael Geyer / Sheila Fitzpatrick, *Beyond Totalitarianism: Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009, insbesondere den Artikel von Christian Gerlach und Nicholas Werth, »State Violence – Violent Societies«, in dem sie schreiben, dass »Soviet mass violence was directed more internally than externally«, im Gegensatz zu Nazi-Deutschland (S. 175).
- 17 Vgl. Willard Sutherland, *Taming the Wild Field*, Ithaca 2004; Mark Bassin, *Imperial Visions*, Cambridge 1999.
- 18 Das heißt nicht, dass in diesen Gebieten keine indigene Bevölkerung lebte. Sie wurde allerdings von Moskau als »rückständig« und »feindselig« abgeschrieben und im Falle von Nomaden und Jägern als ungeeignetes Material für die Ausbeutung von Arbeitskraft angesehen.
- 19 Mehr dazu bei Abby M. Schrader, »Branding the Exile as ›Other‹: Corporal Punishment and the Construction of Boundaries in Mid-Nineteenth-Century Russia«, in: David L. Hoffmann / Yanni Kotsonis (Hg.), *Russian Modernity*, London 2000, S. 24f.; Richard Hellie, »Migration in Early Modern Russia«, in: David Eltis (Hg.), *Coerced and Free Migration*, Stanford 2002, S. 292-323.
- 20 Ivanova, *Labor Camp Socialism*, a.a.O., S. 10, 18, 69-72. Zur 1922 in Kraft getretenen gesetzlichen Regelung von Verbannungen vgl. E. A. Zaitsev (Hg.), *Sbornik zakonodatel'nykh i normativnykh aktov o repressiakh i rehabilitatsii zhertv politicheskikh repressii*, Moskau 1993, S. 12.
- 21 Ivanova, *Labor Camp Socialism*, a.a.O., S. 186.

- 22 S. A. Krasil'nikov, »Rozhdenie GULAGa«, in: *Istoricheskii arkhiv*, Nr. 4 (1997), S. 142; *Istoriia Stalinskogo Gulaga*, a.a.O., Bd. 2, S. 23-29.
- 23 Krasil'nikov, »Rozhdenie GULAGa«, a.a.O., S. 143f.
- 24 Ebd., S. 144-146, 152f. Zum Juni-Dekret des Politbüros siehe A. I. Kokurin / N. V. Petrov (Hg.), *Gulag, 1917-1960: Dokumenty*, Moskau 2000, S. 62f.
- 25 Viola u.a. (Hg.), *War Against the Peasantry*, a.a.O., S. 98f.
- 26 Dieses Argument wird weiter ausgeführt in Lynne Viola, *Peasant Rebels Under Stalin*, New York 1996.
- 27 Ronald Grigor Suny, »The Empire Strikes Out: Imperial Russia, »National Identity« and Theories of Empire«, in: Ronald Grigor Suny / Terry Martin (Hg.), *A State of Nations: Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*, New York 2001, S. 26.
- 28 Vgl. dazu ausführlicher Viola, *Unknown Gulag*, a.a.O.
- 29 GAOPDF AO (State Archive of Social-Political Movements and the Formation of Arkhangel'sk Oblast'), f. 290, op. 1, d. 379, l. 6.
- 30 A. N. Dugin, *Neizvestnyi gulag*, Moskau 1999, S. 8f.
- 31 RGASPI (Russian State Archive of Social-Political History), f. 17, op. 21, d. 192, l. 3.
- 32 Zur Uralregion siehe James R. Harris, »The Growth of the Gulag: Forced Labor in the Urals Region, 1929-1931«, in: *Russian Review*, Bd. 56 (April 1997), S. 265-280; David R. Shearer, »Modernity and Backwardness on the Soviet Frontier«, in: Donald J. Raleigh (Hg.), *Provincial Landscapes*, Pittsburgh 2001, S. 215.
- 33 GARF (State Archive of the Russian Federation), f. 393, op. 43a, d. 1796, ll. 184-90; TsA FSB (Central Archive of the FSB), f. 2, op. 9, d. 20, ll. 52, 95.
- 34 T. I. Slavko (Hg.), *Kulatskaia ssylka na Urale*, Moskau 1995, S. 89.
- 35 GARF, f. 9479, op. 1, d. 1, l. 1.
- 36 GARF, f. 393, op. 43a, d. 1796, ll. 163-4; GAVO (State Archive of Vologda Oblast'), f. 399, op. 1, d. 219, ll. 163-4.
- 37 GAOPDF AO, f. 290, op. 1, d. 331, l. 45; d. 379, l. 15.
- 38 GARF, f. 3316, op. 64, d. 1207, ll. 5-8.
- 39 V. P. Danilov / S. A. Krasil'nikov (Hg.), *Spetspereselentsy v Zapadnoi Sibiri*, 4 Bde., Novosibirsk 1992-96, Bd. 3, S. 5.
- 40 S. A. Krasil'nikov, *Na izlomakh sotsial'noi struktury*, Novosibirsk 1998, S. 53.
- 41 TsA FSB, f. 2, op. 8, d. 329, l. 202; *Sovetskaia derevnia glazami VChK-OGPU-NKVD*, Moskau 1998-2005, Bd. 3 (Buch 1), S. 313f.
- 42 TSD, Bd. 2, S. 809f.; V. P. Popov, »Gosudarstvennyi terror v Sovetskoi Rossii«, in: *Otechestvennye arkhivy*, Nr. 2 (1992), S. 28f.
- 43 Viola, *Unknown Gulag*, a.a.O., S. 195f.
- 44 Shearer, »Modernity and Backwardness«, a.a.O., S. 201.
- 45 Vgl. G. F. Dobronozhenko / L. S. Shabalova (Hg.), *Spetsposelki v Komi Oblasti po materialam sploshnogo obsledovaniia. Iiun' 1933*, Syktyvkar 1997, S. 16; N. D. Sapozhnikova / A. G. Sapozhnikov, »Nekotorye aspekty otnosheniia vlasti k ras-kulachennym kresti'ianam na Urale v 29-kh - nachale 30-kh gg.«, in: *Totalitarizm i lichnost'*, Perm 1994, S. 83; GAOPDF AO, f. 290, op. 1, d. 379, l. 5; GARF, f. 393, op. 43a, d. 1796, ll. 2-18; Slavko (Hg.), *Kulatskaia ssylka*, a.a.O., S. 124.
- 46 Viola, *Unknown Gulag*, a.a.O., S. 150f., 155-159.

- 47 Ebd., S. 28, 128.
- 48 Vgl. die in Anm. 10 genannten Titel.
- 49 Siehe Polian, *Against Their Will*, a.a.O., S. 157-164. Es gab auch, wie in vorrevolutionären Zeiten, »freiwillige« Migration und Besiedlung, verglichen mit der Zwangsmigration allerdings in sehr viel geringerem Maße. Vgl. dazu z.B. Shearer, »Modernity and Backwardness«, a.a.O., S. 202.
- 50 Judith Pallot, »Forced Labour for Forestry: The Twentieth Century History of Colonization and Settlement in the North of Perm' Oblast'«, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 54, Nr. 6 (2002).
- 51 Shearer, *Policing Stalin's Socialism*, a.a.O., S. 253f.
- 52 Vgl. insbesondere Alan Barenberg, »From Prisoners to Miners: The Gulag and its Legacy in Vorkuta«, PhD diss., University of Chicago 2007.
- 53 *Istoriia Stalinskogo Gulaga*, a.a.O., Bd. 1, S. 50.
- 54 Khlevniuk, *History of the Gulag*, a.a.O., S. 307.
- 55 Damit soll nicht behauptet werden, dass alle Arbeitslager in abgelegenen Regionen lagen; wahrscheinlich gab es mehrere kleinere Lager in der Nähe von Städten wie Moskau und Leningrad, von wo Arbeitskräfte bezogen wurden.
- 56 Tooze, *Wages of Destruction*, a.a.O., S. 516-518.
- 57 Siehe Mazower, *Hitler's Empire*, a.a.O., S. 29, wo er schreibt: »The Kaiser and the Führer shared the same focus upon eastern Europe as the critical zone for national security, the same obsession with land, colonization and racial settlement. Along with many of their followers, both believed that expanding Germany's borders was necessary to achieve safety in a world of constant struggle against the Slavic danger from the East.«
- 58 Gerlach / Werth, »State Violence-Violent Societies«, a.a.O., S. 151, 175. Vgl. insbesondere das Werk von Mark Levene, *Genocide in the Age of the Nation State*, Bd. 1, London / New York 2005, S. 16, 175f.
- 59 Tooze, *Wages of Destruction*, a.a.O.

*Alex J. Kay*

»HIERBEI WERDEN ZWEIFELLOS ZIG MILLIONEN  
MENSCHEN VERHUNGERN«

Die deutsche Wirtschaftsplanung für die besetzte Sowjetunion  
und ihre Umsetzung 1941-1944

*1. Pläne*

Neben politischen, militärischen und ideologischen Motiven spielten wirtschaftliche Überlegungen eine zentrale Rolle sowohl für den deutschen Entschluss, in der ersten Jahreshälfte 1941 die Sowjetunion zu überfallen, als auch bei der Festlegung der kurz- und langfristigen Ziele des Feldzuges und der anschließenden Besetzung. Der Erlass, der Hermann Göring die Befehlsgewalt für die Wirtschaft in den besetzten sowjetischen Gebieten übertrug, ermächtigte ihn, »alle Maßnahmen an[zuordnen], die zur höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten und zum Ausbau der Wirtschaftskräfte zu Gunsten der deutschen Kriegswirtschaft erforderlich sind«. <sup>1</sup> Vorrangiges Ziel der Deutschen war es nicht, in den besetzten sowjetischen Gebieten die wirtschaftliche Infrastruktur möglichst schnell wiederherzustellen und zu erhalten. Vielmehr durfte und sollte die für die Ausbeutung dieser Gebiete verantwortliche Wirtschaftsbehörde selbst Prioritäten setzen und dabei das Schwergewicht auf eine kleine Zahl von Gütern legen, die von entscheidender Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft waren: Getreide, Ölsaaten und Mineralöl. Als wichtigster Sektor wurde die Nahrungsmittelerzeugung betrachtet, mit allem, was daran hing, z.B. industrielle Anlagen für die Produktion von Traktoren, aber auch die Förderung von Mineralöl, auf das die sowjetische Landwirtschaft in hohem Grade angewiesen war. Die Entscheidung darüber, welche Industriebetriebe instand gesetzt werden sollten, hing vorwiegend davon ab, welche Zustände die vorrückenden Deutschen in den sowjetischen Territorien vorfanden, ins-

besondere wie hoch der Grad der Zerstörung war, die der militärische Vormarsch zwangsläufig mit sich brachte.<sup>2</sup>

Ein wichtiger Aspekt war der, dass die wirtschaftlichen Zielvorgaben der Deutschen für die einzelnen eroberten Gebiete durchaus unterschiedlich ausfielen.<sup>3</sup> Die politische Planung hatte die Einrichtung von vier Verwaltungszonen oder »Kommissariaten« vorgegeben, sobald die Rote Armee besiegt und die »Befriedung der besetzten Gebiete« erfolgt sein würde: Neben dem »Ostland«, welches das Baltikum und Teile Weißrusslands umfasste, waren dies die »Ukraine«, »Kaukasien« und »Russland«. Tatsächlich kann man nach den Wirtschaftsplänen und den ihnen zugrunde liegenden Zielsetzungen für die einzelnen Territorien sowie dem daraus resultierenden Umgang mit der jeweils vorhandenen wirtschaftlichen Infrastruktur und der ansässigen Bevölkerung mindestens fünf Territorien unterscheiden: Baltikum, Weißrussland, die Ukraine, Nord- und Mittelrussland sowie südliches Russland (einschließlich des Kaukasus).

### 1.1 Ukraine

Von allen sowjetischen Gebieten, die Deutschland besetzte, war die Ukraine für die deutschen Wirtschaftsplaner zweifellos das am meisten geschätzte. Nach Erkenntnissen deutscher Ernährungsfachleute erzeugte die Ukraine 40 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr, das waren 40 % der sowjetischen Gesamt-Getreideernte von 100 Millionen Tonnen.<sup>4</sup> Dabei entfielen auf die Ukraine nur 20 % der sowjetischen Bevölkerung. Aus sowjetischer Sicht waren die Getreidemengen, die die Ukraine über den Bedarf ihrer eigenen Bevölkerung hinaus erzeugte, freilich keine Überschüsse, sondern sie wurden benötigt, um die Bevölkerung in anderen Teilen der Sowjetunion zu ernähren, die keine landwirtschaftlichen Überschüsse produzierten. Die deutsche Seite ging dagegen bei der Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete von dem Standpunkt aus, dass Getreideüberschüsse nicht so sehr von den im Osten erzielbaren Erntemengen abhängen würden als vielmehr vom Nahrungsmittelkonsum der sowjetischen Bevölkerung als Ganzer. Allerdings erkannten die deutschen Agrarplaner, dass Deutschland wenig Nutzen erwarten konnte von einem etwaigen Versuch, den Getreideverbrauch der Sowjetbevölkerung durchweg herunterzudrücken, denn als Reaktion auf einen solchen Versuch müsse man mit größeren Wanderbewegungen der Bevölkerung und mit



einem umfangreichen Schwarzhandel rechnen und werde es nicht schaffen, diese Entwicklungen zu unterbinden. Die Richtlinien zur Wirtschaftspolitik im besetzten Osten, die die »Chefgruppe Landwirtschaft« des für die Ausbeutung sowjetischer Ressourcen verantwortlichen Wirtschaftsstabes Ost einen Monat vor der Invasion ausarbeitete, erklärten, was den Planern vorschwebte und welche Folgen die vorgeschlagenen Maßnahmen ihrer Meinung nach haben würden:

Da Deutschland bzw. Europa unter allen Umständen Überschüsse braucht, muß also der Konsum entsprechend herabgedrückt werden. (...) Dieses Herabdrücken des Konsums ist im Gegensatz zu den bisherigen besetzten Gebieten auch durchführbar deshalb, weil das Hauptüberschußgebiet von dem Hauptzuschußgebiet räumlich scharf getrennt ist. (...) Die Überschußgebiete liegen im Schwarzerdegebiet (also im Süden, Südosten) und im Kaukasus. Die Zuschußgebiete liegen im wesentlichen in der Waldzone des Nordens (Podsolböden). Daraus folgt: Eine Abriegelung der Schwarzerdegebiete muß unter allen Umständen mehr oder weniger hohe Überschüsse in diesen Gebieten für uns greifbar machen. Die Konsequenz ist die Nichtbelieferung der gesamten Waldzone einschließlich der wesentlichen Industriezentren Moskau und Petersburg.<sup>5</sup>

Die hier skizzierte Strategie richtete sich also nicht nur gegen die »Zuschußgebiete«, sondern auch gegen sowjetische Großstädte und ihre Bewohner.

Die vom Wirtschaftsstab Ost ausgegebenen Richtlinien stellten die ausgearbeitete schriftliche Version der Ergebnisse einer Erörterung dar, die drei Wochen zuvor unter Beteiligung von Vertretern der zuständigen Ministerien und der Wehrmacht stattgefunden hatte. Diese Gesprächsrunde hatte folgende Erkenntnisse erbracht: »1.) Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2.) Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.«<sup>6</sup> In den Schwarzerdegebieten des Südens und Südostens, zu denen die Ukraine gehörte, werde das Ziel des wirtschaftlichen Vorgehens konkret darin bestehen, Getreide und Ölsaaten, vor allem Sonnenblumen, für Deutschland in Beschlag zu nehmen und die Versorgung des gesamten »Ostheers« aus dem Land sicherzustellen. Um mindestens zwei Drittel der Wehrmacht (nämlich das »Ostheer«) im dritten Kriegsjahr (d.h. von Sommer 1941 bis Sommer 1942) und in einem »evtl. weiteren Kriegsjahr« zu ernähren, müsse man aus den besetzten sowjetischen Gebieten etwa

die folgenden Mengen herausholen: 1 Million Tonnen Brotgetreide, 1,2 bis 1,5 Millionen Tonnen Hafer, 475 000 Tonnen Fleisch (wofür 2,4 Millionen Tonnen Futtergetreide verbraucht würden), 100 000 Tonnen Fett und dazu noch die jeweils benötigten Mengen an Heu, Stroh, Obst und Gemüse, Fischkonserven, Zucker, Nahrungsmitteln und Hülsenfrüchten. Erst wenn der Verpflegungsbedarf der Truppen gedeckt wäre, könnten Lieferungen an die deutsche Heimatfront beginnen.<sup>7</sup>

Als wichtige Voraussetzung sowohl für eine Steigerung der Agrarproduktion in den »Überschussgebieten« als auch für die tatsächliche Inbesitznahme der anvisierten Produktmengen galt den deutschen Experten die Beibehaltung der kollektiven Landwirtschaftsbetriebe (Kolchosen), auf die mehr als 95 % aller landwirtschaftlich Beschäftigten in der UdSSR entfielen. Die Verwerfungen, zu denen es bei einer Umwandlung der 250 000 Kolchosen in kleinere Privatbetriebe möglicherweise kommen konnte, wurden als zu gefahrenträchtig erachtet, und so verzichteten die Deutschen vorläufig darauf. Zumal sie davon ausgingen, dass Beschlagnahmungen umso effektiver gelingen würden, je größer die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe waren.<sup>8</sup> Damit eine Intensivierung der Agrarproduktion und eine Steigerung der Erträge erzielt werden konnten, musste man die Arbeitskräfte ausreichend ernähren – mit Ausnahme der Russen unter ihnen, die man in den Waldgürtel abschieben würde und deren Betriebe Ukrainer übernehmen würden. Sowohl während des Krieges als auch danach sollten die besetzten sowjetischen Gebiete nach der Erwartung der Deutschen die Lebensmittelproduktion Mittel- und Westeuropas nicht ersetzen, sondern ergänzen. Die Einfuhren aus dem Osten würden praktisch an die Stelle der Importe aus Übersee treten.<sup>9</sup>

In den Überlegungen, die die deutschen Experten vor dem Angriff auf die Sowjetunion anstellten, schrieben sie gefangen genommenen Sowjetsoldaten einen weitaus geringeren produktiven Nutzwert zu als den Landarbeitern in den landwirtschaftlichen Überschussgebieten. Aus der Warte der deutschen Führung gesehen, die mit einem schnellen Sieg rechnete, war es nicht nötig, der deutschen Kriegswirtschaft eine Masse politisch und rassistisch unerwünschter – und potentiell gefährlicher – sowjetischer Arbeitskräfte einzuverleiben. Erst später, nachdem der Blitzkrieg gescheitert und in einen längeren Zermübungskrieg umgeschlagen war, wurde die Option, in den sowjetischen Kriegsgefangenen (und Industriearbeitern) ein potentiell wertvolles Arbeitskräftereservoir zu sehen, ernst-

haft erwogen. Weder in den wirtschaftspolitischen Richtlinien vom 23. Mai 1941 noch in den Planungsunterlagen des designierten Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, vom April und Mai 1941 wurde auf die Mobilisierung von Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft ausführlicher eingegangen. Die Forschungen von Ulrich Herbert haben ergeben, dass in der Phase der Planungen für das »Unternehmen Barbarossa« der Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte im Reich – ob Kriegsgefangene oder Zivilisten – nicht ernsthaft erwogen wurde.<sup>10</sup> Außerdem gab es eine ausdrückliche Weisung Adolf Hitlers – keines Geringeren –, der zufolge ein Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener als Arbeiter im Reich nicht in Frage kam. Es herrschte zwar, das wurde eingeräumt, ein Arbeitskräftemangel in Teilen der deutschen Rüstungswirtschaft, aber man rechnete damit, dass deutsche Soldaten nach ihrer Rückkehr vom siegreichen Feldzug im Osten die Lücken füllen würden. Nach Hitlers Vorstellungen würde es nach dem erwarteten Sieg ausreichen, 40 bis 50 deutsche Divisionen in den besetzten sowjetischen Gebieten stationiert zu lassen; das würde eine entsprechende Verringerung der Truppenstärke der Wehrmacht ermöglichen.<sup>11</sup> Hinter diesem Konzept stand die feste Überzeugung, dass der Krieg gegen die Sowjetunion spätestens nach einigen Monaten siegreich beendet sein würde.

Die Ukraine war einerseits ein agrarisches Überschussgebiet, sollte andererseits aber auch so gut wie möglich industriell ausgebeutet werden. Eine möglichst rasche Besetzung des Donez-Beckens, aus dem die Sowjetunion 60 % ihrer Kohle bezog, galt als entscheidend, ebenso wie die Übernahme der dort beheimateten Schwerindustrie in möglichst intaktem Zustand. Von den 18 Millionen Tonnen Eisenerz, die im europäischen Teil der Sowjetunion gefördert wurden (70 % der gesamtsovjeticischen Förderung), kamen 16 Millionen Tonnen aus der Ukraine. Die deutschen Planer ließen allerdings offen, ein wie großer Teil der ukrainischen Industrie, insbesondere der verarbeitenden Branchen, »nach Abzug der für Deutschland erforderlichen Überschüsse« noch erhalten bleiben könne.<sup>12</sup>

## *1.2 Südrussland*

Wie die Ukraine waren auch die südrussischen und nordkaukasischen Zielgebiete des deutschen Vormarsches landwirtschaftliche »Überschussgebiete«. Der Kaukasus war für die Deutschen aber nicht nur als Kornkam-

mer wichtig, sondern vor allem auch wegen seiner Mineralölvorkommen. Von der geplanten Abschnürung der »Zuschussgebiete« von Lebensmittellieferungen aus den Überschussgebieten sollte es eine große Ausnahme geben: die ölreiche Region des Südkaukasus (in etwa deckungsgleich mit den heutigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan). Diese Region war für Deutschland vor allem wegen seiner prekären Versorgungslage bei Treibstoffen und Gummi von entscheidender Bedeutung. Für den »Fall Barbarossa« war vorausberechnet worden, dass die Vorräte an Flugbenzin nur bis zum Herbst 1941 reichen würden, die Treibstoffe für Fahrzeuge sogar nur bis Mitte August.<sup>13</sup> Aber nicht nur die deutsche Kriegsmaschinerie war auf das Erdöl aus dem Kaukasus angewiesen, sondern auch die hoch mechanisierte sowjetische Landwirtschaft, die rund 60 % der gesamten sowjetischen Ölförderung verbrauchte. Daraus folgte, dass nur die Sicherstellung des Treibstoffnachschiebs und der Wiederaufbau der sowjetischen Landwirtschaft zu einer deutlich verbesserten Versorgung Deutschlands und der von ihm besetzten Teile Europas führen würden.<sup>14</sup> Ranghohe deutsche Wirtschaftsplaner waren der Auffassung, das Zentrum der sowjetischen Ölindustrie, Baku – hier wurden 73 % des sowjetischen Öls gefördert<sup>15</sup> –, müsse um jeden Preis besetzt werden; eine Besetzung der Ukraine allein habe »keinen Wert«. Als Hauptziel der deutschen Operationen am Kaukasus wurde daher festgelegt: »Schnellste Ingangsetzung und Erhöhung der Mineralölförderung und Maßnahmen zum glatten Abtransport dieser Mengen.«<sup>16</sup>

Einer der Hauptgründe dafür, dass die weiter oben referierte Politik des Verhungernlassens bei führenden Stellen von Partei und Staat eine so widerstandslose und breite Zustimmung fand, war die Annahme, sie sei die notwendige Vorbedingung für das Gelingen der militärischen Operationspläne Deutschlands. Es war der Wehrmachtsführung absolut klar, dass der Erfolg des Feldzuges von dem Tempo abhing, mit dem der deutsche Vormarsch durchgepeitscht werden konnte. Das Tempo des Vormarsches hing wiederum davon ab, ob die deutsche Nachschubmaschinerie in der Lage war, die Truppen zuverlässig mit Treibstoff, Munition und Proviant zu versorgen. Die 250 000 Tonnen Diesel, die als Bedarf für den bevorstehenden Feldzug veranschlagt wurden, konnten nur um den Preis unverzüglicher und erheblicher Kürzungen im Bereich der Bautätigkeit, der Landwirtschaft und in den Wirtschaften der besetzten europäischen Länder bereitgestellt werden.<sup>17</sup> Paradoxe Weise wurde der Großteil des

zur Ostfront verfrachteten Treibstoffs von den Tankwagen verbraucht, die ihn transportierten. Baku, eines der wichtigsten Ziele des deutschen Vormarsches, lag am Kaspischen Meer, am äußersten östlichen Rand des Gebiets, das Deutschland zu besetzen plante, und konnte daher unter keinen Umständen bereits nach wenigen Kriegswochen erreicht und eingenommen werden – wenn die Wehrmacht überhaupt so weit kommen würde. Die von West nach Ost verlaufenden sowjetischen Bahnlinien waren dünn gesät, ihre Transportkapazität war daher begrenzt, so dass die Schiene keine Lösung für die Transportprobleme der Wehrmacht bot. Dazu kam, dass die sowjetischen Eisenbahngleise eine Spurweite von 152,4 cm hatten, 8,9 cm mehr als die 143,5 cm, die in den meisten anderen europäischen Ländern – einschließlich Deutschlands – die Norm waren. Selbst wenn Pioniereinheiten es schaffen sollten, im Windschatten der vorrückenden Kampftruppen die Gleise zügig umzuspuren, würde diese Arbeit den deutschen Vormarsch verlangsamen, und das war keine akzeptable Option. Außerdem bestand keine Gewähr dafür, dass jene wenigen west-östlichen Schienenstrecken von schweren Beschädigungen im Zuge der Kampfhandlungen verschont bleiben würden. Aus all dem folgte, dass man, wenn man das Volumen der militärischen Nachschubgüter, die aus dem Herzen Europas in den Osten verfrachtet werden mussten, möglichst gering halten wollte, um die nur begrenzt leistungsfähigen Transportwege nicht zu überfordern, die Provianttransporte drastisch zurückfahren und der Wehrmacht auferlegen musste, sich »aus dem Lande« zu ernähren, wie bei der oben erwähnten Besprechung der zuständigen Staatssekretäre am 2. Mai 1941 unmissverständlich formuliert wurde.

### *1.3 Nord- und Mittelrussland*

Im Rahmen der deutschen Politik des Verhungernlassens war den nord- und mittlrussischen Gebieten die primäre Opferrolle zugeordnet. In den bereits erwähnten wirtschaftspolitischen Richtlinien des Wirtschaftsstabes Ost hieß es dazu:

Die Bevölkerung dieser Gebiete, insbesondere die Bevölkerung der Städte, wird größter Hungersnot entgegensehen müssen. (...) Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf

Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas. Darüber muß absolute Klarheit herrschen.

Ein Interesse an einer weiterhin produktiven Waldzone hatte Deutschland nur insoweit, als es für die Versorgung der dort stationierten Besatzungstruppen erforderlich war. Um diese Truppen zu ernähren, würde das Besatzungsregime den betreffenden Gebieten auf Jahre hinaus Getreide und andere Nahrungsmittel, ebenso aber auch Tierfutter, Hafer, Heu und Stroh entziehen müssen.<sup>18</sup> In diesem Sinne sollte und würde es »keine Anhäufung von Wehrmachtaufträgen im Moskauer Gebiet« geben.<sup>19</sup> Bei einem Besuch des Chefs des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B, Professor Dr. Franz Alfred Six, im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte im Juli 1941 wurde deutlich, warum man das so beschlossen hatte:

Hitler beabsichtige, die Ostgrenze des Reiches bis zur Linie Baku-Stalingrad-Moskau-Leningrad vorzuschieben. Ostwärts von dieser Linie werde bis zum Ural ein »Brandstreifen« entstehen, in dessen Bereich alles Leben ausgelöscht werden würde. Man wolle die in diesem Streifen lebenden etwa dreißig Millionen Russen durch Hunger dezimieren, indem man alle Nahrungsmittel aus dem riesigen Gebiet entfernte. Allen an dieser Aktion Beteiligten werde bei Todesstrafe verboten werden, einem Russen auch nur ein Stück Brot zu geben. Die großen Städte von Leningrad bis Moskau sollten dem Erdboden gleichgemacht werden; der SS-Führer von dem Bach-Zelewski werde für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich sein.<sup>20</sup>

Bach-Zelewski war SS-Gruppenführer und Höherer SS- und Polizeiführer für Russland-Mitte. Vom 12. bis 15. Juni 1941 war er unter den Teilnehmern einer Tagung ranghoher SS-Funktionäre, auf der Reichsführer-SS Heinrich Himmler allem Anschein nach erklärte, Sinn und Zweck des Russlandfeldzugs sei »die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um dreißig Millionen«.<sup>21</sup> Die Zahl »30 Millionen« tauchte auch noch bei diversen anderen Gelegenheiten auf, sie war offenbar der gängige Vorschlag der Wirtschaftsplaner für die menschlichen Kosten der Politik des Verhungernlassens. Zufall oder nicht, 30 Millionen war genau die Zahl, um die die Sowjetbevölkerung – und zwar ausschließlich die städtische Bevölkerung – zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 zugenommen hatte. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass es in den wirtschaftspolitischen Richtlinien vom 23. Mai 1941 hieß, »insbesondere die Bevölkerung der [sowjetischen] Städte« müsse »größter Hungersnot entgegensehen«. Schon

vor Kriegsausbruch habe das festländische Europa jährlich 12 bis 13 Millionen Tonnen Getreide einführen müssen, was dem Ernährungsbedarf von mehr als 25 Millionen Menschen entspreche.<sup>22</sup> Die Bewohner Kontinentaleuropas mit den Nahrungsmitteln zu versorgen, die sie brauchten, das kontinentale Europa – sprich das deutsch besetzte und beherrschte Europa – immun gegen die Folgen einer Seeblockade zu machen und damit das deutsche Herrschaftsgebiet für die bevorstehende Auseinandersetzung mit den angelsächsischen Mächten zu wappnen – das war der Sinn und Zweck der beabsichtigten Vernichtung von 30 Millionen Sowjetbürgern durch Nahrungsentzug. Die Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung, die sich in der Sowjetunion in den vorangegangenen 30 Jahren vollzogen hatten, sollten rückgängig gemacht werden.

Als landwirtschaftliche »Zuschussgebiete« sollten das nördliche und das mittlere Russland, einschließlich der Großstädte Leningrad und Moskau, »industriell nur insoweit [ausgebeutet werden], als es die Gesamtsituation verlangt«.<sup>23</sup> Eine groß angelegte Demontageoperation wurde ins Auge gefasst. Die Richtlinien des Wirtschaftsstabes Ost konkretisierten den Plan:

Eine Zerstörung der russischen Verarbeitungsindustrie in der Waldzone ist auch für die fernere Friedenszukunft Deutschlands eine unbedingte Notwendigkeit. (...) In Zukunft muß Südrußland das Gesicht nach Europa wenden. Seine Nahrungsmittelüberschüsse jedoch werden nur bezahlt werden können, wenn es seine industriellen Verbrauchsgegenstände aus Deutschland bzw. aus Europa bezieht. Die russische Konkurrenz der Waldzone muß daher fallen. (...) Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen in den bisherigen Zuschussgebieten.<sup>24</sup>

Die bereits erwähnte Absicht der deutschen Führung, sowjetische Großstädte auszuradieren, wurde bei vielen Gelegenheiten artikuliert, insbesondere – wenn auch nicht ausschließlich – mit Blick auf Moskau und Leningrad. So verkündete Hitler am 8. Juli 1941, Moskau und Leningrad müssten dem Erdboden gleichgemacht werden, »um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müssten«.<sup>25</sup>

#### *1.4 Weißrussland*

Mit einer jährlichen Fehlmenge von 800 000 Tonnen Brotgetreide<sup>26</sup> war Weißrussland ebenso ein »Zuschussgebiet« wie Nord- und Mittellusland. Angesichts seiner zumeist kargen Böden und seiner ausgedehnten

Waldflächen wurde Weißrussland von den deutschen Planern als landwirtschaftlich wenig relevant eingestuft, allenfalls von gewissem Interesse für die deutsche Holzwirtschaft. Allerdings war Weißrussland auch die Schweinemast-Hochburg der Sowjetunion. Der Schweinebestand sollte nach deutschen Vorstellungen möglichst schnell abgeschöpft werden. Nicht nur die Wehrmacht, sondern auch die deutsche Heimatfront würde von der Einziehung des sowjetischen Mastschweinebestands profitieren. Dazu hieß es in den Richtlinien des Wirtschaftsstabes Ost:

Während jedoch die Versorgung des Heeres aus allen Gebieten im Osten stattfinden muß (je nach den in den einzelnen Gebieten vorhandenen Truppen), und während die Ausfuhr von Ölsaaten und Getreide im wesentlichen aus der Schwarzerdezone stattfinden wird, wird die Bereitstellung von Fleisch für deutsche Zwecke, ja sogar auch für Zwecke des laufenden Bedarfs der Wehrmacht aus der Waldzone stattfinden müssen, und hier wiederum insbesondere aus den weißrussischen und den Zentralindustriegebieten um Moskau herum.<sup>27</sup>

Das würde Deutschland von der Aufgabe entlasten, Fleisch für drei Millionen Männer bereitzustellen, denen überdurchschnittliche Rationen zustanden. Bei der kämpfenden Truppe lag die wöchentliche Fleischration bei 1700 g, während sich der normale Verbraucher mit 500 g begnügen musste. Im Juni 1941 wurden diese Mengen auf 1400 bzw. 400 g gekürzt.<sup>28</sup> Die »Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten«, die nur sechs Tage vor dem Invasionstermin herauskamen und als amtliches Handbuch für die Neuordnung der Wirtschaft in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten dienten, führten Schlachtvieh (vor allem Mastschweine), Hafer, Pferde und Holz als die Produkte auf, um die sich die Invasoren in Weißrussland kümmern mussten.<sup>29</sup>

Als Höherer SS- und Polizeiführer für Russland-Mitte war der bereits erwähnte Bach-Zelewski verantwortlich für die geplante Ausrottung von 20 Millionen Menschen allein auf weißrussischem Territorium sowie in den weiter östlich gelegenen Gebieten unmittelbar im Kielwasser des deutschen Vormarsches.<sup>30</sup> Dass man Bach-Zelewski die Verantwortung für den Tod von zwei Dritteln der insgesamt auf 30 Millionen veranschlagten Hungeropfer übertrug, lag einfach daran, dass ein bedeutender Teil der Waldzone in seinem geografischen Zuständigkeitsbereich lag.



### *1.5 Baltikum*

Anders als Nord- und Mittlerrussland sowie Weißrussland waren die baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – keine landwirtschaftlichen Zuschussgebiete. Zusammen erzeugten die drei Staaten pro Jahr einen Überschuss von 340 000 Tonnen Brotgetreide. Sie sollten sich demgemäß nach den Vorstellungen der deutschen Planer »selbst ernähren«. Da das Baltikum aus mitteleuropäischer Sicht verkehrsgünstig gelegen war, gingen die deutschen Planer davon aus, dass auch dieses Territorium für die europäische Ernährungswirtschaft genutzt werden würde. Sie benannten Butter, Getreide, Rüben, Klee, Erbsen, Bohnen und Futtererbsen als wertvolle Produkte, die aus den baltischen Staaten bezogen werden konnten. Deutschland habe sogar ein »überragendes Interesse« an der Butter und den Futterpflanzen des Baltikums. Auf der industriellen Seite werde die Hauptaufgabe in der »Ausnutzung der Werft- und Aluminiumkapazitäten und der Ölvorkommen« bestehen.<sup>31</sup>

### *2. Umsetzung*

Die höchst ungewisse Vorbedingung für einen finalen deutschen Sieg im Osten und für die Verwirklichung der deutschen Wirtschaftspläne war die erfolgreiche Durchführung des Feldzugs innerhalb von zwei bis drei Monaten, und diese hing wiederum davon ab, dass die vorrückenden Truppen adäquat mit Treibstoffen, Munition und Proviant versorgt wurden. Als militärisch erfolgreich abgeschlossen ließ sich der Feldzug nur dann bewerten, wenn es gelang, das sowjetische Territorium bis zur sogenannten AA-Linie, von Archangelsk am Weißen Meer ganz im Norden Russlands bis nach Astrachan am Kaspischen Meer im Süden, zu erobern, zu besetzen und zu »befrieden« – eine Linie, die immerhin 480 km östlich von Moskau verlief! Tatsächlich blieb die Wehrmacht selbst im Moment ihrer größten Expansion nach Osten weit von dieser Ziellinie entfernt. Moskau wurde nicht erreicht, Leningrad trotz einer fast zweieinhalbjährigen Belagerung nie eingenommen. Vor allem aber konnten die Deutschen die kaukasische Hafenstadt Baku und den erdölreichen Südkaukasus nicht erobern; eine ganze Reihe entscheidend wichtiger Wirtschaftspläne konnte daher nicht verwirklicht werden. Die für die wirtschaftliche Kriegsplanung verantwortlichen Behörden erkannten schon Ende Juli 1941, dass

ihre Pläne wegen des unerwartet langsamen Vorankommens der Wehrmacht gescheitert waren oder scheitern würden.<sup>32</sup>

Obwohl die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile das Hauptmotiv für den Krieg gegen die Sowjetunion war, fußte das ganze Unternehmen in keiner Weise auf verlässlichen wirtschaftlichen Prämissen. Es gab in den Korridoren der Macht wenige bis gar keine ernsthaften Versuche, die ökonomischen Implikationen einer Invasion und Besetzung des europäischen Teils der Sowjetunion einer kritischen Analyse zu unterwerfen oder wenigstens alternative Szenarien zu entwickeln für den Fall, dass der Feldzug nicht den optimal erwartbaren Verlauf nahm und damit das Programm der wirtschaftlichen Ausbeutung der zu erobernden Gebiete nur unvollständig umgesetzt werden konnte. Da die Erfüllung der unmittelbaren Bedürfnisse der kämpfenden Truppe Vorrang vor allen ökonomischen Zielen des Feldzuges besaß, hatte der Umstand, dass die vollständige militärische Niederwerfung der Roten Armee nicht gelang und die Kampfhandlungen in vollem Umfang weitergingen, zur Folge, dass die Deutschen nie die Chance bekamen, ihre längerfristigen wirtschaftlichen Ziele neu zu definieren und sich gründlich mit den realen wirtschaftlichen Perspektiven auseinanderzusetzen.

Dazu kam, dass die Gewaltherrschaft, die die Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten ausübten, kontraproduktiv war. Indem sie auf Probleme mit fast automatischen Gewaltreflexen reagierten, sabotierten sie jegliche möglicherweise bestehenden Chancen auf die Erreichung wenigstens einiger ihrer weniger radikalen wirtschaftlichen Ziele. Einige Angehörige der deutschen Wirtschaftsverwaltung erkannten zu einem frühen Zeitpunkt des Feldzuges, wie sehr die Fixierung auf Gewalt die Fähigkeit Deutschlands beeinträchtigte, die Kontrolle über die Volkswirtschaft der besetzten Gebiete zu erlangen und auszuüben. Ranghohe Vertreter des Wirtschaftsstabes Ost gelangten bei einer Besprechung am 31. Juli 1941 zu dem Fazit: »Wir können nicht das ganze Land verwalten. Die Intelligenz ist totgeschlagen, die Kommissare sind weg. Große Gebiete werden sich selbst überlassen bleiben müssen (verhungern).«<sup>33</sup> Trotz dieser Einsicht wurde wenig unternommen, um die Grundausrichtung der deutschen Besatzungspolitik zu ändern. Teilweise lag das daran, dass der brutale Umgang mit großen Teilen der sowjetischen Bevölkerung ein intrinsisches Element der langfristigen wirtschaftlichen Zielsetzungen der Deutschen war; eine grundlegende Änderung dieser Politik hätte diese Ziele selbst in Frage gestellt.

Obwohl deutsche Truppen die Ukraine und Teile der nördlichen Kaukasusregion besetzten, kamen die vorausberechneten 4,5 bis 5 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr<sup>34</sup> nicht zusammen; zwischen Juli 1941 und März 1944 konnten insgesamt nur 5,65 Millionen Tonnen Getreide an die Wehrmacht und zusätzliche 1,6 Millionen Tonnen nach Deutschland geliefert werden. Im Wirtschaftsjahr 1943/44 blieben die Gesamtmengen der aus der besetzten Sowjetunion gewonnenen Nahrungsmittel in allen wichtigen Produktgruppen, außer bei Kartoffeln, erheblich hinter dem Bedarf der Wehrmacht zurück.<sup>35</sup>

Wie oben bemerkt, hatte vor Beginn des Einmarsches die Absicht bestanden, in den Gebieten, die 1939 zur Sowjetunion gehörten, die Kolchosen erst einmal bestehen zu lassen; sie galten als unverzichtbar, wenn man die landwirtschaftliche Produktion in den Überschussgebieten steigern und einen effektiven Zugriff auf die Agrarproduktion gewährleisten wollte. Göring machte jedoch schon im Juli 1941 deutlich, dass die Kolchosen nur für eine Übergangsphase Bestand haben und in absehbarer Zeit abgeschafft würden. Reichsminister Rosenberg setzte diese Ankündigung schon im Februar 1942 in konkrete Politik um, und zwar in Gestalt der von seinem Ministerium ausgearbeiteten »Neuen Agrarordnung«, in der es hieß: »Alle Kolchosen werden mit sofortiger Wirkung in Gemeinwirtschaften umgewandelt.«<sup>36</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres 1942 wurden im Generalkommissariat »Weißruthenien«, das eine Untergliederung von Rosenbergs Reichskommissariat Ostland war, sämtliche Kolchosen umgewandelt, desgleichen die Kolchosen im Bereich der noch von der Wehrmacht administrierten Wirtschaftsinspektion Mitte. Im Reichskommissariat Ukraine kam die Umwandlung langsamer voran (8 % bis Ende 1942, 16 % bis zum Sommer 1943). In diesem »wichtigste[n] landwirtschaftliche[n] Überschussgebiet des Ostens« sollte die wirtschaftliche Neuordnung gemächlich erfolgen.<sup>37</sup>

In den »Waldzonen« blieb die beabsichtigte Wiederaufforstung Weißrusslands, dessen Territorium (jedenfalls der größte Teil davon) fast genau drei Jahre deutsch besetzt war, ebenfalls auf dem Papier stehen. Der Raubbau an den Wäldern, der dort in der Periode der Industrialisierung der Sowjetunion praktiziert worden war – und über den die deutschen Wirtschaftsplaner sich mokiert hatten –, ging in sogar noch verschärfter Form weiter.<sup>38</sup> Ein von Göring unterzeichneter Erlass vom August 1942 erklärte die Zwangslage:

Die Deckung des Holzbedarfs der Wehrmacht und anderer kriegswichtiger Bedarfsträger stößt infolge der ungünstigen örtlichen Verteilung der Wälder, der vielfachen Zuständigkeiten, der verschiedenen Verwaltungsgrenzen, der Partisanentätigkeit im Einschlag- und Flößereibetrieb, mangels ausreichender Arbeitskräfte und infolge unzureichend ausgenutzter Transportmöglichkeiten auf solche Schwierigkeiten, daß die Bedarfsdeckung der Wehrmacht, der Wiederaufbau des Kohlenbergbaues im Donezgebiet und die Bedarfsdeckung des Transportwesens infrage gestellt ist.

Die rund 19 Millionen Hektar Waldgebiet, die nach der Offensive vom Sommer 1941 unter deutscher Kontrolle gestanden hatten, schrumpften bis 1943 auf nur noch zehn Millionen Hektar, von denen sieben Millionen im Gebiet des Reichskommissariats Ostland lagen. Die Zurückdrängung der Front führte zu erheblichen Verschiebungen in der Logistik des deutschen Holznachschubs. Die besetzten Gebiete im Süden Russlands wurden zum Beispiel abhängig von Holzlieferungen aus dem polnischen Generalgouvernement.<sup>39</sup>

Angesichts einer begrenzten Zahl einsetzbarer Sicherheitskräfte und einer sich rapide verschlechternden militärischen Lage sollte sich bald zeigen, dass die geplante Politik der Aushungerung durch Abschnürung ganzer Regionen mit dem Ziel, Millionen Menschen in den Getreidezuschussgebieten und den Großstädten dem Hungertod preiszugeben, nicht in die Tat umgesetzt werden konnte. Spätestens im Oktober 1941 wurde Göring klar, dass der Gedanke »abwegig« war, »in der Weite des russischen Raumes Grenzen zwischen Stadt- und Landbevölkerung aufzurichten«.<sup>40</sup> Tatsächlich waren in der Phase der Planungen für die Invasion zu keinem Zeitpunkt konkrete Vorstellungen formuliert worden, wie die Politik des Verhungernlassens in der Praxis bewerkstelligt werden sollte. Im Endeffekt setzten sich Tausende Sowjetbürger über die Landstraßen in Bewegung, und ein florierender Schwarzhandel setzte ein. Die Aushungerung Leningrads zwischen 1941 und 1944, der mindestens 800 000, wahrscheinlich sogar deutlich über eine Million Menschen zum Opfer fielen, bildete eine Ausnahme und funktionierte nur, weil Deutschland für die Belagerung der Stadt erhebliche Truppenkontingente abstellte, nämlich die 16. und die 18. Armee. Das Oberkommando der 18. Armee erläuterte im November 1941 in einer Denkschrift, welche »Vorteile« man sich davon versprach, die Stadt so einzukesseln, dass alle ihre Bewohner verhungern würden: »a.) Ein großer Teil der kommunistischen Bevölkerung

Rußlands, der gerade unter der Bevölkerung von Petersburg zu suchen ist, wird damit ausgerottet. b.) Wir brauchen 4 Millionen Menschen nicht zu ernähren.«<sup>41</sup>

Die meisten Opfer forderte die deutsche Aushungerungspolitik letzten Endes unter den sowjetischen Kriegsgefangenen. Dabei waren sie in den Planungen für den »Fall Barbarossa« gar nicht ausdrücklich als Objekte dieser Politik genannt worden. Es war keineswegs so, dass die deutschen Behörden von der Gefangennahme Hunderttausender Rotarmisten in den ersten Wochen des Feldzugs (360 000 allein bis zum 11. Juli 1941) überrascht worden und ob dieser schiereren Masse logistisch überfordert gewesen wären. Die Planungsstäbe hatten vielmehr damit gerechnet, dass Deutschland in den ersten sechs bis acht Kriegswochen bis zu zwei Millionen Kriegsgefangene würde ernähren müssen.<sup>42</sup> Da die Politik des Verhungernlassens jedoch vorsah, dass die deutschen Truppen sich aus sowjetischen Ressourcen versorgten – was erklärtermaßen auf Kosten der sowjetischen Zivilbevölkerung gehen würde –, würden zwangsläufig wenig Nahrungsmittel für die sowjetischen Soldaten, die in deutsche Hände fielen, übrig bleiben. In einem Befehl des Oberkommandos des Heeres vom 3. April 1941 hieß es in diesem Zusammenhang: »Gegen Unbotmäßigkeiten von Gefangenen ist von vornherein scharf einzuschreiten, während williger Arbeitsdienst durch ausreichende Verpflegung und gute Fürsorge zu belohnen ist.« Wenn eine »ausreichende Verpflegung« als Belohnung für Wohlverhalten galt, so muss, schreibt Christian Gerlach, eine nicht ausreichende Verpflegung wohl die Norm gewesen sein.<sup>43</sup> Man kann sich unschwer vorstellen, was mit den Kriegsgefangenen geschah, die nicht fähig oder nicht willens waren zu arbeiten. Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Möglichkeit, relativ problemlos große Gefangenenkontingente an abgeschotteten Orten zu konzentrieren und ihre Essensrationen zu kontrollieren, waren maßgebliche Faktoren dafür, dass über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in deutscher »Obhut« zugrunde gingen – die allermeisten direkt oder indirekt infolge von Unterernährung.<sup>44</sup>

Spätestens im Herbst 1941 war klar, dass der deutsche Blitzkriegsplan fehlgeschlagen war und dass der erwartete Sieg im Osten nicht vor Jahresende errungen werden konnte. An diesem Punkt setzte ein Kurswechsel in der Frage ein, ob sowjetische Arbeitskräfte der deutschen Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt werden sollten. Bei allen potentiellen

Risiken, die dies aus der politischen und rassistischen Perspektive der NS-Führung in sich barg, erzwangen die enormen Anforderungen, die das längere Andauern des Krieges gegen die Sowjetunion mit sich brachte, und der deutsche Widerwille gegen die Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte auf breiter Front ein Umdenken in dieser Frage. Von entscheidender Bedeutung dafür, dass schließlich doch Arbeiter aus den besetzten Ostgebieten im Reichsgebiet eingesetzt wurden, war Hitlers Erlass vom 31. Oktober 1941 über den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft.<sup>45</sup> Auf einer Sitzung des Wirtschaftsstabes Ost am 7. November 1941 erklärte Göring, die sowjetischen Arbeitskräfte sollten in den frontnahen Bereichen, in den Reichskommissariaten und im Generalgouvernement sowie ergänzend auch im Reich selbst und im Protektorat Böhmen und Mähren eingesetzt werden. In den besetzten sowjetischen Gebieten werde man einheimische Zivilisten für schwere körperliche Arbeiten heranziehen, vor allem im Straßen- und Eisenbahnbau. Im Reich und im Protektorat sollten sowohl sowjetische Kriegsgefangene als auch russische Zivilisten als Arbeitskräfte eingesetzt werden.<sup>46</sup> Die Berufung Fritz Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im März 1942 markierte die Wende zu einer neuen Politik der systematischen Fremdarbeiter-Rekrutierung. Sauckel zeichnete verantwortlich für die Bereitstellung eines Heers von Zwangsarbeitern für die deutsche Wirtschaft; die überwiegende Mehrzahl dieser Zwangsarbeiter wurde aus den besetzten sowjetischen Gebieten rekrutiert, oft unter Anwendung extrem brutaler Methoden. Ende 1942 arbeiteten bereits 1,7 Millionen sowjetische Zivilisten und Kriegsgefangene für die Wirtschaft des Reichs. Deutsche Unternehmen wurden mit der Zeit so hochgradig abhängig von sowjetischen Arbeitssklaven, dass es dem Oberkommando der Heeresgruppe Mitte noch im Juli 1944 einfiel, ein 100 000 Mann starkes Arbeiterkontingent einschließlich Material und Ausrüstung für den Bau von Schanzen anzufordern. Arbeitsbeginn sollte zwei Tage später sein.<sup>47</sup>

### *Fazit*

Abgesehen vielleicht von der Ressource Arbeitskraft in Form von Arbeitssklaven, lieferten die eroberten sowjetischen Gebiete unter dem Strich sehr viel weniger, als von der deutschen Führung erhofft und geplant. Das lag vor allem daran, dass ein schneller militärischer Sieg, der die Grundvo-

raussetzung für die Verwirklichung aller deutschen Wirtschaftsplanungen bildete, nicht errungen werden konnte und dass die Deutschen nur einen Teil des Territoriums, dessen Eroberung sie bei Beginn des Feldzugs antizipierten, tatsächlich in ihren Besitz bringen und »befrieden« konnten. Hinzu kam, dass wegen der unerhörten Destruktivität des Krieges im Osten große Teile der sowjetischen Industrie in den besetzten Gebieten erst einmal wieder aufgebaut werden mussten. Ein kurzer Vergleich mit zwei anderen besetzten Territorien, Frankreich und Belgien, hilft anschaulich zu machen, wie weit Deutschland davon entfernt war, in den besetzten sowjetischen Gebieten seine wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Was das industrielle Produktionsvolumen betrifft, so konnte das Reich aus Frankreich siebenmal so viel herausziehen wie aus den besetzten sowjetischen Gebieten. Sogar die belgische Wirtschaft lieferte Deutschland mehr als doppelt so viel (nämlich Güter im Gesamtwert von rund 9,3 Milliarden Reichsmark), wie das Reich in den drei Besatzungsjahren aus den sowjetischen Gebieten herauszupressen vermochte (rund 4,5 Milliarden RM).<sup>48</sup>

Wäre es Deutschland gelungen, wie geplant die Sowjetunion zu unterwerfen und seine weitreichenden wirtschaftlichen Pläne in die Tat umzusetzen, so hätte die Schaffung eines autarken, vereinten Europas unter deutscher Vorherrschaft – einer europäischen Großraumwirtschaft – durchaus das Endergebnis des Krieges sein können. Es wäre dies ein Europa gewesen, das sich mindestens zum Teil mit Getreide und Kohle aus der Ukraine, mit Aluminium und Futterpflanzen aus dem Baltikum, mit Erdöl aus dem Kaukasus und mit Schlachtvieh aus Weißrussland eingedeckt hätte. Der militärische Sieg der Sowjetunion über Deutschland bedeutete, dass Europa dieses Schicksal erspart blieb. Andererseits führte just dieser Sieg zu einer Spaltung Europas, die mehr als 40 Jahre lang Bestand hatte. Heute, da Europa endlich in wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Hinsicht auf dem Weg zur Einheit ist, kann und sollte die Geschichte dieses Kontinents unter diesen Gesichtspunkten erzählt werden. Aber aus wessen Perspektive? Eine gespaltene Erinnerung ist das Vermächtnis der Verwicklungen, Verbrechen und Umwälzungen des 20. Jahrhunderts.

*Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber*

## Anmerkungen

- 1 Martin Moll (Hg.), »Führer-Erlasse« 1939-1945, Stuttgart 1997, S. 179f., »Erlaß des Führers über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten« (Dokument 93), 29. Juni 1941, hier S. 179.
- 2 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im Folgenden BAB), R 26 I/13, Bl. 1, Anordnung von Hermann Göring, 27. Juli 1941; *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946* (im Folgenden IMG), Bd. 31, Nürnberg 1948, S. 84, »Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa« (Dokument 2718-PS), 2. Mai 1941; IMG, Bd. 36, Nürnberg 1949, S. 135-157, »Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft« (Dokument 126-EC), 23. Mai 1941, hier S. 147; BAB, R 26 IV/33a, »Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe)« Teil I (2. Auflage): Aufgaben und Organisation der Wirtschaft, Juli 1941, S. 3-5; BAB, 99 US 7/1110, Bl. 175f., Aussage von Hans Nagel vom 8. September 1948 in Nürnberg.
- 3 Zur Entwicklung der Planungen zur Invasion siehe die Untersuchung des Autors *Exploitation, Resettlement, Mass Murder: Political and Economic Planning for German Occupation Policy in the Soviet Union, 1940-1941*, New York / Oxford 2006.
- 4 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau (im Folgenden BA-MA), RW 19/473, Bl. 177-179, »Dr. Claussen über die Ernährungslage«, 14. Mai 1941, hier Bl. 178.
- 5 IMG, Bd. 36, a.a.O., S. 138.
- 6 IMG, Bd. 31, a.a.O., S. 84. Siehe auch IMG, Bd. 36, a.a.O., S. 148 und 154.
- 7 IMG, Bd. 36, a.a.O., S. 147-149, 150 und 154.
- 8 Ebd., S. 146 und 153; Georg Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45)*, hg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard am Rhein 1966, S. 515-532, »Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten«, datiert 13. Februar 1941, hier S. 517; BAB, 99 US 7/1085, Bl. 141, Aussage von Hans-Joachim Riecke vom 13. August 1948 in Nürnberg; IMG, Bd. 26, Nürnberg 1947, S. 576-580, »Allgemeine Instruktion für alle Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten« (Dokument 1030-PS), 8. Mai 1941, hier S. 578.
- 9 IMG, Bd. 36, a.a.O., S. 146f., 153 und 156f.
- 10 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, S. 156; Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*, Bonn 1997 [1978], S. 192.
- 11 Vgl. IMG, Bd. 27, Nürnberg 1948, S. 63f., »Vermerk über Besprechung bei Wi Rü Amt am 4.7.[19]41, betr. Verwendung und Arbeitseinsatz der russischen Kriegsgef.« (Dokument 1199-PS), 4. Juli 1941, Oberstleutnant Dr. Krull, hier S. 63; Rolf-Dieter Müller, »Menschenjagd: Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern in der besetzten Sowjetunion«, in: Hannes Heer / Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*, Hamburg 1995, S. 92-103, hier S. 93; Percy Ernst Schramm (Hg.), *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab) 1940-1945, Bd. I: 1. August 1940-31. Dezember 1941*, Frankfurt a.M. 1965, S. 258, Eintrag für den 9. Januar 1941; Walter Hubatsch



- (Hg.), *Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945*, Koblenz 1983 [1962], S. 136-139, »Richtlinien für die personelle und materielle Rüstung« (Dokument 32b), 14. Juli 1941, hier S. 136; Herbert, *Fremdarbeiter*, a.a.O., S. 158.
- 12 Rolf-Dieter Müller, »Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des ›Generalplans Ost‹. Dokumente zum Einfluß von Wehrmacht, Industrie und SS auf die wirtschaftspolitische Zielsetzung für Hitlers Ostimperium«, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, 29 (1981), S. 101-141, hier S. 118, »Fragen, die durch den Herrn Reichsmarschall noch befohlen bzw. beim Führer geklärt werden müssen« (Dokument 4), 5. Mai 1941; Thomas, *Geschichte*, a.a.O., S. 520; Hubatsch (Hg.), *Hitlers Weisungen*, a.a.O. S. 84-88, »Weisung Nr. 21: Fall Barbarossa« (Dokument 21), 18. Dezember 1940, hier S. 87; *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 140.
- 13 *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 140. Der Transkaukasus produzierte auch Baumwolle, Mangan, Kupfer, Seide und Tee; BA-MA, RW 19/185, Bl. 175f., »Akttenotiz«, 8. Februar 1941; BA-MA, RW 19/185, Bl. 170f., »Akttenotiz über Vortrag beim Reichsmarschall am 26.2.1941«, 27. Februar 1941. Siehe auch Schramm (Hg.), *KTB des OKW, Bd. I*, a.a.O., S. 312f. und 316f., Einträge für den 8. und den 11. Februar 1941.
- 14 Thomas, *Geschichte*, a.a.O., S. 517 und 527; Erhard Moritz (Hg.), *Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41)*, Berlin 1970, S. 178-181, »Planungsunterlage der Abteilung Landesverteidigung im OKW für die Eroberung des Erdölgebiets im Kaukasus«, 4. Mai 1941, hier S. 178; BAB, R 2501/7007, Bl. 233-256, »Zur Möglichkeit, den großdeutschen Fehlbedarf an Getreide in Höhe von jährlich 3 Millionen t aus Sowjetrußland sicherzustellen«, 13. Juni 1941, hier Bl. 247.
- 15 Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam, ohne Signatur, »Erster Entwurf zu einer militärgeographischen Studie über das europäische Rußland«, Generalstab des Heeres, Abteilung für Kriegskarten und Vermessungswesen (IV. Mil.-Geo.), abgeschlossen am 10. August 1940, S. 18.
- 16 BA-MA, RW 19/185, Bl. 175f.; BA-MA, RW 19/164, Bl. 153, »Vortrag Obstlt. Tietze, Major Sadewasser, Hptm. Emmerich, Herr Biedermann beim Amtschef«, 13. Februar 1941; BA-MA, RW 19/185, Bl. 170f.; R.-D. Müller, »Industrielle Interessenpolitik«, a.a.O., S. 118.
- 17 BA-MA, RW 19/185, Bl. 171 und 175; BA-MA, RW 19/164, Bl. 119, »Besprechung General von Hanneken und Oberst John beim Amtschef (mit Oberstlt. Tietze, Reg. Rat Mureck, Major Sadewasser)«, 25. Januar 1941.
- 18 *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 141f. und 145.
- 19 R.-D. Müller, »Industrielle Interessenpolitik«, a.a.O., S. 118.
- 20 Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff, *Soldat im Untergang*, Frankfurt a.M. / Berlin / Wien 1977, S. 93.
- 21 *IMG*, Bd. 4, Nürnberg 1947, S. 535f., Aussage Erich von dem Bach-Zelewskis vom 7. Januar 1946 in Nürnberg.
- 22 Götz Aly / Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991, S. 366.
- 23 R.-D. Müller, »Industrielle Interessenpolitik«, a.a.O., S. 118.
- 24 *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 144 und 156.
- 25 Franz Halder, *Kriegstagebuch*, Band III: *Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad*, Stuttgart 1964, S. 53, Eintrag für den 8. Juli 1941.

- 26 BAB, R 2501/7007, Bl. 240.
- 27 *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 142f. und 151.
- 28 BA-MA, RW 19/473, Bl. 177.
- 29 BAB, R 26 IV/33a, S. 18.
- 30 Bundesarchiv-Zwischenarchiv, Dahlwitz-Hoppegarten, ZM 1683, Bd. 1, Bl. 105, Aussage von Friedrich Jeckeln vom 2. Januar 1946 in Riga.
- 31 BAB, R 2501/7007, Bl. 240; R.-D. Müller, »Industrielle Interessenpolitik«, a.a.O., S. 118; *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 142.
- 32 Siehe Norbert Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944*, Berlin 1980, S. 181-185, »Niederschrift einer Besprechung beim Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW über den bisherigen Einsatz und die weitere Tätigkeit der Wirtschaftsorganisation Ost« (Dokument 77), 31. Juli 1941, hier S. 182.
- 33 Ebd.
- 34 *IMG*, Bd. 36, a.a.O., S. 149.
- 35 Heinrich Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941: Alternative zu Hitlers Ostprogramm?*, Berlin 1993, S. 385, »Gesamtlieferungen an Nahrungsmitteln aus der Sowjetunion von Juli 1941 bis März 1944 (in tausend Tonnen)« (Tabelle 20 c); N. Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung*, a.a.O., S. 267-270, »Statistische Aufstellung der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabes Ost über die Ausplünderung der okkupierten sowjetischen Gebiete im Wirtschaftsjahr 1943/44 (Stand vom 1.2.1944)« (Dokument 109), 12. Februar 1944.
- 36 BAB, R 26 I/13, Bl. 4; N. Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung*, a.a.O., S. 184 und 221-224, »Aus dem Erlaß des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete zur Zerschlagung der sozialistischen Landwirtschaft in den okkupierten sowjetischen Gebieten (Neue Agrarordnung)« (Dokument 87), 15. Februar 1942, hier S. 221.
- 37 Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 356-357; Rolf-Dieter Müller (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew*, Boppard am Rhein 1991, S. 110.
- 38 Gerlach, *Kalkulierte Morde*, a.a.O., S. 108 und 134.
- 39 R.-D. Müller (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik*, a.a.O., S. 145f. und 147.
- 40 Zit. in Christian Gerlach, »Die Ausweitung der deutschen Massenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten im Herbst 1941. Überlegungen zur Vernichtungspolitik gegen Juden und sowjetische Kriegsgefangene«, in: ders., *Krieg, Ernährung, Völkermord: Deutsche Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Zürich 2001 [1998], S. 11-78, hier S. 38.
- 41 N. Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung*, a.a.O., S. 75-77, »Studie aus dem Oberkommando der 18. Armee über Möglichkeiten zur Behandlung der Bevölkerung Leningrads« (Dokument 19), 4. November 1941, hier S. 75f.
- 42 Streit, *Keine Kameraden*, a.a.O., S. 76 und 83.

- 43 N. Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung*, a.a.O., S. 35-42, »Anordnung des Oberbefehlshabers des Heeres über Organisation und Aufgaben des militärischen Okkupationsregimes in den zu erobernden Gebieten der UdSSR (Besondere Anordnungen für die Versorgung, Teil C)« (Dokument 4), 3. April 1941, hier S. 41; Gerlach, »Die Ausweitung der deutschen Massenmorde«, a.a.O., S. 22.
- 44 Nach Streits Bilanz starben 3,3 Millionen von den insgesamt 5,7 Millionen sowjetische Soldaten, die zwischen Juni 1941 und Februar 1945 gefangen genommen worden waren. Zur Berechnung dieser Zahlen siehe Streit, *Keine Kameraden*, a.a.O., S. 128-137 und 244-249, insbes. S. 244-246.
- 45 Dazu ebd., S. 201-207.
- 46 N. Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung*, a.a.O., S. 282-285, »Aufzeichnung im Wirtschaftsstab Ost über die von Göring gegebenen Richtlinien für den Arbeitseinsatz von Sowjetbürgern« (Dokument 113), 7. November 1941, hier S. 282.
- 47 Michael Burleigh, *The Third Reich: A New History*, London 2000, S. 479; N. Müller (Hg.), *Okkupation, Raub, Vernichtung*, a.a.O., S. 321-322, »Anforderung von 100 000 Arbeitskräften zum Stellungsbau durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte« (Dokument 133), 8. Juli 1944.
- 48 Christoph Buchheim, »Die besetzten Länder im Dienst der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 34 (1986), Heft 1, S. 117-145, hier S. 119f. und 123.

*Mark Kramer*

## DIE KONSOLIDIERUNG DES KOMMUNISTISCHEN BLOCKS IN OSTEUROPA 1944-1953

Die sowjetische Politik in Osteuropa im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Weltpolitik. Der Konflikt zwischen den sowjetischen und den westlichen Zielen in Osteuropa blieb nach dem Krieg noch eine Weile verdeckt, doch im März 1946 sah sich der vormalige britische Premierminister Winston Churchill in seiner berühmten Rede in Fulton, Missouri, zu der Warnung veranlasst, dass sich über Europa »ein eiserner Vorhang herabgesenkt« habe. Als Churchill diese Bemerkung machte, drängte die Sowjetunion in den meisten osteuropäischen Ländern noch nicht entschieden auf die Einführung einer kommunistischen Herrschaft. Obwohl kommunistische Funktionäre in ganz Osteuropa bereits auf dem Vormarsch waren, tummelten sich noch immer nichtkommunistische Politiker auf der politischen Bühne. Bis zum Frühjahr 1948 jedoch hatten in der ganzen Region kommunistische Regime die Macht ergriffen. Diese verbündeten sich mit der Sowjetunion in allen außenpolitischen Angelegenheiten und machten sich an eine stalinistische Transformation der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Systeme. Selbst nach dem Bruch zwischen Jugoslawien und der UdSSR blieben die anderen osteuropäischen Länder fest in die Sphäre Moskaus eingebunden.

### *Die Verankerung der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa*

Die Entstehung und Konsolidierung kommunistischer Regime in Osteuropa schritt in unterschiedlichem Tempo voran. In Jugoslawien und Albanien hatten die einheimischen kommunistischen Parteien, geführt von Josip Broz Tito und Enver Hoxha, durch ihre Beteiligung am Widerstand gegen die Nazis während des Zweiten Weltkriegs beträchtlichen politischen Einfluss und militärische Stärke erlangt. Titos und Hoxhas Partisanenarmeen hatten während des gesamten Krieges auch gegen ihre heimischen Rivalen gekämpft und konnten am Ende die Herrschaft über

ihre Länder erringen. Einmal an der Macht, machten sie sich rasch daran, stalinistische Regime zu installieren, die weitgehend nach dem Vorbild des sowjetischen Systems gestaltet waren.

In Bulgarien und Rumänien verhalfen sowjetische Truppen, die diese Länder im Spätsommer 1944 besetzt hatten, Ende 1944 bzw. Anfang 1945 kommunistisch dominierten Regierungen an die Macht. Die kommunistischen Parteien Bulgariens und Rumäniens hatten vor und während des Zweiten Weltkriegs keinen nennenswerten Einfluss gehabt, nun jedoch, in den letzten Kriegsmonaten, neigte sich die Machtbalance durch die Präsenz des sowjetischen Militärs schlagartig zu ihren Gunsten. Die neuen, von den Sowjets gestützten Regierungen in beiden Ländern waren zunächst Koalitionen, denen nichtkommunistische Parteien beitreten durften. Doch diese Arrangements waren hauptsächlich kosmetischer Art, um direkte Reibungen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu vermeiden. Kaum war die Regierungsbildung in den beiden Ländern abgeschlossen, begannen die Kommunisten, ihre potentiellen Gegner systematisch zu beseitigen und den Weg für einen stalinistischen Wandel zu ebnen.

In der Ostzone Deutschlands machten sich die sowjetischen Besatzungstruppen und Administratoren nicht sofort daran, ein kommunistisches System zu etablieren, und Stalin drängte die SED wiederholt zu einer »vorsichtigen Herangehensweise«. Von Anbeginn unternahmen die sowjetischen Besatzungsbehörden jedoch eine Reihe von Schritten, die – vielleicht unbeabsichtigt – sicherstellten, dass die SED schließlich die Vormacht erringen konnte. Als der ostdeutsche Staat, die Deutsche Demokratische Republik (DDR), im Oktober 1949 formell gegründet wurde, war in Ostberlin unter Walter Ulbricht ein Gemeinwesen sowjetischen Stils bereits fest verankert. Zu diesem Zeitpunkt hatte Stalin die Hoffnung, einen vereinigten deutschen Staat zu schaffen, weitgehend aufgegeben und seine Zweifel über die Wünschbarkeit eines kommunistischen Systems in der DDR überwunden.

Anderswo in der Region – in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei – vollzog sich die Entwicklung langsamer. Die einheimischen Kommunisten, die viele Jahre in der Sowjetunion verbracht hatten, kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg in ihre Heimatländer zurück und schlossen sich wieder mit ihren Parteigenossen zusammen, die während des Krieges zu Hause ausgeharrt und sich am Widerstand gegen die Deutschen beteiligt hatten (oder in Deckung geblieben waren). In allen drei

Ländern spielten die wiederaufstrebenden kommunistischen Parteien eine führende Rolle bei der Bildung anfänglich breiter Koalitionsregierungen, die umfassende Landreformen und andere längst überfällige wirtschaftliche und politische Reformen durchführten. Der Reformprozess blieb jedoch unter der Kontrolle der Kommunisten, und Spitzenstellen im Innenministerium gingen ausschließlich an Mitglieder der kommunistischen Parteien. Von diesen Posten aus konnten sie die Säuberung von Polizei und Armee, die Hinrichtung angeblicher »Kollaborateure«, die Kontrolle und Zensur der Massenmedien und die Einschüchterung und Amtsenthebung nichtkommunistischer Minister und Abgeordneter überwachen.

Mit Rückendeckung der Sowjetarmee festigten die kommunistischen Parteien in diesen Ländern Stück für Stück ihre Macht durch die emsige Anwendung dessen, was der Führer der Kommunistischen Partei Ungarns, Mátyás Rákosi, später »Salamitaktik« nannte. Die grundlegende Strategie umriss Stalin 1946, als er den polnischen Kommunisten erklärte, es bestehe »kein Anlass zur Eile«. Er drängte sie dazu, sich Schritt für Schritt auf den Sozialismus zuzubewegen, indem sie »Elemente der bourgeoisen demokratischen Ordnung wie das Parlament und andere Institutionen« ausnutzten. Das Ziel dieser sich langsam steigernden Vorgehensweise bestand laut Stalin darin, »all eure Feinde politisch zu isolieren«, dem »ständigen Druck reaktionärer Kreise zu widerstehen« und die Grundlagen für einen »Entscheidungskampf gegen die Reaktionäre« zu schaffen.

Im September 1947 baute Moskau seine Rolle bei der Durchsetzung des Kommunismus in der Region durch die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) aus, eine Organisation, die die kommunistischen Parteien Osteuropas (ebenso wie die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens) unter alleiniger Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zusammenband. Da die formelle Gründung des Kominform einige Monate nach der historischen Rede des amerikanischen Außenministers George Marshall an der Harvard University erfolgte, in der er ein europäisches Wiederaufbauprogramm (Marshallplan) vorschlug, haben einige westliche Beobachter spekuliert, dass die Bekanntgabe dieses Plans der Sowjetführung erst den Ansporn zur Schaffung des Kominform gegeben habe. Dem widerspricht indes Archivmaterial, das kürzlich in Russland und Osteuropa ans Licht kam.<sup>1</sup> Es ist heute klar, dass die Sowjets schon im Frühjahr 1946 (oder womöglich noch früher) mit der Planung einer solchen Organisation begonnen hatten, lange

bevor der Marshallplan auch nur ins Auge gefasst wurde. Die Gründung des Kominform war nicht durch den Marshallplan, sondern durch Stalins wachsendes Bestreben motiviert, die osteuropäischen Staaten seinen eigenen harschen Methoden diktatorischer Herrschaft zu unterwerfen. Stalins Entschlossenheit, jede weitere »Verseuchung« der UdSSR aus dem Westen zu verhindern, machte die Stalinisierung Osteuropas erforderlich.

Der letzte Schritt zur Etablierung kommunistischer Regime in Osteuropa erfolgte mit der Machtergreifung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) im Februar 1948. Von diesem Moment an waren überall in Osteuropa mit der Sowjetunion verbündete »Volksdemokratien« installiert. Obwohl die UdSSR dem kommunistischen Aufstand in Griechenland schließlich die Unterstützung entzog und davon absah, in Finnland eine kommunistische Regierung oder auch nur ein sowjetisch-finnisches Militärbündnis zu etablieren, war im zentralen und südlichen Kernland der Region die Sowjetmacht nun fest verankert.

### *Der Bruch mit Jugoslawien*

Trotz der Bildung kommunistischer Regime in Osteuropa zeichnete sich auf dem Kominform-Gipfel vom Juni 1948 ein Bruch im Sowjetblock ab. Jugoslawien, das zu den verlässlichsten Nachkriegsverbündeten der Sowjetunion gehört hatte, wurde aus dem Kominform ausgeschlossen und öffentlich angeprangert. Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien hatten sich seit mehreren Monaten hinter den Kulissen aufgebaut und schließlich im März 1948 einen kritischen Punkt erreicht. Die Kluft entstand aufgrund von beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten, innenpolitischen Schachzügen und einem Zusammenprall von Persönlichkeiten. Seit 1990 zugängliche Dokumente weisen darauf hin, dass der Grad der Animosität zwischen den beiden Ländern bis Mitte 1948 sehr viel größer war, als westliche Forscher zuvor angenommen hatten.

Die gravierendsten Differenzen zwischen Moskau und Belgrad hatten sich an der Balkanpolitik entzündet. Stalin beargwöhnte zunehmend Titos Bestrebungen einer Vereinigung mit Albanien und der Bildung einer von Jugoslawien beherrschten Föderation mit Bulgarien – ein Streitpunkt, der in den letzten persönlichen Treffen zwischen Stalin und Tito im Mai und Juni 1946 breiten Raum einnahm. Die Beziehung der beiden Führer war Mitte 1946 zwar noch nicht vergiftet, verschlechterte sich jedoch im

Laufe des folgenden Jahres. Stalin war besonders verärgert darüber, dass Tito sich nicht mit Moskau beraten und nicht Stalins ausdrückliche Zustimmung abgewartet hatte, bevor er Schritte in Bezug auf Bulgarien und Albanien unternahm. Nachdem Jugoslawien im August 1947 ohne sowjetischen Segen einen Vertrag mit Bulgarien unterzeichnet hatte, schickte Stalin ein Telegramm an Tito, in dem er den Vertrag als »verfehlt« und »voreilig« verurteilte. Die Spannungen verschärften sich in den folgenden Monaten weiter, als Jugoslawien trotz der Einwände Moskaus fortfuhr, eine Vereinigung mit Albanien anzustreben. Auf Druck Stalins versprach Tito im Januar 1948, keine Division der jugoslawischen Armee nach Albanien zu entsenden (im vorangegangenen Sommer hatte Jugoslawien bereits ein Luftwaffenregiment und Militärberater in Albanien stationiert, um »griechische Monarcho-Faschisten abzuwehren«). Doch verfehlte dieses Zugeständnis den Zweck, Stalin zu besänftigen. Im Februar 1948 warnte der sowjetische Außenminister Molotow Tito, dass »ernste Meinungsverschiedenheiten« über die »Beziehungen zwischen unseren Ländern« fortbestehen würden, falls sich Jugoslawien nicht an die »normale Prozedur« hielte, alle Schritte zuvor mit Moskau zu klären. Besorgnisse über die Einhaltung der »normalen Prozedur« fielen im bilateralen Verhältnis mindestens so sehr ins Gewicht wie substantielle Meinungsverschiedenheiten über die Balkanpolitik.

In den frühen Nachkriegsjahren waren einige weitere Streitpunkte zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien entstanden. Insbesondere war Tito weitaus gewillter als Stalin, kommunistischen Guerillas in Ländern der »grauen Zone«, insbesondere in Griechenland, militärische und finanzielle Hilfe zu leisten. Auch bei anderen Fragen hatte der jugoslawische Führer gelegentlich Einwände gegen die nach seinem Verständnis übermäßig versöhnliche Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Westen – eine Ironie der Geschichte, wenn man die spätere Entwicklung bedenkt. Nichtsdestoweniger waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten, so wichtig sie gewesen sein mögen, für sich genommen kaum ausreichend, um einen so bitteren und kostspieligen Bruch zu verursachen. Bis Anfang 1948 hatten die jugoslawischen Kommunisten Stalin und die Sowjetunion zumeist großzügig unterstützt. Tatsächlich war die unerschütterliche Loyalität Jugoslawiens in beinahe allen Fragen – eine spontane, nicht bloß erzwungene Loyalität – offenkundig einer der Hauptgründe für Stalins Entscheidung, Belgrad eine unterwürfige Kapitulation abzuverlangen, um



den anderen osteuropäischen Ländern ein mahndendes Beispiel dafür zu geben, welch bedingungsloser Gehorsam von ihnen erwartet wurde.

Der Bruch mit Jugoslawien war indessen alles andere als eine Demonstration sowjetischer Stärke, vielmehr offenbarte er die Grenzen der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der Sowjetunion, Gehorsam zu erzwingen. Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten verhängten wirtschaftliche Sanktionen gegen Jugoslawien und ergriffen eine Reihe politischer Maßnahmen, um Titos Regime zu destabilisieren und in den Zusammenbruch zu treiben. Doch der wirtschaftliche Druck verpuffte, als sich Jugoslawien an den Westen und Länder der Dritten Welt wandte, um mit ihnen wirtschaftliche Hilfe (darunter Energie- und Rohstofflieferungen) und Handelsbeziehungen zu vereinbaren, und Tito Moskaus Begehren zurückwies, Jugoslawien zur Zahlung von Hunderten von Millionen Rubel für angeblich von der UdSSR nach dem Krieg geleistete Hilfe zu zwingen.

Sowjetische Bemühungen, Moskautreue in der jugoslawischen Regierung, der Kommunistischen Partei und der Armee zu einem Putsch gegen Tito zu ermutigen, erwiesen sich als ebenso erfolglos, da der jugoslawische Führer die Pro-Moskau-Fraktionen in diesen Organen liquidierte, bevor sie sich gegen ihn wenden konnten. Die sowjetische und die osteuropäischen Regierungen brachen die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab, kündigten die mit Belgrad in den vorangegangenen Jahren geschlossenen bilateralen Freundschafts-, Kooperations- und gegenseitigen Beistandsverträge auf und überfluteten Jugoslawien mit Radiosendungen, in denen sie Tito als »Faschisten« und »Verräter an der sozialistischen Sache« verurteilten. Die Sendungen waren auch bestrebt, die Mazedonier und andere ethnische Gruppen dazu aufzustacheln, sich »gegen das Unterdrückungsregime zu erheben«, und behaupteten (wahrheitswidrig), dass in ganz Jugoslawien und in der Armee gewalttätige Aufstände ausgebrochen seien. Die Radiosendungen sollten die jugoslawische Bevölkerung demoralisieren und soziale Unruhen schüren, erreichten jedoch tatsächlich das genaue Gegenteil, nämlich dass sich das Land noch mehr hinter Tito stellte.

Auch bei dem Versuch, die jugoslawische Regierung mit verdeckten Operationen zu unterminieren, war Stalin kein Erfolg beschieden. Die sowjetischen Staatssicherheits- und Geheimdienstorgane ersannen eine Vielzahl von Komplotten zur Ermordung Titos, darunter mehrere noch

1953, an denen ein notorischer Agent beteiligt war, Josef Grigulewitsch, der sowohl in Rom wie in Belgrad als hoher Diplomat Costa Ricas auftrat. Die Idee war, dass Grigulewitsch (Codename »Max«) bei einem privaten Treffen mit Tito tödliche Bakterien freisetzen oder während eines Botschaftsempfangs mit einer verborgenen, lautlosen Pistole auf den jugoslawischen Führer schießen sollte. Andere Mordkomplotte, die bereits im Sommer 1948 ausgeheckt wurden, sahen den Einsatz von bulgarischen, rumänischen, ungarischen und albanischen Agenten vor, die auf Geheiß der Sowjetunion handelten. Neben diesen verdeckten Operationen gegen Tito entsandten die Geheimdienste des Sowjetblocks eine große Zahl von Saboteuren und Agents Provocateurs nach Jugoslawien, um soziale Unruhen anzuzetteln, die Wirtschaft zu sabotieren und das Volk zu Aufständen gegen Titos Regierung aufzuwiegeln. Vertreter des Sowjetblocks schmuggelten große Mengen Zeitungen und Flugblätter nach Jugoslawien, die in den verschiedenen Landessprachen verfasst waren und »alle wahren Kommunisten« dazu drängten, »die Tito-Ranković-Clique bloßzustellen und zu stürzen«. Am Ende erwiesen sich jedoch all diese Komplotte als fruchtlos oder wurden von den jugoslawischen Sicherheitskräften, die Tito treu ergeben blieben, vereitelt.

Angesichts der Wirkungslosigkeit des politischen und wirtschaftlichen Drucks sowie der verdeckten Operationen gegen Jugoslawien blieb Stalin nur die unattraktive Option umfassender militärischer Gewalt, eine Alternative, die er letztlich nicht wählte. Stalins Zögern, in Jugoslawien einzumarschieren, hatte viele Gründe, darunter die Aussicht, dass sowjetische Truppen auf zähen jugoslawischen Widerstand stoßen würden, die Last des Einsatzes einer großen Zahl von Soldaten zu einer Zeit, in der die sowjetische Armee bereits übermäßig beansprucht war, Transport- und andere logistische Probleme bei der Überquerung des bergigen bulgarischen Territoriums nach Jugoslawien, das Risiko, einen Krieg mit dem Westen zu provozieren (eine Befürchtung, die größer wurde, nachdem die USA und ihre europäischen Verbündeten damit begonnen hatten, engere politische, wirtschaftliche und sogar militärische Bande zu Jugoslawien zu knüpfen), und die Überzeugung, dass man Tito am Ende doch mit nicht-militärischen Mitteln aus dem Weg räumen konnte. Hätte Jugoslawien an der Grenze zur Sowjetunion oder in der Mitte Osteuropas gelegen statt an seiner Peripherie, hätte Stalin vielleicht eher auf militärische Gewalt zurückgegriffen. Chruschtschow, der an Beratungen über diese Frage

teilgenommen hatte, sagte später, er sei sich »absolut sicher, dass Stalin zu einer militärischen Intervention Zuflucht genommen hätte, wenn die Sowjetunion mit Jugoslawien eine gemeinsame Grenze geteilt hätte«.

Natürlich ist vorstellbar, dass Stalin, wenn er länger gelebt hätte, den sowjetischen Truppen schließlich doch den Marschbefehl zur Besetzung Jugoslawiens erteilt hätte. Es gibt eine Fülle von Belegen, dass er in seinen beiden letzten Lebensjahren auf einen entscheidenden Militärschlag in Europa hinarbeitete, möglicherweise gegen Jugoslawien. Anfänglich, von 1948 bis Mitte 1950, trafen die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten nur begrenzte militärische Vorbereitungen gegen Jugoslawien. Freigegebene amerikanische Geheimdienstberichte offenbaren, dass im Januar 1950 die vereinten Streitkräfte der vier an Jugoslawien grenzenden Sowjetblockländer (Albanien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien) lediglich 346 000 Soldaten in 28 Divisionen zählten, was in etwa der Größe der jugoslawischen Armee von 325 000 Soldaten in 32 Divisionen entsprach. Obwohl Ungarn, Bulgarien und Rumänien beträchtliche Lieferungen sowjetischer Waffen und Ausrüstung erhalten hatten, erreichte keine der 28 osteuropäischen Divisionen einen hohen Grad an Kampfbereitschaft. Die Dokumente weisen ferner darauf hin, dass die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt in Bulgarien und Albanien nur eine symbolische Zahl von Soldaten stationiert hatte und in Rumänien und Ungarn nur über eine geringe Anzahl von Bodentruppen verfügte, vier bis sechs Divisionen (zwischen 60 000 und 90 000 Mann), die mit rund 1000 Kampfpanzern ausgerüstet waren. Zudem stand nur eine sowjetische Einheit, die 2. Motorisierte Gardedivision, die Mitte 1949 von Rumänien nach Ungarn verlegt worden war, tatsächlich in der Nähe der jugoslawischen Grenze.

Die Anfang 1950 gegen Jugoslawien in Stellung gebrachten Ostblockdivisionen wären für relativ begrenzte Operationen ausreichend gewesen, erreichten aber beileibe nicht die Quantität und Qualität, wie sie für einen entscheidenden Militärschlag gegen den hartnäckigen jugoslawischen Widerstand erforderlich gewesen wären. Der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA kam im Mai 1950 zu dem Schluss, dass die osteuropäischen Armeen in ihrer bestehenden Truppenstärke »nicht in der Lage wären, einen Offensivkrieg zu führen«, falls sie nicht weitaus größere sowjetische Unterstützung bekämen. Eine Invasion Jugoslawiens hätte nach Einschätzung der CIA »ein Minimum von 25-30 sowjetischen Divisionen plus überwältigende Luft- und Panzerunterstützung erfordert«. Jeder ge-

ringere Truppeneinsatz, so fügte der Geheimdienst hinzu, »würde wahrscheinlich in einem anhaltenden Patt münden«.

Obwohl die sowjetische und osteuropäische Vorbereitung auf einen möglichen Einmarsch in Jugoslawien zunächst bescheiden war, stieg die Mobilisierung von Ostblocktruppen, die gegen Jugoslawien hätten zum Einsatz kommen können, während der letzten beiden Lebensjahre Stalins drastisch. Dieser Ende 1950 einsetzende Schwenk steigerte sich dramatisch, nachdem Stalin die osteuropäischen Parteisekretäre und Verteidigungsminister zu einem strikt geheim gehaltenen und auch später nicht öffentlich bekannt gegebenen Treffen bestellt hatte, das vom 9. bis 12. Januar 1951 in Moskau stattfand. Stalin und seine wichtigsten politischen und militärischen Gehilfen (Molotow, Georgi Malenkow, Lawrenti Beria, Verteidigungsminister Marschall Alexander Wassilewski und der Chef des sowjetischen Generalstabs, Armeegeneral Sergei Schtemenko) nahmen an dem Treffen teil, ebenso wie die obersten Militärberater, die den Ländern um Jugoslawien herum zugewiesen worden waren. Noch ist nicht das ganze stenografische Transkript dieser viertägigen Klausur aus den russischen Archiven freigegeben, doch detaillierte Notizen einiger der osteuropäischen Teilnehmer offenbaren, dass Stalin in den Sitzungen eine gewaltige Ausdehnung aller bewaffneten Streitkräfte der Ostblockländer forderte, einschließlich der Anrainerstaaten Jugoslawiens. In ihren Gesprächen mit Vertretern Bulgariens und Rumäniens hatten Sowjetführer die Notwendigkeit einer drastisch gesteigerten Truppenaufstellung schon seit Anfang 1950 betont; nun, auf der Konferenz vom Januar 1951, weitete Stalin diese Forderung auf den gesamten Sowjetblock aus und stellte einen weitaus gedrängteren Zeitplan auf – einen Zeitplan, der zur Vorbereitung eines Überraschungskriegs taugte.

Stalin eröffnete das Treffen am 9. Januar mit der Erklärung, dass es für die osteuropäischen Länder »abnormal« sei, schwache Armeen zu haben. Er wusste bereits von sowjetischen Militärs und Geheimdienstlern, dass die bewaffneten Streitkräfte Osteuropas in einem beklagenswerten Zustand waren. Diese Einschätzung wurde von den Zustandsberichten mehr als bestätigt, in denen jeder der osteuropäischen Verteidigungsminister einräumen musste, seine Streitkräfte seien »gegenwärtig nicht in der Lage, die Erfordernisse eines Krieges zu erfüllen«. Stalin warnte seine Gäste, dass »diese Situation so schnell wie möglich umgedreht« werden müsse. »Innerhalb von höchstens zwei bis drei Jahren«, erklärte er, müssten

die osteuropäischen Länder »moderne, mächtige Armeen aufbauen«, mit einer Gesamttruppenstärke von drei Millionen Mann. Über 1,2 Millionen dieser Soldaten sollten in Friedenszeiten in voll »kampfbereitem Zustand« aufgestellt werden, kurzfristig »marschbereit, um in den Krieg zu ziehen«. Weitere 1,85 bis zwei Millionen osteuropäische Reservisten sollten für eine rasche Mobilisierung im Notfall ausgebildet und ausgerüstet werden. Stalins Forderungen machten den Konferenzteilnehmern unmissverständlich klar, dass er von einer großen militärischen Konfrontation in Europa in naher Zukunft überzeugt war und sicherstellen wollte, dass die Streitkräfte der Sowjetunion und Osteuropas bei jedem Feldzug, den sie unternähmen, erfolgreich sein würden. Stalin zeigte sich befriedigt darüber, dass die Vereinigten Staaten es »nicht einmal schafften, mit einem kleinen Krieg in Korea fertigzuwerden«, und amerikanische Truppen »die nächsten zwei bis drei Jahre in Asien festsitzen« würden. »Dieser äußerst günstige Umstand«, argumentierte er, würde den Ostblockländern gerade genug Zeit verschaffen, um eine massive Aufstockung ihrer Streitkräfte zu bewerkstelligen.

Stalins Ansinnen, ihnen eine so mühevoll Aufgabe aufzubürden, traf die meisten osteuropäischen Vertreter unvorbereitet. Der polnische Verteidigungsminister, Marschall Konstantin Rokossowski, beharrte darauf, dass die für Polen vorgesehene Truppenstärke nicht vor Ende 1956 erreicht werden könne. Polen, sagte er, würde es »äußerst schwer fallen«, eine so große Aufstockung in der kurzen Zeit abzuschließen, die Stalin vorschlug. Der Führer der Kommunistischen Partei Bulgariens, Wulko Tscherwenkow, äußerte ähnliche Vorbehalte. Stalin erwiderte, dass ein reduziertes Programm beschlossen werden könne, falls Rokossowski und Tscherwenkow garantierten, dass es bis Ende 1956 keinen Krieg geben werde; falls eine solche Garantie aber nicht gegeben werden könne, sei es vernünftiger, mit der forcierten Aufstockung voranzuschreiten. Dieser Rüffel machte den osteuropäischen Führern klar, dass es Stalin nicht einfiel, mit ihnen über die Expansion und Modernisierung ihrer Streitkräfte zu verhandeln. Obwohl viele der osteuropäischen Vertreter angesichts der Belastungen, die aufgrund des Tempos und der Größenordnung der angestrebten Aufrüstung auf ihre Länder zukamen, Zweifel hegten, wussten sie, dass ihnen keine andere Wahl blieb, als Stalins Wünsche zu erfüllen.

Kaum war das Gipfeltreffen beendet, machten sich die osteuropäischen Regierungen daran, die unmäßig ehrgeizigen Sollstärken zu erreichen,

die ihnen das sowjetische Oberkommando, das gleichzeitig seine eigenen Streitkräfte enorm aufstockte, vorgegeben hatte. Die Truppenstärke der Sowjetunion war nach dem Zweiten Weltkrieg rapide abgebaut worden und von ihrem Kriegshöchststand von zwölf Millionen Soldaten auf 2,9 Millionen 1948 zurückgefallen. In den letzten beiden Jahren von Stalins Leben verdoppelte sich die Größe der sowjetischen Streitkräfte beinahe und erreichte im März 1953 5,6 Millionen Soldaten. Diese frischen Kräfte, viele davon mit den neuesten Waffen ausgerüstet, wurden fast vollständig im westlichsten Teil der Sowjetunion aufgestellt, darunter Kampftruppen von vielen Hunderttausend Mann, die im Eventualfall gegen Jugoslawien vorrücken konnten. Die Zahl der abrufbereiten sowjetischen Reservisten erhöhte sich ebenfalls drastisch, was dem sowjetischen Generalstab die Fähigkeit verlieh, binnen 30 Tagen über zehn Millionen Soldaten für einen Krieg zu mobilisieren. Das schiere Ausmaß und Tempo dieser militärischen Aufrüstung zu Friedenszeiten war beispiellos, besonders in einem Land, das sich noch nicht vollständig von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs erholt hatte. Die enorme Ausdehnung der sowjetischen Streitkräfte von 1951 bis 1953 machte Militäroperationen möglich, die von 1948 bis 1950 undurchführbar gewesen wären.

Auch in Osteuropa wurden die Ergebnisse der massiven militärischen Aufrüstung beinahe sofort spürbar. Bis Januar 1952 waren die Streitkräfte der vier an Jugoslawien grenzenden Ostblockländer zusammengenommen auf 590 000 Soldaten in 38 Divisionen angewachsen, beinahe die doppelte Größe der jugoslawischen Armee, die sich seit 1950 nicht im Geringsten vergrößert hatte. Die osteuropäischen Armeen wuchsen im letzten Lebensjahr Stalins in rasendem Tempo weiter und erreichten die Zielgröße von etwa 1,2 Millionen Soldaten. Außerdem verbesserte sich in den bulgarischen und rumänischen (in geringerem Maße auch in den ungarischen und albanischen) Streitkräften die Qualität der Waffen erheblich, während in der jugoslawischen Armee das Gegenteil der Fall war, bekam sie doch von ihrem einstigen Lieferanten, der UdSSR, keinerlei neue Waffen, Ersatzteile, Munition oder Ausrüstungsgüter mehr. Obwohl Jugoslawien ab Anfang der fünfziger Jahre von einigen westlichen Ländern kleine Mengen an Waffen und militärischen Ausrüstungsgütern erhielt, reichten diese schwerlich aus, um den Verlust von sowjetischen Waffen, Kommunikationstechniken und Ersatzteilen wettzumachen. Anfang 1952 berichteten amerikanische Geheimdienstexperten, dass die jugoslawischen Streit-

kräfte von großen Schwächen geplagt würden, darunter die »ungenügende Qualität und Veraltung eines Großteils der Ausrüstung«, ein »Mangel an Ersatzteilen und passender Munition«, eine »gravierende Knappheit von schweren Waffen, insbesondere von Artilleriegeschützen zur Panzer- und Flugabwehr sowie von Panzern«, und ein »Mangel an Erfahrung des Generalstabs im taktischen und technischen Einsatz verbundener Kräfte«. Zu eben jener Zeit also, als die sowjetischen und osteuropäischen Streitkräfte rapide expandierten und sich für eine militärische Konfrontation in Europa rüsteten, verminderte sich die Kampftauglichkeit der jugoslawischen Armee.

Die militärische Aufrüstung des Sowjetblocks zielte vorgeblich auf Abschreckung oder, falls notwendig, auf die Abwehr eines Angriffs von außen. Indessen befand der sowjetische Generalstab, dass sich Szenarien eines Krieges gegen den Nordatlantikpakt (NATO) letztlich nicht von Notfallplänen für eine Jugoslawien-Invasion trennen ließen. Sowjetische und osteuropäische Vorbereitungen für einen »Gegenangriff« auf die feindlichen Kräfte hätten leicht für einen Einmarsch in Jugoslawien angepasst werden können, wenn Stalin sich schließlich dazu entschlossen hätte. Im Zuge der Aufrüstung nach dem Treffen im Januar 1951 lieferte die UdSSR jedem osteuropäischen Land Dutzende von Tupolew Tu-2-Kampfflugzeugen, die bei jeder koordinierten Operation des Ostblocks gegen Jugoslawien eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Stalin hatte bei diesem Treffen gegenüber den anderen Führern betont, dass »ihr ein Bombergeschwader brauchen werdet, anfänglich zumindest eine Division pro Land, um Offensivoperationen durchzuführen«. Zur weiteren Steigerung der Offensivfähigkeiten der osteuropäischen Länder lieferte die Sowjetunion eine große Zahl von Iljuschin Il-10-Schlachtflugzeugen zur Bekämpfung von Bodenzielen; sie hätten als Speerspitze eines Angriffs auf strategische Ziele in Jugoslawien gedient, darunter die Befestigungen um Belgrad.

Darüber hinaus führten die vier an Jugoslawien grenzenden Ostblockstaaten unter sowjetischer Ägide 1951 und 1952 gemeinsame Manöver durch, die eine »vorgeschobene Truppenaufstellung« und »groß angelegte Offensivoperationen« vorsahen, um feindliche Truppen auf jugoslawischem Territorium einzukreisen und zu vernichten. Die ungarische Armee war bei ihren Manövern insbesondere dafür verantwortlich, »den Bereich Belgrad« und andere strategische Ziele in Jugoslawien »einzu-

nehmen«. Diese Aufgabe, obwohl als Gegenangriff auf einen feindlichen Eindringling dargestellt, wäre offenkundig integraler Bestandteil eines gemeinsamen Feldzuges von Sowjetunion und Ostblockstaaten zur Invasion und Besetzung Jugoslawiens gewesen. Die rumänischen und bulgarischen Streitkräfte führten ähnliche Übungen in der Nähe ihrer geplanten Einmarschrouten nach Jugoslawien durch. Die rumänische Regierung unterstützte die Vorbereitungen ihrer Armee im Juni 1951 mit der Zwangsumsiedlung von 40 000 Zivilisten aus dem Banat und der Kleinen Walachei (Oltenien) an der jugoslawischen Grenze in die unwirtlichen Regionen der Bărăgan-Steppe. Die eng mit Moskau koordinierte Massendeportation sollte »feindselige Elemente« und »titoistische Sympathisanten« aus dem Weg schaffen, die andernfalls rumänische Militäroperationen gegen den »reaktionären jugoslawischen Staat« hätten behindern können. Die rumänische Armee verstärkte in der Folge ihre Manöver in den gesäuberten Regionen und simulierte breit angelegte Vorstöße über die Grenze. Indem sie Erfahrung darin gewannen, wie man »groß angelegte Offensiven unter schwierigen Bedingungen am Boden und in der Luft organisiert und kommandiert«, wie man »die an Truppenstärke und Ausrüstung überlegenen Kräfte bündelt, um feindliche Verteidigungslinien zu durchbrechen«, und wie man »die Kräfte für die optimale Gliederung des Angriffs aufteilt«, erwarben hohe Militäroffiziere des Ostblocks die Fertigkeiten, die sie für eine künftige Invasion Jugoslawiens benötigten.

Mit der rasanten militärischen Aufrüstung der Sowjetunion und Osteuropas und der in den Manövern gewonnenen Erfahrung waren die Streitkräfte des Sowjetblocks für Titos Regime von Mitte 1952 bis zu Stalins Tod zu einer einschüchternden militärischen Bedrohung geworden. Geheimdienstexperten der NATO berichteten Ende 1951, dass die osteuropäischen Armeen selbst ohne sowjetische Unterstützung dabei waren, ein beträchtliches Angriffspotential gegen Jugoslawien aufzubauen. Eine Reihe von streng geheimen nachrichtendienstlichen Lageeinschätzungen von Anfang der fünfziger Jahre, die sich auf die intensive Beobachtung der militärischen Entwicklungen in der UdSSR und den vier kommunistischen Anrainerstaaten Jugoslawiens stützten, warnte, dass »die Grundlagen für eine mögliche Invasion Jugoslawiens« gelegt würden und ein umfassender sowjetischer und osteuropäischer »Angriff auf Jugoslawien ernsthaft in Betracht gezogen werden muss«. Obwohl amerikanische Geheimdienstexperten einen solchen Angriff auf kurze Sicht für »unwahrscheinlich«



hielten, kamen sie bereits im März 1951 zu dem Schluss, dass es im Falle einer konzertierten Offensive gegen Jugoslawien den sowjetischen und osteuropäischen Streitkräften gelingen werde, das Land zu besetzen, die jugoslawische Armee zu vernichten und mit der Zeit jeden Guerillawiderstand zu ersticken:

Die anhaltende militärische Aufrüstung in den benachbarten Satellitenstaaten (Aufstockung der Streitkräfte und Lagerbestände, Neuausrüstung, Treibstoffdepots, Ausbau der Kriegsindustrie etc.) hat das frühere militärische Stärkeverhältnis zwischen den Satellitenstaaten und Jugoslawien ins Gegenteil verkehrt und Ersteren die Fähigkeit verschafft, mit nur geringer Vorwarnzeit eine breit angelegte Invasion Jugoslawiens zu beginnen. (...) Die vereinten Streitkräfte der Sowjetunion und der Satelliten könnten erfolgreich in Jugoslawien einmarschieren, den regulären militärischen Widerstand überwinden und schließlich Guerillaoperationen wirkungslos machen.

Die immense Expansion der Ostblockarmeen im Gefolge der Konferenz vom Januar 1951 bekräftigte dieses Urteil.

Natürlich war die wachsende *Fähigkeit* des Sowjetblocks, in Jugoslawien einzumarschieren, noch nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit der *Absicht* dazu. Amerikanische Geheimdienste hielten es 1952 für wenig wahrscheinlich, dass der Ostblock bis zum Ende des Jahres einen umfassenden Angriff auf Jugoslawien unternehmen würde. Westliche Geheimdienstexperten wiesen in den Jahren 1951 und 1952 zwar auf verschiedene Anzeichen für die Vorbereitung eines Überfalls auf Jugoslawien hin: die rasche Aufrüstung der Streitkräfte in den vier an Jugoslawien grenzenden Ostblockstaaten, die Tatsache, dass diese Länder »einen Großteil der Zivilisten aus Schlüsselregionen evakuiert haben«, die unablässige sowjetische und osteuropäische »Propaganda und psychologische Vorbereitung«, die darauf ziele, »einen Angriff auf Jugoslawien zu rechtfertigen«, die verstärkte Erfassung von Wehrpflichtigen in den vier kommunistischen Anrainerstaaten, das »wiederholte Zusammenziehen von Truppen entlang der jugoslawischen Grenze« und die wachsende Häufigkeit von Grenzzwischenfällen verbunden mit »Gerüchten aus Kominform-Kreisen über einen drohenden Angriff auf Jugoslawien«. Darin, so fand man, spiegelte sich auf kurze Sicht jedoch nicht »notwendigerweise eine sowjetische Absicht, Jugoslawien anzugreifen«. Amerikanische Geheimdienstexperten merkten an, dass diese Aktivitäten schlicht zu einer umfassenden Anstrengung des Sowjetblocks gehören mochten, sich für einen Krieg mit

dem Westen in Europa zu rüsten, statt spezifisch gegen Jugoslawien gerichtet zu sein. Die Geheimdienstler vermuteten, dass die UdSSR, falls sie denn Jugoslawien wirklich überfallen und besetzen wollte, damit so lange warten würde, bis die bulgarischen, rumänischen und ungarischen Streitkräfte Ende 1953 »ihre Reorganisation abgeschlossen und eine maximale Effizienz erreicht haben« und die albanische Armee Mitte 1954 in einer ähnlichen Verfassung wäre. Stalins Tod im März 1953 ereilte ihn, lange bevor die Reorganisation der osteuropäischen Armeen abgeschlossen war.

Obwohl also Stalin gegen Ende seines Lebens eine gewaltige Expansion der Streitkräfte des Ostblocks in Gang setzte und damit die Voraussetzungen für einen Einmarsch in Jugoslawien schuf (gleichgültig, ob dies der Hauptzweck der Aufrüstung war oder nicht), lässt sich unmöglich sagen, was er tatsächlich getan hätte, wenn er noch einige Jahre gelebt hätte. Trotz der umfangreichen militärischen Vorbereitungen des Ostblocks und ungeachtet der Versuche Moskaus, in Jugoslawien Furcht vor einem drohenden Angriff des Sowjetblocks zu schüren, legen die verfügbaren Belege nahe, dass Stalin über eine Militärintervention in Jugoslawien nie einen festen Entschluss traf – weder in die eine noch die andere Richtung.

### *Die Rekonsolidierung des Sowjetblocks*

Ohne eine tatsächliche Invasion musste sich die Sowjetunion zumindest zeitweise mit einer Spaltung des Ostblocks und dem Verlust Jugoslawiens mit seiner strategisch günstigen Position auf dem Balkan und an der Adria zufriedengeben. Moskau drohten auch noch andere mögliche Gefahren. Jugoslawiens anhaltender Trotz eröffnete die Aussicht, dass sich der »Titoismus« ausbreiten und andere osteuropäische Länder »infizieren« könnte, was zu einer Fragmentierung und sogar zum Zusammenbruch des Sowjetblocks hätte führen können. Um jeder weiteren Herausforderung der sowjetischen Vormacht in Osteuropa vorzubeugen, wies Stalin die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder an, Säuberungen und Schauprozesse durchzuführen und alle möglichen Nacheiferer Titos zu beseitigen. Diese Repressionen forderten in Bulgarien, der Tschechoslowakei und Ungarn einen besonders hohen Zoll.

Die politischen Säuberungen, die von 1949 bis 1954 durch Osteuropa fegten, unterschieden sich fundamental von jenen früheren der Jahre 1944

bis 1948, die sich vor allem gegen Nichtkommunisten gerichtet hatten, während sie sich nun in erster Linie auf Kommunisten konzentrierten, darunter viele hohe Funktionäre, die sich eifrig an den ersten Repressionen beteiligt hatten. Die Schauprozesse gegen kommunistische Führungskader verfolgten nicht nur den Zweck, jeden aus dem Weg zu räumen, der ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von Moskau anstrebte, sondern sollten in der Gesellschaft auch ein allgemeines Gefühl der Angst verbreiten. Beide Ziele trugen zur Mobilisierung der Ostblockstaaten bei. Die plötzliche Entdeckung mutmaßlicher Titoisten und westlicher »Spione« in den Herrschaftsorganen der kommunistischen Parteien schuf eine Kriegspsychose und nährte die Wahrnehmung, dass man niemandem – nicht einmal den scheinbar Treuesten der Treuen – wirklich trauen konnte. Stalin hatte ebendiese Strategie schon Ende der dreißiger Jahre in der UdSSR eingesetzt, um angesichts eines nahenden Krieges die Heimatfront zu sichern. Anfang 1951 glaubte er aufs Neue, dass ein bewaffneter Konflikt bevorstünde, daher übertrug er sowjetische Methoden auf die osteuropäischen Länder, auf dass diese die »titoistischen Fünften Kolonnen« in ihrer Mitte ausmerzten.

Innerhalb der Sowjetunion brachte der Vorstoß gegen Angehörige der »Fünften Kolonnen« eine gewalttätige antisemitische Kampagne mit sich, ebenso Vorbereitungen zu einer Säuberung auf höchster Ebene (vielleicht gegen Molotow, Anastas Mikojan und Beria gerichtet) und erbarmungslose Operationen gegen angebliche Aufständische in den westlichen Landesteilen. Alle diese Maßnahmen wurden in unterschiedlichem Ausmaß in Osteuropa unter sowjetischer Überwachung übernommen. Die ausgeprägt antisemitischen Untertöne der osteuropäischen Schauprozesse zum Beispiel waren unmittelbar von Stalins antisemitischen Repressionen daheim inspiriert. Während sich die Balkanländer des Ostblocks für eine militärische Konfrontation rüsteten, führten sie auch Massendeportationen an ihren Grenzen zu Jugoslawien durch und verhafteten jedes Jahr Zehntausende von Menschen. Allein in Rumänien wurden 1950 6635 Menschen von der Securitate verhaftet, 1951 waren es 19235 und 1952 wurden 24826 inhaftiert. Das Ziel der Deportationen und Verhaftungen war nicht nur sicherzustellen, dass die strategisch entscheidenden Grenzgebiete von »titoistischen Sympathisanten« und anderen »Volksfeinden« gesäubert wurden, sondern bestand auch darin, jeder möglichen inneren Spaltung zuvorzukommen. Die Deportationen waren in Rumänien zwar

umfassender als anderswo, doch die gleiche Politik wurde in allen an Jugoslawien grenzenden Ländern verfolgt.

Stalins Bemühungen, ein Überschwappen des »Titoismus« aus Jugoslawien zu verhindern und eine gemeinsame Front gegen Jugoslawien zu bilden, erzielte die gewünschte Wirkung. Der sowjetische Einfluss in Osteuropa wurde zu seinen Lebzeiten kein weiteres Mal angefochten. Von Ende der vierziger bis Anfang der fünfziger Jahre machten sich alle Ostblockstaaten an eine brachiale Industrialisierung und Zwangskollektivierung, was zu großen sozialen Umbrüchen führte, aber kurzfristig auch zu hohem Wirtschaftswachstum. Durch die drastische Expansion der osteuropäischen Streitkräfte in den frühen fünfziger Jahren musste ein noch größerer Anteil der Ressourcen für das Militär und die Schwerindustrie aufgewandt werden, was nur wenig für die Produktion von Konsumgütern übrig ließ. Weil gewöhnliche Bürger im Sowjetblock jedoch von der politischen Sphäre weitgehend ausgeschlossen blieben und ihnen politischer Protest untersagt war, blieb ihnen keine andere Wahl, als das rapide Sinken des Lebensstandards und viele andere Härten, materieller wie geistiger Art, zu erdulden. Im kommunistischen Block existierte noch kein Konflikt zwischen der Erzwingung des Blockzusammenhalts einerseits und dem Versuch, die Überlebensfähigkeit der einzelnen Ostblockregime durch ein Minimum an eigener, von Moskau unabhängiger Legitimation zu sichern: Zur Durchsetzung seiner Ziele konnte sich Stalin uneingeschränkt auf die Präsenz von sowjetischen Truppen, ein eng geknüpftes Netz staatlicher Sicherheitsorgane, die vollkommene Durchdringung osteuropäischer Armeen und Regierungen durch sowjetische Agenten, den Einsatz von Massensäuberungen und politischem Terror und die einende Drohung eines erneuerten deutschen Militarismus stützen. Bis zum Beginn der fünfziger Jahre hatte Stalin ein Maß an Kontrolle über Osteuropa gewonnen, von dem seine Nachfolger nur träumen konnten.

*Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos*

#### Anmerkung

- 1 Der vorliegende Text basiert auf einer längeren Version, die in dem von Timothy Snyder und Ray Brandon herausgegebenen Band *Stalinism and Europe: Terror, War, Domination, 1937-1947* erscheinen wird. Wir verzichten hier auf die sehr umfangreichen Nachweise der Quellen, auf die sich der Autor stützt. Dazu schreibt er in dem o.g. Band:

»The analysis here draws extensively on newly available archival materials and memoirs from the former Communist world. For many years after 1945, Western scholars had to rely exclusively on Western archives and on published Soviet, East European, and Western sources. Until the early 1990s, the postwar archives of the Soviet Union and of the Communist states of Eastern Europe were sealed to all outsiders. But after the demise of Communism in Eastern Europe in 1989 and the disintegration of the Soviet Union two years later, the former Soviet archives were partly opened and the East European archives were more extensively opened. Despite the lack of access to several of the most crucial archives in Moscow – the Presidential Archive, the Foreign Intelligence Archive, the Central Archive of the Federal Security Service, and the Main Archive of the Ministry of Defense – valuable anthologies of documents pertaining to Soviet-East European relations during the Stalin era, including many important items from the inaccessible archives, have been published in Russia over the past decade. Many other first-rate collections of declassified documents have been published or made available on-line in all of the East European countries. It is now possible for scholars to pore over reams of archival materials that until the early 1990s seemed destined to remain locked away forever. In the West, too, some extremely important collections of documents pertaining to Soviet policy in Eastern Europe in the 1940s and early 1950s have only recently become available. Of particular note are declassified transcriptions of Soviet cables that were intercepted and decrypted by U.S. and British intelligence agencies. This paper takes advantage of the documents that are now accessible, without overlooking the valuable sources that were available before the collapse of the Soviet bloc.« (Anm. d. Red.)

*Wolfgang Mueller*  
 STALINISMUS UND GESAMTEUROPÄISCHES  
 GEDÄCHTNIS  
 Überlegungen am Beispiel Österreichs

Die Überwindung der Teilung und das weitere Zusammenwachsen Europas seit 1989 haben die Frage nach gesamteuropäischen Gedächtnisorten und -inhalten verstärkt. Dieses Interesse ist zweifellos nicht nur auf den Zusammenbruch des Staatskommunismus in Osteuropa und die dadurch eröffnete Möglichkeit zu einer ideologisch relativ unverzerrten vergleichenden Betrachtung zurückzuführen. Auch das Jahrhundertprojekt einer friedlichen Einigung Europas, welche ohne die gemeinschaftsstiftende Rolle gesamteuropäischer Erinnerungen vermutlich nicht zu fundieren sein wird,<sup>1</sup> verlangt geradezu nach gemeinsamen Gedächtnisorten. Das bedeutet nicht, dass sich die Geschichtsschreibung als politische Wissenschaft an die Kreation legitimatorischer Mythen im Stile eines »Kurzen Lehrganges der europäischen Integration von der Jungsteinzeit bis zur Gegenwart« machen sollte.<sup>2</sup> Es ist aber legitim, transnationale und transregionale europäische Erfahrungen zu identifizieren sowie die Modalitäten des Umganges mit ihnen zu diskutieren. Während die jahrhundertalte, wirkmächtige Deutungshoheit des Nationalstaates als einer »Erinnerungsgemeinschaft« (Max Weber) mit ihren Gedenktagen, Vereinen, Mythen und Denkmälern architektonischer und ideeller Natur Erinnerung und Geschichte nach wie vor überwiegend im nationalen Rahmen definiert, nimmt die Sensibilität für transnationale gesamteuropäische Geschichte<sup>3</sup> und Erinnerung<sup>4</sup> zu.

Wenn wir mit Jürgen Habermas nach den jüngeren historischen Erfahrungen fragen, die ein solches europäisches Gedächtnis »stiften« könnten,<sup>5</sup> müssen wir mit Blick auf die verschiedenen politischen Entwicklungen West- und Ost(mittel)europas von 1945 bis 1989 (sowie auf weiter zurückreichende historische Divergenzen<sup>6</sup>) allerdings zwei Geschichts- und Erinnerungsregionen identifizieren, deren neuere Geschichte einerseits von pluralistischer Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit und anderer-

seits von sowjetischer Beherrschung sowie kommunistischer Diktatur geprägt ist.<sup>7</sup> Österreich liegt an der imaginären Grenze zwischen der west- und der ost(mittel)europäischen Geschichts- und Erinnerungsregion und teilt – wenn auch nur marginal – Erfahrungen beider europäischen Geschichtsregionen. Das im Osten und im Westen unterschiedlich gewichtete Gedenken an die Jahre 1945<sup>8</sup> und 1968<sup>9</sup> erhellt schlaglichtartig die verschiedenen Erfahrungen dieser Regionen.

Nicht zuletzt aufgrund der jahrzehntelangen Unterdrückung und zur nunmehrigen Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit spielten und spielen die Geschichte des Stalinismus als einer besonderen Ausprägung des Staatskommunismus und das Gedenken an seine Opfer in zahlreichen Staaten Ostmitteleuropas eine wichtige Rolle in der Gedächtnispolitik, anders als in Westeuropa, wo die Dialektik von Verdrängung und Aufarbeitung der NS-Geschichte dominiert. Zweifellos birgt die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit besonders (aber nicht nur) für Übergangsgesellschaften Schwierigkeiten und Fallen. Während Russlands Präsident Putin Stalin und die sowjetische Herrschaft in Ostmitteleuropa rehabilitierte<sup>10</sup> und den Zerfall der Sowjetunion zur »größten Katastrophe des 20. Jahrhunderts« umdeutete, wurde auch in Ostmittel- und Südosteuropa die Geschichte – allerdings unter anderem Vorzeichen – fallweise national-populistisch instrumentalisiert.<sup>11</sup> Dabei bleibt der Stellenwert des Stalinismus für die Geschichte und das Gedächtnis Ostmitteleuropas unbestritten. In einer gesamteuropäischen Geschichte und einem eben solchen Gedächtnis wird er daher als zentrales Trauma neben den Weltkriegen, dem Nazismus und dem Holocaust zu verarbeiten sein – auch wenn es manchen westlichen Intellektuellen noch Schwierigkeiten bereitet, seine Bedeutung zu akzeptieren.<sup>12</sup>

Der Stalinismus stellt auch keine exklusiv ost(mittel)europäische Erfahrung dar, wenn wir über die Epochengrenze 1945 und über den engen Rahmen stalinistischer Regime hinausblicken. Obgleich die Zahl seiner Opfer sowie seine politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen in Westeuropa nicht mit jenen in Ost(mittel)europa vergleichbar sind,<sup>13</sup> so bestehen dennoch in der aus Ländern von Spanien bis Polen kommenden Emigration in die UdSSR der Zwischenkriegszeit, im Sowjetenthusiasmus westlicher Intellektueller, in den moskauhörigen westeuropäischen kommunistischen Parteien und in der antikommunistischen Eindämmungspolitik des frühen Kalten Krieges zahlreiche

Anknüpfungspunkte an den Stalinismus. Einen Sonderfall darunter stellen die Besatzererfahrungen von 1945 dar, die Österreich mit den ostmitteleuropäischen Staaten verbindet.

Der vorliegende Aufsatz möchte daher am Beispiel Österreichs zunächst drei Elemente dieser gesamteuropäischen, das heißt die Grenze zwischen den beiden Geschichtsregionen überschreitenden, historischen Erfahrungen identifizieren, sodann einen kurzen Einblick in ihre Verortung im kollektiven Gedächtnis bieten und abschließend nach möglichen Gründen für diese Positionierung fragen.

### *Stalinismuserfahrung 1: Enthusiasmus und Terror*

In den 1920er und 1930er Jahren erschien Stalins UdSSR vielen europäischen und amerikanischen Intellektuellen, Arbeitern und Parteifunktionären als faszinierendes Utopia sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Einige von ihnen waren von der Revolution so begeistert, dass sie sich zeitweilig zu Propagandisten der neuen Ordnung machten. Später, vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und des Aufstieges des Faschismus in Europa, weckte die Kunde von der »Großen Aufbauarbeit« in der UdSSR westliche Sympathien, auch für Stalin als geradezu kultisch verehrten Führer.<sup>14</sup> Die Verfolgung von Kommunisten durch autoritäre und faschistische Regime Süd-, Mittel- und Osteuropas führte zu einer weiteren Emigrationswelle aus Europa in die Sowjetunion.

Der vielerorts im Westen zu findende Enthusiasmus für den Sowjetstaat, aber auch die Dankbarkeit politischer Emigranten spricht aus zahlreichen Zeugnissen. Im Oktober 1934 schrieb Rudolf Weisz, der gemeinsam mit etwa 750 anderen österreichischen Sozialdemokraten und deren Frauen und Kindern nach dem gescheiterten Schutzbundaufstand in die Sowjetunion geflohen war, in einem Brief an die Legation in Moskau:

Russland, die Heimat des werktätigen Proletariats, nahm mich liebevoll auf, kurierte mich durch besondere Pflege und Aufmerksamkeit, die in den kapitalistischen Ländern nur Menschen, die von der Ausbeutung anderer Menschen leben, genießen. Russland gab mir auch wieder das seelische Gleichgewicht durch den zuversichtlichen Glauben an die Zukunft des Proletariats, durch sein gigantisches Aufbauwerk, durch die Möglichkeit des Studierens und durch die Sicherung einer guten, gegenüber Österreich unvergleichlichen Lebensweise in materieller und kultureller Hinsicht.<sup>15</sup>



Ähnliche Gedanken wurden wohl von spanischen, italienischen, französischen, deutschen, aber auch ungarischen und bulgarischen KommunistInnen formuliert. Aber nicht nur politische Flüchtlinge, auch etwa 70 000 europäische Facharbeiter und Experten kamen in diesen Jahren in die stalinistische Sowjetunion.<sup>16</sup>

Ihre propagandistische Instrumentalisierung durch das Sowjetregime und ihre weitgehende politische Loyalität gegenüber diesem konnten nicht verhindern, dass Tausende von ihnen in den *Wirbelwind* (Eugenia Ginzburg) von Stalins Terror gezogen wurden. 1933 wurden im Kontext der xenophoben Säuberungshysterie Todesurteile gegen deutsche und österreichische Gastarbeiter in der Sowjetunion verhängt.<sup>17</sup> Zwei Jahre später folgte eine weitere Welle von Massenverhaftungen, obwohl sich zahlreiche Schutzbündler in Stalins Hexenjagd eingereiht und öffentlich gefordert hatten, »kein Mitleid mit dem verbrecherischen und terroristischen Trotzki-Sinowjew-Block« zu zeigen. Über 220 von ihnen wurden inhaftiert, 46 an Hitlers Gestapo ausgeliefert, mindestens 30 gefoltert und 20 in sowjetischen Lagern erschossen oder durch Hunger, Gewalt und Zwangsarbeit ums Leben gebracht. Insgesamt starben mindestens 600 ÖsterreicherInnen als Opfer von Stalins Großem Terror, ebenso wie Hunderte italienische, bulgarische und ungarische Kommunisten. Mindestens vier Politbüro- und Hunderte Parteimitglieder der KPD verschwanden 1937/38 in Lagern; die Zahl der polnischen Opfer, deren KP völlig liquidiert wurde, ist in Zehntausenden zu messen.<sup>18</sup> Stalins Gewaltorgie erfasste schließlich auch das in den Bürgerkrieg gestürzte Spanien und zahlreiche europäische »Spanienkämpfer«. Aber nicht nur unter den Opfern, sondern auch auf der Seite der Handlanger des Terrors sind westeuropäische Emigranten zu finden.

### *Stalinismuserfahrung 2: Kriegsverbrechen und politische Justiz*

Während die erste hier behandelte transnationale Stalinismuserfahrung, der Enthusiasmus und der Terror der Zwischenkriegszeit, zahlreiche Menschen West- und Ostmitteleuropas betraf, bezieht sich die zweite vor allem auf Ostmittel- und Mitteleuropäerinnen und -europäer. Als die Rote Armee 1944/45 nach Westen vorstieß, um Hitlerdeutschland zu zerschlagen, fielen Ostmitteleuropa, Ostdeutschland und Ostösterreich unter sowjetische Besatzung. Häufig gingen mit der kriegerischen

Besetzung bzw. der Befreiung dieser Territorien von der NS-Herrschaft sowjetische Kriegsverbrechen einher. In Mitteleuropa waren die Vergewaltigungen einheimischer Frauen besonders weit verbreitet; in Deutschland sollen etwa zwei Millionen, im Falle Ungarns allein in Budapest 50 000 Frauen betroffen gewesen sein, aber auch in Polen, Rumänien und anderen Staaten kamen derartige Massenverbrechen gegen die lokale Zivilbevölkerung vor.<sup>19</sup> Die Zahl der 1945 durch Rotarmisten vergewaltigten Österreicherinnen wird auf 160 000 geschätzt, Hunderte Frauen und ihre Angehörigen wurden getötet, begingen Selbstmord oder starben an Verletzungen.<sup>20</sup>

Dass diese Verbrechen oft durch den Wunsch nach Vergeltung für NS-Verbrechen auf sowjetischem Boden motiviert waren, durch ein Rachebedürfnis, wie es vor allem von der Hasspropaganda Ilja Ehrenburgs geschürt wurde, ändert nichts an dem tiefen gesellschaftlichen Trauma, das sie hinterließen. Da die Verbrechen der Roten Armee unter sowjetischer Besatzung nicht offen angeklagt werden konnten, blieben sie in Ost(mittel)europa bis 1989 tabuisiert. Vielerorts in Ostdeutschland, in Budapest und Wien, wo die Rote Armee ebenfalls nicht öffentlich zur Verantwortung gezogen werden konnte, wandte sich der kollektive Zorn gegen die nationalen Kommunisten, deren Parteibüros verwüstet und deren Kandidaten in den Wahlen 1945 in Ungarn und Österreich eine vernichtende Absage erteilt wurde. Zahlreiche Kommunisten retournierten ihre Mitgliedsausweise. Der katholische Priester und Historiker Hugo Hantsch, der die sowjetischen Verbrechen in einem niederösterreichischen Dorf erlebt hatte, vertraute kurz darauf unter Rückgriff auf das in Österreich damals weit verbreitete rassistische NS-Vokabular einem westlichen Nachrichtenoffizier an:

Diese Menschen [d.h. die Ostösterreicher, WM] werden niemals vergessen, was die Rote Armee unseren Frauen angetan hat. Das derzeitige Gefühl der einfachen Menschen, dass die Russen Untermenschen sind, wird anhalten, solange diese Generation lebt.<sup>21</sup>

Als die Kriegs- und Besatzungsverbrechen abnahmen, traten andere Willkürakte der neuen Machthaber umso schärfer hervor. Oppositionspolitiker in Osteuropa wurden verfolgt, ins Exil getrieben, hingerichtet;<sup>22</sup> das Nazi-Konzentrationslager Buchenwald wurde unter sowjetischer Führung in ein Lager für politische Häftlinge umgewandelt. Obwohl Ost-

österreich die Sowjetisierung erspart blieb, verfestigten die zunehmenden Verhaftungen von Zivilisten, Polizisten, Politikern durch die sowjetische Geheimpolizei, wie sie auch in anderen Staaten Ostmitteleuropas stattfanden, den negativen Eindruck des Stalinismus. 1946 wurde etwa der Herausgeber der sozialdemokratischen *Burgenländischen Freiheit*, Hans Bögl, der einen Artikel über Plünderungen sowjetischer Soldaten veröffentlicht hatte, verhaftet und in ein sowjetisches Strafarbeitslager verschleppt. Während er überlebte und zurückkehrte, hatte der Sekretär des Landesbauernbundes Herbert Schretter weniger Glück und verstarb in der Haft. Vor allem die Geheimhaltung der Anklagen und Prozesse, die mangelnden Rechtsmittel und die völlige Unklarheit über das weitere Schicksal der Betroffenen, von denen manche für immer verschwanden, ließen die Ereignisse als willkürliche Entführungen erscheinen. Erst die Teilöffnung russischer Akten nach dem Ende der Sowjetunion gab Aufschluss über die Anklagen wegen angeblicher antisowjetischer Aktivitäten oder NS-Verbrechen.<sup>23</sup>

### *Stalinismuserfahrung 3: »Volksdemokratie« und Kommunismusabwehr*

Der Zusammenbruch des Kommunismus nach 1989 hat die Errichtung der sowjetischen Herrschaft und KP-Regime in Ostmitteleuropa einer kritischen Neubewertung in den betroffenen Staaten ausgesetzt. Aber auch Stalins Politik gegenüber den westeuropäischen kommunistischen Parteien konnte anhand jüngst erschlossener Archivadokumente neu beurteilt werden. Für Ostmittel- und Westeuropa nach Kriegsende gleichermaßen gültig waren die seit Mitte der 1990er Jahre bekannt gewordenen sowjetischen Planungen zur Bildung »Nationaler Fronten« aus allen »antifaschistisch-demokratischen« Parteien unter kommunistischer Kontrolle (vor allem der Sicherheitsapparate), wodurch der Kreml in ganz Kontinentaleuropa den »friedlichen Übergang zum Sozialismus« und zur »Volksdemokratie« einzuleiten hoffte.<sup>24</sup> Weisungen zur Herstellung einer solchen Nationalen Front mit dem Ziel der Überleitung zum Sozialismus ergingen u.a. an die Kommunisten Frankreichs und Italiens, Deutschlands und Österreichs, vor allem aber jene Ostmitteleuropas.

Zweifellos spielten andere Momente wie die realpolitische Notwendigkeit zur Zusammenarbeit aller antifaschistischen Parteien 1945, aber auch die Haltung der Westmächte eine nicht unbedeutende Rolle dabei, dass

derartige Nationalfrontregierungen von Warschau und Budapest bis Rom und Paris geschaffen wurden. Wie in Ostmitteleuropa etablierte Stalin eine solche Nationale Front auch in der sowjetischen Zone in Ostdeutschland und in Ostösterreich, um dieses Modell später im Einvernehmen mit den Westmächten auf das gesamte Land auszudehnen. Dadurch und mittels weiterer Maßnahmen wie etwa Lebensmittel- und Wiederaufbaulieferungen, der Bildung bilateraler Staatsunternehmen und »Freundschaftsgesellschaften«, der gezielten Förderung der kommunistischen Parteien und deren »Aktionseinheit« mit den Sozialdemokraten sollte der Grundstein für die »Festigung des sowjetischen Einflusses« in den mitteleuropäischen Staaten und für deren nachhaltige »Freundschaft mit der Sowjetunion«, genauer für ihre Lenkbarkeit durch Moskau, gelegt werden.<sup>25</sup>

Bekanntermaßen zeigen die in Europa durchgeführten Wahlen von 1945/46, insbesondere der Wahlerfolg oder -misserfolg der jeweiligen kommunistischen Partei, eine bemerkenswerte Tendenz:<sup>26</sup> Während in nicht von der Roten Armee besetzten Staaten (Frankreich, Italien, Belgien, Tschechoslowakei) Kommunisten aufgrund ihrer Rolle im Widerstand und nicht zuletzt aufgrund der Popularität der Sowjetunion und Stalins durchwegs in freien Wahlen Erfolge erzielen konnten, erreichten sie in Ungarn nur abgeschlagen den dritten Rang und erlitten in Österreich eine katastrophale Niederlage, was dazu führte, dass Stalin die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Ostdeutschland beschleunigte. Den Hauptgrund für die KP-Niederlagen bildete die zunehmende Diskreditierung der Sowjetunion, die infolge der Verbrechen der Roten Armee (wodurch sich die langjährige antibolschewistische NS-Propaganda<sup>27</sup> zu bestätigen schien) in Misskredit geraten war.

Doch auch in Westeuropa verlor Stalin infolge der 1947 einsetzenden Destabilisierungsbemühungen der kommunistischen Parteien sowie der Machtübernahmen in Ungarn und der Tschechoslowakei an Ansehen. Höhepunkte der kommunistischen Unruhen bildeten Streikwellen in Italien und Frankreich nach dem Ausscheiden der nationalen kommunistischen Parteien aus den Regierungen 1947 sowie ein gewalttätiger Generalstreikversuch in Österreich 1950 mit mehrtägigen Straßenschlachten. Diese von Stalin unterstützte Politik westeuropäischer Kommunisten verstärkte die Befürchtungen, eine vom Kreml inszenierte Generaloffensive zur Machtübernahme in Westeuropa stehe bevor, und weckte Putschängste bei den nichtkommunistischen Regimen und der Mehrheit der Bevölkerung.

*Stalinismusgedenken*

Nur wenige Menschen werden sich an historische Spuren der Person Stalin in Westeuropa erinnern: etwa in Wien an die Gedenktafel am Haus Schönbrunner Schloßstraße 30, die während der Besatzungszeit anlässlich Stalins siebenzigsten Geburtstages zum Andenken an seinen Aufenthalt 1913 ebenda angebracht wurde,<sup>28</sup> oder daran, dass nach 1946 der südliche Teil des Schwarzenbergplatzes zu Ehren des sowjetischen Oberbefehlshabers umbenannt wurde. Während dieses Zugeständnis an den Stalinkult nach Abzug der Besatzungstruppen wieder rückgängig gemacht wurde, übernahm Österreich im Staatsvertrag die Verantwortung zur Erhaltung aller alliierten Gedenkstätten, und die Stalintafel überlebte daher (im Unterschied zu zahllosen Stalindenkmälern in Ostmitteleuropa) sowohl Chruschtschows Entstalinisierung als auch den Zerfall des Sowjetimperiums 1989-91.

Die Befreiung der Staaten Ostmitteleuropas von der NS-Herrschaft durch die Rote Armee 1945 und der unausgesprochene Anspruch der Sowjetunion, ihren politischen Einfluss in der Region zu festigen, werden durch gigantische sowjetische Ehrenmale von Warschau bis Berlin, Wien und Budapest unterstrichen.<sup>29</sup> Inschriften verkünden, Rotarmisten seien »für die Freiheit der Völker Europas gefallen«. An die Stalinopfer der Zwischen- und Nachkriegszeit erinnern Denkmäler in Ostdeutschland<sup>30</sup> und Ost(mittel)europa. In Österreich wie in den meisten Staaten Westeuropas wird man hingegen vergeblich nach solchen suchen, obschon es zivilgesellschaftliche Bemühungen dazu gab.<sup>31</sup>

Obwohl in den 1930er Jahren die Berichte einiger Überlebender des Stalinterrors im Westen zu antikommunistischen Propagandazwecken veröffentlicht wurden,<sup>32</sup> weckte das Schicksal der nichtsowjetischen Stalinopfer damals und auch in der Nachkriegszeit nur wenig Aufmerksamkeit und wurde eher im Kontext der gesamten Opferbilanz diskutiert. Die Entstalinisierung in Ost(mittel)europa nach 1956 erneuerte die Debatte, die allerdings hinter dem Eisernen Vorhang – im Unterschied zu Westeuropa und den USA – in den 1960er Jahren wieder zum Schweigen gebracht wurde. Seither flammt sie im Westen, namentlich in Frankreich und den USA, periodisch wieder auf.<sup>33</sup> Für viele orthodoxe Kommunisten im Westen blieben bis in die 1980er Jahre die Stalinopfer dennoch Verbrecher. Neue Forschungen auf der Grundlage russischer Archivdokumente, welche die Unhaltbarkeit dieser Sicht beweisen, vor allem das

*Schwarzbuch des Kommunismus*, erschienen in den 1990er Jahren. Eine breite, über die Grenzen einzelner Opfergruppen hinausgehende, europäische Erinnerungskultur an die Stalinopfer der Zwischenkriegszeit hat sich aber nicht entwickelt. Auch die Schicksale vergewaltigter Frauen und der Nachkriegsopfer Stalins wurden in Österreich lange individuell erinnert,<sup>34</sup> ohne aber nach Ende der Besatzungszeit Teil des offiziell geförderten kollektiven Gedächtnisses zu werden. Abgesehen von der Rehabilitierung zahlreicher »Repressierter« durch die russische Justiz in der Jelzinzeit und die Zuerkennung bescheidener Rentenzulagen ist eine weitergehende justizielle Aufarbeitung, etwa in Form von Schadenersatz an Überlebende bzw. Hinterbliebene, ausgeblieben.

Die von ihren Gegnern als Putschversuche verurteilten kommunistischen Destabilisierungsaktionen im Westen wurden zwar in der Öffentlichkeit als traumatische Ereignisse wahrgenommen, sind aber 50 Jahre später im kollektiven Gedächtnis nur wenig präsent. Dies gilt auch für den »Oktoberstreik« der KPÖ, der in der Forschung zu leidenschaftlichen Kontroversen führte, die allerdings mit Ende des Kalten Krieges abgeklungen sind.<sup>35</sup> Ebenso hat auch die französische Debatte um den Stalinismus aufgrund der seit den 1960er Jahren sinkenden politischen Bedeutung der Kommunistischen Partei an innenpolitischer Brisanz verloren.<sup>36</sup> Die in Ostmitteleuropa nach 1989 vielerorts emotionale und teils politisch instrumentalisierte Diskussion um die Aktivitäten von und Kollaboration mit kommunistischen Spitzel- und Nachrichtendiensten wurde etwa in Österreich durch den Fall des ehemaligen Fernsehredakteurs und Wiener Bürgermeisters Helmut Zilk neu angestoßen.<sup>37</sup>

### *Das Fehlen einer gesamteuropäischen Gedächtniskultur des Stalinismus*

Ungeachtet der genannten Berührungspunkte mit dem Stalinismus blieben Westeuropa – anders als dem Osten – Sowjetisierung und Massenterror erspart. Ungeachtet ihrer individuellen Tragik schien die Zahl der Stalinopfer zu klein und die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes nach 1953 zu gering, um nachhaltig gesamtgesellschaftliche Relevanz zu gewinnen. Dies dürfte neben anderen Faktoren dafür verantwortlich sein, dass der Stalinismus hier im Gegensatz zu den für 40 Jahre unter Sowjetherrschaft geratenen Staaten keinen zentralen Gegenstand kollektiven Gedenkens darstellt.<sup>38</sup>

Es ist aber ebenso zu berücksichtigen, dass in Westeuropa und insbesondere im neutralen Österreich mit dem Abklingen des Kalten Krieges nach 1953 (aber auch nach 1989 – im Unterschied zu den ehemaligen Ostblockstaaten) kein ausreichendes politisches Interesse bestand, den Stalinismus zu thematisieren: Man wollte Détente und Osthandel entwickeln und die Supermacht im Osten nicht verärgern; Wien fühlte sich an die wiederholt von Moskau eingemahnte Neutralität gebunden.<sup>39</sup> Eine breite Thematisierung des Stalinismus httee diesem Ziel zweifellos widersprochen. Doch nicht nur im neutralen Österreich, sondern auch etwa in Frankreich als dem »Entspannungspartner« Moskaus der 1960er Jahre dürfte das politische Interesse gegen eine Thematisierung gesprochen haben. Es fand sich auch kein Staat bereit, langfristig als Anwalt der Stalinopfer aufzutreten.

Darüber hinaus bot die Zurückweisung von Schuld durch die Sowjetunion wenig Ansatzpunkte für kollektives Gedenken oder Wiedergutmachung. Erst jüngst hat der Politologe Alexander Motyl darauf hingewiesen, dass ein Schuldeingeständnis der Täter bzw. des Staates eine wesentliche Voraussetzung für die Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens darstellte.<sup>40</sup> Anders als die Bundesrepublik Deutschland errichtete die UdSSR weder vergleichbare Gedenkstätten, noch gestattete sie den Besuch von Opfern und Hinterbliebenen, geschweige denn, dass sie eine umfassende Anerkennung und Entschädigung in die Wege geleitet httee.<sup>41</sup> Die Verbrechen des Stalinismus blieben und bleiben daher gleichsam Verbrechen ohne Täter, ohne Tatort, ohne Tatmotiv, ohne Opfer, ohne Gedächtnisorte. Zahlreiche Dokumente zum Stalinismus lagern noch immer unter Verschluss. Eine nachhaltige Abrechnung mit dem Stalinismus hat in seinem Ursprungsland – trotz zivilgesellschaftlicher Bemühungen und politischer Ansätze – nie stattgefunden.

An Schulen und auch im öffentlichen Diskurs im Westen werden die Verbrechen des Stalinismus ungleich weniger behandelt als der Holocaust. Während der Nationalsozialismus nach 1945 zu Recht dauerhaft diskreditiert ist, ist hier bis heute ein recht unbek mmertes Umgang mit dem Stalinismus zu konstatieren. Diese Haltung spiegelt sich beispielsweise im Alltag in Lenin-T-Shirts, einer »KGB-Bar« in New York oder dem Sowjetstern als provokantem Logo des Wiener Volkstheaters wider.<sup>42</sup> Während Hitler-Hemden, ein »Gestapo-Pub« und Hakenkreuze mit gutem Grund verpönt wären bzw. verboten sind, betrachten viele West-

europäer und Amerikaner die Verwendung der Symbole des Stalinismus als politisch korrekt.

### *Schluss*

Trotz ihrer vergleichsweise eher geringen historischen Folgen in Westeuropa stellen die Erfahrungen mit dem Stalinismus Bindeglieder zwischen der west- und der osteuropäischen Geschichtsregion dar: Aus Spanien und Italien, Österreich, Deutschland, aber auch Ungarn zogen zahlreiche Emigranten in den 1920er und 1930er Jahren in die stalinistische Sowjetunion, die vielen als Paradies erschien und im Großen Terror zum Verhängnis werden sollte. Wie Ostdeutschland, Ungarn, Polen und Rumänien war auch Ostösterreich mit sowjetischen Kriegsverbrechen und jahrelanger Besetzung konfrontiert – obschon sich die Zahl der österreichischen Opfer des Spätstalinismus in deutlich engeren Grenzen hält als jene in Ost(mittel)europa. Und wie Österreich erlebten auch Italien und Frankreich kommunistische Destabilisierungsversuche im frühen Kalten Krieg.

Die genannten Beispiele können als Ausgangspunkte für eine transnationale, die Grenzen zwischen West- und Ost(mittel)europa überspannende Beschäftigung mit der Erinnerung an den Stalinismus dienen. Während die gesamteuropäische Geschichte des Kommunismus ihren Platz in der Historiographie hat,<sup>43</sup> muss die gesamteuropäische Erinnerung ihn erst wiederentdecken.

### Anmerkungen

- 1 Wolfgang Schmale, *Scheitert Europa an seinem Mythendefizit?*, Bochum 1997.
- 2 Alexei Miller, »Russia, Eastern Europe, Central Europe in the Framework of European History«, in: Gerald Stourzh / Barbara Haider / Ulrike Harmat (Hg.), *Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung*, Wien 2002, S. 35-42.
- 3 Siehe z.B. Tony Judt, »Europas Nachkriegsgeschichte neu denken«, in: *Transit* 15 (1998), S. 3-11; ders., *Postwar: A History of Europe Since 1945*, London 2005; Norman Davies, *Europe East and West*, London 2006; Karl Schlögel, »Europa neu vermessen: Die Rückkehr des Ostens in den europäischen Horizont«, in: Helmut König / Julia Schmidt / Manfred Sicking (Hg.), *Europas Gedächtnis: Das neue Europa zwischen nationaler Erinnerung und gemeinsamer Identität*, Bielefeld 2008, S. 147-167.
- 4 Siehe die Debatte in *Transit* 26, 27, 28; Claus Leggewie, »Schlachtfeld Europa: Transnationale Erinnerung und europäische Identität«, in: *Blätter für deutsche und*



- internationale Politik* 2 (2009), S. 81-93; Burkhard Olschowsky, »Erinnerungslandschaft mit Brüchen«, in: *Transit* 35 (2008), S. 23-48; Jacques Le Rider / Moritz Csáky / Monika Sommer (Hg.), *Transnationale Gedächtnisorte in Zentraleuropa*, Innsbruck 2002.
- 5 Zitiert in Jan-Werner Müller, »Europäische Erinnerungspolitik *Revisited*«, in: *Transit* 33 (2007), S. 166-175, hier S. 168.
  - 6 Oskar Halecki, *The Limits and Divisions of European History*, London 1950; Jenő Szücs, *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt a.M. 1990.
  - 7 Andreas Kappeler, »Die Bedeutung der Geschichte Osteuropas für ein gesamteuropäisches Geschichtsverständnis«, in: Stourzh e.a., *Annäherungen*, a.a.O., S. 43-56; Jürgen Kocka, »Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas«, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 49/2 (2000), S. 159-174; Rudolf Jaworski / Jan Kusber / Ludwig Steindorf (Hg.), *Gedächtnisorte in Osteuropa: Vergangenheiten auf dem Prüfstand*, Frankfurt a.M. 2003.
  - 8 Monika Flacke (Hg.), *Mythen der Nationen: 1945 – Arena der Erinnerungen*, 2 Bde., Mainz 2004; Stefan Troebst, »1945: Ein (gesamt-)europäischer Erinnerungsort«, in: *Osteuropa* 58/6 (2008), S. 67-75.
  - 9 Jacques Rupnik, »Zweierlei Frühling: Paris und Prag 1968«, in: *Transit* 35 (2008); Judt, *Postwar*, a.a.O., S. 390-412.
  - 10 Siehe etwa Arseni Roginski, »Fragmentierte Erinnerung: Stalin und der Stalinismus im heutigen Russland«, in: *Osteuropa* 59/1 (2009), S. 37-44.
  - 11 Vgl. Aleksander Smolar, »Vergangenheitspolitik nach 1989: Eine vergleichende Zwischenbilanz«, in: *Transit* 18 (1999/2000), S. 81-101.
  - 12 Henry Rousso, »Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses«, in: *Zeithistorische Forschungen* 1/3 (2004), S. 363-378; Charles S. Maier, »Heißes und kaltes Gedächtnis: Zur politischen Halbwertszeit des faschistischen und kommunistischen Gedächtnisses«, in: *Transit* 22 (2001/02), S. 153-165.
  - 13 Karl Schlögel, »Orte und Schichten der Erinnerung: Annäherung an das östliche Europa«, in: *Osteuropa* 58/6 (2008), S. 13-25.
  - 14 Martin Malia, *Russia under Western Eyes*, Cambridge, MA. 1999, S. 340-348; Paul Hollander, *Political Pilgrims: Western Intellectuals in Search of the Good Society*, 4<sup>th</sup> ed., New Brunswick 2004, S. 76-101.
  - 15 Barry McLoughlin / Hans Schafranek (Hg.), *Österreicher im Exil: Sowjetunion 1934-1945: Eine Dokumentation*, Wien 1999, S. 96.
  - 16 Andrea Graziosi, *A New, Peculiar State: Explorations in Soviet History, 1917-1937*, Westport 2000, S. 223.
  - 17 Barry McLoughlin / Hans Schafranek / Walter Szevera, *Aufbruch Hoffnung Endstation: Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945*, Wien 1997; Karl R. Stadler, *Opfer verlorener Zeiten: Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934*, Wien 1974, S. 275-346.
  - 18 Robert Conquest, *The Great Terror: A Reassessment*, Oxford University Press 2008, S. 399-408.
  - 19 Norman Naimark, *Die Russen in Deutschland: Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1999, S. 86-168; Andrea Petö, »Stimmen des Schweigens: Erinnerungen an Vergewaltigungen in den Hauptstädten des »ersten Opfers« (Wien)

- und des ›letzten Verbündeten‹ (Budapest) Hitlers«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 47/9 (1999), S. 892-913; James Mark, »Remembering Rape: Divided Social Memory and the Red Army in Hungary 1944-1945«, in: *Past and Present* 188 (2005), S. 133-161.
- 20 Marianne Baumgartner, »Vergewaltigung zwischen Mythos und Realität«, in: *Frauenleben 1945*, Wien 1995, S. 60-71, hier S. 64f.
- 21 Zitiert nach Oliver Rathkolb (Hg.), *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945*, Wien 1985, S. 294.
- 22 Karel Bartosek, »Mittel- und Südosteuropa«, in: Stéphane Courtois / Nicolas Werth / Jean-Louis Panné / Andrzej Paczkowski / Karel Bartosek / Jean-Louis Margolin / Joachim Gauck / Ehrhart Neubert, *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München 2004, S. 430-504.
- 23 Edda Engelke, »Zum Thema Spionage gegen die Sowjetunion«, in: Erwin Schmidl (Hg.), *Österreich im frühen Kalten Krieg*, Wien 2000, S. 119-136; Harald Knoll / Barbara Stelzl-Marx, »›Wir mussten hinter eine lange Liste von Namen einfach das Wort „verschwunden“ schreiben.‹ Sowjetische Strafjustiz in Österreich«, in: Andreas Hilger / Mike Schmeitzner / Clemens Vollnhals (Hg.), *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945-1955*, Göttingen 2006, S. 169-220.
- 24 Edward Mark, *Revolution by Degrees: Stalin's National-Front Strategy for Europe, 1941-1947*, Cold War International History Working Paper 31, Washington, DC 2001.
- 25 Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955*, München 1999; Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission*, Wien 2005.
- 26 Donald Sassoon, »The Rise and Fall of West European Communism 1939-48«, in: *Contemporary European History* 1/2 (1992), S. 139-169.
- 27 Hans Erich Volkmann (Hg.), *Das Russlandbild im Dritten Reich*, Köln 1994; Karl Eimermacher / Astrid Volpert (Hg.), *Verführungen der Gewalt: Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, München 2005.
- 28 Hannes Leidinger / Verena Moritz, *Russisches Wien*, Wien 2004, S. 184-185.
- 29 Vgl. Matthias Marschik / Georg Spitaler (Hg.), *Das Wiener Russendenkmal*, Wien 2004.
- 30 Anne Kaminsky (Hg.), *Orte des Erinnerns: Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*, Berlin 2007.
- 31 Kurt Scholz, »Tschistka«, in: *Die Presse* vom 13.11.2007.
- 32 Franz Milik (Hg.), *Zweimal auf der Flucht: Nach Russland geflüchtete und freiwillig heimgekehrte ehemalige Schutzbündler berichten über ihre Erlebnisse*, Wien 1936.
- 33 Maier, »Heißes Gedächtnis«, a.a.O., S. 156.
- 34 Marianne Baumgartner, »Jo, das waren halt schlechte Zeiten«: *Das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit in den lebensgeschichtlichen Interviews von Frauen aus dem Mostviertel*, Frankfurt a.M. 1994; Irene Bandhauer-Schöffman / Ela Hornung, »Der Topos des sowjetischen Soldaten in lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen«, in: *DÖW Jahrbuch* (1995), S. 28-44.

- 35 Fritz Klenner, *Putschversuch oder nicht?*, Wien 1951; Ernst Epper, *Der große Streik*, Wien 1965; Reinhard Meier-Walser, *Der Streikputsch der KP Österreichs*, München 1986.
- 36 Pierre Nora, »Gaullistes et Communistes«, in: ders. (Hg.), *Les Lieux de Mémoire III: Les France 1: Conflits et Partages*, Paris 1992, S. 347-393.
- 37 Herbert Lackner, »Helmut Zilk, Spion«, in: *Profil* 13 (23. März 2009), S. 16-19. Ob Zilk dadurch den »Prager Frühling« fördern wollte oder an den finanziellen Honoraren für seine Dienste interessiert war, ist noch unklar.
- 38 Iver B. Neumann, »Europe's Post-Cold War Remembrance of Russia: Cui Bono?«, in: Jan-Werner Müller (Hg.), *Memory and Power in Postwar Europe*, Cambridge University Press 2002, S. 121-136. Zu Österreich: Heidemarie Uhl, »Konkurrierende Vergangenheiten: Offizielle Narrationen, Gegenerzählungen und Leerstellen des österreichischen Gedächtnisses«, in: Moritz Csáky / Klaus Zeyringer (Hg.), *Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses: Eigenbilder, Fremdbilder*, Innsbruck 2002, S. 220-236; Emil Brix / Ernst Bruckmüller / Hannes Stekl (Hg.), *Memoria Austriae I: Menschen – Mythen – Zeiten*, Wien 2004.
- 39 Arnold Suppan / Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955-1989*, Wien 2009.
- 40 Alexander J. Motyl, »Warum ist die KGB-Bar möglich? Binäre Moral und ihre Konsequenzen«, in: *Transit* 35 (2008), S. 104-122; vgl. auch den kritischen Kommentar von Timothy Snyder, ebd., S. 123-128.
- 41 Maier, »Heißes Gedächtnis«, a.a.O., S. 157-161.
- 42 Die von Verteidigern des Sternlogos genannte Begründung, es handle sich um fünf »V« als Symbol für die fünf Bühnen des Volkstheaters, ist wenig überzeugend. Man stelle sich vor, ein Landestheater mit vier Spielstätten würde ein entsprechendes Logo aus vier »L« bilden. Wiener Gemeinderat, 55. Sitzung vom 28.04.2005, Wörtliches Protokoll, 13. <http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2005/gr-055-w-2005-04-28-013.htm>
- 43 François Furet, *Das Ende der Illusion: Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996; Courtois e.a., *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, a.a.O.

## Steve Sem-Sandberg DIE AUSSTELLUNG\*

Als ein erstes Zeichen der neuen herrlichen Zeiten, die nun anbrechen würden, ließen die Behörden, kaum drei Monate nach der Geshperre, eine große Industrieausstellung eröffnen, auf der die zu diesem Zeitpunkt existierenden 112 Ressorts des Gettos ihre hervorragenden Produktionsergebnisse präsentierten.

Das nunmehr »sanierte« Kinderkrankenhaus in der Hanseatenstraße 37 war zum Ausstellungslokal umfunktioniert worden. In den Patientensälen und Aufnahmeräumen des Erdgeschosses standen Vitrinen und Schaukästen mit den verschiedensten Gettoprodukten, und an der Wand hatte jemand ein großes Spruchband aufgehängt, auf dem in großen schwarzen Druckbuchstaben, Deutsch und Jiddisch, die berühmte Parole des Vorsitzenden des Judenrates stand: UNSER EINZIGER WEG IST – ARBEIT!

Ringsum Bildmontagen aus einer Reihe von Manufakturen:

Junge Frauen an langen Werktsichen, jede mit einem Bügeleisen und einer Stoffbahn in den Händen. Die Fotos der Frauen waren in Diagramme eingefügt, die vom ständig steigenden Produktionstempo in den gettoeigenen Schneiderwerkstätten berichteten. Je weiter die Säulen zum oberen Rand des Bildes hinaufreichten, desto mehr wurde von dem darunter liegenden Bild freigelegt: Tisch um Tisch mit jungen Frauen, den Kopf gebeugt über Bügeleisen und Singer-Nähmaschinen, in endloser Wiederholung:

*Trikotagenabteilung – Militärsektor: 42 880 Stück*

*– Zivilsektor: 71 028 Stück*

*Korsett- und Büstenhalterfabrik: 34 057 Stück*

Drei Jahre Sklaverei, drei Jahre Unterwerfung unter eine Gewaltherrschaft, die nichts anderes im Sinn hatte als die totale Liquidierung des Gettos: Das musste natürlich gefeiert werden.

\* Auszug aus dem Roman *De fattiga i Łódź* (Die Armen von Łódź), Albert Bonniers Förlag, Stockholm 2009. Auf Deutsch wird der Roman 2010 bei Klett-Cotta, Stuttgart, erscheinen.

Gemäß der Gettochronik, die mehrere Berichterstatter vor Ort hatte, um über das Ereignis zu informieren, fand die Ausstellungseröffnung in zwei Etappen statt. Der erste, offizielle Teil umfasste »die Reden etlicher Minister«, gefolgt von der Besichtigung der einzelnen Ausstellungsräume. Danach wechselte die Veranstaltung ins Kulturhaus, in dem das Programm wie folgt weiterging: 1) musikalisches Impromptu; 2) Rede und Medaillenverleihung durch den Präses des Gettos; 3) Bankett mit Festmännchen, eigens zu diesem Anlass komponiert von *Frau Helena Rumkowska*. Das Bankett und der Auftritt im Kulturhaus gehörten zum inoffiziellen Teil des Programms. Ihm waren wochenlange Vorbereitungen vorausgegangen. Da man dieses Bankett als *gemischte* Veranstaltung plante – das heißt: hochgestellte Persönlichkeiten aus der deutschen Gettoverwaltung oder von der Polizeibehörde konnten durchaus erwartet werden –, durfte man nichts dem Zufall überlassen.

Ebenso wie das *Kinderspital* des Vorsitzenden, ja, wie überhaupt alle Krankenhäuser des Gettos, hatte kürzlich auch das Kulturhaus eine gründliche Sanierung erfahren. Die Kulissen der Getto-Revue des Herrn Puławer waren abgebaut und aus dem Haus geschafft worden, stattdessen hatte man hohe Fahngruppen aufgestellt, für jedes Ressort eine. An der Wand dahinter hing nun ein großes Porträt des Vorsitzenden. Es war die klassische Variante, bei der ein lächelnder Rumkowski, den Arm voller Blumen, all die glücklichen, wohlgenährten Kinder des Gettos begrüßte. Das Foyer hatte man mit Girlanden und Blumenarrangements geschmückt, hergestellt aus Stofffetzen und Papierresten vom gettoeigenen *Altmaterialressort*, und das Ganze schließlich gekrönt mit dem Entrollen eines weiteren Spruchbandes mit der Aufschrift

### UNSER EINZIGER WEG IST – ARBEIT!

Die Einweihung selbst war auf einen Tag Anfang Dezember festgelegt worden, einen Mittwoch.

Die Chronik berichtet von einem sehr kalten Tag mit starkem, böigem Wind. Der Himmel ist grau wie Zement, und Schnee peitscht über die Dachfirste. Unter dem Oberleitungsnetz der Straßenbahnen in der Hanseatenstraße fährt eine lange Reihe *droschkes* vor. Im Takt mit den böigen Windstößen öffnen und schließen sich die Verdecke wie Münder.

Die hier eintreffen sind das Führungspersonal der einzelnen *Ressort*-Bereiche: Direktoren und Kommissionäre, Leiter der Fabrikation, der

Verwaltung und Versorgung. Und dann der Reihe nach die verschiedensten Repräsentanten jener nicht klar umrissenen Schicht, die in der Getto-Enzyklopädie unter der Bezeichnung *Getto-Ingenieure* läuft: Manufakturleiter, Werkmeister und Inspektoren. Eine Hand an der Hutkrempe, die andere am Rockschoß, damit der Wind nichts hoch- oder fortwirbeln kann, begeben sich die Herren in einem nicht abreißen wollenden Strom in das nun umgestaltete, von allem Kulturglanz befreite Gebäude, wo sie im Foyer unter Wimpeln und Girlanden von wichtigen, durch die Umstände aufgestiegenen Amtsträgern wie Aron Jakobowicz und Dawid Warszawski empfangen werden, von Männern, die gelernt haben, dass man den Forderungen der neuen Zeit nicht mit dem Kampf um die Macht im Getto begegnet (ein Kampf, den sie ohnehin nicht gewinnen können), sondern dass man sich besser so verhält, als sei das Getto ein Industrieort wie jeder andere, wo man Handel betreiben kann und jedes Mittel erlaubt ist, wenn man nur die Auftraggeber zufriedenstellt. Auch Polizeichef Gertler ist inmitten dieser eigentlichen Architekten der Getto-Ausstellung zu finden, heute zwar in Zivil, doch mit einem großen W (für Wirtschaftspolizei) auf der Armbinde, um diese zum Tag passende Zugehörigkeit zu unterstreichen.

Jetzt sind vom Eingang schmetternde Fanfarenstöße zu vernehmen; die Herren des Empfangskomitees schlagen die Hacken zusammen und drücken den Rücken durch:

*Der Vorsitzende ist da*, flüstern sie sich zu, *obendrein mit der ganzen Familie*.

Da haben wir ihn also: Rumkowski. Schweigend und mit verbissener Miene kommt er hereingeschritten, den Blick auf den Boden geheftet, als sei er in erster Linie darauf bedacht, die Beine unter Kontrolle zu halten. Seine Gattin, Frau Regina Rumkowska, geht an seinem Arm, wie immer krampfhaft lächelnd. Auch der Sohn ist dabei! Und plötzlich gibt es genügend Ellbogenfreiheit um die Ehrengäste, und jedermann kann das adoptierte Kind dort stehen sehen, blass und unlustig unter all den festlich gekleideten Herren, es trägt einen monströsen Kinderanzug mit breitem, wattiertem Seidenrevers und eine Art Brokathemd mit ausladender Halskrause, die ans 18. Jahrhundert erinnert. Der Junge scheint als Einziger der Gesellschaft halbwegs gelassen zu sein. Gleichgültig starrt er die Girlanden an der Decke an und stopft sich fortwährend Bonbons in den Mund, aus einer Tüte, die ihm der Vorsitzende oder vielleicht irgendein

Beamter, der sich anbiedern wollte, in die Hand gedrückt hat.

Zu diesem Zeitpunkt haben die meisten begriffen, dass etwas nicht stimmt: dass dem Herrn Präses die Beine nicht recht gehorchen und er mit der Hand nach einer nicht vorhandenen Wand sucht. Einer sagt es geradeheraus:

*... ist dieser Mann nicht ein wenig bezech?*

Aber da ist es bereits zu spät. Die Fanfarenbläser haben ihr Spiel beendet, und Rumkowski ist aufs Podium geklettert und hat mit der Medaillenvergabe begonnen, obgleich noch gar keine Medaillen da sind, ebenso wenig wie die Medaillengewinner. Nun aber tragen zwei starke Jungmädchenarme offenbar doch das vorbereitete Tablett herbei. Wie Fische liegen die Medaillen darauf, die Bänder alle in ein- und derselben Richtung angeordnet. Und Fräulein Dora Fuchs, allem Anschein nach beunruhigt vom unberechenbaren Auftreten ihres Vorsitzenden, hat ihm ein Blatt Papier in die Hand gedrückt und zeigt nun zuerst auf den Text und dann auf die Reihe Männer in Uniform oder Anzug – alle mit W-Binden am Jackenärmel –, die hoch aufgerichtet und erwartungsvoll lächelnd auf der Treppe zum Foyer bereitstehen. Es sind die Medaillengewinner.

Der Vorsitzende nickt, als sei es das erste Mal, dass er sie zu Gesicht bekommt.

*Meine Herren, sagt er mit dicker Zunge.*

*(Fräulein Fuchs bedeutet dem Publikum zu schweigen):*

*Meine Herren, meine Damen, – meine Brüder und Schwestern!*

*Sie sind alle mit den GUTEN Neuigkeiten vertraut:*

*Von 87 615 im Getto verbliebenen Juden sind heute nicht weniger als 75 650 voll in der Produktion beschäftigt.*

**DAS IST EINE GROOOSARTIGE LEISTUNG!**

*Wir sind heute weniger im Getto, als wir früher waren.*

**ABER WIR HABEN UNSER WERK VOLLBRACHT.**

*Die nach uns kommen – unsere Kinder und Kindeskinde (jene, die überlebt haben!) – , werden mit Recht stolz auf diese*

*Männer und Frauen sein, die durch ihre harte und selbstaufopfernde Arbeit ihnen – und uns allen! – das Recht auf eine weitere Existenz gegeben haben.*

*Ja, ich möchte sogar sagen, sie haben diesen Männern ihr Leben zu verdanken.*

*Meine Herren*, wiederholt er und wendet sich von Neuem den erwartungsvollen Männern auf der Treppe zu, jedoch mit einem Gesichtsausdruck, als habe er zu seiner Bestürzung gerade vergessen, was er sagen wollte. Das junge Mädchen mit den Medaillen erklärt sich die Verwirrung so, dass sie mit dem Tablett erneut nach vorn treten soll. Aus dem Publikum hört man ungeduldiges Gemurmel, doch wird es von einem der Fanfarenspieler unterbrochen, der in seinem Eifer einen langen, langsam fallenden Ton direkt über der Menge ausstößt. Als hätte der Klang des Blechinstruments auch einen Ton in ihm selbst angeschlagen, hört man den Vorsitzenden plötzlich skandieren:

*ARBEIT, ARBEIT, ARBEIT!*

*Stets und ständig hab ich's euch gesagt:*

*Arbeit ist der FELS ZIONS!*

*Arbeit, das FUNDAMENT MEINES STAATES!*

*ARBEIT – HARTE, ZÜCHTIGENDE ARBEIT*

Vom Saal her kann man sehen, wie dort oben alles in die Luft fliegt: Papier, Tablett und Medaillen – in weiter Fächerform, die ihren Ausgangspunkt an der mit rhetorischem Schwung erhobenen Hand des Vorsitzenden hat. Das Blatt Papier flattert langsam zu Boden, dem Tablett hinterher, das nach einem galanten Bogen durch die Luft mit dumpfem Knall aufschlägt, gefolgt von den Medaillen an ihren Bändern, die gleich kleinen, wimpelgeschmückten Raketen im Umkreis niedergehen.

Mitten im Medaillenregen geht der Vorsitzende auf alle viere hinunter und kriecht nun auf der Jagd nach seinem verloren gegangenen Papier auf dem Boden herum. Weiter hinten im Saal brechen ein paar in Lachen aus. Erst diskret: hinter vorgehaltener Hand. Dann (als weitere lachen) immer offener.

Zwei Leute der Ordnungspolizei haben sich in Richtung Podium begeben, um zu helfen, doch werden sie von Herrn Gertler gestoppt, der sich abrupt von seinem Platz in der ersten Reihe erhebt und sagt:

*Also das sieht man ja;*

*dieser Mann ist doch völlig am Ende!*

In diesem Augenblick fliegen die Türflügel zum Foyer krachend auf, und Amtsleiter Biebow kommt durch den Mittelgang des Saales geschritten, Ordonnanz und Leibwächter im Gefolge. Zackige Kommandorufe und



die schweren, knallenden Stiefeltritte veranlassen die Funktionäre der ersten Reihe auf ihre Plätze zurückzuhasten, dort sitzen sie nun mit eingezogenem Kopf, während Biebow – nachdem er, die Hände in die Hüften gestemmt, die Situation eine Weile betrachtet hat – entschlossen auf die Bühne steigt, sich den noch immer auf allen vieren kriechenden Vorsitzenden greift, ihn in aufrechte Stellung bringt und ihm mit behandschuhter Hand eine rechts und links verpasst.

Rumkowski, der noch immer nicht recht begriffen zu haben scheint, mit wem er es da zu tun hat, starrt nur vor sich hin, während ihm der Speichel aus den Mundwinkeln tropft.

Biebow sammelt die über den Bühnenboden verstreuten Diplome und Medaillen auf und drückt sie dem Vorsitzenden in die Hände, schlägt dann seine Arme um ihn, als wollte er alles an Ort und Stelle halten (Diplome, Medaillen und den Vorsitzenden selbst): *Rumkowski, Sie sind jetzt ein alter Mann*, hört man ihn sagen, und für diejenigen, die in der ersten Reihe sitzen und mit ängstlich gespitzten Ohren lauschen, klingt es, als murmele er fast liebevoll.

*Sie sind ein alter Mann, der einer überholten Zeit angehört, Rumkowski.*

*Sie glauben, Sie könnten sich Macht und Einfluss erkaufen, könnten Ihre perversen, schmutzigen Horste in den Mauern einer STÄRKEREN Macht ausbauen, um dann weiter zu lügen und zu betrügen, wie es Menschen Ihrer Sorte in der Geschichte so oft getan haben und wie es Ihrer Natur entspricht.*

*Aber ich sage Ihnen eins, Rumkowski, diese Zeit ist nun vorbei. Diese Zeit ist auf ewig VORBEI.*

*Worauf es jetzt ankommt, ist Entschlossenheit, Mut und Kompetenz.*

Diese letzten Worte sagt er nicht zu Rumkowski, sondern ins Publikum. Und lächelt dabei: ein Lächeln, das zugleich Übereinstimmung und Nachsicht ausdrücken will.

Und offenbar gelingt ihm das, denn plötzlich beginnen alle zu lachen (außer Fräulein Fuchs, die völlig aufgelöst wirkt, und Frau Regina Rumkowska, die an ihrer Handtasche hantiert, als versuche sie eine Stelle darin

zu finden, wo sie sich verstecken könnte). Alle im Saal lachen, von den Amtsträgern in der ersten Reihe bis zu den Vorarbeitern und Maschinenmeistern weit hinten im Saal. Einige heben sogar die Arme und beginnen zu applaudieren, lassen Beifallrufe ertönen, als befänden sie sich in einer simplen Varietévorstellung, und als die Spannung aus Armen und Beinen gewichen ist, setzen auch andere ein und beginnen erleichtert oder voller Übermut mit den Füßen zu stampfen, zu buhen und zu schreien.

Aber das hier ist kein Variété. Vielleicht dauert es einige Zeit, bevor die Leute erfassen, dass es tatsächlich der *Herr Amtsleiter* ist, der dort den Ältesten der Juden im Arm hält und den Beifall des Publikums einheimst. Ein Musiker des Fanfarenzugs war jedoch so weit zur Besinnung gekommen, um einzusehen, dass es nur einen Ausweg aus dieser lebensgefährlichen Situation gab, also ergriff er die Initiative und stimmte die ersten Töne des *Badenweiler Marsches* an:

*Vaterland, hör' deiner Söhne Schwur:  
Nimmer zurück! Vorwärts den Blick!*

Was danach geschah, ist unklar. Angeführt von den Männern der neuen Zeit, allen voran Gertler und Jakubowicz, die des ausgedehnten Zeremoniells auf der Bühne überdrüssig waren, hatte sich die Führungsgilde ins Foyer hinausbegeben, wo das HERRLICHE BÜFETT aufgetischt stand.

Das HERRLICHE BÜFETT war bereits in aller Munde gewesen, noch bevor es überhaupt vorhanden war. Die Frage ist, ob das HERRLICHE BÜFETT nicht mehr diskutiert, in allen Einzelheiten erträumt, gewissermaßen schon jetzt gründlicher studiert und probiert worden war, als es die Ausstellung je werden würde.

Dass die Behörden überhaupt zugestimmt hatten, Prinzessin Helena ein Büfett ausrichten zu lassen, hatte seinen Grund darin, dass man auch die im Getto produzierten Lebensmittel vorstellen wollte. Hier gab es also Wurst und Pökelfleisch aus den gettoeigenen Fleischereien, leider nicht kosher, doch solche Träume hatte man ohnehin seit langem aufgeben müssen; hier gab es Brot aus den eigenen Bäckereien; hier gab es sogar Konfekt und süße Küchlein mit Marmelade, gefertigt von Schlomo Herczbergs früherer Obstkonservenfabrik in Marysin.

Dazu wurde Rotwein in langstieligen Gläsern gereicht. Der Wein kam direkt aus Litzmannstadt und war ein *Geschenk* Biebows, die Gläser aber

waren aus echtem Kristall und so kunstvoll auf Spiegeltablets platziert, dass die Herren, die nun gierig nach den Servierplatten langten, nicht umhin konnten an die goldene Zeit zurückzudenken, als *di sheine jidn* so wie alle anderen im Café in der Piotrkowskastraße sitzen, *sztrudl* und *szarlotka* essen und Tee oder guten Rheinwein aus hohen Gläsern trinken konnten.

Der Vorsitzende schien nach all den Brandreden wieder aufgelebt zu sein und ging nun unter den Büfettgästen umher, gestützt auf das Wenige, das von seiner Würde noch übrig war.

Die meisten im Kreis um Jakobowicz oder Gertler drehten ihm diskret den Rücken zu, sobald er sich näherte. Andere ließen sich weniger lange bitten. Bald hatte auch der Vorsitzende einen kleinen Trupp um sich versammelt, unbedeutende Kanzlisten und Referendare, die nur darauf warteten, dass ein passendes Wort von seinen Lippen fiel, ein Wort, das sich später eventuell gegen eine bessere Position eintauschen ließe; und vielleicht lag es ja an der Konkurrenz – Männer wie Jakobowicz, Warszawski oder Gertler versammelten schließlich eine weit-aus dichtere Schar um sich –, der Vorsitzende jedenfalls war an diesem Abend ungewöhnlich großzügig mit Zusagen und Versprechungen.

*Sieh an, der Herr Schulz...!* rief er aus, als er Doktor Arnošt Schulz mit Tochter am hinteren Ende des HERRLICHEN BÜFETTS erblickte:

*Das, meine Herren ...*, erklärte er dem Rest seines Gefolges, das ihm rastlos und ängstlich auf den Fersen blieb. (Nach dem Zwischenfall bei der Medaillenvergabe wagte ihn keiner mehr auch nur für eine Sekunde aus den Augen zu lassen.)

*Das ist Herr Professor Schulz – aus Prag, nicht wahr!? –, der einzige meiner Ärzte, der es gewagt hat, mir offen und ehrlich seine Meinung zu sagen.*

*Sie sind ein Aufklärer, stimmt's, Herr Professor Schulz?*

Věra Schulz sollte sich später deutlich an dieses erste und einzige Mal erinnern, als sie dem Vasallenkönig des Gettos von Angesicht zu Angesicht gegenüberstand, diesem selbsternannten Verwalter des Schicksals Hunderttausender ansässiger und zugezogener Juden. *Ein Automat* – schrieb sie in ihr Tagebuch –, *ein Mensch ganz ohne äußeres Leben, dessen ener-*

*gische Gangart, lautstarke Sprechweise und plötzliche, anscheinend gänzlich unmotivierte Handbewegungen von einem Mechanismus animiert zu sein schienen, der irgendwo im Körper verborgen war. Das Gesicht tot, bleich und aufgequollen; die Stimme schrill wie eine Signalpfeife.*

Mehrere Minuten steht der Vorsitzende da und hält Věra Schulz' Hand in der seinen, so als sei er in den Besitz eines wertvollen Gegenstandes gelangt, mit dem er nichts anzufangen weiß. Věra bemerkt die Schweißperlen, die sich am Haaransatz unter der weißen, aus der Stirn gestrichenen Mähne abzeichnen.

*Aber wie ...*, setzt er an, unterbricht sich und beginnt von Neuem (allem Anschein nach aufrichtig erstaunt):

*Wie können Sie mit einer Hand wie dieser arbeiten?*

Vielleicht beschloss das später so viel erwähnte *Magenleiden* gerade in diesem Augenblick zuzuschlagen. Auch in der Chronik, die bei ihrer Berichterstattung über die Ereignisse des Abends ansonsten auffallend zurückhaltend war, wurde ein *bedauerlicher Zwischenfall* erwähnt, der sich kurz nach der Eröffnung des HERRLICHEN BÜFETTS zugetragen hatte.

Über die Ursachen dieses »Zwischenfalls« gab es hinterher geteilte Meinungen:

Entweder hatten die Fleischereien des Gettos ihre trotz allem begrenzten Ressourcen an Fleisch überstrapaziert und sich zur Herstellung der erforderlichen Anzahl Würste des *minderwertigen* Teils der Lieferung bedient, der ansonsten bereits bei der Ankunft in Radogoszcz vergraben wurde. Oder die Extramenge *guten Hackfleisches*, das von der Gettoverwaltung zugesichert worden war, hatte sich als genau dasselbe verdorbene Pferdefleisch erwiesen, das von den Deutschen stets geliefert wurde und das schon bei der Ankunft meilenweit gegen den Wind stank: grünlich und durch Verwesung dermaßen aufgelöst, das es geradezu in die Bottiche schwappte, wenn es aus den Waggons entladen wurde. Doch diesmal hatten die Verantwortlichen der *Fleischverteilungssektion* es einfach nicht gewagt, von der minderwertigen Lieferung zu berichten, aus Angst (wie es hinterher hieß), »die ganze Veranstaltung zu sabotieren«. Und so waren die fertigen Würste dennoch an das Büfett geliefert worden, fett und kräftig, strotzend von Soda und Gärstoffen in ihrer klebrigen Darmhülle...!

Oder ob es möglicherweise so gewesen ist – wie die meisten glaubten –, dass es bei diesem Fest plötzlich so unerwartet große Mengen an Schwei-

nefett gab, dass selbst die gutgeschmierten Direktorenböuche nicht genügend Widerstandskräfte aufbieten konnten; zumal jeder der zu diesem großzügigen Büfett Eingeladenen wusste, dass es ein Ereignis dieses Ranges in der Geschichte des Gettos vermutlich nur ein einziges Mal geben würde und dass es darauf ankam zu essen, solange man die Chance dazu hatte, schließlich lag die Wurst doch da, gut, rot und zufrieden glänzend in all ihrem Fett...!

Bereits um Mitternacht waren die ersten der festlich gekleideten ranghohen Personen in Richtung Innenhof hinausgewankt, wo sie sich an rußigen Backsteinwänden abstützten und mit hochgezogenen Schultern übergaben. Im Foyer irrten ratlose Leute umher. Andere suchten hinter dem großen Büfettisch oder hinter jenen Stühlen und Tischen Schutz, die noch immer an ihrem Platz standen, während die Küche und der angrenzende Serviergang von Gertlers Leibwächtern besetzt waren, die sich ungehemmt in alles erbrachen, was sich an Eimern und Bottichen auftreiben ließ, sogar in jene Töpfe und Servierschüsseln, auf denen noch jene Würste lagen, die nicht zur Anwendung gekommen waren.

Nachdem der Vorsitzende mit glänzenden Augen gesehen hatte, wie sein ganzes Gefolge gefallen war, spazierte er in stolzem Reihergang auf den Hof hinaus, wo auch er zu Boden ging. Fräulein Dora Fuchs, die den ganzen Abend herumgelaufen war und ihre Mundwinkel mit einem Taschentuch betupft hatte, wedelte es nun ohnmächtig durch die Luft und rief nach einem Arzt: So musste Doktor Schulz auch an diesem Jubiläumstag tun, was er an jedem einzelnen Tag getan hatte, seit er im Getto angekommen war. Er griff nach dem Arztköffchen, das er immer bei sich trug, bat Věra, sie möge dem Vorsitzenden ein Stuhlpolster unter den Nacken schieben, und ging dann auf die Knie, um dem alternden Mann den Puls zu fühlen:

*Vorsitzender* (matt, den Blick auf den fernen Gettohimmel gerichtet): Wer sind Sie?

*Schulz*: Schulz.

*Vorsitzender*: Schulz?

*Schulz*: Ja, Schulz. Wir kennen uns.

*Vorsitzender (zu Věra)*: Und diese wunderschöne Dame an Ihrer Seite?

*Schulz*: Das ist meine Tochter Věra. Sie haben erst

vor ein paar Minuten mit ihr geredet.

*Vorsitzender:* Aber was haben Sie mit Ihren schönen jungen Händen gemacht, Fräulein Věra?

*Schulz:* Sie, Herr Vorsitzender, haben selbst gesagt, dass sie nicht mehr zur Arbeit taugen.

*Vorsitzender:* Hat man denn so was schon gehört?

Alle, die noch ihre Hände besitzen, sollen natürlich eine Arbeit erhalten, und ich sehe, dass Sie schöne, saubere Hände haben, Fräulein Schulz.

*Schulz:* Sauber oder nicht! Sie haben mit diesen Händen nichts zu schaffen ...!

In diesem Augenblick befahl der Herr Amtsleiter seiner Polizeieskorte, die Versammlung aufzulösen. Mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben wurden jene, die noch auf eigenen Beinen stehen konnten, auf den Hinterhof geprügelt. Dort durften sie dann liegen bleiben, Beamte, Polizisten und normale einfache Leute wild durcheinander, bis sie wieder zu sich kamen und aus eigener Kraft davongehen konnten. Auf dem Weg zurück zum Roten Haus hörte man den diensthabenden deutschen Polizeioffizier in seinem Dienstwagen etwas von dreckigen Juden brummen, die nicht mal so viel Verstand hatten, das Wenige, was man ihnen an Essen gab, bei sich zu behalten.

*Aus dem Schwedischen von Gisela Kosubek*

### *Nachbemerkung des Autors*

Die Hauptquelle für meinen Roman *De fattiga i Łódź* (Die Armen von Łódź) ist die Chronik des »Gettos Litzmannstadt«, die zuerst auf Polnisch, dann vorwiegend auf Deutsch im Archiv der Getto-Verwaltung geführt wurde. Sie wurde von Chaim Rumkowski, dem von der deutschen Verwaltung eingesetzten Judenältesten, ins Leben gerufen. Mehr als 15 Mitarbeiter – überwiegend Journalisten und Schriftsteller – schrieben täglich an der Chronik, unentdeckt von ihren Peinigern. Der erste Eintrag stammt vom 12. Januar 1941, der letzte vom 29. Juli 1944, aus der Zeit, als das Getto auf Befehl Himmlers liquidiert wurde.

Die tägliche Berichterstattung der Chronik bildet das Gerüst für meinen Roman. Viele Ereignisse aus der Chronik erscheinen auch im Roman. Die Chronik enthält zahlreiche Widersprüche, Ungereimtheiten und offensichtliche Lücken, es finden sich oft ironische, ja satirische Passagen. In der Vielstimmigkeit der Chronik reflektieren sich auch interne Machtkämpfe im Getto, zumeist zwischen Rumkowski und seinem Rivalen Dawid Gertler. Im Roman habe ich einige dieser Ambiguitäten verarbeitet, vor allem jene um Rumkowski, seine Familie und seine nächste Umgebung.

Der Ausgangspunkt des Romans, der zugleich in vielerlei Hinsicht sein Epizentrum darstellt, ist die Rede Rumkowskis vom 4. September 1942, in der er – angesichts der Forderung der Deutschen nach weiteren Kontingenten für die Deportation – an die Gettobewohner appellierte, alle Kinder unter zehn Jahren zu opfern. Rumkowskis Politik gegenüber den Besatzern, die in dieser Rede exemplarisch zum Ausdruck kommt, ist bis heute umstritten: War seine Botmäßigkeit ein unverzeihliches moralisches Versagen oder war sie die einzig mögliche pragmatische Haltung in einer unhaltbaren Situation?

Der hier abgedruckte Romanauszug projiziert Fakten in Fiktion. Eine Ausstellung wie die beschriebene, organisiert, um die Produktionskapazität aller der Groß- und Kleinbetriebe des Gettos zu demonstrieren, die im Dezember 1942 an die 90 000 Menschen beschäftigten, war tatsächlich geplant und hatte den Segen der deutschen Verwaltung. Die Chronik bezieht sich mehrmals auf die Ausstellung, zuletzt am 3. November. Gleichwohl ist zu vermuten, dass das Projekt nie realisiert wurde.

Rumkowski wurde am 28. August 1944 als einer der letzten Überlebenden des Gettos nach Auschwitz deportiert und dort mit seiner ganzen Familie ermordet.

Nach vielen Jahren eingehender Forschung und Editionsarbeiten konnten Erwin Leibfried und seine Gruppe an der Arbeitsstelle Holocaustliteratur der Universität Gießen in Kooperation mit polnischen Wissenschaftlern der Universität Łódź und des dortigen Staatsarchivs die Getto-Chronik im November 2007 in einer fünfbändigen Ausgabe vorlegen: *Die Chronik des Gettos Łódź / Litzmannstadt*, hg. von Sascha Feuchert, Erwin Leibfried und Jörg Riecke, Göttingen. Für den Roman habe ich außer der Chronik und der bis heute nicht publizierten *Getto-Enzyklopädie* unter anderem folgende Literatur konsultiert: Isaiah Trunk, *Łódź Ghetto: A Hi-*

story, Indiana University Press, 2006; Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt: Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006; Artikel und Essays von Oskar Singer (der maßgeblich an der Chronik beteiligt war), in: »*Im Eilschritt durch den Gettotag...*« *Reportagen und Essays aus dem Getto Lodz (1942-1944)*, hg. von Sascha Feuchert, Erwin Leibfried, Jörg Riecke u.a., Berlin / Wien 2002; Erinnerungen und Tagebucheinträge im Katalog zur Ausstellung »*Unser einziger Weg ist Arbeit*«, hg. von Hanno Loewy und Gerhard Schoenberner, Frankfurt a.M., Jüdisches Museum. Für die Darstellung Rumkowskis habe ich mich auf persönlichere Berichte gestützt: Lucille Eichengreen, *Rumkowski and the Orphans of Łódź*, San Francisco 1999, und Oskar Rosenfelds Tagebücher, in: *Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Getto Łódź*, hg. von Hanno Loewy, Frankfurt a.M. 1994. Neben der in deutscher und englischer Sprache vorliegenden Literatur wurden zahlreiche Zeugnisse in Polen publiziert, von denen ich hier nur die Essays von Arnold Mostowicz, die Tagebücher von Jakub Poznański und die Erinnerungen von Rumkowskis zweiter Sekretärin, Estera Daum, nenne. Weitere Quellen waren Michal Unger (Hg.), *The Last Ghetto: Life in the Lodz Ghetto 1940-1944*, Yad Vashem 1965, sowie Alan Adelson und Robert Lapidés (Hg.), *Lodz Ghetto: A Community History Told in Diaries, Journals, and Documents*, New York 1989.



*Ulrich Schlie*

»ES GIBT EIN NACHHER, UND IN DIESEM  
›NACHHER‹ WIRD IHNEN EINE GROSSE AUFGABE  
ZUFALLEN.«

Marion Gräfin Dönhoff und Carl Jacob Burckhardt in ihren  
frühen Briefen 1937-1946

Über Jahrhunderte hinweg war die europäische Geschichte Kriegsgeschichte, die Geschichte der Kriege großer europäischer Mächte untereinander. In Polen und Deutschland ist die Erinnerung daran bis heute gegenwärtig. Der mühevollen Weg der Aussöhnung, der nach dem Zweiten Weltkrieg begangen wurde, war oftmals ein Weg, auf dem immer wieder die Hinterlassenschaften dieser langen Geschichte überwunden werden mussten. Dass dies gelang, ist vor allem dem herausragenden und selbstlosen Einsatz einzelner Menschen zu verdanken, die alle in Marion Gräfin Dönhoffs Kategorie der »Menschen, die wissen, worum es geht«<sup>1</sup> fallen: Einsicht in die Geschichte, das Wissen um den gemeinsamen europäischen Wurzelgrund, ein unabhängiger Blick, Neugier, Mut, Charakter und Gestaltungswille zählen zu den Eigenschaften, die sie auszeichnen. Bronislaw Geremek fiel in diese Kategorie und, auf deutscher Seite, die mit ihm gut befreundete Marion Gräfin Dönhoff<sup>2</sup>, langjährige Herausgeberin der *Zeit*.

Das politische Werk Marion Dönhoffs, ihre Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen sind nur vor dem Hintergrund ihrer eigenen biographischen Erfahrungen in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts verstehbar. Es war die Erfahrung jener Zwischenkriegszeit, die in Deutschland mit dem Aufstieg der Diktatur und in Europa mit dem prekären Frieden einer zerbrechlichen Friedensordnung, deren Scheitern von Anfang an angelegt war, einherging. Aus jener Welt stammen die hier erstmals veröffentlichten Briefe zwischen Marion Gräfin Dönhoff und Carl Burckhardt, dem Schweizer Diplomaten, Völkerbundshochkommissar in Danzig und Historiker, der die Erinnerung an

Alteuropa in seinen Werken wachhielt und in seinem persönlichen Lebensstil kultivierte.<sup>3</sup> Sie sind das Zeugnis einer untergegangenen Epoche und doch zugleich ein unverzichtbarer Beitrag zum Verständnis des politischen Wirkens, das das Zusammenwachsen Europas ermöglicht hat.

Carl Jacob Burckhardt (1891-1974) und Marion Gräfin Dönhoff (1909-2002) haben auf den ersten Blick wenig gemeinsam. Sie trennten fast 20 Jahre. Hier der konservative Basler Historiker, Alteuropäer, *homme de lettres*, Freund Hofmannsthal und anderer großer Dichter seiner Zeit, dort die »rote« Gräfin aus Ostpreußen, die ursprünglich bei Edgar Salin über Karl Marx promovieren wollte, die 1946, nach ihrem spektakulären »Ritt gen Westen«, in die liberale Wochenzeitung *Die Zeit* eintrat und später zur Grande Dame des deutschen Journalismus aufstieg. Im Basel der frühen 1930er Jahre waren sie sich erstmals begegnet. Marion Dönhoff studierte damals Volkswirtschaftslehre an der Universität. Gewissermaßen war sie aus Deutschland geflüchtet, denn das geistige und politische Klima im gerade nationalsozialistisch gewordenen Deutschen Reich hatte für einen unabhängigen Geist wie sie keinen Platz. In der Malzgasse, im Haus von Burckhardts Schwester Dory VonderMühl, war sie mit dem Historiker zum ersten Mal zusammengetroffen. Burckhardt war damals gerade zum Ordinarius am Genfer Institut des Hautes Études Internationales berufen worden, wo er seit 1932 lehrte. Er war im Aufstieg: 1927 in Zürich habilitiert, 1929 dort zum Extraordinarius berufen, 1933 ins Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) gewählt, 1934 kam dann als Delegierter die Rotkreuzmission nach Tokio, 1935 der literarische Durchbruch mit dem ersten Band seiner großen Biographie über den französischen Kardinal: »Richelieu. Der Aufstieg«<sup>4</sup>. Und er verfügte bereits über reiche Erfahrungen, die er auch literarisch zu verarbeiten verstand. Von 1919 bis 1922 hatte er als junger Attaché an der Schweizerischen Gesandtschaft in Wien den Zusammenbruch der Habsburger Monarchie aus unmittelbarer Nähe erlebt, 1923 eine im Auftrag des IKRK vorgenommene Erkundungsmission in die Türkei in einem fulminanten Essay, der »Kleinasiatischen Reise«<sup>5</sup>, zu einem literarischen Kleinod verarbeitet. Hugo von Hofmannsthal hatte ihn dazu ermuntert.

So wenig Carl Burckhardt und Marion Dönhoff auf den ersten Blick gemeinsam haben mochten, so deutlich gab es doch Parallelen zwischen Lebenswelten, Herkunft und dem Empfinden, zur jeweiligen

Oberschicht ihrer Heimat zu gehören. Carl Burckhardt, Abkömmling einer alteingesessenen Basler Familie, war in einer streng hierarchischen Welt aufgewachsen, »im Basel der Jahrhundertwende, wo die alten Patrizierfamilien noch in ihren Barockhäusern wohnten und in Equipagen fahren«<sup>6</sup>. Er hat diese versunkene Welt in verschiedenen Erinnerungsstücken<sup>7</sup> eindrucksvoll geschildert: Es war eine Welt mit festen Regeln, einem Sinn für Zugehörigkeit und einer starken Bindung an Mutterboden und Überliefertes. Kindheit und frühe Jahre verbrachte er in Basel mit seiner *civitas Basiliensis*, deren Bürgerstolz und Wille zur Unabhängigkeit es mit den Traditionen der Freien und Hansestädte aufnehmen kann.

Marion Dönhoff, 1909 auf Schloss Friedrichstein geboren, war das jüngste von sieben Kindern. Den Vater, August Graf Dönhoff, Mitglied des Preußischen Herrenhauses, hat sie kaum gekannt; er verstarb mit 75 Jahren, sie war damals gerade zehn Jahre alt. Die Mutter war Palastdame der Kaiserin, Vater und Großvater hatten im Auswärtigen Dienst gedient, der älteste Bruder, Heinrich, Jahrgang 1899, war als Kriegsfreiwilliger noch im Ersten Weltkrieg gewesen. Zu Hause auf Schloss Friedrichstein war sie die junge Comtesse. Hierhin kehrte sie 1935 nach der Promotion in Basel und diversen Auslandsreisen zurück, um die Verwaltung der Familiengüter, 1938 zunächst Quittainen, später auch Friedrichstein, zu übernehmen. Ab 1939 – die Brüder waren zum Kriegsdienst eingezogen – trug sie die alleinige Verantwortung dafür.

Nach der ersten, flüchtigen Begegnung folgte eine zweite 1937 auf Schloss Friedrichstein. Beide lebten zu diesem Zeitpunkt in gänzlich anderen Verhältnissen. Carl Burckhardt war 1937 in der Nachfolge von Jean Lester zum Völkerbundshochkommissar in Danzig ernannt worden. Die Mission in Danzig war, wie er selbst schrieb, die schwierigste seines Lebens. Die Erwartungen waren quasi unerfüllbar. So sollte er nicht nur zwischen den divergierenden Interessen der Freien Stadt Danzig und Polens vermitteln, sondern Danzig vor nationalsozialistischen Übergriffen schützen, zwischen Berlin und Warschau in der Danzig-Frage vermitteln und dafür sorgen, dass es wegen des Danzig-Problems nicht zu internationalen Konflikten käme.

Burckhardt, zeit seines Lebens ein passionierter Jäger, fand Erholung von dieser kräftezehrenden diplomatischen Aufgabe bei ausgedehnten Jagdpartien in Polen und Ostpreußen. In Friedrichstein, wo man häufig

Logiergäste beherbergte, spielte sich das Leben zu großen Teilen in der freien Natur ab. Marion Dönhoff teilte mit ihren Geschwistern die Begeisterung für das Reiten und die Jagd. Und so verwundert es wenig, dass die Freundschaft ihren Anfang bei einem gemeinsamen Jagdausflug nahm. Was sich daraus entwickelte, war ein lebenslanges Vertrauensverhältnis der scheinbar Ungleichen, das sich in einem bedeutenden Briefwechsel, gewissermaßen einer Chronik beider Leben, dokumentiert. Vor allem in den Nachkriegsjahren gab es keine Phase, in der sie sich nicht gegenseitig über Zeiten und Begegnungen austauschten, im Ton bald heiter, bald mokant, mal melancholisch, fast immer aber humorvoll.

Dieser lebenslange Briefwechsel wurde 2008 publiziert und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.<sup>8</sup> Die ersten, frühen Briefe sind dort jedoch bewusst nicht aufgenommen und werden an dieser Stelle erstmalig abgedruckt. Ihr Ton ist anfangs höflich-zurückhaltend. Noch fehlt das vertrauliche Du, das erst in den späten 1940er Jahren einzog – die Freundschaft musste sich zunächst entwickeln. Es mag zudem an den fortschreitenden Kriegswirren und vor allem an Carl Burckhardts beruflicher Überlastung gelegen haben, dass Briefe zunächst unregelmäßig kamen. Seit 1939 war Burckhardt im Vorstand des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, 1944/45 dessen Präsident. De facto hatte er jedoch bereits unter der Präsidentschaft seines Vorgängers, des renommierten Völkerrechtlers Max Huber, als eine Art Außenminister des IKRK weitgehend alle Außenkontakte wahrgenommen und insbesondere die schwierigen Verhandlungen über Fragen des humanitären Völkerrechts mit dem Deutschen Roten Kreuz geführt. Zudem ist die Überlieferung für die Zeit bis 1945 unvollständig. Im September 1939, der Zweite Weltkrieg tobte bereits, trat Burckhardt mit dem Wagen die Heimreise aus Danzig nach Genf an. Seine persönlichen Papiere, darunter wohl auch Briefe, hatte er im Wesentlichen verbrannt, manches jedoch vorher bereits in die Schweiz transferiert und dort bei seinem Freund Louis Micheli in Genf in Verwahrung gegeben.<sup>9</sup> Und Marion Dönhoff musste im Januar 1945, als sie ihre Flucht nach Westfalen zu Pferde antrat, ihr ganzes Hab und Gut in Ostpreußen zurücklassen. Es überrascht deshalb wenig, dass aus der Zeit vor 1945 vor allem die handschriftlichen Briefe Marion Dönhoffs erhalten sind, die Carl Burckhardt in den Kriegsjahren in der Schweiz erreichten und die sich heute in seinem Nachlass in der Universitätsbibliothek Basel befinden, sowie gelegentlich Durchschläge von Carl Burckhardts maschi-

nenschriftlichen Schreiben. Der Brief vom 8. März 1939 stammt aus dem Nachlass Dönhoffs. Die genannten Briefe dienten als Vorlage für diese Edition.

Diese Briefe ab 1952 sind ein Dokument der Zeit, vor allem aber als Beitrag zur Biographie der Gräfin wertvoll. Zudem lassen sich nun mit Sicherheit die von Paul Stauffer in die Wissenschaft eingeführten Zweifel und Vorwürfe ausräumen, der sogenannte »Brief nach 30 Jahren«<sup>10</sup>, die briefliche Fortsetzung des Gedankenaustausches nach einer gemeinsamen Jagdpartie im Herbst 1938 auf Schloss Friedrichstein, sei nicht authentisch. Die Echtheit des Briefes ist in der Literatur wiederholt bezweifelt worden<sup>11</sup>, es wurde sogar gemutmaßt, es handle sich um ein nachträglich (auf Bestellung) verfasstes »Beglaubigungsschreiben des Widerstands«<sup>12</sup>. Den Vertretern einer kritischen Burckhardt- (und Dönhoff-) Sicht war deshalb daran gelegen, gerade diesen Brief als Fälschung zu entmystifizieren, da er – ebenso wie Burckhardts Korrespondenz mit Hugo von Hofmannsthal<sup>13</sup> – als Nachweis für Burckhardts angebliche Neigung zum Fabulieren herhalten musste.<sup>14</sup> Der verschlungene Weg des Briefes zu seiner Adressatin wurde dabei bereits als Beleg für die Behauptung der fehlenden Authentizität beansprucht. Deshalb wird an dieser Stelle der besagte Brief, Burckhardts handschriftliche Skizze, auf der Basis der von Burckhardt an die Herausgeber der Dönhoff-Festschrift zu ihrem 60. Geburtstag übersandten Fotokopie abgedruckt.

Warum ist dieser Brief so wichtig, dass er bereits zum Gegenstand einer kleinen Kontroverse geworden ist? Ganz wesentlich liegt dies zunächst an seinem Inhalt. Denn Carl Jacob Burckhardt hatte darin Marion Dönhoff auf stupende Weise eine bedeutende Karriere prophezeit – notabene: in der Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus, und auch dieses Ende sahen im Herbst 1938 nur wenige Zeitgenossen voraus. »Es gibt ein *Nachher*, und in diesem ›Nachher‹ wird Ihnen eine grosse Aufgabe zufallen.«<sup>15</sup> Das »Nachher« war die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, der Neuanfang nach 1945, bei dem Marion Dönhoff in der Tat eine führende Rolle als wohl einflussreichste deutsche Journalistin gespielt hat. Es hängt aber auch mit dem Umstand zusammen, dass Burckhardt den Brief an Marion Dönhoff nie abgeschickt hat. Die Gräfin hielt den besagten Briefentwurf mit Burckhardts Prognose erst dreißig Jahre später in den Händen, als Burckhardt, der diese Skizze immer verwahrt hatte, ihn für eine Festschrift zu Ehren von Marion Dönhoff beisteuerte.<sup>16</sup>

Aus der in den beiden Nachlässen befindlichen Korrespondenz lässt sich indes der Gang der Überlieferung zweifelsfrei nachvollziehen. Burckhardt wollte seine politisch brisanten Gedanken seinerzeit nicht der Post anvertrauen; der als Kurier vorgesehene Besucher, Gerhard Graf von Kanitz, angeheirateter Vetter Marion Dönhoffs und ostpreußischer Gutsnachbar des Familienguts Quittainen, der ein Zweitdomizil in Meggen/Luzern besaß und mit dem Carl Burckhardt seit 1932 befreundet war, erschien jedoch nicht. Im Brief Burckhardts an Marion Dönhoff ist die Identität des vorgesehenen Mittelsmannes nur mit »Gerty« – dem familiären Spitznamen des Grafen Kanitz – umschrieben. Da der Brief, wie Burckhardt an Marion Dönhoff erklärend schrieb, ihm »irgendwie etwas bedeutete«, hatte er ihn einem in die Schweiz zurückkehrenden zuverlässigen Landsmann anvertraut, der ihn, wie andere Papiere auch, an Burckhardts in Genf lebenden Freund, den Diplomaten Louis Micheli, zur Aufbewahrung übergab. Nach seiner Rückkehr aus Danzig nach Kriegsausbruch 1939 hatte Burckhardt alle von Micheli verwahrten Schriftstücke zurückerhalten.<sup>17</sup> Marion Dönhoff erhielt von dem Brief jedoch erst Kenntnis, nachdem Burckhardt ihn den Herausgebern ihrer Festschrift zum 60. Geburtstag zum Abdruck zur Verfügung gestellt hatte, als Ersatz für einen ursprünglich erbetenen Beitrag über »Gräfin Dönhoff als Kind ihrer Zeit«. <sup>18</sup> Burckhardt hatte ihr gleichzeitig eine Vorab-Kopie überlassen.<sup>19</sup> Die sich daraus entwickelnde Korrespondenz vermag die Umstände der Entstehung des Briefes zu erhellen, kann so seine Authentizität beweisen und belegt, dass Burckhardt an einer Stelle – allerdings auf Veranlassung von Marion Dönhoff, um eine sachliche Inkorrektheit zu berichtigen – durch Auslassung des entsprechenden Satzes in die Drucklegung des Briefes redaktionell eingriff. Ein anderer kleiner Korrekturvorschlag Marion Dönhoffs wurde indes nicht berücksichtigt, sondern die Originalbeschreibung belassen. Aus anderen Briefwechseln, etwa dem mit Hofmannsthal, wissen wir, dass Burckhardt als Herausgeber für sich das Recht beanspruchte, einzelne Textstellen »zu bearbeiten«. Aus streng geschichtswissenschaftlicher Perspektive mag dies zu kritisieren sein, für den von Paul Stauffer und Rainer A. Blasius erhobenen Vorwurf der Geschichtsfälschung taugt es jedoch nicht.<sup>20</sup>

In der anderen, immer wieder kritisch aufgeworfenen Frage nach Marion Dönhoffs Zugehörigkeit zum deutschen Widerstand belegen die hier abgedruckten Briefe zumindest, dass Marion Dönhoff kein go-between ge-

wesen ist. Zweifelsohne war Carl Burckhardt aufgrund seiner exzellenten Beziehungen in der westlichen Welt und seiner infolge der IKRK-Tätigkeit nahezu unbegrenzten Reismöglichkeiten Hoffnungsträger konservativer Hitlergegner, die ihn immer wieder in Genf aufsuchten und bedrängten, die Stimme des »anderen Deutschland« im Ausland zu Gehör zu bringen. Gerade jedoch wegen seiner offiziellen Rotkreuzmission hatte sich Carl Burckhardt indes weitaus größere Zurückhaltung auferlegen müssen, als es ihm als Privatmann recht sein konnte. Seine Sympathien waren dabei immer auf der Seite der deutschen Hitlergegner. Seine Gespräche, insbesondere mit Vertretern der britischen Regierung, zeigten freilich, dass die Aussichten ausgesprochen gering waren. Denn Kriegspremier Winston Churchill hatte als Antwort auf allfällige Sondierungen ab Herbst 1941 die Parole »absolute silence« ausgegeben.<sup>21</sup>

Von Marion Dönhoff, die mit einigen aus dem inneren Kreis der Männer des 20. Juli freundschaftlich eng verbunden war, ist im Krieg nur eine einzige Reise in die Schweiz 1944 überliefert. Die Regelung von familiären Vermögensangelegenheiten gab dazu den Anlass. Ihr vor Reisebeginn gestarteter Versuch, bei dieser Gelegenheit auch mit Carl Burckhardt zusammenzutreffen, schlug fehl.<sup>22</sup>

Über Marion Gräfin Dönhoffs Beteiligung am Staatsstreichversuch vom Juli 1944 ist damit noch nichts ausgesagt; dies kann nur im Rahmen einer umfassenden wissenschaftlichen Biographie erfolgen. Denn es gehört zum Wesen von Staatsstreich und Attentatsplänen, dass sie nicht im Voraus in privater Korrespondenz erörtert werden. Wie sehr die Erinnerung an den 20. Juli 1944 für die Entwicklung von Marion Dönhoff nach 1945, für ihr geistiges und politisches Denken entscheidend war und zeit ihres Lebens blieb, wird jedoch bereits aus dem unten abgedruckten Brief vom 31. Dezember 1946 deutlich. Über den Verlust, den die Hinrichtung der Männer vom 20. Juli für sie bedeutete, ist sie zeitlebens nicht mehr hinweggekommen oder, wie sie an anderer Stelle formuliert hat: »Nichts konnte schlimmer sein, als alle Freunde zu verlieren und allein übrigzubleiben.«<sup>23</sup>

*Die Korrespondenz*<sup>24</sup>*Friedrichstein**Löwenhagen (Ostpr.)*<sup>25</sup>

19. XII. 37

Lieber Herr Burckhardt

Ich habe viel an Sie gedacht während dieser letzten Wochen, und jener Abend hier in Friedrichstein am Kamin ist von Tag zu Tag lebendiger geworden und so intensiv in meiner Erinnerung, dass dieser Brief sich nicht länger zurückhalten lässt.

Sie werden von dem plötzlichen Tod unseres Freundes<sup>26</sup> gehört haben, und auch Ihnen mag dieser Abend und seine Gespräche eine Erinnerung sein, die uns in seltsamer Weise verbindet – anders und doch so als seien es Jahre und nicht Stunden des Sich-Kennens. – Es gibt wohl Momente und Gespräche, die irgendwie in einer Sphäre liegen, welche dem historischen Begriff von Zeit und Raum entrückt ist, – die so alt sind wie die Welt und doch immer wieder neu in ihrer Einmaligkeit.

Mir ist dieses Geschehen so absolut unfasslich, und ich beginne erst ganz langsam und stückweise zu realisieren, wie farblos und eintönig die Welt geworden ist, seit er fortging – nicht nur, weil er der einzige Freund ist, der seit vielen Jahren mein Leben begleitet und irgendwie mitgestaltet hat, sondern auch darum, weil mit ihm wieder ein Stück herausgebrochen ist aus dieser Welt des »alten Europa«, die ja eigentlich gar nicht mehr existiert und nur noch getragen wird von den Wenigen, die daran glauben und die in ihr noch verwurzelt sind.

Es ist so sinnlos zu denken, dass ein solcher Mensch an dieser lähmenden und zugleich zersetzenden Krankheit in irgend einem Spital einer im Grunde fremden Stadt stirbt, und man weiß nichts davon. Wie unsäglich grob sind wir konstruiert, dass man das nicht weiß – dass man wie alle Tage im Büro sitzt und gleichgültige Dinge schreibt und plant und nichts fühlt von dem, was vergeht. –

Mein Bruder<sup>27</sup> ist seit 3 Wochen fort und kommt erst in diesen Tagen wieder, – drum wird wohl aus unserem Plan, vor Weihnachten noch eine Hochwildjagd zu machen – an der Sie, wie wir hofften, teilnehmen würden – nichts mehr werden. Aber vielleicht kommt es nach Neujahr zustande.



Verzeihen Sie diesen unvermittelt langen (und wahrscheinlich auch noch unleserlichen) Brief, der nur zu rechtfertigen ist mit dem Vertrauen, in welchem er geschrieben wurde.

In weihnachtlichem Gedenken und mit herzlichen Grüßen für Ihre Frau

Marion Dönhoff.

*Berlin, den 9. I. 38*

Lieber Herr Burckhardt

Ich bekam Ihren Brief mit der Einladung für Sylvester und der verlockenden Perspektive eines Fuchs- und Hasentreibens am 29. XII. erst am 5. Jan. – Und da unser Gewissen ob der verspäteten Absage – die durch mehrfach missglückte telefon. Anrufe verursacht wurde – schon reichlich belastet war, wollte ich nicht versäumen, wenigstens für dieses scheinbar zusätzliche Versäumnis die Erklärung zu geben. Der Brief war offenbar am 23. geschrieben aber ist am 4. I. eingesteckt.

Wir haben alle sehr bedauert, dass Sie und Ihre Frau gestern nicht mit in Podangen<sup>28</sup> waren – die Jagd war zwar nicht sehr ergiebig aber riesig nett.

Wir hoffen beide auf ein baldiges Wiedersehen in Friedrichstein.

Herzlich grüßend

Marion Dönhoff.

*Friedrichstein*

*Löwenhagen (Ostpr.)*

*den 30. X. 38*

Lieber Herr Burckhardt

Irgendwoher dringt die Kunde, dass Sie demnächst zur Jagd hier in der Provinz sein werden – Ob die wilden Gänse Sie locken können?

Ich würde mich so freuen, wenn Sie und Elisabeth einmal herkämen, meine Geschwister sind allerdings schon fort und Sie müssten mit mir vorlieb nehmen und den Gänsen, die wir im Zehlau-Bereich<sup>29</sup>, einem landschaftlich sehr reizvollen großen Naturschutzgebiet jagen wollen.

Auch würde ich Ihnen gern meinen Freund Prof. Otto<sup>30</sup> vorführen, der jetzt wieder in Königsberg ist.

Das Wetter ist allerdings wenig verlockend, die Tage sind grau und trübe – man wird jene Stimmung: »wer jetzt kein Haus hat baut sich keines mehr« – nicht recht los.

Mit herzlichen Grüßen für Sie und Elisabeth  
Marion Dönhoff

*Ohne Datum*  
*[ca. Mitte Dezember 1938]*  
*[»Brief nach 30 Jahren«]<sup>31</sup>*

Lettre

*Conf.*

A copier pour Mlle I. Burkart

*Pas* par la poste, sera expédiée par porteur

Mir ist die Fahrt im flachen Boot, über die weiten überschwemmten Felder völlig gegenwärtig. Ich sehe den hellen, ockerfarbigen Streif unter dem im Westen aufgebrochenen Hochnebel. Wir fahren ständig in seiner Spiegelung in goldenem Schein. Dann spüre ich den harschen Schnee beim Aussteigen, nachher das Lagern auf dem Rücken, in den sorgfältig aufgehobenen Kuhlen, in unsern über den Pelzen getragenen weissen Mänteln, die schussbereiten, eiskalten Flinten in den klammen Händen, die völlige Stille, das rasche Schwinden des Tageslichtes, zuletzt plötzlich den pfeifenden Ton, dieses einzigartige Knarren. Ich sehe die Spitze der pfeilförmigen Dreiecksformation der schweren Vögel, bodennah, ich lasse die Leitgans vorbei, schiesse die dritte in der linken Flanke, höre ihren lauten, platschenden Aufschlag auf der Schneewehe neben mir.

Nach meiner Rückkehr in mein hiesiges Gefängnis<sup>32</sup> wurde ich von den kleinen Töchtern gemieden: »Du hast Ake getötet«, klagten sie. Aber Ake<sup>33</sup> hatte ich vorbeigelassen.

Letztes Jahr beim Rotwildtreiben wurde von einem Unwissenden ein Leittier geschossen, der Trieb aus dem Wald kommend überfiel das freie Feld. Das Leittier wollte nach Süden abbiegen, um in der Senkung des Felds zu verschwinden und Schutz im grossen Fichtenforst zu finden. Ich stand hinter einer Kiefer des Karrenwegs, sah das getroffene Tier ganz nahe, sah, wie es am ganzen Leib zitterte, wie es sich mit äusserstem Willen aufrecht hielt, noch drei schleppende, schwankende Fluchten machte,

dann zusammenbrach, aber das Haupt noch hochhielt. Mir ist der Ausdruck der Verzweiflung in den Lichtern dieses Tiers vollkommen deutlich; etwas Furchtbares war geschehen, etwas das mit dem zu tun hatte, was die Menschen Verantwortung nennen. In der ganzen Tierwelt ist diese Verantwortung bei der zur Leitung bestimmten Kreatur vorhanden. Bei den Cerviden<sup>34</sup> geht es matriarchalisch zu.

Die Erinnerung führt mich zu unserm abendlichen Gespräch zurück. Bei welchem antiken Autor steht das Wort: »Die Erde zittert, wenn der Knecht herrscht?« Steht es in der Bibel?

Ich liebe das abstrakte Wort »die Menschheit« nicht. Es gibt ein der Natur abtrünniges Wesen, das sich Mensch nennt und das längst, ausser bei sogenannten primitiven Völkern, dasjenige völlig verloren hat, was man despektierlich Instinkt nennt. Aber Instinkt heisst Einssein mit den Naturgesetzen. Noch Shakespeare kann sagen: »The lion will not touch the true prince.«

Das augenblickliche Erkennen des »true prince« ist der weissen Rasse völlig abhanden gekommen, die Mehrheiten geben sich dem »wrong prince« hin, folgen ihm wie dem Rattenfänger.

Mir scheint immer, es sei selbstverständlich, dass man lesen könne, was auf menschlichen Gesichtern geschrieben sei. Auf einem bestimmten Gesicht, an das wir beide ungern denken, steht Grauenhaftes geschrieben – nicht oben, unten – in der Mundpartie. Von diesem Gesicht, sagte mir Ihre mütterliche Freundin<sup>35</sup>, die künstlerisch, dichterisch so hoch begabte alte Dame, die den Bach in ihrem Park »Kephisos«<sup>36</sup> taufte: »Jeden Tag trete ich vor das Bild meines Führers und bitte Gott, er möge mir die Kraft verleihen, dieses Menschen würdig zu sein.« Was ist das?

Die opferbereite kühne Stellung, die Sie einnehmen, den Widerstand, der von Ihren Freunden ausgeht, bewundere ich.

Hier bin ich einzig von Menschen umgeben, die im Netz einer unfasslichen Hypnose hängen. Ausser während meines Ausflugs nach Ostpreussen und Polen habe ich überhaupt nur mit solchen Menschen zu tun. »Solche Menschen«, – ich bin erstaunt, wie im Verlauf gewisser Gespräche, die ich mit Einzelnen führe, bei den meisten Zweifel, Angst, plötzliche Einsicht zu Tage treten. Gewiss, immer handelt es sich nur um Individuen, und wenn ich genau dieselben Personen ein nächstes Mal treffe, geben sie sich wieder steinhart und wiederholen nur Sprüche und Modeworte, hinter denen sie sich sicher fühlen, weil sie von allen andern auch angewandt werden.

Die Frage, die mich täglich beschäftigt: Kann ein Gewaltregime, das nach einem verlorenen Krieg, einem schlechten Friedensschluss und einer unerfahrenen, demokratischen Episode sich durchsetzt, durch andere Mittel überwunden werden als durch eine erneute internationale Katastrophe? Nach dieser Katastrophe – verbrecherischer Übertreibung des Autoritätsprinzips –, wird dann jede Autorität bis zur letzten in Frage gestellt sein. Weiteste Gebiete aber werden durch eine sozialpolitische Doktrin von wahrhaft religiöser Wirkungsgewalt all die Machtmittel bewahren, die nur unter Diktaturen anwendbar sind. Ich fürchte, dass der russische Diktator, dem heute wie morgen eine Orthodoxie zur Verfügung steht, die (auf schwachen, romantischen Anschauungen beruhende) Unternehmung Hitlers zuerst durch lockende Solidaritätsangebote in das kriegerische Abenteuer hineinstossen [wird, Wort i.O. durchgestrichen, U.S.], um dann im Verlauf eines für Deutschland auf alle Fälle auf die Dauer aussichtslosen Kampfes den Spiess umzudrehen. Wahrscheinlich wird H. ihm dazu in seiner Verblendung, nach einigen Scheinsiegen, massive Vorwände zum Herumwerfen des Steuers bieten.

Ich bin immer bestürzt zu sehen, wie die Staaten sich hinter ihren völkerrechtlichen Kulissen verbergen, wie sie nie eine menschliche, nein immer eine konventionell juristische Sprache benützen, wobei dem für alle lebensgefährlichen Geschehen trostlose, formalistische Notenkriege vorausgehen.

Es gibt viele Deutsche, welche die Situation mit Klarsicht beurteilen. Viele unter ihnen wollen Widerstand leisten. Ich kenne Deutschland wenig, habe nur in meiner Studienzeit kurz in München und Göttingen gelebt.<sup>37</sup>

Was mir aber jetzt von meinem Gefängnis aus wahrzunehmen möglich ist, beunruhigt mich aus folgenden Gründen: Man trifft ausgezeichnete Leute, die zum innern Widerstand bereit sind, aber fast alle sprechen zu viel. Zum Unterschiede von Sklaven und romanischen Völkern ist die Kunst des Verschwörens kaum vorhanden. Rückhaltloses Vertrauen wird vor allem den Engländern geschenkt, aber die Engländer sind vor allem ein eminent politisches Volk, von jeder vertraulichen Mitteilung werden sie politischen Gebrauch machen. Man vergisst zu leicht die unheimliche Interdependenz der Geheimdienste.

Zur Zeit sehe ich eine leichte Möglichkeit des rechtzeitigen Eingreifens, bevor [das] dilettantische, nicht mehr rückgängig zu machende Abenteuer

der deutschen Staatsleitung seinen Anfang nimmt: eure Armee! Aber auch da bin ich skeptisch. Es gibt die militärische Erziehung, es gibt den Eid.

Sollte es mir gelingen, diesen aus tiefster Besorgnis skizzierten Brief auf sicherem Weg zu Ihnen gelangen zu lassen, bitte verbrennen Sie ihn sofort. Er setzt unsere Gespräche fort. Und bitte, was auch geschehen möge, sehen Sie sich vor.

Es gibt ein *Nachher* [Hervorhebung i.O., U.S.], und in diesem »Nachher« wird Ihnen eine grosse Aufgabe zufallen.

Nochmals mit Dank für die glücklichen Tage in Friedrichstein.

*Friedrichstein*

*Post Löwenhagen Ostpr.*

*Tel. Löwenhagen No. 76*

*13. II. 39*

Fast hätte ich vergessen, Ihnen die letzten und wenigstens für mich einzig konkreten Reminiszenzen (eine Wolfsdecke wäre mir lieber gewesen) unserer polnischen Expedition zu schicken.

Ich hatte sie irgendwann einmal verlegt und entdeckte sie eben in der Akte »Dubiose Forderungen« – Welch Ironie des Schicksals.

Es hat sich tausendfältig gerächt, dass wir nicht mit Ihnen zusammen zurückgereist sind – so blieb uns als letzter Eindruck nur die wirklich unnachahmliche Ordinärtheit von Madame L.<sup>38</sup>, die mit ihren vogelartigen Schreien das Haus belebte und in ihren fruchtebeladenen Gewändern seltsam abstach von der kargen Östlichkeit der Landschaft.

Ansonsten gibt es wenig zu berichten aus meiner winterlichen Einsamkeit – dann und wann denke ich, wie lustig es wäre, wenn wir alle zusammen Ski laufen täten, aber ernstlich ist daran nicht zu denken, ich habe rasend viel zu tun und plane erst im April auf längere Wanderschaft zu gehen.

Wissen Sie, dass Sie mir eigentlich einen früheren Reise-Bericht schuldig sind?

Viel Schönes für Sie und Elisabeth

Marion Dönhoff

*Hôtel de l'Écu, Genève*  
*Mittwoch [8. 3. 39]*

Verehrte liebe Gräfin Marion,  
 Sie haben mir mit den Photos und Ihren freundlichen Zeilen eine grosse Freude gemacht. Der reine Tor, der zum Wolfsritter geschlagen wird, die still in sich gekehrte Scheinheiligkeit sind Erinnerungen an unvergessliche Augenblicke. Im übrigen soll die Legende wuchern so viel sie wuchern kann.\*

\* Natürlich habe ich beide am Galgen hängenden Wölfe erlegt!

Ich verreise dieser Tage und hoffe Sonntag Abend in Berlin im Kaiserhof<sup>39</sup> zu sein mit dem Blick auf den immer gleichen General von Winterfeld<sup>40</sup> der je und je auf friedericianisch sich seine Sache denkt.

Kein Spass, nach Sonne, Hochgebirg und Menschen ohne Zahl wieder das russige Backsteinpalais<sup>41</sup> und in der Ferne die Kommentare brotneidischer Journalisten, die auf ungeflickten Socken um ihre imaginären Probleme streichen. Ich werde Anspruch auf Trost erheben und mein Blick richtet sich gegen Ostpreussen.

Auf Wiedersehn, in herzlicher Verehrung stets Ihr  
 Carl Jacob Burckhardt

Gräfllich Dönhoff'sches Stiftsrentamt

*Quittainen über Pr. Holland*  
*Ostpr.*  
*Postst. Quittainen*  
*Bahnst. Pr. Holland*  
*Fernruf Quittainen 18*  
 26. VI. 39

Lieber Herr Burckhardt

Dies ist die Anschrift meiner neuen Firma – zu Ihrer Orientierung und zum gelegentlichen Gebrauch. Ich habe hier inzwischen meine neue Tätigkeit begonnen, d.h. von Tätigkeit kann vorläufig kaum die Rede sein: bei der Übernahme der Geschäfte hat man mich gefragt, mit welchem Federhalter ich zu schreiben wünsche, und seither habe ich keine weiteren Entscheidungen treffen brauchen.

Trotzdem finde ich so ein Büro nach 3monatigem Wanderleben<sup>42</sup> außerordentlich ermüdend – wenn ich 2 Std. am Schreibtisch gesessen und Akten gelesen habe, bin ich jedes Mal vollkommen erschossen und nur die Angst vor dem Personal, das evtl. hereinkommen könnte, hält mich vom Schlaf zurück.

Immerhin lässt sich die ganze Sache ruhig und beschaulich an und ich werde wohl zum 1. Mal in meinem Leben Zeit haben, wovon ich mir ganz viel verspreche.

Mein Häuschen steht noch wüst und leer und wartet auf Meubel, die zu beschaffen ich mich nicht recht entschließen kann, aus Furcht, nachher womöglich mein ganzes Leben an sie gefesselt zu sein. So wohne ich einstweilen in dem verlassenen Schloss und genieße die Stille und Versponnenheit eines wirklich zauberhaften Parks, in dem alles wächst und blüht, so wie Sonne und Regen es eben zulassen und an dem außer mir nur die Vögel und ein paar Hasen sich freuen.

Hätten Sie nicht Lust einmal vorbeizukommen auf dem Weg nach Spanden<sup>43</sup> oder Podangen?

Das wäre riesig nett.

Einstweilen alles Herzliche für Sie und Elisabeth

Marion Dönhoff

*Plateau de Frontenex 3*

*Genève, den 27. Nov. 1943*

Verehrte liebe Gräfin!

Die Angelegenheit ist nun leider verfahren. Vierzehn Tage bevor ich Ihren Brief erhielt, wurde ich von der Fremdenpolizei angefragt, ob das Internationale Rote Kreuz mit Ihnen Besprechungen zu führen habe. Der Wahrheit gemäss antwortete ich, es sei mir davon nichts bekannt. Bei der Gelegenheit wurde mir gesagt, dass nach Anfrage bei dem mit der Thieleschen Erbschaft betrauten Anwalt der von Ihnen angegebene Reisegrund als nicht ausreichend erscheine. (...)

In Verehrung bin ich stets

Ihr [Carl Jacob Burckhardt]

*Klopstock – Fontenay 7  
den 31. XII. 46*

Lieber Carl – Am Rande dieses Jahres machten meine Gedanken noch einmal die Runde und wandern zu den verstreuten Freunden längst vergangener Zeiten, die der große Orkan über den Globus verstreut hat – der Kreis ist arg zusammengeschrumpft, und es sind nur noch wenige, die das zweifelhafte Los getroffen hat, weiter auszuharren und die Zerstörung der Welt mitanzusehen zu müssen.

Irgendwie scheint es mir sehr bezeichnend, dass es ausgerechnet dieser Zeit gelungen ist, die Ursubstanz, das Atom zu zerstören, denn es ist ja wirklich zum ersten Mal eine absolute Zerstörung. Alle Vorgänge, die die Naturwissenschaft oder Physik bisher kannte, waren doch immer nur Verwandlungen von Stoff in Energie oder von einer Energie in die andere, aber dies ist wirklich die Auflösung und Zerstörung der Urbewegung und damit der natürlichen Ordnung überhaupt.

Bisher hat der Mensch nur das, was aus des Schöpfers Hand kam, sich nutzbar gemacht, verwandelt und zubereitet, jetzt aber hat er begonnen, dem lieben Gott ins Handwerk zu pfuschen und selber Schöpfer zu spielen.

Man ist so schicksal-gefügt geworden, und das Passagère aller Dinge dieser Welt ist einem so nachdrücklich zum Bewusstsein gekommen, dass man mit einem gewissermaßen höheren Gleichmut und »heiliger Nüchternheit« wie Hölderlin sagt, dem Ablauf der Geschichte zusieht – aber manchmal kann einem doch das Gruseln kommen.

Ich hatte Ihnen längst einmal schreiben wollen – habe es vielleicht überhaupt schon einmal im Laufe dieses Jahres getan – man wird so zerstreut in diesem Leben, das keinen festen Punkt mehr hat, dass ich nie mehr genau weiß, was Absicht war und was Ausführung, was Vorsatz, Traum oder Realität ist. Ich bin inzwischen in Hamburg gestrandet und helfe eine Zeitung fabrizieren<sup>44</sup>, die wohl die einzig lesbare Zeitung Deutschlands ist und finde daran viel Freude und Befriedigung – ich schicke Ihnen unsere Neujahrsnummer mit, weil ich denke, dass es Sie vielleicht interessiert. Übrigens dürfen wir neuerdings ein paar Auslandsabonnements vergeben, und so wollte ich sie Ihnen eigentlich laufend schicken, weil sie doch ein ganz gutes Bild von der »geistigen Situation« (wie es so schön heißt) gibt.



Auch schicke ich Ihnen ein kleines Heft mit, das ich den Freunden zum Gedächtnis<sup>45</sup> schrieb.

Wie habe ich an die schönen Tage in Crans gedacht, wie unwirklich erschien mir damals schon diese Welt und doch gab es damals noch einen Schimmer von Hoffnung. Wir alle lebten von der Hoffnung auf ein »Danach« und mit dieser Gewissheit ließ sich alles ertragen – jetzt weiß man, dass es kein »später« zu geben braucht, nur weil es ein »früher« gab, aber es ist schwer sich daran zu gewöhnen, dass die Gegenwart alles ist, die doch auch nur eine vielleicht glaubhaftere Form des Nichts-Seins ist.

Viel Schönes Ihnen und Elisabeth  
von Ihrer Marion Dönhoff.

1181 V.

7. Mai 1969

Liebe Marion,

(...) Heute möchte ich Dich nur folgendes fragen. Ich schrieb Dir bereits vor Jahresfrist in Bezug auf die für Deinen Sechzigsten geplante Festschrift. Immer in der rücksichtsvollsten Weise baten die Organisatoren mich darum, für den Abschluss des geplanten und Voraussagen von Planern für die siebziger Jahre enthaltenden Bandes eine Art Portrait Deiner Persönlichkeit oder eine Schilderung Deines Werdeganges zu entwerfen. Niemand wird besser verstehen als Du selbst, dass ich dazu, vor allem wegen Unkenntnis, nicht imstande war.

Nun erhalte ich einen Brief aus Hamburg, in dem mir eine Programmänderung mitgeteilt wird. Keinen biographischen Aufsatz verlangt man jetzt von mir, sondern einfach einen Brief, der mit anderen an Dich adressierten Briefen abgedruckt werden soll. Dies erscheint mir eine sehr gute Lösung zu sein.

Kürzlich fand ich, beim Aufräumen, den in Danzig verfassten Entwurf eines Schreibens an Dich: ein »Dankschreiben« für den Aufenthalt bei dessen Anlass ich eine Gans geschossen hatte. Damals, während der Niederschrift, wurde ich unentschlossen, weil ich beim Schreiben ein mündliches Gespräch fortgeführt und mich über Politik in – zum mindesten – unvorsichtiger Weise ausgelassen hatte. Meine Absicht war, Dir diese Expektorationen durch Gerty überbringen zu lassen. Gerty, den ich erwartete, er hatte sich angesagt, erschien nicht. Da mir mein Entwurf irgendwie etwas bedeutete, habe ich ihn dann an meinen Freund, Louis

Micheli, in einem geschlossenen Couvert adressiert und ihn einem zuverlässigen Landsmann, der in die Schweiz zurückkehrte, anvertraut. Alle in Verwahrung Michelis befindlichen Schriftstücke übergab mir dieser unvergessliche und leider so früh verstorbene Freund nach meiner Rückkehr, nach Kriegsausbruch, in Genf.

Historisch ist dieses Schreiben interessanter, als was ich Dir jetzt mitteilen könnte: z. B. die Russen suchen momentan den Ausgleich mit N.Amerika, weil sie China fürchten. (...)

Leb wohl, liebe Marion, und berichte wieder einmal, wie es Dir als großem Chefredaktor geht.

Herzlichst

Carl

P.S. Hier die Photokopie des Danziger Briefes. Bitte [..., Original unleserlich, U.S.], mir Dein »placet«, dann schicke ich dieses Dokument den Hamburger Organisatoren.

Forio, 18. V. 69

Lieber Carl

Gestern, im Moment meiner Abreise, traf Dein Brief ein – der Briefträger gab ihn mir in die Hand, als ich aus dem Hause ging. (...)

Du Armer, dass die Hamburger Dich wieder von neuem quälen. Ich dachte, das ganze Projekt sei aufgegeben. Es tut mir so leid, dass man Dich nicht in Ruhe lässt. Aber nun ich den schönen Brief gesehen habe, freue ich mich doch riesig. Wie vieles aus jenen Jahren steht da plötzlich wieder auf: die Pregellandschaft (Wiesen, nicht Felder), die Sorgen und Gespräche jener Tage, die ersten Begegnungen. – Ich find ihn wunderschön. Konnte nicht alles lesen, aber bin wie immer tief angerührt von dem Ton, der da weithallend mitschwingt. Eine Winzigkeit: »mütterliche Freundin« für Tante Sissi<sup>46</sup> erweckt irgendwie falsche Vorstellungen – wahrscheinlich habe ich sie seltener in meinem Leben gesehen, als Du sie in den wenigen Danziger Jahren sahst. (...)

Alles Liebe

Marion

1181 V., 9. Juli 1969

Liebe Marion,

das Unglück ist leider schon passiert. Ich schrieb den Veranstaltern in Hamburg, dass ich Dir den alten Brief sowie den neuen zur Einsicht geschickt hätte. (...) Diesmal erschien es mir nötig, wegen des Auslassens der Wendung »mütterliche Freundin« zu intervenieren, weil dies, in der Tat, wie Du es schreibst, falsche Vorstellungen hätte erwecken können. Deine besorgten Freunde an der Elbe sind im Besitz der Photokopie des mit Bleistift geschriebenen Entwurfs; ich müsste sie bitten, darüber zu entscheiden, ob die Weglassung der erwähnten Stelle mit Pünktchen, pedantischerweise, auffallend gemacht werden solle, oder ob man sie einfach – weil irrtümlich – weglasse. Ist die Absicht, überraschendes Christkind zu spielen, nicht ein wenig komisch? (...)

Dir nochmals alles denkbar Gute.

Herzlichst

Carl

#### Anmerkungen

- 1 Marion Gräfin Dönhoff, *Menschen die wissen, worum es geht. Politische Schicksale 1916–1976*, Hamburg 1976.
- 2 Die gerade erschienene Biographie von Klaus Harpprecht, *Die Gräfin. Marion Dönhoff*, Reinbek bei Hamburg 2008, konzentriert sich allerdings v.a. auf den Lebensweg bis 1945. Zur Biographie über Marion Dönhoff vgl. auch Alice Schwarzer, *Marion Dönhoff. Ein widerständiges Leben*, Köln 1996; Haug von Kuenheim (Hg.), *Marion Dönhoff*, Reinbek bei Hamburg 1999; der autobiographische Bericht von Friedrich Dönhoff (Friedrich Dönhoff, *Die Welt ist so, wie man sie sieht. Erinnerungen an Marion Dönhoff*, Hamburg 2002), der Briefwechsel zwischen Dönhoff und Bucerius (*Ein wenig betrübt, Ihre Marion*, hg. von Haug von Kuenheim und Theo Sommer, München 2003) sowie ein Interviewband (*Marion Gräfin Dönhoff. Wie Freunde und Weggefährten sie erlebten*, hg. von Dieter Buhl und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg 2006); über Schloss Friedrichstein vgl. Kilian Heck / Christian Thieleman (Hg.), *Friedrichstein. Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen*, München 2006.
- 3 Die gerade veröffentlichte Korrespondenz (Marion Gräfin Dönhoff und Carl Jacob Burckhardt, »*Mehr als ich Dir jemals werde erzählen können.*« *Ein Briefwechsel*, hg. von Ulrich Schlie, Hamburg 2008) umfasst die Jahre 1952–1974; eine wissenschaftliche Biographie Carl Burckhardts wird gegenwärtig vom Herausgeber vorbereitet.
- 4 Carl J. Burckhardt, *Richelieu. Der Aufstieg zur Macht*, München 1935.
- 5 Carl J. Burckhardt, *Kleinasiatische Reise*, München 1926 (zuerst unter dem Titel »Aufzeichnung über eine Reise in Kleinasien«, in: *Neue Deutsche Beiträge*, hg. von Hugo von Hofmannsthal, 2. Folge (1924), Heft 1, S. 41–82 u. 3. Folge (1925),

- Heft 2, S. 99-133).
- 6 Carl Jacob Burckhardt, *Memorabilien*, München 1977, S. 97.
  - 7 Vgl. ebd. Die meisten Texte Carl J. Burckhardts finden sich in: *Gesammelte Werke*, 6 Bände, Bern / München / Wien 1971.
  - 8 Ulrich Schlie (Hg.), *Marion Gräfin Dönhoff und Carl Jacob Burckhardt: »Mehr als ich Dir jemals werde erzählen können«*, a.a.O.
  - 9 So Carl J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission*, München 1960, S. 5.
  - 10 »Brief nach 30 Jahren«, o.D. [ca. Mitte Dezember 1938], erstmals veröffentlicht in: *Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980*, hg. und eingeleitet von Claus Grossner, Arend Oetker, Hans-Hermann Münchmeyer, Carl Christian von Weizsäcker, Hamburg 1969, S. 563ff.
  - 11 Zuletzt Eckart Conze, »Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus nach 1945«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZg) 4/2003, S. 483-508.
  - 12 Paul Stauffer, *Sechs furchtbare Jahre. Auf den Spuren Carl J. Burckhardts durch den Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1998, S. 309.
  - 13 Carl Jacob Burckhardt und Hugo von Hofmannsthal, *Briefwechsel*, Frankfurt a.M. 1956.
  - 14 Stauffer, *Sechs furchtbare Jahre*, a.a.O., S. 304-310. Bereits in seinem ersten Buch (Paul Stauffer, *Zwischen Hofmannsthal und Hitler. Carl J. Burckhardt. Facetten einer außergewöhnlichen Existenz*, Zürich 1991) hatte Stauffer schwere Geschütze gegen Burckhardts angebliche Neigung zum Fabulieren und zur »nachträgliche[n] Legendenbildung« aufgeföhren. Mit Blick auf Burckhardts *Kleinasiatische Reise* schreibt Stauffer dort (S. 20): »Der Übergang vom mehr oder weniger zweckfreien Fabulieren zur gezielten Faktenmanipulation im Dienste der Selbststilisierung war fließend.«
  - 15 Carl J. Burckhardt, »Ein Brief nach 30 Jahren«, in: *Die Zeit* vom 28.11.1969.
  - 16 *Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980. Marion Gräfin Dönhoff zu Ehren*, hg. von Claus Grossner u.a. (vgl. Anm. 10).
  - 17 CJB an MD, 7.5.1969.
  - 18 Vgl. die Korrespondenz der Herausgeber der Festschrift, Claus Grossner und Hans Hermann Münchmeyer, mit Carl Jacob Burckhardt, Nachlass CJB, Universitätsbibliothek Basel.
  - 19 Marion Dönhoff, Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.4.1999 (nicht abgedruckt, Kopie im Besitz des Herausgebers): »Es ist im Grunde irrelevant, wann ich selbst diesen Brief zu Gesicht bekommen habe; nachdem Stauffer mir aber in dieser Frage widersprüchliche Aussagen vorhält, möge er doch endlich zur Kenntnis nehmen, dass ich ihn weder 1938 noch 1971, sondern 1969 in dieser Festschrift zum ersten Mal gelesen habe.«
  - 20 Rainer A. Blasius, »Der Fälscher und die Dame. Carl J. Burckhardts »Dokumente« und der Widerstand der Gräfin Dönhoff«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.3.1999; Rainer A. Blasius, »Die wahre Erfindung ist so wahr wie der Traum. Der schweizerischen Diplomat Carl Jacob Burckhardt als historische Quelle. Die Kontroverse um die Forschungsergebnisse Paul Stauffers«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2.6.1999.
  - 21 Vgl. dazu Ulrich Schlie, *Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg*, München 1994, S. 120ff. sowie S. 289.

- 22 CJB an MD, 27.11.1943: Verehrte liebe Gräfin! Die Angelegenheit ist nun leider verfahren. Vierzehn Tage bevor ich Ihren Brief erhielt, wurde ich von der Fremdenpolizei angefragt, ob das Internationale Rote Kreuz mit Ihnen Besprechungen zu führen habe. Der Wahrheit gemäss antwortete ich, es sei mir davon nichts bekannt. Bei der Gelegenheit wurde mir gesagt, dass nach Anfrage bei dem mit der Thieleschen Erbschaft betrauten Anwalt der von Ihnen angegebene Reisegrund als nicht ausreichend erscheine. (...). In Verehrung bin ich stets Ihr [CJB];
- 13.1.44: Lieber Carl, Heute ist mein letzter Tag in diesem schönen friedlichen Lande und da will ich noch rasch einen Gruß schicken, weil es dann doch für lange Zeit nicht mehr möglich ist. Dies ist eigentlich das erste Mal, dass es mir schwer wird nach Haus zu fahren, vielleicht klammert man sich auch darum so besonders an jeden Tag und alles, was einem hier lieb ist. Jedenfalls werde ich noch oft in diesem sinkenden Schiff an unsere Gespräche bei Kirsch und spießgebratenem Käse denken und das wird dann immer voller Dankbarkeit und heiterster Freude geschehen. Darf ich noch einmal an meine persönlichen Sorgen erinnern: ich habe Ihr Wort, dass wenn ein Familienkrach über die Erbschafts Sfranken [Schweizerfranken] ausbrechen sollte, Sie sich mit allem Einfluss, den Sie auf die verschiedenen Beteiligten nehmen können, einsetzen werden und ferner, dass Sie – tritt dies nicht ein – niemandem gegenüber meine diesbezüglichen Confessionen erwähnen werden. Leben Sie wohl, leben Sie sehr wohl! Marion. 14.I. Leider kam ich gestern so spät hier an, dass ich heute nur kurz bei Ihrer Schwester vorbeigehen konnte – was ist das nur für ein bezaubernder Mensch – es war eine ganz große abschließende Freude sie zu sehen. Ich wünschte so, dass ich sie einmal wiedersehen würde. (Beide Briefe im Nachlass Dönhoff, Privatbesitz.)
- 23 Marion Gräfin Dönhoff, »*Um der Ehre willen*«. *Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli*, Berlin 1994, S. 191.
- 24 Weder der Schweizer Burckhardt noch die ostpreußische Gräfin waren sattelfest in Orthographie und Interpunktion. Der Herausgeber hat daher behutsam eingegriffen, um den Lesefluss zu erleichtern, sprachliche Eigenheiten sowie die schweizerische Schreibweise Burckhardts jedoch belassen.
- 25 *Löwenhagen/Ostpr.*: Friedrichstein gehörte postalisch zu Löwenhagen/Ostpr.
- 26 *plötzlichen Tod unseres Freundes*: nicht identifiziert.
- 27 *Mein Bruder*: Heinrich (Heini) Graf Dönhoff (1899-1942), der Erbe Friedrichsteins.
- 28 *Podangen*: Dorf in Ostpreußen am Flüsschen Passarge im Kreis Preußisch Holland. Das Rittergut Podangen gehörte der Familie von Kanitz.
- 29 *Zehlau-Bereich*: Zehlauer Moor, nahe Pr. Eylau, das damals einzige wachsende Hochmoor Deutschlands.
- 30 *Professor Otto*: Walter F. Otto, Ordinarius für klassische Philologie in Königsberg.
- 31 »*Brief nach 30 Jahren*«, vgl. Anm. 10. Als Erläuterung zu diesem Brief schrieb CJB an die Herausgeber: »Während meines Aufenthaltes in Danzig und nach einem Besuch in Friedrichstein schrieb ich einmal einen Brief an Gräfin Dönhoff, in dem ich neben der kurzen Schilderung einer gemeinsam unternommenen Jagd aus meinem Herzen keine Mördergrube machte und ihr Gedanken zur damaligen Lage mitteilte, die ich unmöglich durch die Post weiterleiten konnte. Ich erwartete einen gemeinsamen Bekannten, der den Brief nach Ostpreußen mitgenommen hät-

te. Der Betreffende traf nicht ein, und so gab ich mein Schreiben einem Schweizer, der über Kopenhagen in die Schweiz zurückfuhr und dort meine Epistel einem nahen Freund [dem Schweizer Diplomaten Louis Micheli, U.S.] zur sicheren Aufbewahrung übergab. Diesen Brief habe ich vor einiger Zeit wieder gefunden und beim Durchlesen dachte ich, er könnte heute die damals nicht erreichte Adressatin vielleicht noch interessieren.« Kopie des Schreibens CJBs an Claus Grossner, 6. Mai 1969, UB Basel, NL 110: G 2665, Brief Nr. 5; siehe auch Claus Grossner an CJB vom 16. Juni 1969, ebd., Brief Nr. 10. Zur Datierung des Briefes schrieb CJB am 21. Juni 1969 an Claus Grossner: »Sie fragen mich nach dem Datum jener Gänsejagd in Friedrichstein. Entweder 1937 oder 1938. Ich weiß es nicht, aber vielleicht weiß es die Gräfin? Bitte fragen Sie sie. Wie Sie feststellen konnten, enthielt der Briefentwurf kein Datum.« NL 110: G 2665, Brief Nr. 11. Aus der vorausgegangenen Korrespondenz lässt sich erschließen, dass die fragliche Gänsejagd im November 1938 vermutlich im Zehlauer Moor stattgefunden und CJB diesen Brief ca. Anfang bis Mitte Dezember verfasst haben wird.

- 32 *mein hiesiges Gefängnis*: CJBs Wohnsitz, das Palais Mackensen, Residenz des Völkerbund-Hochkommissars in Danzig.
- 33 *Ake*: Akka, die Leitgans aus Selma Lagerlöf, *Die wunderbare Reise des kleinen Nils Holgersson mit den Wildgänsen*, Stockholm 1906.
- 34 *Cerviden*: (Lat.) cervidae – Hirsche.
- 35 *Ihre mütterliche Freundin*: Diese drei Worte wurden im Abdruck von 1969 ohne Kenntlichmachung getilgt, vgl. dazu MD an CJB vom 18. Mai 1969, CJB an MD vom 9. Juli 1969 sowie CJB an Claus Grossner, 9. Juni 1969, UB Basel, NL 110: G 2665, Brief Nr. 7.
- 36 *Kephisos*: in der griechischen Mythologie ein Fluss in Bötien, der als Sohn der Thalassa und des Pontos galt. Er soll mit einer seiner Windungen die Nymphe Liriope gefangen und mit ihr den Narziss gezeugt haben (vgl. Ovid, *Metamorphosen*, S. 339-346).
- 37 CJB war als Student 1912-1914 in Göttingen und München eingeschrieben.
- 38 *Madame L.*: Wanda Landowska (1877-1959), polnische Cembalistin.
- 39 *Kaiserhof*: 1875 eröffnetes Hotel am Wilhelmplatz in Berlin, 1943 bei einem Bombenangriff völlig zerstört.
- 40 *Blick auf ... General von Winterfeld*: Ausblick auf den Wilhelmplatz in Berlin mit Standbildern der Generale von Schwerin, von Winterfeld, von Seydlitz und von Keith, von Friedrich II. nach dem Siebenjährigen Krieg dort aufgestellt.
- 41 *das russische Backsteinpalais*: Palais Mackensen, Residenz des Völkerbund-Hochkommissars in Danzig.
- 42 *3monatigem Wanderleben*: MDs Balkanreise, ca. April bis Juni 1939.
- 43 *Spanden*: Gut von Yvonne und Alexander von Kuhnheim, ca. 80 km von Friedrichstein entfernt.
- 44 *helfe eine Zeitung fabrizieren*: MD war am 1. März 1946 in die neugegründete Wochenzeitung *Die Zeit* eingetreten.
- 45 *den Freunden zum Gedächtnis*: MD, *In memoriam 20. Juli 1944 – den Freunden zum Gedächtnis*, Privatdruck, Hamburg 1946, später veröffentlicht u.d.T. »Um der Ehre willen«. *Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli*, Berlin 1994.
- 46 *Tante Sissi*: Elisabeth Friederike Marie von Keyserlingk (1895-1945).





Das berühmte "High Noon"-Poster während des polnischen Wahlkampfes im Juni 1989. Die Oppositions-Zeitung *Gazeta Wyborcza* wird auf dem Warschauer Platz der Verfassung verkauft.

CHRIS NIEDENTHAL  
1989

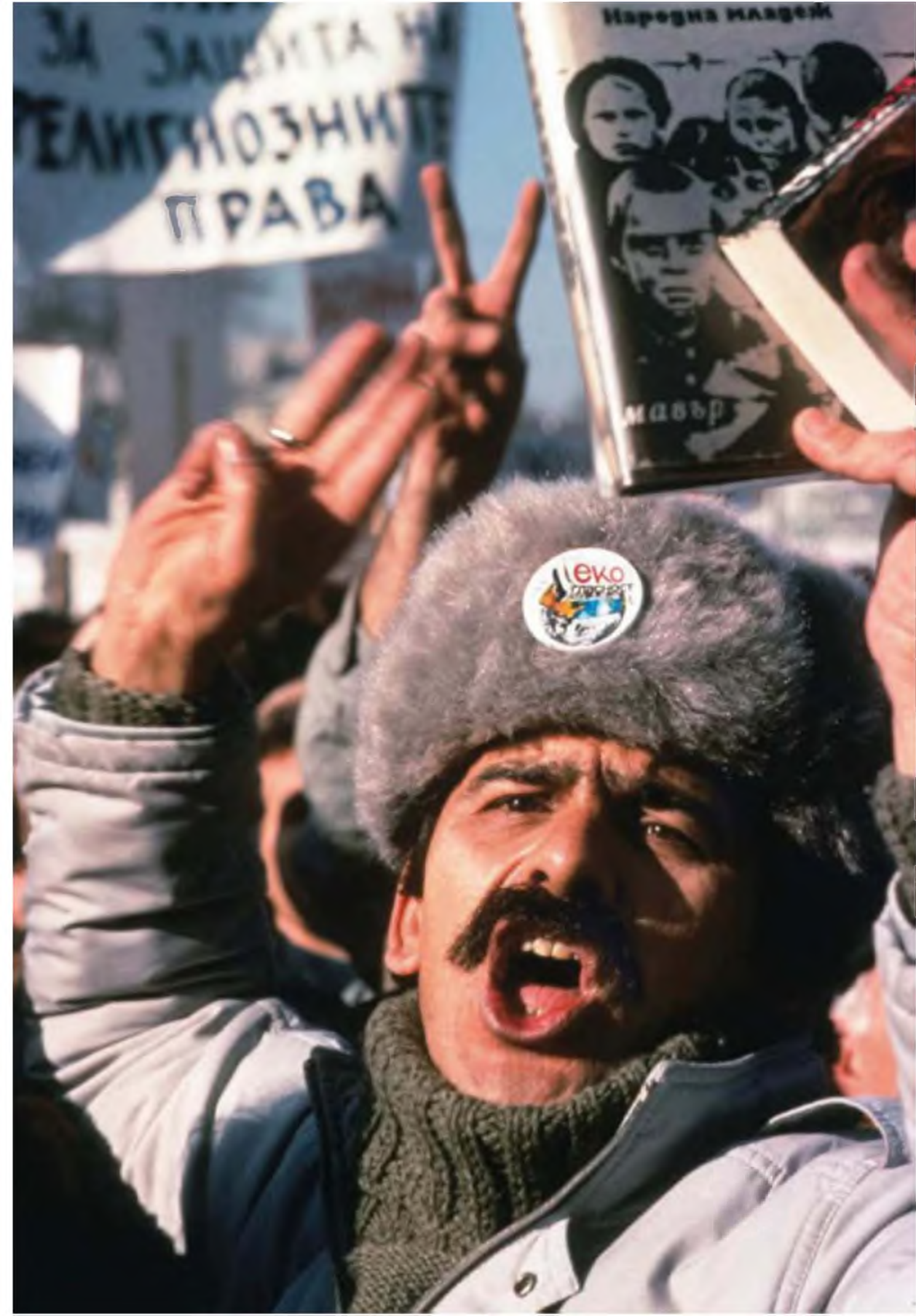




Juni 1989: Eine Tafel auf dem Platz der Verfassung zeigt einem gespannten Publikum die - für die *Solidarność* günstigen - Wahlergebnisse.

Ein enthusiastischer Anti-Schiwkw-Demonstrant während der Bulgarischen Revolution 1989.







Die Bernauer Straße im November 1989, gesehen von der Ost-Berliner Seite. Grenzpolizisten bewachen eine Bresche, die von Soldaten in die Mauer geschlagen wird, um einen neuen Grenzübergang zu schaffen.





November 1989: Feiernde sitzen rittlings auf der Mauer und begrüßen Ost-Berliner, die auf die West-Seite strömen.



November 1989, Samtene Revolution in Prag: "Der Kommunismus den Kommunisten!" fordert ein Demonstrant auf dem Wenzelsplatz.





November 1989: Ein Demonstrant schwenkt die Nationalflagge vor einer Menschenmenge auf dem Wenzelsplatz.

Foto auf der nächsten Seite:

Peking, Mai 1989: Ein chinesischer Student demonstriert auf dem Tiananmen-Platz, während Michail Gorbatschows offiziellem Chinabesuch. Wenige Wochen später walzen Einheiten der Volksbefreiungsarmee die Protestbewegung nieder.





*Claus Offe*  
 POSTKOMMUNISTISCHE WOHLFAHRTSSTAATEN  
 IN DER EU\*  
 Bilanz und Perspektiven

Die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die im Jahre 2004 bzw. 2007 beigetreten sind, gehören sämtlich – wenn wir einmal von den anderthalb kleinen Mittelmeerinseln Malta und Süd-Zypern absehen – zu dem Teil Europas, der (mit Ausnahme Sloweniens) bis 1989 mehr oder weniger eng in das sowjetische Herrschaftssystem des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eingebunden und durch die Merkmale des autoritären Staatssozialismus (Machtmonopol einer Staatspartei, Wirtschaftsplanung, umfassende ideologische Kontrolle) charakterisiert war. Seit dem Zusammenbruch des alten Regimes haben sich diese Staaten auf einen Weg begeben, der die »Rückkehr nach Europa« zum Ziel hat, und haben die Institutionen des Rechts- und Verfassungsstaates, der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft aufgebaut.

Dieser Prozess der umfassenden postsozialistischen Transformation hat Auswirkungen auch auf jenen umfangreichen institutionellen Sektor gehabt, den wir in allen Spielarten des Typus »entwickelte Industriegesellschaft« antreffen (und zu dem die staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas in fast jeder Hinsicht fraglos gehörten): den Sektor der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, welche die Bevölkerung mit Statusrechten ausstatten, sie vor den Auswirkungen typischer Lebensrisiken schützen und mit Diensten und Gütern versorgen. Bei der Beobachtung der postsozialistischen Entwicklung haben sich die meisten Beobachter auf den Wandel von Recht und Verfassung einerseits, die Umstellung auf Markt und Privateigentum andererseits konzentriert. Sehr viel weniger Aufmerksamkeit hat dagegen der Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und der Wandel ihres Leistungsprofils gefunden;<sup>1</sup> dieses relative

\* Dieser Artikel beruht auf einem Beitrag aus dem Band *Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe*, hg. von Alfio Cerami und Pieter Vanhuyse, New York 2009.

Desinteresse am postsozialistischen Wohlfahrtsstaat mag auch mit dem überraschenden Umstand zusammenhängen, dass die »soziale Frage« im politischen Leben und in den öffentlichen Konflikten der neuen Demokratien eine relativ untergeordnete Rolle spielt, während oft genug nationale, ethnische und sprachpolitische Identitätsfragen mit ihren innen- wie auch außenpolitischen Zuspitzungen die postkommunistische Szene beherrschen. Überraschend ist dieser blinde Fleck bei Themen des sozialen Schutzes und der Einkommensverteilung deshalb, weil die wirtschaftliche Transformation für weite Teile der Bevölkerung über Nacht neuartige Belastungen, Risiken und Versorgungslücken mit sich gebracht hat, mit denen sie sich unter den autoritär-paternalistischen sozialen Schutzvorkehrungen des alten Regimes nicht auseinandersetzen hatte. Musterbeispiel für diese neuartigen Risiken ist die Arbeitslosigkeit, die unter dem alten Regime dem Begriff nach (und weitgehend auch der Sache nach) ganz unbekannt war. Die Frage ist deshalb, mit welchen Mitteln und mit welchen Zielen die politischen Kräfte in den neuen Demokratien die Probleme angehen, die zum Kern der wohlfahrtsstaatlichen Agenda gehören: der Arbeits- und Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern, die Bekämpfung von (bzw. das Transfereinkommen bei) Armut und Arbeitslosigkeit, die Institutionalisierung lohnbezogener Verteilungskonflikte, das Angebot an Dienstleistungen im Bereich der Medizin und Bildung, die Förderung von Familie, Hinterbliebenen und Jugend, die Sicherung von bedarfs- und einkommensgerechtem Wohnraum und die Finanzierung und Verteilung der Leistungen für die Alterssicherung. Zudem müssen diese Aufgaben unter den Bedingungen der neuen funktionalen Trennung zwischen öffentlichem und Unternehmenssektor einerseits sowie unter den neuen Wettbewerbsbedingungen im einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum andererseits bewältigt werden.

Bisher sind der mittel- und osteuropäische Wohlfahrtsstaat der postsozialistischen EU-10 und die treibenden Kräfte seiner Entwicklung weiterhin eine *terra incognita*. Inwiefern kann die Evolution der zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten durch »Pfadabhängigkeit«, also das Fortwirken sowohl staatssozialistischer als auch älterer, aus der Zwischenkriegszeit der Länder stammenden Traditionen und Erwartungen erklärt werden? Oder waren vielmehr die Erfahrungen des Systemwechsels mit seiner tiefen Transformationskrise und des anschließenden, unter einschneidenden Konditionen und Auflagen gestellten Beitritts zum



Geltungsbereich des sog. »europäischen Sozialmodells« entwicklungsbestimmend? In beiden Suchrichtungen wird man fündig; vereinfacht gesagt können wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen in der Region als kombinierte Folge zweier Faktoren beschrieben werden: der »Vergangenheit« und des »Westens«.

Was die Vergangenheit betrifft, so hat der Staatssozialismus während der etwa 40 Jahre seiner Herrschaft Erwartungen an und Auffassungen über soziale Gerechtigkeit verbreitet und selbstverständlich werden lassen, die auch nach dem Niedergang dieses Institutionengefüges fortbestehen. Insbesondere werden Regierungen in der Verantwortung gesehen, für einen hohen Beschäftigungsstand zu sorgen. »Auch lange nach dem Systemwechsel bleiben Erwartungen an eine weitreichende Rolle des Staates extrem hoch.«<sup>2</sup> Darüber hinaus haben die Länder der Region aus der Zwischenkriegszeit ein stark »bismarckisch« geprägtes Modell der Sozialversicherung geerbt. Was auf der anderen Seite die »westlichen« Einflüsse auf die Transformationen der neuen Wohlfahrtsstaaten betrifft, so sind ebenfalls zwei Faktoren zu nennen. Zum einen ist da die Rolle, die internationale Finanzinstitutionen wie Weltbank und der IWF beim Umbau der Renten- und Gesundheitssysteme spielten, als diese im Zuge der Transformationskrisen am Anfang der neunziger Jahre unter erheblichen Finanzierungsdruck gerieten. Der andere westliche Faktor ist die Europäische Union sowie die Diffusion ihrer diversen Wohlfahrtsstaatsmodelle in Richtung Osten. Diese Diffusion wurde sowohl durch »push«- wie durch »pull«-Effekte vermittelt. Der »push« ging von der EU-Kommission und den Verträgen von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) aus und wurde im Vorfeld der Osterweiterung als Gebot einer »Rationalisierung der Sozialausgaben«<sup>3</sup> wirksam, das an prospektive Beitrittskandidaten adressiert war. Von ebenso großer Bedeutung war der »pull«-Faktor, der darin bestand, dass zentral- und osteuropäische Eliten sowohl in Westeuropa als auch bei internationalen Organisationen (Weltbank, ILO, Europarat, OECD) nach Vorbildern und Vorschlägen zum Neubau ihrer eigenen Sozialsysteme Ausschau hielten.<sup>4</sup>

Diesen beiden komplexen Gruppen von Variablen muss man noch eine weitere zur Seite stellen, die in den Machtstrategien der neuen politischen Eliten besteht, denen weitgehend machtlose Teile der Gesellschaft gegenüberstehen – man denke hier an die notorische Schwäche der oft stark fragmentierten postkommunistischen Gewerkschaften. Im Gegen-

satz zu den externen Parametern der »Vergangenheit« und des »Westens« ist dies eine interne Variable, die ihre Wirkung *innerhalb* der neuen politischen Institutionen und sozioökonomischen Bedingungen der neuen Mitgliedsstaaten entfaltet. Diese Variable ist wichtig, wenn man die auffälligen Unterschiede zwischen den Entwicklungen der Beitrittsländer erklären möchte. Besonders klar wird diese analytische Perspektive der Machtressourcen und -strategien der neuen politischen Führungsgruppen von Pieter Vanhuysse eingenommen.<sup>5</sup> Natürlich schließen sich die beiden analytischen Perspektiven keineswegs aus, da zum einen die beiden externen Faktoren von internen Akteuren gewichtet und zur Geltung gebracht werden können und umgekehrt bestimmte interne Machtzentren ideologische und praktisch-politische Bündnisse mit externen Modellen und ihren Protagonisten eingehen können. Berühmt geworden ist z.B. das Bekenntnis von Václav Klaus aus den frühen neunziger Jahren, er wolle in der tschechischen Republik eine »Marktwirtschaft ohne Adjektiv« einrichten – gemeint ist: keine »soziale« Marktwirtschaft, sondern eine, die sich eher am Vorbild Margaret Thatchers orientiert.

Statt beim Thema der ursächlichen Variablen und abstrakten Modelle zu verweilen, möchte ich im Folgenden zwei Punkte ansprechen, von denen der eine am Anfang der Transformation der Wohlfahrtsstaaten Zentral- und Osteuropas liegt und der andere am Ende des Prozesses. Weniger kryptisch ausgedrückt geht es zunächst um die vorherrschenden Werte, sozialen Normen, Einstellungen und Erwartungen, also die *Ideen* und Leitvorstellungen, an denen sich politische Eliten wie auch die Masse der Bevölkerung im Transformationsprozess orientieren. Danach möchte ich kurz auf die Leistungen und die *Ergebnisse* der Sozialpolitik der neuen Mitgliedsstaaten zu sprechen kommen: Mit welchen Mitteln und in welchem Maße ist es den politischen Führungsgruppen gelungen, soziale Sicherheit als wohlfahrtsstaatliche Leistung zur Verfügung zu stellen sowie Armut und Exklusion im Sinne einer Politik der sozialen »Kohäsion« zu bekämpfen?

### *Das Wertesystem postkommunistischer Wohlfahrtsstaaten*

Jedes System der sozialen Sicherung und sozialpolitischer Dienstleistungen zieht eine implizite »moralische« Demarkationslinie. Diese Linie trennt jene Kategorien von Risiken und belastenden Umständen, von

denen erwartet wird, dass die Betroffenen sie entweder »aushalten« oder mit eigenen Mitteln bewältigen (können und deshalb) müssen, von den Kategorien, auf die dies nicht zutrifft und die daher kollektiver Vorsorge bedürfen. Mit einer leichten Erkältung befinde ich mich diesseits jener Trennlinie – so die Logik der meisten Wohlfahrtsstaaten und ihrer Gesundheitssysteme –, da von mir das Wissen, das adäquate Verhalten und die Aufbringung der erforderlichen Kosten erwartbar ist, die zusammengekommen zu einer schnellen Genesung beitragen. Im Falle einer Lungenentzündung wird die erforderliche kostspielige, in der Regel stationäre Behandlung typischerweise durch öffentliche oder andere kollektive Vorkehrungen (medizinisches Fachpersonal, Kliniken, öffentliche oder private Versicherungen) geregelt, bereitgestellt und bezahlt. Demnach können wir uns Wohlfahrtsstaaten als Sortiermaschinen vorstellen, die nur bei einem Teil von belastenden Lebensumständen und einem Teil der von ihnen Betroffenen das Recht auf öffentlich bereitgestellte Abhilfe einräumen – und bei anderen nicht. Für die Bewältigung dieser anderen, eher als »normal« geltenden Belastungen und Bedarfslagen haben Betroffene dagegen selbst aufzukommen, indem sie sich aus eigener Kraft oder durch Rückgriff auf Märkte, Familien oder andere Gemeinschaften geeignete Abhilfe verschaffen oder sich einfach mit »den Tatsachen abfinden«. Innerhalb der Wohlfahrtsstaaten ist die genaue Lage dieser Demarkationslinie ständig umkämpft und in Bewegung. In vergleichender Perspektive jedoch sind Wohlfahrtsstaaten deutlich danach zu unterscheiden, wie und wo sie diese Linie ziehen.

Die staatssozialistische Kultur der Sozialpolitik hat diese moralische Demarkationslinie sehr weit vom Extrem marktbasierter, d.h. durch kaufbare Güter und Leistungen vermittelter Versorgung entfernt und nahe an den entgegengesetzten Pol umfassender staatlicher Fürsorge gerückt. Die grundlegende Tatsache, dass zumindest offiziell kein Arbeits-»markt«, sondern eine umfassende Zuteilung von Arbeitsqualifikationen, Arbeitsplätzen und arbeitsbezogenen Versorgungsansprüchen existierte, wirkte als ein universeller Schutz der gesamten Bevölkerung vor dem Risiko der Arbeitslosigkeit. Die Erwartungen der Masse der Bevölkerung stimmten mit der strategischen Orientierung der herrschenden Partei in dem Punkt überein, dass der fürsorgliche staatliche Paternalismus die meisten Bedürfniskategorien (wie die Versorgung mit Einkommen, preisgünstigen Grundnahrungsmitteln, Wohnraum, Bildung, Urlaubsreisen) der Bevöl-

kerung abdecken sollte.<sup>6</sup> Strategisch gesehen standen jene Institutionen, die diese sozialpolitischen Normen verkörpern und umsetzen sollten, im Dienste gesellschaftspolitischer Ziele: Sie sollten die Arbeiter abhängig, diszipliniert und fügsam halten, Systemtreue belohnen (sowie mangelnde Kooperation unter Drohung des Leistungsentzuges stellen), »kleinbürgerlichen Individualismus« und soziale Differenzierung unter den arbeitenden Bürgern verhindern und außerdem Arbeitsmotivation und -produktivität stimulieren. Sozialpolitische Leistungen wurden nicht als individueller und einklagbarer Rechtsanspruch verstanden, sondern in der Regel nach dem Ermessen der politischen Leitung zugeteilt. Das Sicherungssystem war eindeutig »produktivistisch«, da soziale Bürgerrechte (im Gegensatz zu den über den Arbeiterstatus erworbenen Rechten) allenfalls eine Nebenrolle spielten.<sup>7</sup> Das kollektivistische und paternalistische System der Vorsorge privilegierte jene, die eine produktive Rolle in der Gesellschaft spielten (oder sich darauf vorbereiteten), sowie die reproduktive Funktion von Frauen. Menschen ohne (re)produktive Aufgabe, in erster Linie Rentner, waren in ihren Leistungsansprüchen deutlich schlechter gestellt. Diese Tatsache sollte uns vor der falschen Annahme bewahren, die Sozialpolitik des Staatssozialismus hätte auf der Grundlage von »Bürgerrechten« stattgefunden. Im Gegenteil: Tatsächliche Anerkennung als »Bürger« wurde nur jenen zuteil, die eine der genannten, als »produktiv« gewerteten Funktionen innehatten.

Die sozialpolitische Kultur des Staatssozialismus beruhte, kurz gesagt, auf drei Normen: Paternalismus, Produktivismus, Egalitarismus. Die Frage ist: Was geschieht mit diesen in der Bevölkerung verwurzelten Normen jetzt, da die ihnen entsprechenden Institutionen untergegangen sind? Die Betriebe sind privatisiert und können sich soziale Versorgungsfunktionen nicht mehr leisten; es gibt einen Arbeitsmarkt und damit Arbeitslosigkeit als Folge der Transformationskrise; die Finanzkrise der Staatshaushalte macht großzügige soziale Leistungen unbezahlbar. Meine These ist, dass die zum Syndrom der umfassenden paternalistischen Fürsorge gehörenden Normen und Erwartungen keineswegs zusammen mit den entsprechenden Institutionen verschwinden, sondern diese für einen beträchtlichen Zeitraum überleben und dabei vielleicht im nostalgisch verklärenden Rückblick auf die »guten« Seiten des Staatssozialismus an Stärke noch gewinnen.

Es gibt wenig gesichertes Wissen über die Frage, was passiert, wenn »alte« Normen und Erwartungen mit neuen institutionellen Realitäten

zusammenstoßen. Bei dieser Frage ist zwischen zumindest fünf Gruppen von postkommunistischen Ländern zu unterscheiden: den Visegrad-Staaten, den baltischen Staaten, den im Jahre 2007 beigetretenen südosteuropäischen Staaten Bulgarien und Rumänien, den Staaten und Protektoraten des westlichen Balkans und den osteuropäischen Fällen ohne aktuelle Beitrittsperspektive (Ukraine, Moldau, Belarus, Russland). Von besonderem Interesse für das Verhältnis zwischen kultureller Beharrung und institutionellem Wandel ist der Sonderfall der DDR (dem wirtschaftlich am höchsten entwickelten unter den ehemaligen Comecon-Staaten), also der deutschen Neuen Bundesländer.<sup>8</sup> Auch 20 Jahre nach dem Ende der DDR zeichnen sich deutliche und beharrliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in ihren sozialpolitischen Einstellungen und Erwartungen ab, wobei die Ostdeutschen weitaus eher zu einer »etatistischen« Definition jener Demarkationslinie zwischen öffentlicher und individueller Verantwortung und zu einem stärker »materialen« Verständnis von Demokratie neigen. 55 % der ostdeutschen Befragten (gegenüber 39 % der Westdeutschen) glauben, »Demokratie« bedeute, dass der Staat für Arbeitsplätze bzw. die Überwindung von Arbeitslosigkeit Sorge. 40 % von ihnen (gegenüber 26 % im Westen) denken, ein wirklich demokratischer Staat müsse die Kontrolle über Banken übernehmen. Im Jahre 2006 stimmten 74 % der Ostdeutschen der Aussage zu, Sozialismus sei »eine gute, nur schlecht durchgeführte Idee« – im Westen waren es nur 49 % der Befragten. In der gesamten zentral- und osteuropäischen Region hat offenbar eine Semantik für »Demokratie« überlebt, die stark mit Verteilungsgerechtigkeit und einem hohen Maß an staatlicher Verantwortung für soziale und wirtschaftliche Entwicklungen assoziiert wird; diese semantische Differenz erklärt auch, weshalb im Osten die Unzufriedenheit mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie weitaus größer ist als im Westen.

Ebenso wie der Übergang vom Staatssozialismus zum demokratischen Kapitalismus ohne historisches Vorbild war und sich nicht an einer eigenständigen revolutionären Vision orientiert hat (sondern sich als ein weithin unerwarteter Zusammenbruch des alten Regimes zutrug), gab es auch kein ausgearbeitetes Modell für Wege und Ziele der nach dem Zusammenbruch einsetzenden Transformation. Vielmehr sind die postsozialistischen Gesellschaften und ihre wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen als kumulatives Ergebnis von Versuchen entstanden, den eingetretenen Aus-

nahmezustand *ad hoc* zu bewältigen. Die Entstehung der postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten ist geprägt von dem Ausnahmezustand, in dem die Politik unter vielerlei ökonomischen und politischen Zwängen und oft improvisierend neue Institutionen »erfinden« musste. Es ist deswegen wenig überraschend, dass in vielen dieser Länder scheinbar »gesichtslose« Mischgebilde entstanden, die sich sowohl voneinander wie auch von den ideologisch etwas klarer profilierten (»sozialdemokratischen«, »konservativen« oder »(neo)liberalen«) Wohlfahrtsstaaten Westeuropas unterscheiden. Die Bedingungen in einigen der Länder waren außerdem zum Teil von ethnischen, religiösen und nationalistischen Identitätskonflikten geprägt, die – z.B. in Lettland mit seiner starken russischen Minderheit oder auch in den Ländern mit hohen Anteilen von Roma und Sinti – einen gewissen Einfluss auf die sozialpolitische Entwicklung gewannen.

*Ergebnisse: Sicherheit, Inklusion und die Verteilung von Lebenschancen*

Bekanntlich bleibt das Pro-Kopf-Einkommen der neuen Mitgliedsstaaten hinter dem der alten zurück; dies wird für noch mindestens eine Generation so bleiben. Vergleichsweise schlecht schneiden die neuen Mitgliedsstaaten auch in Bezug auf die Verteilung von Lebenschancen ab. Merkel und Giebler<sup>9</sup> haben den ebenso heroischen wie lehrreichen Versuch unternommen, einen »Index sozialer Gerechtigkeit« zu erstellen und diesen auf 30 OECD-Staaten anzuwenden, darunter auch die vier Visegrad-Staaten. Die Skala reicht vom schlechtesten Wert 1 bis zum besten Wert 10 und misst sieben Dimensionen sozialer Gerechtigkeit (Armutsbekämpfung, Bildung, Arbeitsmarkteffizienz, Ausgaben für Gesundheit und sozialen Zusammenhalt, Einkommensverteilung, Generationengerechtigkeit, Antidiskriminierungsgesetzgebung), die jeweils durch einen oder mehrere einschlägige Indikatoren operationalisiert werden. In dem daraus synthetisierten Gesamtindex wird Armut mit dem Faktor vier, Bildung mit dem Faktor drei und Arbeitsmarkteffizienz mit dem Faktor zwei gewichtet. Trotz dieser etwas willkürlichen quantitativen Operationen sind die Ergebnisse von bemerkenswerter Plausibilität. Die fünf skandinavischen Länder führen die Liste der 30 Staaten an. Die meisten der alten Mitgliedsstaaten auf dem westeuropäischen Kontinent sind im zweiten Viertel der Rangliste zu finden, gefolgt von der Slowakei (Platz 14), der Tschechischen Republik (15), Ungarn (16) und Polen (abgeschlagen auf Platz 26, knapp

vor Südkorea). Da diese Länder, zusammen mit dem Spitzenreiter Slowenien, die wirtschaftlichen wie auch politischen »Erfolgsgeschichten« unter den neuen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa darstellen, ist es wahrscheinlich, dass die übrigen fünf Beitrittsländer (die drei baltischen und vor allem die beiden südosteuropäischen, für die vergleichbare Daten nicht vorliegen) noch schlechter abschneiden. Gleichwohl ist die Leistung der vier Visegrad-Länder in Bezug auf »soziale Gerechtigkeit« – im Sinne des vorliegenden Index – größtenteils besser als jene der angelsächsischen Wohlfahrtsstaaten, die auf den Plätzen 18 (Australien), 21 (Großbritannien) und 24 (USA) der Rangskala folgen.

Ein anderer Weg, die Leistungen von Wohlfahrtsstaaten zu messen, operiert mit Daten über den Grad der subjektiven Zufriedenheit von Befragten mit den Bedingungen, die in ihren Ländern nach dem Systemwechsel und dem EU-Beitritt vorherrschen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat 2007 eine umfangreiche Datenbank erstellt, mit der solche Fragen beantwortet werden können. Eine Frage betrifft die von den Befragten gewünschten Prioritäten für »zusätzliche öffentliche Ausgaben«. Ausnahmslos stand bei den Befragten in allen zehn Ländern die Gesundheitsversorgung an erster Stelle, dicht gefolgt von der Altersversorgung auf Platz zwei. Dieses Ergebnis spiegelt die wahrgenommenen Mängel in den beiden Kernbereichen wohlfahrtsstaatlicher Politik wider. Die positiven Antworten auf eine weitere Einstellungsfrage, nämlich die nach der Vorzugswürdigkeit von Demokratie oder Marktwirtschaft, rangieren zwischen 50 und 75 % beim Thema »Demokratie« und zwischen 40 und 60 % im Falle der »Marktwirtschaft«. Interessant ist dabei weniger das vergleichsweise niedrige durchschnittliche Niveau positiver Antworten, sondern ihre Verteilung nach Alters- und Einkommensgruppen. Wieder zeigt sich eine erstaunliche Einheitlichkeit. Mit zwei Ausnahmen (Slowenien und Ungarn) waren die Befürworter der Demokratie am häufigsten in der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 34 Jahren; und sie häuften sich ebenso in der obersten von drei Einkommensklassen, während die positive Bewertung der Demokratie sowohl bei den beiden älteren wie auch bei den beiden ärmeren Kategorien von Befragten deutlich niedriger lag und sehr oft nur Werte von weniger als 50 % erreichte. Dieses Muster zeigt sich noch deutlicher im Fall der Bewertung der Marktwirtschaft: Hier liegen praktisch nur die Jüngsten und die am besten Situierten über der 50-%-Linie (mit Ausnahme wiederum des positiven »Ausreißers«

Slowenien). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den erfragten Stellungnahmen zum Statement: »Alles in allem bin ich mit meinem gegenwärtigen Leben zufrieden.« Auch hier ist der höchste Anteil positiver Antworten bei dem jüngsten und dem wohlhabendsten Drittel der Befragten zu finden (also bei jenen, die am wenigsten auf Alterssicherung, soziale Hilfen und andere Leistungen des Wohlfahrtsstaates angewiesen sind), während in fast allen Ländern weniger als die Hälfte der Älteren (über 34 Jahre) und der Ärmeren diesem Statement zustimmen; eine Ausnahme bilden hier nur Slowenien und Estland.

All diese Befunde werfen die Frage auf, ob die nachsozialistischen Wohlfahrtsstaaten und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen nur von einer Minderheit positiv gewürdigt und unterstützt werden, nämlich denjenigen, die unter den neuen Bedingungen erfolgreich sind bzw. genug Lebenszeit vor sich haben, für die sie sich materiellen Erfolg erhoffen. Wäre dies der Fall, so gibt es wenig Grund für die Annahme, dass sich die Institutionen des Marktes und der Demokratie durch überzeugende Leistungen ein hinreichend robustes Vertrauen erworben haben, mit dem ihre Stabilität steht und eventuell auch fällt. Die zitierten Ergebnisse lassen zumindest vermuten, dass die zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten noch einen weiten Weg zurücklegen müssen, bevor sie das Leistungsniveau und damit die Überzeugungskraft ihrer Varianten im kontinentalen Westeuropa erreichen, ganz zu schweigen von denen in Skandinavien. Die Konsolidierung ihrer Demokratien und ihre belastbare Integration in das institutionelle Gefüge der EU wird diesen Ländern wohl erst mit der Überwindung ihrer verbliebenen sozialstaatlichen Defizite gelingen.

### *Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und die Dynamik der erweiterten Europäischen Union*

Nicholas Barr<sup>10</sup> hat das strategische Dilemma, das der europäischen Politik von Beitritt und Erweiterung zugrunde liegt, elegant zusammengefasst. Ihm zufolge drückt sich dieses Dilemma in zwei Fragen aus. Die erste lautet: »Waren die Beitrittsmodalitäten [wie sie von den EU-15 Eliten mit den Beitrittskandidaten ausgehandelt wurden] *restriktiv* genug, um von den Regierungen der alten Mitgliedsstaaten ihren Wählern gegenüber vertreten werden zu können?« Aus dieser Sicht dürfen die Mo-



dalitäten nicht »zu großzügig« sein, weil allzu großes Entgegenkommen gegenüber den östlichen Nachbarn bei den Wählern nicht gut ankommt. Umgekehrt muss aber auch gefragt werden: »Waren die ausgehandelten Beitrittsmodalitäten *großzügig genug*, um von den Politikern der neuen Mitgliedsstaaten *ihren* Wählern gegenüber vertreten werden zu können?« (meine Hervorhebung, CO). Zwischen diesen beiden Bedingungen war ein Gleichgewicht zu finden. Jedoch war (und bleibt unter den aktuellen Turbulenzen) unklar, ob es so einen Gleichgewichtspunkt beiderseits zufriedenstellender Konzessionen überhaupt gibt. Zudem bestand eine klare Asymmetrie zwischen den vorherrschenden Motivationen auf beiden Seiten der Osterweiterung. Aus Sicht der neuen Mitgliedsstaaten betrachtet, fordert ihnen ihr EU-Beitritt *politische* Opfer ab; denn auf dem Hintergrund der wachen Erinnerung ihrer Zwangsintegration in das supranationale System von Warschauer Pakt und Comecon bringen sie eine verständliche Empfindlichkeit mit, wenn es um die Verteidigung ihrer nationalstaatlichen Souveränität gegen eine Bevormundung durch »Brüssel« geht.<sup>11</sup> Unter anderem erfordert der Beitritt die Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien sowie die Übernahme des *acquis communautaire* mit seinen 85 000 Seiten europäischer Rechtsnormen, bei deren Entstehung die neuen Mitgliedsstaaten weitgehend ohne Einfluss waren. Dieses Opfer ist in den neuen Mitgliedsstaaten politisch nur dann zu vertreten, wenn es in der Wahrnehmung der heimischen Wähler durch handfeste *wirtschaftliche* Vorteile, die einem neuen Mitgliedsstaat durch den Beitritt erwachsen, mehr als aufgewogen wird. Die Sicht der alten EU-15 Mitgliedsstaaten ist genau spiegelbildlich: Sie antizipieren gravierende *wirtschaftliche* Opfer, die auf viele der alten Mitgliedsstaaten im Zuge der Osterweiterung zukommen, so den Abfluss von EU-Mitteln nach Osten, die Verlagerung von ausländischen Direktinvestitionen in nahe gelegene »Niedriglohnländer« und die ungesteuerte Zuwanderung von Arbeitsmigranten. Diese wahrgenommenen (und gern dramatisierten) kurz- bis mittelfristigen Negativ-Effekte der Osterweiterung sind aus der Sicht der alten Mitgliedsstaaten allenfalls durch verbesserte Aussichten auf *politische Stabilität* der neuen kapitalistischen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu kompensieren.<sup>12</sup> Gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts sind auf beiden Seiten, auf denen diese Kompensationsrechnungen angestellt werden, Anzeichen von Nervosität und Unsicherheit zu beobachten.

Was die Balance aus Sicht der neuen Mitgliedsstaaten angeht, so sind wohl der Wohlstand und die soziale Sicherheit, die die neuen kapitalistischen Volkswirtschaften (im Verbund mit ihren neuen Wohlfahrtsstaaten und der supranationalen Integration in die EU) bisher bieten, zu dürftig und zu ungleich verteilt, um die Einbuße an nationaler Autonomie verschmerzen zu lassen. Es ist daher – auch angesichts der Schwäche liberaler Traditionen in der politischen Kultur dieser Länder – nicht überraschend, dass das so wahrgenommene Ungleichgewicht in nahezu allen neuen Mitgliedsstaaten erhebliche politische Chancen für ethnisch-nationalistische, populistische und antieuropäische Kräfte eröffnet hat.<sup>13</sup> Solche Enttäuschungsreaktionen werden womöglich vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise noch weiter um sich greifen. Obwohl diese Krise die neuen Mitgliedsstaaten ungleich härter trifft als die meisten der alten Mitgliedsstaaten, ist bei diesen kaum die Bereitschaft oder die Fähigkeit<sup>14</sup> zu beobachten, durch ein wirklich EU-weites effektives Krisenmanagement die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedsstaaten vor den Auswirkungen der Krise zu bewahren. Diese Volkswirtschaften sind weitgehend abhängige Ökonomien, vor allem, was den Bankensektor und die Industrieproduktion angeht. Ein Beispiel für diese Abhängigkeit ist die von der ungarischen Regierung behauptete Tatsache, dass nicht weniger als 40 % des ungarischen Bruttoinlandsprodukts von deutschen Unternehmen in Ungarn erwirtschaftet werden.<sup>15</sup> Solche Zahlen weisen auf die Verletzbarkeit hin, der die ungarische Ökonomie durch die deutsche Rezession ausgesetzt ist. Auch für den Finanzsektor gilt wohl: Wenn die einen sich erkälten, holen die anderen sich eine Lungenentzündung. Vor diesem Hintergrund werden Zweifel der neuen Mitgliedsstaaten verständlich, die auf die Frage hinauslaufen: Waren die (bisher erkennbaren) wirtschaftlichen Vorteile des Beitritts wirklich die mit ihm verbundenen Einbußen an politischer Autonomie »wert«?

Spiegelbildlich die Sicht der alten Mitgliedsstaaten: Von ihnen wird zunehmend bezweifelt, ob die Logik der Osterweiterung, also die Öffnung der Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkte sowie der Transfer von EUMitteln in die neuen Mitgliedsstaaten tatsächlich den angestrebten Ertrag politischer Stabilität und europaweiter Kooperation erbringen wird. Diese Zweifel werden bestätigt und bestärkt von Symptomen anti-liberaler, ethnozentrischer und auch anti-europäischer Reaktionen, die in vielen der neuen Mitgliedsstaaten zu beobachten sind. Mungiu-Pippidi<sup>16</sup> führt

dafür folgende Indikatoren auf: den Aufstieg populistischer Gruppierungen, politische Radikalisierung, schwache Mehrheiten, Spaltungstendenzen innerhalb instabiler Parteien und Regierungskoalitionen, Verletzungen demokratischer Standards. Mit Ausnahme von Slowenien sind sogar die wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Region – die Tschechische Republik, Polen und Ungarn – hinsichtlich der Qualität ihrer demokratischen Entwicklung zwischen 2000 und 2007 zurückgefallen. Intern instabile und extern (im Hinblick auf die EU und ihre Integrationsagenda) unkooperative politische Eliten lassen auch in den alten Mitgliedsstaaten die Frage aufkommen: Waren die bisher sichtbaren politischen Ergebnisse der Osterweiterung wirklich den dafür aufgewandten wirtschaftlichen Preis »wert«? Es überrascht nicht, dass diese Zweifel zu einer Zeit wachsen, in der nicht nur die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise um sich greifen, sondern in der vor allem die Osterweiterung selbst eine vollendete Tatsache ist und damit die Möglichkeit einer »konditionalistischen« Einflussnahme der alten auf die neuen Mitgliedsstaaten größtenteils eine Sache der Vergangenheit ist. »Am Tage nach dem Beitritt ... lässt der Einfluss der EU nach wie der einer Kurzzeitnarkose«.<sup>17</sup>

Die Vermutung liegt nicht fern, dass die den Beitrittskandidaten von »Brüssel«, also den alten Mitgliedsstaaten, auferlegten Bedingungen genau deshalb so einschneidend waren, weil absehbar war, wie bald sich das Zeitfenster wirksamer Konditionalität schließen würde. Nicholas Barr<sup>18</sup> hat eine Frage aufgeworfen, die von zukünftigen Historikern zu beantworten sein wird: Haben die Beitrittsmodalitäten (zum Beispiel der *acquis* zusammen mit den Konvergenzkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes), wie sie von den alten Mitgliedsstaaten definiert wurden, den wirtschaftlichen und politischen Wandel in den postsozialistischen Ländern Zentral- und Osteuropas wirklich gefördert? Barr weist vorsichtig auf die Möglichkeit hin, dass der vom *acquis* geforderte »umfangreiche Arbeitnehmerschutz« in Kombination mit makroökonomischer Konditionalität (z.B. strenge Budgetrestriktionen infolge der Konvergenzkriterien) »die Übergangskosten unnötig erhöht hat«<sup>19</sup> und verhindert haben könnte, dass die neuen Mitgliedsstaaten ihre »hohen, mit dem Übergang verbundenen Sozialausgaben, zum Beispiel Arbeitslosenhilfe und Armutsbekämpfung«<sup>20</sup>, aufrechterhalten konnten. Die Zwänge des Beitrittsregimes haben es womöglich erschwert, das beachtliche Wirtschaftswachstum in ebenso beachtliche Fortschritte bei der sozialen Sicherheit umzumünzen.

Es wird sich zeigen, wie die verbliebenen Mängel der sozialen Sicherung und der Armutsbekämpfung die politische Stabilität in der Region beeinflussen, wenn sich einmal die Elitenstrategie des »Divide and Pacify«<sup>21</sup> als nicht mehr gangbar erweisen sollte.

Ich habe hier in gewiss etwas spekulativer Weise kausale Zusammenhänge zwischen vier Makrovariablen angesprochen: 1. die Beitrittsbedingungen, 2. deren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der alten wie der neuen Mitgliedsstaaten, 3. die Konsequenzen für die wohlfahrtsstaatlichen Leistungssysteme und 4. politische Stabilität (Rechtsstaatlichkeit sowie demokratische Konsolidierung). Zum ersten Punkt ist zu konstatieren, dass die Beitrittsbedingungen die Wirtschaftsleistung in der Region in einer Weise beeinflusst haben, die nach Zeithorizonten (kurz- vs. langfristig) und nach geographischer Lage (unmittelbare bzw. entferntere Nachbarschaft) zu differenzieren ist. Jedenfalls bleibt das Wohlstandsniveau der neuen Mitgliedsstaaten nicht nur gegenwärtig, sondern auf absehbare Zeit hinter dem der alten Mitgliedsstaaten zurück. Im Jahr 2010 werden voraussichtlich nur Tschechien und Slowenien Pro-Kopf-Einkommen von über 50 % des EU-15 Durchschnitts erreichen. Sogar dann, wenn sich die ausgesprochen optimistische Annahme bestätigen sollte, dass die neuen Mitgliedsstaaten ein durchschnittliches Wachstum von 3,5 % erreichen und die alten sich mit 1,5 % begnügen müssen, würden erst im Jahr 2030 die beiden wirtschaftlich stärksten Länder (Tschechien und Slowenien) etwas besser abschneiden als der EU-Durchschnitt.<sup>22</sup> Das Wirtschaftswachstum der Beitrittsländer kann von ihrer EU-Mitgliedschaft in verschiedener Weise beeinflusst werden. Natürlich ist die Öffnung westlicher Märkte für Industrie- und Agrarprodukte der neuen Mitglieder entscheidend. Das gilt auch für ausländische Direktinvestitionen, deren Volumen wiederum von politischer Stabilität abhängt. Allerdings können auch einige Faktoren im Beitrittsprozess Wachstumsaussichten mindern, so die regulativen Auflagen des *acquis*, die durch das Lohngefälle induzierte Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, die ökonomische Abhängigkeit von den westlichen Volkswirtschaften und die fiskalischen Konvergenzkriterien.

Zweitens ist die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates mit dem Pro-Kopf-Einkommen durch die Faustregel verknüpft, dass der *Anteil* der Sozialausgaben mit der *absoluten Höhe* des Bruttosozialproduktes zunimmt. Diese Gleichung wird jedoch deutliche Veränderungen erfahren, da die

Volkswirtschaften der neuen Mitgliedsstaaten um Investitionen kämpfen müssen, indem sie ihren komparativen Vorteil bei den Lohn- und Lohnnebenkosten (Sozialbeiträgen) zu erhalten suchen. Der andere große Wettbewerbsparameter zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten ist das Niveau der direkten und indirekten Besteuerung. Einige der neuen Mitgliedsstaaten haben in diesen Bereichen sehr niedrige Einheitssteuersätze eingeführt (z.B. nur 10 % in Bulgarien), was die Steuereinnahmen und somit auch die Sozialleistungen gravierend begrenzt. Drittens gibt es wohl einen kausalen Zusammenhang nicht nur zwischen Wirtschaftswachstum und Niveau der Sozialleistungen, sondern auch zwischen diesen beiden Größen und politischer Stabilität und demokratischer Konsolidierung. Art und Richtung dieser Zusammenhänge ist von großer analytischer und politischer Bedeutung, wobei jedoch noch eine Reihe von weiteren Faktoren (die Akteure des Parteiensystems, die Muster der politischen Kultur, die Struktur der Interessenvertretung) eine Rolle spielen.

Der letzte der oben angesprochenen Zusammenhänge, jener zwischen sozialpolitischem Leistungsniveaus einerseits und politischer Stabilität und gesellschaftlicher »Kohäsion« andererseits, ist für alle Beteiligten und Beobachter der Entwicklung in der Region von besonders großem Interesse. Aktuelle Forschungen legen nahe, dass die Stabilität der demokratischen Regimeform von guten Leistungen des Wohlfahrtsstaates abhängig ist. So stellt etwa Carles Boix<sup>23</sup> das Argument zur Debatte, wonach die Austragung von Interessenkonflikten nur dann zuverlässig im Rahmen demokratischer Prozeduren stattfinden wird, wenn die *Verlierer* eines Konflikts bzw. die durch eine kollektiv bindende Entscheidung Benachteiligten Grund zu der Erwartung haben, dass sie bei der nächsten Wahl oder der nächsten Verhandlungsrunde besser abschneiden werden. Die Zuversicht auf die Ergebnisse der »nächsten Runde« wird dadurch bestärkt, dass sich die politischen und organisatorischen Ressourcen von Mehrheit und Minderheit angleichen; wenn man dagegen Grund hat, sich selbst als »Dauer-Verlierer« zu betrachten, lässt die Bindung an die Regeln und Prozeduren des demokratischen politischen Prozesses nach. Eine gewisse Egalisierung der Lebenschancen begünstigt dagegen auf allen Seiten die Bereitschaft, das bestehende demokratische Regime oder auch die supranationale Rolle der EU zu akzeptieren. Dieses Argument wird durch den Befund bestätigt, dass Länder mit einem Gini-Index<sup>24</sup> von mehr als 0,5 (also solche mit einer sehr ungleichen Einkommensverteilung) mit

einer Wahrscheinlichkeit von 6,6 % pro Jahr den Zusammenbruch ihrer Demokratie erleben, während in Ländern mit einem niedrigeren Gini-Index die Wahrscheinlichkeit eines solchen Zusammenbruchs im Zeitraum zwischen 1950 und 1990 bei 0 % lag.<sup>25</sup> Ähnlich hängt auch die Stabilität der europäischen Institutionen von einer gewissen sozialökonomischen Homogenität der Mitgliedsstaaten ab. Seit der zweiten Erweiterungsrunde von 2007 liegt jedoch der Gini-Index der EU-27 bei 0,399, schlechter als in den USA (0,394), und genau ein Drittel der Gesamtbevölkerung der EU-27 lebt von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens der sechs Gründungsländer der europäischen Integration. Solche Ergebnisse legen die Folgerung nahe: Solange Einkommen und soziale Sicherung nicht in den Mitgliedsstaaten selbst wie im gesamten Wirtschaftsraum der EU-27 zu einer gewissen Konvergenz gebracht werden können, werden liberale Demokratien innerhalb der neuen Mitgliedsstaaten und deren stabile Integration in die EU gefährdet sein.

All diese empirischen Muster, analytischen Kategorien und theoretischen Erklärungen sind jedoch einem Wandel ausgesetzt, der sie womöglich hinfällig werden lässt. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, von der die neuen Mitgliedsstaaten weit härter getroffen werden als die alten, hat zur Folge, dass die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Region nicht mehr ohne weiteres mit den Annahmen und Konzepten verstanden, prognostiziert oder gar beeinflusst werden können, die aus der Zeit vor der Krise stammen.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu jetzt A. Cerami / P. Vanhuysse (Hg.), *Post-Communist Welfare Pathways. Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe*, London 2009.
- 2 Stephan Haggard / Robert R. Kaufman, *Development, Democracy, and Welfare States*, Princeton UP, 2008, S. 308.
- 3 Ebd., S. 344.
- 4 Vgl. Frank Schimmelfennig / Ulrich Sedelmeier (Hg.), *The Europeanization of Central and Eastern Europe*, Cornell UP, 2005.
- 5 Vgl. Pieter Vanhuysse, *Divide and Pacify. Strategic Social Policies and Political Protest in Post-Communist Democracies*, Budapest 2006.
- 6 Vgl. Claus Offe, »The Politics of Social Policy in East European Transitions: Antecedents, Agents, and Agenda of Reform«, in: *Social Research* 60, Nr. 4 (1993), S. 649-684.

- 7 Auch heute noch sind spezifisch *bürgerrechtliche* sozialpolitische Ideen wie das bedingungslose Grundeinkommen in der Region nahezu unbekannt.
- 8 A. Alesina / N. Fuchs-Schündeln, »Good-Bye Lenin (or not?): The Effect of Communism on People's Preferences«, in: *American Economic Review* 97, Nr. 4 (2007), S. 1507-28.
- 9 W. Merkel / H. Giebler, »Measuring Social Justice and Sustainable Governance in the OECD«, in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.) *Sustainable Governance Indicators 2009*, Gütersloh 2009, S. 187-215.
- 10 Vgl. Nicholas Barr (Hg.), *Labour Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe. The Accession Beyond*, Washington DC, World Bank, 2005, S. 16.
- 11 Vgl. F. Schimmelfennig / U. Sedelmeier (Hg.), »Governance by Conditionality: EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe«, in: *Journal of European Public Policy* 11 (2004), S. 661-79.
- 12 Vgl. S. Fuchs / C. Offe, »Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States«, in: C. Rumford (Hg.), *The SAGE Handbook of European Studies*, London 2009, S. 424-441.
- 13 A. Mungiu-Pippidi, »Is East Central Europe Backsliding? EU Accession is no End of History«, in: *Journal of Democracy* 18 (2007), S. 8-16.
- 14 »There is no joint fiscal policy, no joint tax policy on which industries to subsidize or not«, schreibt die *New York Times* (2. März 2009) in einem Artikel mit dem Titel »Growing Economic Crisis Threatens the Idea of One Europe«.
- 15 Vgl. H. W. Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?*, München 2003, S. 65-66.
- 16 Vgl. Mungiu-Pippidi, a.a.O., S. 7.
- 17 Ebd., S. 16.
- 18 Vgl. Barr, *Labour Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe*, a.a.O.
- 19 Ebd., S. 20.
- 20 Ebd., S. 17.
- 21 Vgl. Vanhuyse, *Divide and Pacify*, a.a.O.
- 22 Daten zitiert nach Fuchs / Offe, »Welfare State Formation in the Enlarged European Union«, a.a.O., S. 424-441, Tabelle 2.
- 23 Vgl. C. Boix, »The Institutional Accomodation of an Enlarged Europe«, in: *Europäische Politik* 06/2004. Bonn, Friedrich-Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id/02103.pdf>
- 24 Der Gini-Index dient als statistisches Maß für Ungleichverteilungen z.B. von Einkommen oder Vermögen. Der Wert kann Größen zwischen 0 und 1 annehmen; je näher er an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

*Ralf Dahrendorf*  
FREIHEIT UND SOZIALE BINDUNGEN\*

I

Die tiefgefrorenen Konfrontationen des Kalten Krieges liegen nun hinter uns. Die Geschichte ist wieder in Bewegung. Jetzt werden liberales Handeln und Nachdenken durch eine Frage beherrscht: Wie können wir zugleich die Verfassung der Freiheit und die sozialen Bindungen der Zugehörigkeit sichern?

Es ist deutlich: Die politische Demokratie und die Marktwirtschaft sind *kalte* Projekte. Sie sind zivilisierte Erfindungen aufgeklärter Geister und Gemeinwesen, aber sie rühren nicht ans Herz, und sie sollen das auch gar nicht tun. Sie sind Mechanismen der Problemlösung, geschaffen, um Veränderungen des Geschmacks, der Politik und sogar des Führungspersonals ohne Blutvergießen und unnötige Schmerzen möglich zu machen. Als solche sind sie brillante und zu Recht hoch geschätzte Erfindungen. Aber Heimat sind sie nicht; sie geben Menschen weder Identität noch einen Sinn der Zugehörigkeit. Insoweit lassen sie Menschen draußen in der Kälte und auf der Suche nach einem Dach über dem Kopf. Demokratie und Marktwirtschaft sind wichtig, aber nicht all-wichtig.

Hinzu kommt eine noch schwierigere Einsicht. Es sieht so aus, als ließen sich die Mechanismen der offenen Gesellschaft nicht aufrechterhalten, ohne dass Menschen zugleich wissen, wohin sie gehören. Demokratie und Anomie sind unglückliche Bettgenossen. Anomie zerstört am Ende die Freiheit – und sei es nur, weil ihr moralisches Vakuum falsche Götter und böse Propheten anzieht.

Als wenn das nicht reichte, kommt noch das »Böckenförde-Paradox« hinzu: Demokratie und Marktwirtschaft haben Voraussetzungen, die sie doch selbst nicht garantieren können. Sie sind weder imstande, die notwendigen sozialen Bindungen zu stiften, noch war das je ihre Absicht.

\* Dieser Essay erschien zuerst unter dem Titel „Freiheit und soziale Bindungen. Anmerkungen zur Struktur einer Argumentation“ in: Krzysztof Michalski (Hg.), *Die liberale Gesellschaft*, Castelgandolfo-Gespräche Band V, Stuttgart 1993.



An Beispielen für die ernste Bedeutung der Problematik ist kein Mangel. Eines darunter ist zugleich real und in gewisser Weise generisch; Jean Baechler hat es in seiner brillanten Analyse »Mourir à Jonestown« in lebhaften Farben geschildert.<sup>1</sup> Der »Pfarrer« Jones nahm seine Gemeinde mit sich nach Guyana, und als seine Schreckensherrschaft ruchbar wurde, überzeugte er 914 Sektenmitglieder, in einer Schlange geduldig darauf zu warten, dass er ihnen tödliches Selbstmordgift verabreichte, bis er sich dann selbst erschoss. Verlorene Menschen lassen zuerst ihre Freiheit und dann ihr Leben fahren; sie folgen einem falschen Führer in seinen überdimensionierten Selbstmord. Sie »gehören« ihm im schlimmsten Sinne des Wortes. Baechler selbst spielt auf Hitler an und auf Deutschlands kollektiven Selbstmord im Jahre 1945; man erinnert sich auch an Franz Neumanns (und an manchen Punkten auch Hannah Arendts) Analyse des deutschen Nationalsozialismus und seiner Wurzeln in Anomie.

Aktuelle Beispiele liefern vor allem nationalistische und fundamentalistische Versuche, eine Heimat zu finden. Im Namen der Selbstbestimmung (d.h. der nationalen Identität) wird die Selbstbestimmung (d.h. die demokratische Freiheit) aufgegeben. Václav Havel hatte weise Kommentare zur Frage des »Zuhause-seins«, aber konnte doch den Zerfall der Tschechoslowakei und die Entstehung einer Slowakei, in der Freiheit und Rechtsstaat gefährdet sind, nicht verhindern. Wenn es hart auf hart geht, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen dem Versprechen sozialer Bindungen verfallen, mindestens so groß wie die, dass sie sich auf die Realität des Marktes verlassen.

Dies also ist die Frage: Welche sozialen Bindungen stützen politische und wirtschaftliche Freiheit, statt sie zu zerstören? Lassen solche Bindungen sich in der modernen Welt finden – gar schaffen – und wenn ja, wo und wie?

## II

Es mag nützen, zuerst einen Blick auf die Erfahrungen der großen und alten Demokratien zu werfen. In jeder von diesen finden sich Elemente des Zusammenhalts, die jenseits der Institutionen der offenen Gesellschaft angesiedelt sind.

*Die Vereinigten Staaten von Amerika.* Tocqueville verweist schon auf die Bedeutung einer merkwürdigen »Zivilreligion« für die Demokratie in

Amerika: eine unentwirrbare Verknüpfung des amerikanischen Traums im Ritual der meisten Kirchen mit religiösen Symbolhandlungen im politischen Leben; die Flagge; die häufige Anrufung Gottes, das ganze »Gott segne Amerika«-Syndrom. »Zivilreligion« gibt der Religion einen merkwürdig säkularen Charakter, während Bürgertugenden zugleich religiös überhöht werden. Auf diese Weise wird »Amerika« zu einer Heimat, die doch die Demokratie und den Markt ihren eigenen Gesetzen überlässt.

*England* (jedoch nicht das Vereinigte Königreich). Burke sprach vom »Urvertrag der ewigen (englischen) Gesellschaft«. Er meinte eine Tradition, die zum Beispiel Frankreich nicht hat, weshalb denn auch (nach Burkes Meinung) die Französische Revolution scheitern musste. »Englisch geboren zu sein, ist kein Zufall«, meinte ein bekannter englischer Politiker. Dies war das gemeinsame Dach; darunter gab es andere schützende Decken, die indes zugleich spaltende Wirkungen hatten – wie die Klassenzugehörigkeit. Es wäre von Interesse, den Zusammenhang zwischen Englands Demokratie bis etwa 1950 (vielleicht sogar noch später) und dem Fortbestand starrer, fast kastenartiger Klassenstrukturen genauer zu untersuchen.

*Die Schweiz.* Hier war Heimat im Wortsinn ein Kernbestandteil der Demokratie; Menschen sind zuerst Bürger eines Kantons und einer Gemeinde, und Schweizer sind sie nur aufgrund der Zugehörigkeit zu diesen realen Einheiten. Der Marktplatz der direkten Demokratie drückt das angemessen aus, wenngleich diese Art von Bindung in einem manchmal spürbaren Widerspruch zur Entwicklung wirksamer repräsentativer und demokratischer Institutionen für den Gesamtstaat steht.

Andere Beispiele ließen sich geben. Schweden etwa bezeugt die Rolle der sozialen Homogenität für eine bestimmte Art von Demokratie. Ein kritisches und beunruhigendes Thema: Der oben zitierte englische Politiker sagte auch: »Schließlich ist klar, dass Demokratie nur in ethnisch homogenen Ländern funktionieren kann.« Würde man nicht hoffen, dass das genaue Gegenteil richtig ist?

Es ist bemerkenswert, dass die in diesen Beispielen erwähnten Bindungen heute sämtlich in Frage stehen. Arthur Schlesinger hat unlängst die »Veruneinigung Amerikas« (*The Disuniting of America*) eindringlich beschrieben. Man könnte auch von der Zersetzung der Zivilreligion sprechen. Englische (und britische) Sozialentwicklungen der letzten Jahrzehnte zielten ausdrücklich nicht nur auf die Auflösung der Klassen,

sondern auch auf die Abweisung der Tradition. *New Toryism* und die »klassenlose Gesellschaft«, in der die C2s (um es in der Reklamesprache zu sagen) des neuen Mittelstandes den Ton angeben, sind Elemente. In der Schweiz ist die Schwäche des Zentralstaates zum Problem geworden. Die Schweizer Europadiskussion ist auch darum so emotional, weil sie immer zugleich eine Diskussion über verlorene soziale Bindungen ist. Schweden ist keineswegs das einzige Land, das seine Bindungen stiftende Homogenität verloren hat; Heterogenität ist heute die Regel. Daher ist also niemand mehr gefeit vor den Problemen von Freiheit und sozialen Bindungen. Diese Probleme beschränken sich nicht auf die neuen Demokratien, sondern werden auch in den alten Demokratien zunehmend virulent.

### III

Wie kann eine moderne Gesellschaft Bindungen stiften, die kräftig genug sind, um ein Zuhause zu schaffen, und doch privat genug bleiben, um dem Funktionieren der politischen Demokratie und der Marktwirtschaft nicht im Wege zu stehen? Das ist heute ein viel diskutiertes Thema, zu dem sich nachdenkliche Politiker ebenso wie politische Theoretiker geäußert haben. Drei Beispiele (sämtlich aus dem liberalen Spektrum) geben einen Hinweis auf mögliche Projekte.

Das erste Beispiel ist Václav Havel. Er ist wagemutig genug, an seinen Überzeugungen auch gegen alle Theorien und sogar Erfahrungen festzuhalten. Warum sollte der Intellektuelle nicht auch in der Politik Erfolg haben? Warum sollten praktische Entscheidungen nicht stets durch Kriterien der Moralität bestimmt werden? Könnte es nicht doch eine neue Politik mit einer stärker spirituellen Qualität geben? Vor diesem Hintergrund sind auch Havels Meditationen über das »Zuhause« zu verstehen: »Mein Zuhause ist das Haus, in dem ich lebe, die Gemeinde oder die Stadt, in der ich geboren wurde oder in der ich mich aufhalte, mein Zuhause ist meine Familie, die Welt meiner Freunde, das gesellschaftliche und geistige Milieu, in dem ich lebe, mein Beruf, mein Betrieb oder Arbeitsplatz. Mein Zuhause ist selbstverständlich auch das Land, in dem ich lebe, die Sprache, die ich spreche, das geistige Klima, das mein Land hat und das die Sprache vergegenwärtigt, die man darin spricht... Mein Zuhause ist also für mich auch mein Tschechentum, das heißt meine nationale Zugehörigkeit, und es gibt keinen Grund, warum ich mich zu diesem Teil meines Zuhauses

nicht bekennen sollte, hat es doch für mich dieselbe existentielle Selbstverständlichkeit wie beispielsweise meine Männlichkeit. Mein Zuhause ist allerdings nicht nur mein Tschechentum, sondern auch mein Tschechoslowakentum, also meine Staatsangehörigkeit. Mein Zuhause ist dann auch Europa und mein Europäertum und – endlich – dieser Planet und dessen gegenwärtige Zivilisation sowie verständlicherweise auch diese ganze Welt.«<sup>2</sup>

Eine kraftvolle, eindringliche, auf den ersten Blick überzeugende Position – und doch ... Wie steht es mit dem »Tschechoslowakentum« und damit den Bürgerrechten – auch nur wenige Monate später? Sind die vielen »Zuhause« am Ende zu zerbrechlich, um Bindungen hervorzu- bringen? Ist vielleicht die ganze Vorstellung des »Zuhause ist überall« ein bisschen zu pantheistisch? Die Welt eines Mannes, der (um Max Weber zu zitieren) »in religiösen Dingen unmusikalisch« ist und der dennoch überall Bedeutung sieht? Havels Traum hat die Slowaken nicht zurückge- halten, von Jugoslawien ganz zu schweigen.

Zweites Beispiel. Das Thema der Zugehörigkeit hat in letzter Zeit vor allem die politische Linke beschäftigt. Zum Teil ging es dabei um die Neu- begründung des Wohlfahrtsstaates; zum Teil um die Suche nach einer neu- en Haltung gegenüber Staat und Gesellschaft überhaupt; in allen Fällen ist *community* ein Kernbegriff (eine neue Bewegung des *communitarianism*). Im Deutschen schwankt der Begriff zwischen Gemeinschaft und Gemein- de, die beide die Absicht nicht treffen, so dass es der Klarheit dient, wenn hier auf den englischen Begriff zurückgegriffen wird. David Marquand argumentiert, »was nötig ist, um die zerfransenden Bindungen der *community* neu zu knüpfen, ist ein Sinn für Zugehörigkeit und Engagement«. Marquand findet diesen in einer Haltung, die er »bürger-republikanisch« (*civic republicanism*) nennt, das ist eine Version der »positiven« oder »aktiven Freiheit«: »Am Ende ist die zentrale Botschaft des bürgerlichen Republikanertums die, dass das Selbst sein volles Potential nur dann ent- wickeln und nur dann lernen kann, wie es seine Verpflichtungen gegen- über dem Selbst der anderen wahrnimmt, wenn es im öffentlichen Bereich eines freien Gemeinwesens handelt – dass Politik also sowohl eine zi- vilisierte als auch eine zivilisierende Tätigkeit ist, dass sie in der Tat die am stärksten zivilisierte und zivilisierende Tätigkeit ist, an der Menschen teilhaben können.« Wir können gewiss nicht zurückkehren zu einer ver- lorenen Vergangenheit. »Wir können indes dezentralisierte Strukturen

schaffen – am Arbeitsplatz und in den öffentlichen Diensten wie auch in der formellen öffentlichen Sphäre –, in denen bürger-republikanische Tugenden gelernt und praktiziert werden können. In der Tat, wenn der bürger-republikanische Begriff des Menschen als sozialem Wesen richtig ist, können wir nicht nur, sondern wir müssen es tun. Nach den Annahmen des Bürger-Republikanismus ist die Alternative zur Dezentralisierung Atomisierung, die am Ende zu einer Art Barbarei führt.«<sup>3</sup>

Ein kleines bisschen romantisch vielleicht? Die Rückkehr zu einer »Öffentlichkeit«, von der Habermas in seiner Doktorarbeit gezeigt hat, dass sie vor langer Zeit dahingegangen ist? Auch fällt der emphatische Stil des Anwalts der »positiven Freiheit« auf, die Hoffnung auf einen »neuen Menschen«. Ein guter Teil des Denkens der neuen Linken zielt darauf hin, die politische Sphäre selbst in ein »Zuhause« zu verwandeln, entweder, indem Haltungen und Einstellungen an die Institutionen gleichsam angebunden werden (»Verfassungspatriotismus«) oder indem ein Verhalten gefordert wird (Teilnahme, »zivilisierte und zivilisierende Tätigkeit«), das Bindungen stiftet. Von allen praktischen Zweifeln abgesehen, erheben hier die Fragen von Isaiah Berlins »Zwei Begriffen der Freiheit« ihr hässliches Haupt.

Das dritte Beispiel ist Ernest Gellners Predigt (das war es tatsächlich, eine Predigt am King's College, Cambridge) über die »Einmaligkeit der Wahrheit«. Gellner hat drei *dramatis personae*. Da ist einmal der Relativist, dessen »leichtfertigen Ökumenismus« er für unfähig hält, »irgend jemandem eine wirklich moralische Überzeugung zu vermitteln«. Zweitens dann erscheint der Fundamentalist, dessen »asymmetrische« Ansprüche im Namen einer »exklusiven, eifersüchtigen, angeblich monopolistischen Offenbarung« nicht nur die Toleranz, sondern auch die Freiheit bedrohen. Was bleibt noch? Der Aufklärungspuritaner (*Enlightenment Puritan*). Aber Gellner kennt das Problem, um das es in diesen Anmerkungen geht: »Der Fundamentalist und der Aufklärungspuritaner teilen den Sinn und den Respekt für die Einmaligkeit der Wahrheit; der Aufklärungspuritaner und der Relativist teilen die Neigung zur Toleranz; und der Relativist und der Fundamentalist teilen eine ziemlich gut eingerichtete, bewohnbare Welt, ganz im Unterschied zu der herben Leere der Welt des Aufklärungspuritaners.«

Wie lässt sich die »herbe Leere« füllen? Gellners Plädoyer wird hier gänzlich, ja fast erschreckend pragmatisch: »Wenn diese Geschichte über-

haupt eine klare Moral hat, dann die, dass die Zukunft nicht in einer säkularen Gegenrevolution liegt, sondern vielmehr in jener zweideutigen, instabilen, unbequemen Beziehung zwischen Glauben, Indifferenz und Ernsthaftigkeit, die ich zu beschreiben versucht habe.«<sup>4</sup>

Gellner kennt die osteuropäische Situation gut; in gewisser Weise geht es in seiner Predigt nur um diese. Er weiß daher auch, dass die pragmatische »Bindung« des praktizierten Aufklärungspuritaners nicht nur prekär bleibt, selbst wo es gelungen ist, sie zu entwickeln, sondern dass es nahezu unmöglich ist, sie auf die neuen Demokratien zu übertragen. »Gesegnet sind die«, so schließt er seine Predigt, »die nur unsere Probleme haben«. Aber reicht das wirklich?

#### IV

Das Problem von Freiheit und sozialen Bindungen ist real genug; die Antworten, die dazu angeboten werden – und von denen die obige Stichprobe nur einen Eindruck, nicht einen vollständigen Katalog gibt –, lassen viele Fragen offen. Versuchen wir, die Suche nach der Antwort dadurch voranzutreiben, dass wir eine Vorfrage stellen: Welchen Kriterien müssten soziale Bindungen genügen, um sowohl wirksam als auch vereinbar mit der Verfassung der Freiheit zu sein? Hier sind ein paar:

– Bindungen müssen wirksam binden, ohne Abhängigkeiten zu schaffen. Bindungen – ich habe sie auch Ligaturen genannt – müssen über unmittelbare und ephemere Beziehungen hinausgehen; sie müssen in die »Tiefenkultur« reichen. Zugleich müssen sie Einzelne freilassen, ihre Interessen auf dem Marktplatz und in der politischen Öffentlichkeit zu verfolgen.

– Um die Dinge weiter zu komplizieren: Bindungen – Ligaturen – müssen in den öffentlichen Bereich hineinreichen. Sie sind mehr als private Glaubensüberzeugungen in einer Welt, in der alles gleich gültig ist. (Der Relativist kennt keine Bindungen.) Sie sind gemeinsame Bindungen, soziale Bindungen.

– Bindungen dürfen nicht von politischen und ökonomischen Institutionen abhängig sein. Man kann das »Böckenförde-Paradox« auch auf den Kopf stellen: Es ist von kritischer Bedeutung, dass die Demokratie die sozialen Bindungen nicht selbst garantiert, ohne die sie doch nicht existieren kann. Aus diesem Grund reicht der »Verfassungspatriotismus«

wahrscheinlich nicht: Ligaturen transzendieren nicht nur Gesetze, sondern auch Verfassungen.

– Zugleich sind Bindungen nicht zu denken als die »positive Freiheit«, die die »negative Freiheit« der Institutionen ergänzt. Jede Definition der Freiheit durch das, was Menschen tun – statt nur durch das, was sie zu tun berechtigt sind –, ist riskant; sie führt in die Irre und ermutigt Tyrannen. Bindungen schaffen also nicht »kommunitäre Aktivisten« (oder auch nur jene, die sich am ständigen Diskurs ergötzen, wie herrschaftsfrei dieser auch sein mag); sie bringen selbstbewusste Menschen hervor, die sich um ihre Zugehörigkeiten keine Sorgen machen.

Quadratur des Zirkels? Abstrakt gesehen, mag das der Fall sein, so dass wir zu Gellners Pragmatismus zurückkehren müssen. Die Beziehungen zwischen Kirche(n) und Staat in reifen Demokratien liefern ein gutes Beispiel. Sie bleiben immer prekär. Streitfragen werden nicht beantwortet (Abtreibung, Kirchensteuer). Aber manche Gesellschaften haben Methoden entwickelt, um die resultierenden Konflikte erträglich zu halten. Menschen müssen ihren Glauben nicht aufgeben, um in Institutionen tätig zu werden, und sie brauchen Institutionen nicht zu verändern, um ihren Glauben zu gestalten. Gellner plädiert geradezu für die Zweideutigkeit von Gesellschaften, die es gelernt haben, solche Streitfragen in ein »anständiges Halbdunkel« zu hüllen, und auch von Individuen, die es sich leisten können, ihre eigene Position anderen oder sogar sich selbst nicht zu erklären. »Wir (er meint: wir in Britannien) wissen, dass ein politisches System dieser Art gut funktioniert, und können nur hoffen, dass weniger glückliche Länder, die erst vor kurzem von ihrem säkularen Absolutismus befreit worden sind, ihrerseits eine Version des Systems entwickeln werden.«

## V

Indes, vielleicht gelingt ihnen das nicht. Etwas mehr Klarheit, etwas mehr hilfreicher Rat ist nötig. Das bringt uns zu einem modischen Begriff, der vielleicht zu modisch geworden ist: *Bürgergesellschaft*. Fast zögert man, ihn zu verwenden, nun da er zum *deus ex machina* des sozialen und politischen Diskurses geworden ist. Es ist daher nötig hervorzuheben, was die Bürgergesellschaft nicht ist – nicht sein darf –, wenn sie die sozialen Bindungen schaffen soll, die es der Verfassung der Freiheit erlauben zu blühen:

Die Bürgergesellschaft ist nicht die gesellschaftliche Grundlegung des Staates oder selbst der Verfassung der Freiheit in einem engen Sinn. Sie unterstützt politische Institutionen nicht, noch ist sie diesen entgegengesetzt. (Dies gilt zumindest unter Bedingungen der Freiheit; in illiberalen Verhältnissen wird die Bürgergesellschaft zum Inbegriff der Opposition gegen den Staat.) Die Bürgergesellschaft ist daher auch nicht ein Instrument der Mobilisierung. Sie ist nicht die Welt von Marquands teilnehmenden Bürgern, für die Politik »die am stärksten zivilisierte und zivilisierende Tätigkeit« ist. Wir müssen in der Lage sein, die Bürgergesellschaft zu denken – und zu verwirklichen –, ohne auch nur einen Gedanken an den Staat zu verschwenden.

Was ist dann die Bürgergesellschaft? Havel hat das schon richtig gesehen in (zumindest einem Teil) seiner Liste der »natürlichen Welt« (Havel zitiert lieber Patocka als Habermas; er spricht daher nicht von der »Lebenswelt«). Das sind gewiss öffentliche Strukturen. Sie bieten Tätigkeitschancen in einem Kontext, der Bedeutung hat. Als solche können sie vielerlei sein: Gemeinden und Unternehmen, Schulen und Vereine, politische Parteien sogar, Kirchen gewiss. Manche der Assoziationen (ein Schlüsselbegriff!) der Bürgergesellschaft sind fließender und kurzlebiger als andere; manche sind eher geeignet, Zugehörigkeiten zu stiften als andere; aber alle schaffen Bindungschancen.

Der Singular, Bürgergesellschaft, gibt einen irreführenden Eindruck der Einheit. Die Bürgergesellschaft ist ein schöpferisches Chaos, eine Vielfalt von sich überlappenden Assoziationen, von denen jede ihren eigenen Existenzgrund, oft auch ihre Geschichte und ihre besonderen Formen der Mitgliedschaft hat.

Die Pointe liegt in der Tatsache, dass die Bürgergesellschaft Bindungen der Zugehörigkeit stiftet, ohne dadurch in die politischen Institutionen einzugreifen. Die Beziehung beider bleibt notwendig schwierig und voll von Gellnerschen Zweideutigkeiten. Überdies liegt auf der Hand, dass ein solches Projekt der Freiheit nur funktioniert, wo der Staat schlank ist und sich auf die Kernfunktionen beschränkt (die sich aufzählen lassen), und wo die Bürgergesellschaft selbst Assoziationen mit totalen Ansprüchen in Schach hält. Irgendwo zwischen einem »Moslem-Parlament« und einer »Roten-Armee-Fraktion« ist eine Grenze zu ziehen. Der schlanke Staat, verbunden mit einer reichen Bürgergesellschaft, kommt einer Definition des öffentlichen Gesichts der Freiheit sehr nahe.



Die Frage bleibt, vor allem im Hinblick auf die neueren Demokratien, wie ein solcher Zustand der Dinge sich herstellen lässt. Die Frage muss offenbleiben.

#### Anmerkungen

- 1 Jean Baechler, »Mourir à Jonestown«, in: *Europäisches Archiv für Soziologie* XX/2, 1979.
- 2 Václav Havel, *Sommermeditationen*, Berlin 1992, S. 24.
- 3 David Marquand, »Civic Republicans and Liberal Individualists«, in: *Europäisches Archiv für Soziologie* XXXII/2, 1991.
- 4 Ernest Gellner, »The Uniqueness of Truth«, King's College, Cambridge, 31. Mai 1992.

*Robert Silvers*  
DILEMMAS EINES HERAUSGEBERS\*

I

Für einen Zeitschriftenmacher ist es ungewöhnlich, einen Vortrag zu halten, und erst recht einen Vortrag über die Dilemmas, mit denen er sich konfrontiert sieht. Ich war immer der Ansicht, der Herausgeber einer Zeitschrift sei ein Vermittler, ein Mensch, der in mittlerer Distanz Autoren, die er bewundert, mit Lesern zusammenbringt, die sie hoffentlich schätzen werden. Und obwohl ich gelegentlich auch als Journalist und Kritiker gearbeitet habe, war ich doch immer *editor*, zunächst bei der Literaturzeitschrift *The Paris Review*, nachdem ich 1954 aus der Army und meiner Stellung am NATO-Hauptquartier SHAPE ausgeschieden war, wo ich hauptsächlich militärische Verlautbarungen redigiert hatte. Danach wurde ich in New York Redakteur beim wohletablierten *Harper's Magazine*, das, wie ich mich erinnere, sehr stolz darauf war, sowohl Mammie Eisenhower als auch Adlai Stevenson zu seinen Abonnenten zu zählen. Dort stieß ich erstmals auf eines der Probleme des Herausgebers, über das meines Erachtens zu wenig geschrieben wird, nämlich sein Verhältnis zu den Eigentümern. In einer Sondernummer zur amerikanischen Literatur publizierte die brillante amerikanische Literaturkritikerin Elizabeth Hardwick, Ehefrau von Robert Lowell, einen Aufsatz mit dem Titel »The Decline of Book Reviewing« (Der Niedergang der Buchrezension), in dem sie erklärte, die amerikanische Literaturkritik befinde sich allgemein in einem desolaten Zustand, und das gelte in besonderem Maße für die Rezensionen in der führenden *New York Times*.<sup>1</sup> Deren Buchbesprechungen vermittelten

kaum merklich, freundlich, höflich und respektvoll das Gefühl, jedes lebhaftes Interesse an Büchern oder literarischen Fragen überhaupt sei fehl am Platze. Das seichte Lob und die milde Missbilligung, der dürre Stil und der leichte Kurzaufsatz, das Fehlen von Engagement, Leidenschaft, Charakter, Exzentrik und selbst noch

\* Dieser Essay beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 15. Mai 2009 zum jährlichen Fellows-Treffen des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien gehalten hat.

jedes literarischen Tons haben aus der *New York Times* ein provinzielles Literaturjournal gemacht.

Der Artikel sorgte für einige Aufregung beim Verlag Harper's, der damals das *Magazine* besaß, aber auch zahlreiche Bücher publizierte, für die sich die Verlagsbesitzer günstige Rezensionen erhofften – und zwar in der *New York Times*. So kam es, dass man mich einbestellte und mir mitteilte, der Präsident der Harper's Publishing Company werde eine Erklärung schreiben, in der sich *Harper's Magazine* von Elizabeth Hardwicks Artikel distanzieren und sich für diesen Lapsus entschuldigen. Ich hatte zwar volles Verständnis für die Sorgen der Eigentümer und mochte den Präsidenten, Cass Canfield, sehr, doch ich bestand darauf, dass man Elizabeth die Möglichkeit zu einer Erwiderung gab.

Sie sagte mir, sie sei keineswegs überrascht und sogar gespannt auf Cass Canfields Erklärung. Darin hieß es dann, Elizabeth Hardwick habe übersehen, dass der Herausgeber des *New York Times Book Review* nun einmal genau die unkritischen Buchbesprechungen bringen müsse, die weite Teile der Leserschaft erwarteten, und Lizzie – welche die Vorzüge der britischen Rezensenten gegenüber jenen der *New York Times* hervorgehoben hatte – wisse offenbar nichts von den, wie Canfield sich ausdrückte, »Intrigen und wechselseitigen Gefälligkeiten« in den britischen Literaturzeitungen. Darauf erwiderte Elizabeth:

Wie es scheint, ist Mr. Canfield mit einigem Eifer darauf bedacht, sich von illoyalen Meinungen zu distanzieren, und offenbar glaubt er, damit den gewöhnlichen Leser auf seiner Seite zu haben. Daran habe ich keinen Zweifel. Aber ich sehe für den Augenblick keinen besonderen Grund, dem gewöhnlichen Leser, dem gewöhnlichen Verleger oder den gewöhnlichen Rezensionspublikationen Vertrauen zu schenken.

Und weiter schrieb sie:

Ich gestehe, dass ich fasziniert bin von dem Vorwurf, unter britischen Rezensenten und Herausgebern gebe es Intrigen und wechselseitige Gefälligkeiten. Falls das zutrifft, handelt es sich hier vielleicht um den natürlichen Machtkampf, der überall dort zu beobachten ist, wo etwas für die Gesellschaft auf dem Spiel steht. Unsere Liebenswürdigkeit vermittelt mir nicht den Eindruck einer hohen Moral. Sie gleicht eher dem höflich-unpersönlichen Blick einer Kassiererin, die Geld einnimmt, ohne sich in ihrem privaten Leben sonderlich davon beeindruckt zu lassen, ob die Rechnung groß oder klein ist.

Mit diesem Aufsatz und dieser Episode keimte damals der Gedanke auf, in Amerika eine andere Art von Literaturkritik zu schaffen. Und obwohl

er sogleich als unrealistisch abgetan wurde, weil für eine neue Zeitschrift keine Anzeigen in Aussicht standen, eröffnete sich eines Morgens eine große Chance, als mein Freund Jason Epstein von Random House mich anrief und mir sagte, nun sei der Moment, ohne jedes Kapital eine neue Rezensionszeitschrift zu gründen, da die *New York Times* seit mehr als zwei Monaten von den Setzern bestreikt werde und die New Yorker Verleger verzweifelt seien, weil sie keine Möglichkeit hätten, Anzeigen für ihre unaufhörlich weitersprudelnde Buchproduktion zu plazieren. Falls ich ein plausibles Konzept für eine Rezensionszeitschrift hätte, müssten sie alle darin Anzeigen schalten. Er und seine Frau Barbara hätten am Abend zuvor mit Elizabeth Hardwick und Robert Lowell zusammengesessen, und die beiden hätten ihn gebeten, mich zu fragen, ob ich bereit wäre, *Harper's* zu verlassen und eine neue amerikanische Literaturzeitschrift zu gründen.

So verließ ich denn *Harper's*, bat Barbara, die neue Zeitschrift gemeinsam mit mir herauszugeben, und wir fragten Schriftsteller, die wir besonders schätzten, ob sie bereit seien, kurzfristig und ohne Honorar Rezensionen der aktuellen Neuerscheinungen zu schreiben und so zu demonstrieren, welche Art von Literaturzeitschrift wir unseres Erachtens brauchten. Und tatsächlich schrieben W. H. Auden, Norman Mailer, Mary McCarthy, Irving Howe, William Styron, Alfred Kazin und viele andere Autoren innerhalb weniger Wochen Beiträge für die erste Nummer, die im Februar 1963 erschien und im ganzen Land rasch ausverkauft war. Sie ermöglichte es uns, den *New York Review* nun auch ernsthaft zu gründen, indem wir Geld bei Freunden und Bekannten sammelten, denen unsere Nullnummer gefallen hatte. So konnten wir bald eine zweite Nummer herausbringen, in der Edmund Wilson sich selbst interviewte, und zwar unter dem Titel »Every Man His Own Eckermann« (Jeder sein eigener Eckermann).

Entscheidend war nun, dass wir dank Jason einen Plan entwickelten, wonach es zwei Arten von Anteilen an der neuen Zeitschrift geben sollte: B-Anteile für Investoren und A-Anteile, die es den Mitgliedern unserer kleinen Gruppe ermöglichte, den Herausgeber zu bestimmen und die Kontrolle über den redaktionellen Inhalt zu behalten.

*Selbst die Kontrolle zu behalten* war kein bloß formales Arrangement, sondern entscheidend für alles, was wir taten. Damals erschienen die ersten Bücher über die Kennedy-Administration und den eskalierenden

Vietnamkrieg. Von Anfang an war uns klar, dass keine Zeitschrift, die sich ernsthaft mit Büchern und Ideen auseinandersetzt, kontroverse Fragen meiden kann und dass es für eine Literaturzeitschrift oder ein intellektuelles Journal keine geschützte unpolitische Nische gibt. Als der Streit um den Vietnamkrieg und allgemeinere Fragen der amerikanischen Politik an Schärfe gewann, veröffentlichten wir Buchbesprechungen, Artikel und Reportagen, die sich meist kritisch mit dem Krieg auseinandersetzten, manche von französischen Autoren wie Jean Lacoutre und Philippe de Villiers, die das Land gut kannten, andere von diversen Autoren wie John K. Fairbank, Hannah Arendt, George Kennan, Noam Chomsky, Hans Morgenthau, Theodore Draper und dem vietnamesischen Buddhisten Thich Nhat Hanh.

Einer der Hauptinhaber von B-Anteilen kam damals zu mir und sagte, seiner Überzeugung nach sei die Unterstützung der amerikanischen Bemühungen eine Frage amerikanischer Glaubwürdigkeit. Da er aber redaktionell keinen Einfluss habe, wolle er sich nicht weiter am *Review* beteiligen; man solle ihm deshalb seine Anteile auszahlen und wir würden Freunde bleiben. Aber er ließ keinen Zweifel daran, dass er durchaus versucht hätte, den *Review* zu einer Richtungsänderung zu zwingen, hätte er die Macht dazu gehabt.

Als später dann die Nordvietnamesen den Süden besetzten, lenkte meine Freundin Grace Dudley meine Aufmerksamkeit auf einen langen Bericht des frankokanadischen Priesters André Gelinat, in dem er beschrieb, wie die Vietcong und Nordvietnamesen nach dem Einmarsch in Saigon Bücher verbrannten, Schriftsteller inhaftierten und Menschen misshandelten. Als wir diesen Artikel publizierten, kamen einige Inhaber von B-Anteilen zu mir und beklagten sich bitter. Wie für manche andere Kriegsgegner damals waren auch in ihren Augen einzig die vielen Opfer der amerikanischen Bombardierungen der Aufmerksamkeit wert, weshalb sie den Artikel für unerträglich hielten. Tatsächlich hatte er zur Folge, dass mehrere Dutzend Abonnements gekündigt wurden, aber natürlich sind solche Kündigungen letztlich ein Gütesiegel für jedes intellektuelle Journal, das diesen Namen verdient.

Über die Jahre hatten wir mit vielen ähnlich heftigen Klagen zu tun, manche wieder von B-Anteilseignern. Dies betraf insbesondere Artikel zu Israel und Palästina von israelischen Autoren wie Amos Elon, Avishai Margalit und David Grossman, die sich gegen die israelische Besetzung

der Westbank, die dortigen Siedlungen und die Politik Israels gegenüber den Palästinensern richteten. Auch hier kam es zu zahlreichen Kündigungen. Ein prominenter Verleger bot uns an, die Zeitschrift zu kaufen, und jemand, der ihn gut kannte, sagte uns, dass er an dieser Art von Kritik gern etwas verändert hätte.

Entscheidend war in dieser Situation nicht nur die Tatsache, dass wir selbst die Kontrolle über die redaktionellen Inhalte besaßen, sondern ab dem dritten Jahr auch einen kleinen Gewinn erzielen konnten. So konnten wir unabhängig von den Anschauungen der Inhaber von B-Anteilen oder mancher beleidigter Leser weitermachen, wie wir es uns vorstellten, solange wir nur die Druckerei und die Miete zahlen konnten. Und das gelang uns tatsächlich, vor allem dank einer wachsenden Zahl von Abonnenten und Anzeigenkunden, insbesondere aus dem Bereich der Universitätsverlage.

Welche Wünsche unsere Investoren und unsere Leser auch gehegt haben mögen, es ging uns von Anfang an in erster Linie darum, uns auf die Seite von Menschen oder Gruppen zu stellen, die unter staatlicher Macht zu leiden hatten; von Menschen, die wegen ihrer Meinungen, ihrer Wertvorstellungen oder ihrer Identität drangsaliert und schikaniert, inhaftiert oder gefoltert, verschleppt oder umgebracht wurden, ob nun unter kommunistischen Regimen in Russland, China, der Tschechoslowakei, Polen und Kuba oder unter rechtsgerichteten Militärregimen in Argentinien, Chile und Brasilien oder unter repressiven, von den USA unterstützten Regimen in Guatemala, Indonesien und Osttimor.

Ich erwähne das, um ein oft ignoriertes und verdecktes Problem von Herausgebern zu verdeutlichen, die sich in einer weniger glücklichen Lage befinden als wir, weil sie tatsächlich gegenüber den Eigentümern in der Pflicht stehen und ein tragfähiges Verhältnis zwischen ihren eigenen Anschauungen und Werten und denen der Eigentümer ihrer Zeitungen und Zeitschriften finden müssen. Hier liegt, wie ich meine, ein häufig unausgesprochenes Problem für Zeitungs- und Zeitschriftenmacher. Aus einigen flagranten Fällen wissen wir, dass der Wechsel des Eigentümers über Nacht zu einer Veränderung der Leitartikel und sogar der Berichterstattung führen kann, wie etwa als Dorothy Schiffs gemäßigt liberale, den Demokraten nahestehende *New York Post* von Rupert Murdoch übernommen wurde, der die Zeitung auf einen konservativen, die Republikaner unterstützenden Kurs trimmte und australische Redakteure und Autoren

hereinholte, die dem Blatt einen völlig neuen Ton gaben, so dass High-Society-Klatsch und Sexskandale immer größeren Raum einnahmen.

Doch auch abgesehen von solch radikalen Mutationen stellt sich die Frage nach dem tagtäglichen Verhältnis zwischen den Journalisten und ihrem Verleger. Das ist ein Thema, das in der Regel vermieden wird. Von Zeit zu Zeit erhaschen wir einen Blick darauf, wenn der Machtanspruch des Verlegers offen zutage tritt, etwa als Phil Geyelin in der *Washington Post* kaltgestellt wurde, weil er gegen den Vietnamkrieg war, oder als der für die Meinungsseite der *New York Times* zuständige John Oakes den Gegner von Ed Koch im Wahlkampf für das Bürgermeisteramt mit einem Leitartikel unterstützen wollte und sein Verleger, Oakes' Vetter Arthur Sulzberger, stattdessen einen pro-Koch-Leitartikel ins Blatt setzen ließ.

Eine der wenigen offenen und gründlichen Erörterungen dieser Frage findet sich in den Memoiren Raymond Arons, der dort ausführlich die Umstände schildert, unter denen er seine Kolumne im *Figaro* nach einem Streit mit dessen Eigentümer aufgab und zu dem Nachrichtenmagazin *L'Express* ging, das gerade von Jimmy Goldsmith übernommen worden war, einem brillanten und einnehmenden Millionär mit eigenen politischen Ambitionen, die vielleicht unausgegoren und widersprüchlich waren, aber mit Sicherheit jede Sympathie für die Präsidentschaft François Mitterrands ausschlossen.

Doch als Jimmy diese prominente, moderat linksliberale Zeitschrift übernahm, hatte er – ohne Aron etwas davon zu sagen – eingewilligt, dass der Chefredakteur Olivier Todd, der vom *Nouvel Observateur* gekommen war, das Recht hatte, »seine Leitartikel mit sozialistischer Tendenz zu schreiben«, während die wichtigsten Kolumnen von dem brillanten antikommunistischen Autor Jean-François Revel geschrieben werden sollten und von Raymond Aron selbst, der sich mit Revel auf eine praktikable Arbeitsteilung einigte. Dennoch kam es, wie Aron schreibt, vor der Präsidentenwahl, als er sich gerade einer kleineren Operation unterziehen musste, zum Streit, weil Jimmy empört war über ein von Olivier Todd gebilligtes Titelbild, das einen vitalen François Mitterrand und einen nicht ganz so vital wirkenden Valéry Giscard-d'Estaing zeigte, was zur Folge hatte, dass Todd auf der Stelle gefeuert wurde.

Aron berichtet, wie bekümmert er war, als er erfuhr, dass Jean-François Revel aus Solidarität mit Todd gekündigt hatte und zu *Le Point* gegangen war, und wie sehr es ihn betrübe, dass weder Todd noch Revel ihn im

Krankenhaus anrufen, ihn über das Geschehen informiert und seinen Rat gesucht hatten. »Warum«, so fragt er, »nahmen sie keinen Kontakt zu mir auf?« Da ich einige der Beteiligten kannte, verstand ich es gut, als einer von ihnen mir sagte: »Hätten Sie sich vorstellen können, Raymond Aron im Krankenhaus zu stören?«

Jedenfalls beschloss Aron zu bleiben, und er beschreibt sehr genau Jimmys Position, der das Gefühl hatte, wenn er schon das Risiko einging, mit dem *Express* Geld zu verlieren, so solle die Zeitschrift doch zumindest seine Anschauungen widerspiegeln und ihn nicht bei seinen konservativen politischen Freunden in Verlegenheit bringen. Aron gelangt zu dem Schluss, dass es keine klare Lösung für dieses verzwickte Problem gebe. Ihm sei es letztlich lieber, so schreibt er, die Macht liege eindeutig in den Händen eines so bedachten Verlegers wie Pierre Brisson, zu dem er beim *Figaro* ein gutes Verhältnis gehabt habe, oder auch eines Mannes wie Jimmy. Und zur Begründung erklärt er, die Alternative bestünde in einer Form kollektiver Herausgeberschaft, einer »Selbstverwaltung«, die letztlich in Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Journalistengruppen, darunter auch weniger qualifizierten, ausarten müsse, und das sei durchaus keine Lösung. Und natürlich war es ebenso wenig eine für uns in New York.

Aron bezieht sich hier auf *Le Monde*, deren Herausgeber von einem kollektiven Selbstverwaltungsorgan, der Société des rédacteurs du Monde, bestimmt wird. Doch wenn er statt persönlicher Erinnerungen eine Analyse der Macht von Verlegern geschrieben hätte, wären ihm sicher auch ganz andere Arrangements in den Sinn gekommen, die sich in verschiedenen Ländern bewährt haben. Um nur einige wenige Beispiele zu nennen, sei etwa der britische *Guardian* erwähnt, dessen Eigentümer, der Scott Trust, laut Statuten dazu verpflichtet ist, die redaktionelle Unabhängigkeit des Blattes auf Dauer zu sichern, und der sich grundsätzlich nicht in die Entscheidungen des Herausgebers einmischt. Man könnte sich auch die als gemeinnützige Stiftung verfasste *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder die Geschichte der Warschauer *Gazeta Wyborcza* anschauen, die aus der *Solidarność*-Bewegung hervorgegangen ist und deren Herausgeber Adam Michnik und Helena Luczywo stets über die liberalen Grundsätze des Blattes gewacht haben.

Dennoch sind dies Sonderfälle. Solange es unabhängige Zeitungen gibt, wird der Eigentümer in der Regel seine eigenen Vorstellungen haben und Herausgeber und Redaktion aufgrund eines gewissen Maßes an ausdrück-



licher und stillschweigender Übereinstimmung mit diesen Vorstellungen auswählen. Zu fragen wäre allerdings, ob dieses Herausgeber-Dilemma unbedingt verschleiert werden muss, wie es meistens geschieht, oder ob es bei Meinungsverschiedenheiten nicht möglich sein sollte, die unterschiedlichen Ansichten von Verleger und Redaktion deutlich zu machen, ohne die Realität zu verleugnen, dass die Macht letztlich beim Verleger liegt. Eine gute Antwort auf diese Frage scheint mir der freimütige und analytische Kommentar zu sein, den wir in Raymond Arons Memoiren finden – ein Beispiel, das offensichtlich wenig Nachahmer gefunden hat.

Zum Glück sind wir selbst von diesem Dilemma verschont geblieben. Rea Hederman, Spross einer Familie von Zeitungsbesitzern in Mississippi, machte uns 1984 das Angebot, den *Review* zu kaufen, mit dem Versprechen, dass wir als Gründer der Zeitschrift dieselbe uneingeschränkte redaktionelle Freiheit wie zuvor genießen sollten, während er sich um den Ausbau der Zeitschrift und ihrer Ressourcen kümmern wollte. Alles sehr schön, sagten wir, aber wenn Sie uns rauswerfen wollen, brauchen Sie nur die Türschlösser auszuwechseln.

Doch nach langen Diskussionen glaubten wir ihm schließlich, und er hat sein Wort uneingeschränkt gehalten. So verfüge ich bei der Herausgabe des *New York Review* seit 46 Jahren und nahezu tausend Nummern über eine Freiheit, die in der Geschichte des Journalismus einzig dastehen dürfte – und das heißt auch, ich kann mich nicht herausreden. Vor vielen Jahren sagte mir einmal mein einstiger College-Lehrer, der Soziologe Daniel Bell, das vernachlässigte Element im Leben der Publikationen und eigentlich im gesamten geistigen Leben sei das »kleine c«, wie er es nannte, nicht *class*, sondern *clique*, die kleine Gruppe Gleichgesinnter, die mit ihren gemeinsamen Ideen und Werten den Kern einer Zeitschrift bilden könnten. Und wie die Macht des Verlegers heute und wohl auch in Zukunft weitgehend verschleiert bleibt, so können die engen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Clique in Gestalt gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Ideale – die ihren öffentlichen Ausdruck in den von ihnen initiierten Artikeln finden – eine ganz eigene Macht besitzen.

## II

Mit einem anderen Problem verborgener Macht haben nicht nur Herausgeber zu kämpfen, sondern wir alle, wenn wir über China berichten. Dieses Problem verdeutlicht etwa ein Anfang der 1980er Jahre im *Review* veröf-

fentlichter Artikel des brillanten deutschen politischen Denkers Richard Löwenthal über das Werk der Soziologin und Politologin Theda Skocpol und deren vergleichende Forschungen zu den Revolutionen in Frankreich, Russland und China. Löwenthal führte aus, bei aller Aufmerksamkeit für die von Mao und dem Maokult ausgelösten Turbulenzen und Konvulsionen der Revolution und Kulturrevolution fehle doch ein Gespür für die Funktionsweise der von ihm so genannten »Partei neuen Typs«, nämlich der von Lenin erfundenen diktatorischen Partei.

Nun fand ich es in diesen 46 Jahren doch sehr interessant, dass nach dem Niedergang Maos, dem Aufstieg der Marktwirtschaft und dem Ende der kollektiven Landwirtschaft unter Deng Xiao Ping die wichtigsten Nachrichtenquellen zu China immer seltener das Phänomen der Partei und ihrer Methoden zur Sicherung ihrer Macht zum Gegenstand ihrer Kommentare machen. Und tatsächlich, hinter den Wolkenkratzern in Schanghai und Peking, hinter mehr als 300 Millionen Internetnutzern und über 700 Millionen Mobiltelefonen, hinter der Vielfalt dynamischer Entwicklungen, deren Symbol die Olympischen Spiele waren, tritt in dem, was wir über China hören, das tatsächliche Machtsystem zurück. Wie Andrew Nathan in einem Buch und einem im *Review* erschienenen Artikel dargestellt hat, handelt es sich um ein System, in dem die Kommunistische Partei Chinas eine abgeschlossene Organisation von etwa 74 Millionen wohlausgewählten Mitgliedern bildet, die großen Einfluss in allen Bereichen der chinesischen Gesellschaft besitzt, vom Dorf über die Fabrik bis hin zu den Zeitungen und zum Geheimdienst. Auf dem alle fünf Jahre stattfindenden Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas werden die etwa 200 Mitglieder des Zentralkomitees gewählt, und die Mitgliedschaft in diesem Gremium ist die notwendige Voraussetzung für alle höheren Ämter in Regierung und Militär. Das Zentralkomitee bestätigt die 25 Mitglieder des Politbüros. Aber in Wirklichkeit wird über die Zusammensetzung des Politbüros in hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen entschieden.

Neun Mitglieder dieses Gremiums bilden derzeit den Ständigen Ausschuss des Politbüros, der wöchentlich zusammentritt. Wie Jonathan Spence schreibt, entscheidet eine »äußerst begrenzte Zahl hoher Parteimitglieder« über dessen Zusammensetzung. Der Ständige Ausschuss ist das höchste Machtorgan. Sein höchstrangiges Mitglied ist der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, im Augenblick Hu Jintao, der zu-

gleich Staatspräsident und Vorsitzender der Militärkommission ist. Der Ständige Ausschuss fällt die meisten wichtigen Entscheidungen im Bereich der nationalen Politik, ob nun im Hinblick auf Landesverteidigung, Wissenschaft und Bildung oder den Wert des Yuan. Er kann sich mit allen Fragen befassen, die er behandeln möchte. Kein anderes Staatsorgan hat die Macht, seinen Entscheidungen zu widersprechen – und ganz gewiss nicht die vom Staat kontrollierte Presse.

Da die Entscheidungsprozesse in diesem System in den meisten Fällen hinter verschlossenen Türen verlaufen, ist es für jede Gruppe gefährlich, politischen Widerstand gegen das Einparteiensystem zu organisieren, und die Geschichte solcher Versuche hat uns als Journalisten über die Jahre oft beschäftigt. 1988 trafen Grace Dudley und ich in Peking an einem sehr kalten, regnerischen Abend an einer Straßenecke einen amerikanischen Schriftsteller und Wissenschaftler, der damals dort lebte und uns zu einem Treffen mit dem führenden chinesischen Astrophysiker Fang Lizhi mitnahm, der eine Reihe von Erklärungen zu den studentischen Forderungen nach Demokratie in China abgegeben hatte. Er war bereit, seine das Machtmonopol der Partei in Frage stellenden Vorstellungen im *Review* zu veröffentlichen. Nachdem sein Papier im Januar 1989 bei uns erschienen war, zirkulierte es in chinesischer Sprache auch in vielen Teilen Chinas und wurde vor und während der Tiananmen-Ereignisse, zu denen es nur fünf Monate später kam, häufig zitiert. Fang selbst suchte Schutz in der amerikanischen Botschaft und durfte ein Jahr später in die USA ausreisen, wo er heute in Colorado Astrophysik lehrt. Tausende junger Menschen, die seine Hoffnungen auf Demokratie außerhalb der Partei teilten, wurden verhaftet und in vielen Fällen auch gefoltert.

Ich erwähne das deshalb, weil eine Gruppe in Amerika lebender chinesischer Wissenschaftler und Schriftsteller uns im letzten Jahr mitteilte, in China werde ein Dokument vorbereitet, das von 8500 Intellektuellen, Schriftstellern und Angehörigen staatlicher Institutionen unterzeichnet worden sei und das nicht Reformen zur Verbesserung des bestehenden politischen Systems fordere – etwa eine gewisse Öffnung für abweichende Meinungen oder für konkurrierende Kandidaten bei den Wahlen auf lokaler Ebene –, sondern eine Abkehr von zentralen Elementen, etwa der Einparteiherrschaft, zugunsten eines auf Menschenrechten und Demokratie basierenden Systems. Unter Punkt 9 forderte dieses Dokument zum Beispiel: »Wir müssen das Privileg der Partei auf das Machtmonopol

abschaffen und die Prinzipien eines freien und fairen Wettbewerbs zwischen politischen Parteien gewährleisten.«

Die Gruppe, die dieses Dokument verfasste, nannte sich *Charta 08*, in Anlehnung an die von Václav Havel und seinen Weggefährten in der Tschechoslowakei gegründete *Charta 77*, und der erste Name auf der Liste der Unterzeichner war der des chinesischen Schriftstellers und Dissidenten Liu Xiaobo, der nach seiner Teilnahme an den Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz zwei Jahre im Gefängnis gesessen hatte. Man sagte uns, da der *Review* über die Jahre immer wieder über Menschenrechtsaktionen berichtet habe, wünschten die Organisatoren, dass die englische Übersetzung als erstes im *New York Review* erschien.<sup>2</sup>

Wir legten unseren Publikationstermin auf den 8. Dezember, an dem die *Charta 08* in Peking veröffentlicht werden sollte, und genau an diesem Tag wurde Liu Xiaobo von der Polizei in seiner Wohnung verhaftet und weggebracht. In einer der nächsten Ausgaben publizierten wir einen Brief seiner Ehefrau, die auch nach sechs Monaten noch nicht wusste, in welchem Gefängnis man ihn festhielt. Später hieß es dann, er werde in einem Gebäude in einem Pekinger Außenbezirk gefangen gehalten. Vielleicht spricht es ja für einen gewissen Fortschritt, dass andere Unterzeichner zwar von der Polizei aufgesucht, für mehrere Stunden festgenommen und mehrfach verhört, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Die *Charta 08* wurde allerdings in China vollständig aus dem Internet verbannt, auch wenn sie gelegentlich dank findiger Web-Nutzer für ein paar Stunden wieder auftaucht.

So mussten wir wieder einmal erfahren, was jedem droht, der das Machtmonopol der Partei in Frage stellt. Aber hat man das in den westlichen Zeitschriften und in der westlichen Öffentlichkeit in angemessener Weise herausgestellt? Man muss lange suchen, um in der westlichen Presse etwas über Liu Xiaobo und die *Charta 08* zu finden. Vor den Olympischen Spielen berichteten westliche Nachrichtenagenturen, als wollten sie Besorgnisse von Athleten und Freunden des Sports über die Abhaltung der Spiele in einem Polizeistaat schon im Vorfeld zerstreuen, das Regime werde eigens Büros in Peking einrichten, in denen um die Menschenrechte besorgte Chinesen ihren Protest freimütig vortragen könnten. Nach der prunkvollen Eröffnung der Spiele hörte man dann kaum noch etwas von diesen Büros, abgesehen davon, dass zwei ältere Damen sich über die Behandlung ihrer Familien wegen abweichender politischer Ansichten be-

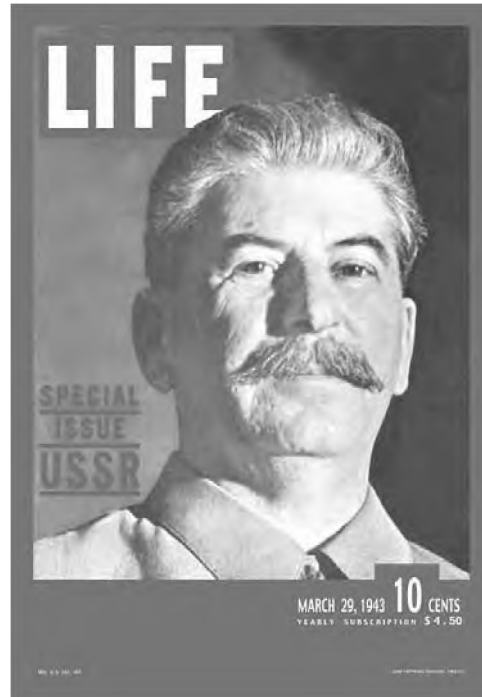
klagten. Man schickte sie unverzüglich zur Umerziehung ins Gefängnis und ließ sie später wieder frei.

Wo kann man denn etwas lesen über die mehr als 25 000 politischen Gefangenen in China – viele davon inhaftiert wegen des Schreibens von Artikeln und Petitionen oder wegen anderer dissidentischer Aktivitäten, über die gar nicht berichtet wird? Ganz zu schweigen von den auf mehr als 170 000 geschätzten Gefangenen, die zu »Umerziehung durch Arbeit« oder Zwangsarbeit verurteilt worden sind, vor allem in Teilen des Landes wie etwa Sinjiang, zu denen Journalisten keinen Zugang haben. Und wo erfährt man etwas über die mehr als 30 000 »Internetpolizisten«, die E-mails, Websites und Blogs im Rahmen des »Projekts Goldener Schild« nach potentiell unliebsamen Inhalten durchkämmen? Es ist ein offenes Staatsgeheimnis, dass die Eingabe von Stichwörtern wie »Kommunistische Partei«, »Falun Gong«, »Unabhängigkeit Taiwans«, »Tiananmen« und »Tibet« eine automatische Sperrung auslöst.

Ein Grund, weshalb wir nicht mehr über solche Dinge erfahren, liegt in der Tatsache, dass viele Journalisten und Wissenschaftler, die sich mit Menschenrechtsfragen befassen, kein Visum mehr erhalten. Tatsächlich haben viele Korrespondenten und Experten, die ich kenne, das erlebt. Meist beklagen sie sich nicht öffentlich darüber. Journalisten hoffen, irgendwann wieder einreisen zu dürfen, Wissenschaftler möchten ihre Forschung fortsetzen. Wer ein Visum erhält, denkt unweigerlich an das, was anderen geschehen ist, die keines erhalten haben; und Herausgeber stehen vor dem Dilemma, wie sie die Wahrheit über versteckte Repression herausfinden sollen, wenn ein gewisses Verständnis dafür besteht, dass jemand, der zu weit geht, möglicherweise bestraft wird. Unsere Außenministerin Hillary Clinton sagte im Februar diesen Jahres, dass Fragen nach den Menschenrechten wichtig seien, nicht aber die amerikanischen Beziehungen zu China beeinträchtigen dürfen: »Wenn wir auf solche Fragen drängen, darf das nicht auf Kosten von Lösungen für die weltweite Wirtschafts- und Sicherheitskrise gehen. Wir brauchen ein positives, kooperatives Verhältnis.«

Das erinnerte mich an das berühmte Titelbild einer Sondernummer der Zeitschrift *Life* vom März 1943, des populärsten Blatts des Luce-Imperiums, das sich seit seinen Anfängen in den 1920er Jahren stets darum bemüht hatte, die Übel des Kommunismus herauszustellen. Doch auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs schrieben die Herausgeber dieser Nummer über die Sowjetunion:

Kein Land hat in der Geschichte jemals so viel in so kurzer Zeit erreicht. Wenn die Führer der Sowjetunion uns sagen, die Kontrolle der Information sei notwendig gewesen, damit das Ziel erreicht wird, dürfen wir ihnen für den Augenblick wohl glauben.



Dagegen wurde kaum etwas gesagt über die Millionen von Sowjetbürgern, die bereits umgebracht worden waren oder zu dieser Zeit im Gulag und in Folterkammern litten. Klar schien in dieser Phase des Krieges, dass eine zeitweilige Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von der Sowjetunion bestand. Und heute, da die Schulden der Vereinigten Staaten beim chinesischen Regime mehr als eine Billion Dollar erreicht haben und die schwächelnde amerikanische Wirtschaft auf chinesische Kredite angewiesen ist, um unter anderem billige chinesische Erzeugnisse zu kaufen – heute ist *mutatis mutandis* klar, dass eine zwar ganz andersartige Abhängigkeit, aber dennoch eine Abhängigkeit der USA von China besteht. Henry Kissinger schrieb dazu am 20. August 2009 im *Herald Tribune*: »Als Amerikas größter Gläubiger besitzt China ein Maß an wirtschaftlichem Einfluss, wie es Amerika noch niemals erlebt hat.« Fragen nach Menschenrechten, Unterdrückung und Folter sind deshalb in den Hintergrund gedrängt worden, ganz wie von Hillary Clinton gefordert, und zwar nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei manchen Wissenschaftlern und bei Teilen der Presse. Und auch das stellt die Herausgeber vor ein Dilemma.

## III

Alle genannten Dilemmas – die Macht des Eigentümers, die Frage der redaktionellen Unabhängigkeit, die Hindernisse für die Darstellung der chinesischen Parteidiktatur – hängen mit zwei der nachhaltigsten Veränderungen in der modernen Geschichte zusammen, den kulturellen Revolutionen nämlich, die durch die elektronische Digitalisierung und durch das Internet ausgelöst worden sind.

Wenn Sie in mein Büro kämen und die gut 100 Bücher sähen, die ich alle paar Tage erhalte, vergäßen Sie vielleicht für einen Augenblick, was wir alle wissen: dass die von Gutenberg vor 500 Jahren erfundene Technologie, das Vehikel für die Verbreitung von Wissen und Kultur, das wir geerbt haben, mit jedem Tag obsoleter wird. Die Frage ist, wie wir diese Funktion, dieses Wissen und diese Kultur bewahren können.

Am 9. Oktober 2009 verkündete Google, dass die Zahl der digitalisierten Bücher bei Google Books die Zehn-Millionen-Marke überschritten habe.<sup>3</sup> Mehr als eine Million davon sind gemeinfrei. An den übrigen besteht noch ein Urheberrecht, und ein New Yorker Gericht hat einen Vergleich vorgeschlagen, über den im November entschieden wird, wonach die Erlöse aus den Downloads der von Google digitalisierten urheberrechtlich geschützten Werke zwischen Google und den Verlagen sowie den Autoren geteilt werden sollen. Institutionen und Privatleute können diese Texte dann gegen eine Gebühr bei Google oder von Google lizenzierten Distributoren herunterladen.

Natürlich werden diese Texte nicht nur auf PCs erscheinen, wo man sie ausdrucken kann, wenn man weiterhin lieber auf Papier liest – und ich denke, daran werden viele festhalten wollen. Man wird sie auch auf eine wachsende Vielzahl handlicher Lesegeräte laden können, wie sie bislang nur in primitiven und teuren Formen wie dem Kindle von Amazon und dem Sony Reader vorliegen, oder auch mit den verschiedenen Leseprogramme für das iPhone.

Niemand von uns hier in diesem Raum dürfte wohl bereit sein, auf seine private Bibliothek oder auf öffentliche Bibliotheken zu verzichten, doch die jüngere Generation wird zunehmend in einer Welt digitalisierter Downloads leben. Und vielen von ihnen dürften die 500 Jahre Gutenberg-Technologie, in denen Millionen von Bäumen und Berge von Druckerschwärze verbraucht wurden, als eine vergangene Epoche erscheinen.

Die dynamische Kraft, die diese kulturelle Revolution ermöglicht, ist natürlich das Internet mit seiner in Sekundenschnelle erfolgenden und in ihren Auswirkungen noch gar nicht voll erfassten Übertragung digitalisierter Texte und Bilder.

Google hat inzwischen etwa 24 Milliarden Seiten Text indexiert, das heißt, man hat auf diesen Seiten Namen, Orte und verweisungs-fähige Ereignisse isoliert, die Sie und ich aus dem Internet auf unsere eigenen Bildschirme holen können. In ebendiesem Internet gibt es heute schätzungsweise 200 Millionen Websites, das heißt identifizierbare, von Organisationen oder Einzelpersonen bereitgestellte Seiten, auf die man gelangen kann, indem man deren Web-Adressen eingibt. Und unter diesen Websites gab es, einer Erhebung von Universal McCann zufolge, im März 2008 in den USA 26,4 Millionen Blogs, von denen viele in der Lage sind, regelmäßig Nachrichten unterschiedlichster Art zu empfangen und weiterzugeben.

Eine schmerzhafteste Folge dieses unermesslichen und weiter wachsenden, in mancherlei Hinsicht unbeschreiblich neuen und revolutionären weltumspannenden Systems liegt nun darin, dass die traditionellen Zeitungen nach und nach überflüssig werden, weil eine ganze Generation sich inzwischen daran gewöhnt hat, sie nicht auf Papier, sondern im Internet zu lesen und dort die sie jeweils interessierenden Artikel auszuwählen oder die Nachrichten hauptsächlich in Radio und Fernsehen zu verfolgen. Aber auch die Wirtschaft, die bislang die Zeitungen mit ihrer Werbung für Konsumgüter und mit Immobilien- oder Stellenanzeigen unterstützt hat, hält Werbung auf Papier zunehmend für unwirtschaftlich und wirbt lieber im Radio, im Fernsehen oder im Internet.

Dennoch muss gerade einem Herausgeber wie mir auffallen, dass, während Zeitungen ihr Erscheinen einstellen oder ihre Redaktionen verkleinern, die im Internet abrufbaren Nachrichten weiterhin vorwiegend von Journalisten der noch existierenden Zeitungen und Nachrichtenagenturen stammen, ob nun *New York Times* oder *USA Today* oder BBC oder AP. Wenn Sie etwa auf Google News gehen, werden Sie sehen, dass ein sehr großer Teil der dort kompilierten Nachrichten über Links zu Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen führt, denen bezahlte Reporter diese Nachrichten geliefert haben. Was wird aus ihnen, wenn die Zeitungen untergehen und deren Websites kein Geld mehr haben, um die Journalisten und Herausgeber zu bezahlen, die weitermachen möchten?



Das ist nun wirklich ein Problem, das uns alle betrifft. Dennoch ist es so, dass aus den Millionen von Blogs eine begrenzte Anzahl hervorgegangen ist, um deren Kommentare, Analysen, Meinungen kein Herausgeber einer amerikanischen Zeitung herunkommt. Welcher Journalist oder Autor könnte heute Websites und Blogs wie *Slate.com* oder *The Daily Kos* oder *politico.com* oder *Talking Points Memo* oder *The Daily Dish* oder *The Huffington Post* ignorieren? Einige dieser Blogs haben nützliche Funktionen erfüllt, zum Beispiel *juancole.com* auf dem Höhepunkt des Irakkrieges, ein Blog, der von einem angesehenen Professor für Middle East Studies herausgegeben wird und Informationen aus der Presse des Nahen und Mittleren Ostens sowie von diversen Informanten und Wissenschaftlern liefern konnte, die eine unverzichtbare Ergänzung zu den Meldungen aus der »Green Zone« darstellten.

Wenn wir uns noch einmal der oben angesprochenen Frage nach der Macht des Verlegers zuwenden, können wir sehen, dass uns das Internet nicht nur ein alternatives Publikationssystem bietet, sondern auch neue Formen des Leserbriefs ermöglicht – von denen viele sonst niemals veröffentlicht würden. Außerdem hat das Internet neue Arten der Wahlkampffinanzierung hervorgebracht, wie Barack Obama mit der Liste seiner zehn Millionen Spender gezeigt hat, und alternative Systeme zur Übermittlung von Nachrichten innerhalb kleiner Gruppen – man denke an *Facebook* mit seinen 200 Millionen und an *MySpace* mit über 100 Millionen Teilnehmern oder auch an *Twitter*, dessen Teilnehmerzahl exponentiell wächst und inzwischen die 50-Millionen-Marke überschritten hat. Und schließlich entsteht im Internet, wie der Schriftsteller Michael Massing kürzlich in einem Artikel im *New York Review* gezeigt hat,<sup>4</sup> ein wachsendes Netzwerk nichtkommerzieller Websites, die Informationen und Analysen anbieten. In den USA, so schreibt Massing, wäre es durchaus denkbar, dass sie sich mit dem starken nichtkommerziellen National Public Radio und vielleicht auch mit dem ebenfalls nichtkommerziellen Public Broadcasting Service zusammenschließen.

Aber mich interessiert hier nicht nur die Frage, woher ernsthafte journalistische Arbeit kommen soll. Zu den großen Errungenschaften der 500 Jahre Gutenberg-Technologie gehört auch die weite Verbreitung der aus Antike und Renaissance übernommenen Praxis objektiver Analyse und Kritik nach Maßstäben der Wahrheit, der Form, der Schönheit und der moralischen Verantwortung.

Was mich nun irritiert, ist die Tatsache, dass der Umgang mit der digitalen Revolution und dem Internet eines nahezu vollständig vermissen lässt, nämlich eine Analyse und an kohärenten Maßstäben ausgerichtete Kritik ebendieser Revolution. Tatsächlich findet sich so gut wie keine gründliche kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Inhalte und die Erfahrung des Internets mit seiner Fähigkeit der augenblicklichen Verknüpfung und Vernetzung unser Leben verändern, ob nun bewusst oder, wie ich ebenso glaube, unbewusst. Über die Erweiterung geschäftlicher und technischer Möglichkeiten und über neue Mittel zur Verbreitung, Verknüpfung und Nutzung von »Kommunikation« wird viel geredet. Aber was ist durch all diese Kommunikation gewonnen, und was geht verloren, vor allem hinsichtlich der Qualität der kommunizierten Inhalte? Während neue Filme oder Romane, die in New York oder Wien herauskommen, in der Presse oder online besprochen werden, bleibt das vielfältige, immer lautere und buntere Treiben in der *cybersphere* ohne kritische Begleitung. Möglichkeiten einer solchen Analyse und Kritik zu finden, stellt heute ein großes Dilemma dar und ist, wie ich meine, eine aufregende Herausforderung für einen Herausgeber.

*Aus dem Amerikanischen von Michael Bischoff*

#### *Anmerkungen*

- 1 *Harper's Magazine*, Oktober 1959, S. 138.
- 2 »China's Charter 08«, *The New York Review of Books*, Bd. 56, Nr. 1, 15. Januar 2009.
- 3 Vgl. <http://googleblog.blogspot.com/2009/10/tale-of-10000000-books.html>.
- 4 Siehe *The New York Review of Books*, 13. August und 24. September 2009. Vgl. dazu auch den von der Columbia Journalism School publizierten Bericht »The Reconstruction of American Journalism« von Leonard Downie Jr. und Michael Schudson, der auch einige der nichtkommerziellen Finanzierungsmodelle aufführt, wie sie von Michael Massing diskutiert werden. ([www.journalism.columbia.edu/cs/ContentServer?pagename=JRN/Render/DocURL&binaryid=1212611716626](http://www.journalism.columbia.edu/cs/ContentServer?pagename=JRN/Render/DocURL&binaryid=1212611716626))

## *Zu den Autorinnen und Autoren*

*Ralf Dahrendorf*, Soziologe und Politiker, starb am 17. Juni 2009. In den sechziger Jahren lehrte er an deutschen und amerikanischen Universitäten. In den siebziger Jahren war er Mitglied des Deutschen Bundestags, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Mitglied der Europäischen Kommission. 1974–84 war er Rektor der London School of Economics, lehrte 1984–86 Soziologie in Konstanz und war von 1987–97 Warden des St. Antony's College, Oxford. 1993 wurde er Mitglied des House of Lords. 2005 wurde er als Forschungsprofessor an das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung berufen. Er war Mitglied des Kuratoriums des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM). *Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung*, München 2006; *Über Grenzen. Lebenserinnerungen*, München 2002; *Betrachtungen über die Revolution in Europa*, Stuttgart 1990.

*Alex J. Kay* ist britischer Historiker mit Schwerpunkt Nationalsozialismus und lebt in Berlin. 2005 Promotion in Neuerer und Neuester Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; seine Dissertation erschien 2006 unter dem Titel *Exploitation, Resettlement, Mass Murder. Political and Economic Planning for German Occupation Policy in the Soviet Union, 1940–1941*. Im selben Jahr wurde er mit dem George L. Mosse-Preis des *Journal of Contemporary History* ausgezeichnet. Zur Zeit bereitet er als Mitherausgeber den Sammelband *Germany's Total War in the East. 1941 and the Radicalization of Nazi Policy* zur Veröffentlichung vor. Freier Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung.

*Mark Kramer* leitet das Cold War Studies Program an der Harvard University und ist dort Senior Fellow am Davis Center for Russian and Eurasian Studies. Herausgeber des *Journal of Cold War Studies* und der *Harvard Cold War Studies*-Serie. *Crisis, Compromise, and Coercion in the Communist Bloc, 1956. The Soviet Union and Upheavals in Poland and Hungary*, Harvard UP 2008.

*Hiroaki Kuromiya* lehrt Geschichte an der Indiana University, USA, und ist derzeit Visiting Fellow am IWM. Seine Forschung konzentriert sich auf die Geschichte der UdSSR. *The Voices of the Dead. Stalin's Great Terror in the 1930s*, Yale UP 2007; *Stalin. Profiles in Power*, Harlow 2005. Zusammen mit Andrzej Pepłoński (s.u.) publiziert er 2010 *Zwischen Warschau und Tokio. Die polnisch-japanische geheimdienstliche Kooperation 1904–1944* (polnisch).

*Wolfgang Mueller* ist Historiker und Mitarbeiter an der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Derzeit arbeitet er über die Sowjetunion und die europäische Integration 1950-1988 sowie über die Revolutionen von 1989. Forschungsaufenthalte u.a. an der Russischen Akademie der Wissenschaften und an der Stanford University. *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission*, Wien 2005, ausgezeichnet mit dem Richard G. Plaschka-Preis; *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe, 1955-1989* (Hg. mit A. Suppan), Wien 2009; *Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven* (Hg. mit A. Suppan, N. Naimark, G. Bordjugov), Wien 2005.

*Chris Niedenthal* ist Photograph und arbeitete u.a. für *Newsweek*, *Time*, *Stern*, *Geo* und *Der Spiegel*. 1986 erhielt er den World Press Photo-Preis. Seit 1995 arbeitet er in seinem eigenen Photostudio in Warschau. 2004 erschien in Krakau der Photoband *Polska Rzeczpospolita Ludowa Rekwizyty* (Texte von Jacek Hugo-Bader). 2009 war Niedenthal in mehreren Städten mit Ausstellungen zum zwanzigsten Jahrestag von 1989 vertreten, u.a. »PeeReLka« – *Polen im Kommunismus 1969-1989*, Galerie Rottstr. 5, Bochum; *Das Ende des Kommunismus. Von der Geburtsstunde der Solidarność in Gdańsk bis zum Fall der Berliner Mauer*, Polnisches Institut Berlin; *Volksrepublik Polen – Das Ende des Kommunismus*, Kraszewski-Museum, Dresden.

*Claus Offe* ist Professor für Politische Soziologie an der Hertie School of Governance und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. »Welfare State Formation in the Enlarged European Union: Patterns of reform in the post-communist new member states« (mit Susanne Fuchs), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2007; *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*, Frankfurt a.M. 2004; *Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten*, Frankfurt a.M., 2004.

*Andrzej Peplowski* ist Professor für Sicherheitsstudien an der Akademia Pomorska in Słupsk, Polen, und führender Historiker der Spionage und Gegenspionage in Polen; Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu diesem Thema. Der gemeinsam mit Hiroaki Kuromiya verfasste Band *Zwischen Warschau und Tokio. Die polnisch-japanische geheimdienstliche Kooperation 1904-1944* wird 2010 auf polnisch erscheinen.

*Ulrich Schlie* ist Historiker und seit 2005 Leiter des Planungsstabes des Bundesministeriums der Verteidigung. Veröffentlichungen zur europäischen Geschichte seit dem 18. Jahrhundert, zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert sowie zur Außen- und Sicherheitspolitik. »Es lebe das heilige Deutschland«. *Ein Tag im Leben des Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Ein biografisches Porträt*, Freiburg 2009; Hg. von *Marion Gräfin Dönhoff und Carl Jacob Burckhardt*,

»Mehr als ich dir jemals werde erzählen können«. Ein Briefwechsel, Hamburg 2008.

*Steve Sem-Sandberg*, schwedischer Schriftsteller und Journalist, lebt in Stockholm und Wien. Er wurde bekannt mit seiner in viele Sprachen übersetzten Romantrilogie europäischer Themen *Theres* (1996), *Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis* (1999) und *Ravensbrück* (2003). Sein neuer Roman, *Die Armen von Łódź* (De fatiga i Łódź), erschien im September 2009 im Albert Bonniers Förlag, Stockholm; 2010 erscheint er deutsch bei Klett-Cotta, Stuttgart. Im Mai 2009 erhielt Sem-Sandberg den Großen Preis der Gesellschaft der Neun (Samfundet De Nio), eine der angesehensten literarischen Auszeichnungen Schwedens. 2008 war er Milena Jesenská Fellow am IWM, wo er für seinen Getto-Roman recherchierte.

*Robert B. Silvers* gründete 1963 zusammen mit Barbara Epstein (1928-2006) den *New York Review of Books*, dessen Herausgeber er bis heute ist.

*Timothy D. Snyder* lehrt Geschichte an der Yale University und ist Permanent Fellow am IWM, wo er das Forschungsprojekt *United Europe – Divided History* leitet. Auf deutsch erschien zuletzt *Der König der Ukraine. Die geheimen Leben des Wilhelm von Habsburg*, Wien 2009. 2010 erscheint *Bloodlands. Eastern Europe Between Hitler and Stalin*; derzeit arbeitet Snyder an seinem Buch *Brotherlands. A Family History of the Slavic, German, and Jewish Nations*.

*Lynne Viola* lehrt Geschichte an der University of Toronto. *The Unknown Gulag. The Lost World of Stalin's Special Settlements*, Oxford UP 2007; *Peasant Rebels Under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance*, Oxford UP 1999.



Besuchen Sie uns im Netz  
[www.iwm.at](http://www.iwm.at)

Zum umseitigen Foto von Chris Niedenthal:

Die Wende in Europa 1989 ist ohne die polnische Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* nicht denkbar. Nach dem Einsatz von Panzern in Berlin 1953, Budapest 1956 und Prag 1968 wurde in Polen am 13. Dezember 1981 das Kriegsrechts verhängt - der letzte Versuch, Widerstand mit Gewalt zu ersticken. Er sollte in der Niederlage des kommunistischen Regimes enden. Chris Niedenthals berühmte »Apokalypse now«-Photographie wurde an diesem Tag aufgenommen. Es zeigt polnisches Militär vor dem Warschauer »Moskau«-Kino, in dem Francis Ford Coppolas Film gerade angelaufen war.

